ISSN 0379-366

Schweizerische Zeitschrift für Soziologie

Vol. 17 N° 2 1991

Revue suisse de sociologie

A. DIEKMANN
H. GESER
J. JUCHLER
A. KUHN
G. LAROCHELLE
U. PFISTER
P. PREISENDÖRFER
CH. SUTER
P. VOLL

Schweiz. Z. Soziologie Vol. 17 N° 2 pp. 207–426 CH-8028 Zürich
Rev. suisse sociol. 1991 Februar 1992
Erscheint dreimal jährlich
Publié trois fois par an

Korrigendum

zur Schweizerischen Zeitschrift für Soziologie, **Nr. 3, Vol. 16**

concernant la Revue suisse de sociologie, No 3, Vol. 16

Das folgende Literaturverzeichnis ist auf Seite 372 der Schweizerischen Zeitschrift für Soziologie dem Artikel von W. Dietrich („Soziale Risiken für ein technisches Grossprojekt") anzufügen.

Les références bibliographiques suivantes sont à ajoindre à l'article de W. Dietrich („Soziale Risiken für ein technisches Grossprojekt") à la page 372 de la Revue suisse de sociologie.

LITERATURVERZEICHNIS

BASSAND M. et al. (1988), Les enjeux de l'urbanisation, ROREP, Bern.

CROZIER M. (1987), Etat modeste, Etat moderne.

DIETRICH W. (1990), Provisorische Massnahmen zur Verkehrsberuhigung im Urteil der Anwohnerschaft, Stadtplanungsamt Zürich.

FISCHHOFF B. (1981), Acceptable risk, Cambridge.

LENDI M. (1988), Grundriss einer Theorie der Raumplanung, vdf, Zürich.

LUHMANN N. (1988), Organisation, in Küpper W., Ortmann G. (Hsg.), Mikropolitik, rationalität, Macht und Spiele in Organisationen, Opladen, ss. 165–85.

NIETH R. (1987), Schneller Intercity-Verkehr – Konzept Swiss Metro, ron., Lausanne.

ROTACH M. (Oktober 1988), Nationalplanung, IVT-ETHZ.

SIMMEL G. (1968), Das Problem der Soziologie, in: Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung, Duncker & Humblot, Berlin.

TOURAINE A. (1978), La voix et le regard, Seuil.

17 (1991) 2

Schweizerische Zeitschrift für Soziologie

herausgegeben von der Schweizerischen Gesellschaft für Soziologie
mit Unterstützung der Schweizerischen Akademie der Geisteswissenschaften

Revue suisse de sociologie

publiée par la Société suisse de sociologie
avec l'aide de l'Académie suisse des sciences humaines

Inhaltsverzeichnis / Table des matières

ANDREAS DIEKMANN und PETER PREISENDÖRFER: Umweltbewusstsein, ökonomische Anreize und Umweltverhalten 207–231

HANS GESER: „Dealignment" oder neue Integrationsbereitschaft? Aktuelle Entwicklungstendenzen im Anhängerbestand schweizerischer Kommunalparteien 233–272

JAKOB JUCHLER: Zur Entwicklungsdynamik in den sozialistischen bzw. postsozialistischen Ländern 273–307

ANDRÉ KUHN: La politique criminelle et le surpeuplement carcéral 309–324

GILBERT LAROCHELLE: Mythe de la révolution technologique et désenchantement postmoderne 325–341

ULRICH PFISTER und CHRISTIAN SUTER: Politische Regimes und Staatsentwicklung in der Dritten Welt: Peru seit den 1950er Jahren 343–374

PETER VOLL: Konfession und Politik in der Schweiz 375–406

Buchbesprechungen / Recensions critiques 407–413

Zusammenfassungen, Resumés 415–426

Schweizerische Zeitschrift
für Soziologie
Revue suisse de sociologie

Contents of Volume 17 (1991) Number 2

Contents

ANDREAS DIEKMANN und PETER PREISENDÖRFER: Environmental Awareness, Economic Incentives and Environmental Attitude 207–231

HANS GESER: "Dealignment" or a New Readiness to Integrate? Current Development Trends in Numbers of Followersof Swiss Local Parties 233–272

JAKOB JUCHLER: The Dynamic of Development in Socialist or Post-Socialist Countries 273–307

ANDRÉ KUHN: Penal Policy and Prison Overcrowding 309–324

GILBERT LAROCHELLE: Myth of the Technological Revolution and Postmodernist Disenchantment 325–341

ULRICH PFISTER and CHRISTIAN SUTER: The State in the Third World: Dynamic of Political Regimes in Peru 343–374

PETER VOLL: Denomination and Politics in Switzerland 375–406

Book Reviews 407–413

Summaries 415–426

ISSN 0379-3664

Erscheint dreimal jährlich
Publié trois fois par an
Verwaltung / Administration:
Seismo Verlag, CH-8028 Zürich
Printed in Switzerland, Druckerei Schüler AG, CH-2501 Biel

Schweiz.Z.Soziol./Rev.suisse sociol., 2 (1991) 207–231

UMWELTBEWUSSTSEIN, ÖKONOMISCHE ANREIZE UND UMWELTVERHALTEN*

Empirische Befunde aus der Berner und Münchner Umweltbefragung

Andreas Diekmann[a] *und Peter Preisendörfer*[b]
[a]) Institut für Soziologie der Universität Bern, [b]) Institut für Soziologie der Universität München

1. Einführung

In der Umweltdiskussion werden verschiedene Massnahmen vorgeschlagen, um die Menschen in konkreten Alltagssituationen – z. B. im Hinblick auf Energiesparen, Verkehr, Einkaufen und Abfallbeseitigung – zu umweltgerechtem Verhalten zu veranlassen. Solche Massnahmen sind Aufklärungs- und Informationskampagnen, Appelle an das „Umweltgewissen", Umwelterziehung sowie materielle und immaterielle Anreize (Preise, Gebühren, Steuern, verbesserte Gelegenheiten zu umweltgerechtem Handeln). Es fragt sich nun, welche der genannten Faktoren in welchem Ausmass das Umweltverhalten tatsächlich beeinflussen. Sind z. B. die „Umweltmoral" und die subjektive Bereitschaft zu umweltgerechtem Handeln von geringerer oder grösserer Bedeutung als ökonomische Anreize? Es ist zu vermuten, dass das Umweltbewusstsein, obwohl in der Bevölkerung stark ausgeprägt, für sich allein genommen noch keine Garantie umweltgerechten Verhaltens darstellt. Hingegen könnten sich Umweltmoral, verbesserte Gelegenheiten zum Umwelthandeln und Anreizregelungen in geeigneter Kombination sinnvoll ergänzen. Welche Rolle den

* Die vorliegende Studie ist aus einem Projekt der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) zur Thematik sozialer Dilemmata hervorgegangen. Die Befragung wurde aus Eigenmitteln der genannten Institute gefördert.
Die Untersuchung entstand unter Mitarbeit der Berner und Münchner Studentinnen und Studenten, die 1990 und 1991 an empirischen Forschungsseminaren der Verfasser zum Thema „Umweltschutz" teilgenommen haben. Für die Mitarbeit an der Organisation der Studie gilt unser Dank Herrn Christoph Bühler (München) und Frau Susanne Kunkler (Bern). An der Erstellung des Datensatzes waren die Herren Etienne Bischoff, Beat Jacottet und Patrick Rösli beteiligt. Die Textverarbeitung besorgte Frau Beata-Maria Gerber. Besonders stand uns Herr Herbert Iff mit Rat und Tat zur Seite. Ihnen allen gilt unser Dank für die Unterstützung bei den Arbeiten an dieser Studie.

einzelnen mutmasslichen Bestimmungsgründen des Umweltverhaltens zukommt, kann sicher nicht apriori durch Spekulation entschieden werden, sondern ist eine zentrale Problemstellung eines empirischen Umweltforschungsprogramms.

Dass das Umweltbewusstsein tatsächlich positiv mit dem Ausmass umweltgerechten Verhaltens korreliert, demonstrieren eine Vielzahl empirischer Arbeiten. Hines, Hungerford und Tomera (1984) errechnen in einer Meta-Analyse von 128 empirischen Studien im Mittel einen (korrigierten) Korrelationskoeffizienten von 0,35. Der Vorbehalt liegt freilich nahe, dass dieser Zusammenhang teilweise artifiziell ist. Sofern nämlich das Verhalten auf Selbstauskünften in Surveystudien beruht, könnte vermutet werden, dass Befragte mit höherem Umweltbewusstsein aus Gründen der Dissonanzreduktion ihr Umweltverhalten eher schönfärberisch übertreiben. Dieser auf den ersten Blick plausible Einwand wird jedoch nicht durch die Befunde von Hines et al. gestützt. Erstaunlicherweise ist nämlich die Korrelation bei aktuell beobachtetem Verhalten sogar höher (,43) als im Falle von Selbstauskünften (,33).

Im deutschen Sprachraum liegen nur wenige Studien vor, die das Umweltbewusstsein und eventuell weitere verhaltensrelevante Merkmale mit dem Umweltverhalten in Beziehung setzen. Einige Arbeiten befassen sich primär mit der Skalierung (Amelang, 1977) und Dimensionsanalyse einzelner Komponenten des Umweltbewusstseins (Urban, 1986). In der Arbeit von Klug und Fietkau (1979) werden verschiedene Subskalen des Umweltbewusstseins analysiert und mit dem selbstberichteten Verhalten in Beziehung gesetzt. Die verschiedenen Subskalen erklären allerdings nur einen geringen Teil der Verhaltensvarianz. Langeheine und Lehmann (1979) untersuchen primär die Zusammenhänge zwischen sozialökonomischen Merkmalen wie Geschlecht, Alter, Ausbildung und Einkommen mit dem (selbstberichteten) Umwelthandeln. In der Schweiz existiert unseres Wissens nur eine empirische Studie zur Thematik der Bestimmungsgründe des Umweltverhaltens (Grob, 1990). Anhand von Befragungsdaten aus der Region Bern wurden die Effekte sozialökonomischer Merkmale sowie einzelner Komponenten des Umweltbewusstseins auf das erfragte Umweltverhalten mit multivariaten Verfahren geschätzt. Auch in dieser Arbeit zeigt sich ein Einfluss umweltbezogener Werthaltungen und Wahrnehmungen auf das Ausmass umweltgerechten Verhaltens.

Während Soziologen und Psychologen vorwiegend Effekte des Umweltbewusstseins und sozialökonomischer Merkmale auf das Umweltverhalten thematisieren, wird der Schwerpunkt in der ökonomischen Literatur auf die Bedeutung materieller Anreize gelegt (z. B. Frey, 1972). Weniger Erziehung zum bewussten Umweltverhalten als vielmehr Preise, Gebühren, Abgaben, Emissionszertifikate, Gebote und Verbote werden als Instrumente zur Steue-

rung des Umweltverhaltens bezüglich ihrer relativen Wirksamkeit unter jeweils spezifischen Bedingungen (Transaktionskosten, Überwachungsprobleme, Technologien usf.) untersucht. In dieser Situation ist es sicherlich von Interesse, einmal genauer der Frage nachzugehen, in welchem Ausmass die Umweltmoral (d. h. Werthaltungen und Umweltbewusstsein) und in welchem Ausmass Anreizregelungen sich verhaltensformend auswirken. Wenn auch eine allgemeinverbindliche Antwort an dieser Stelle kaum möglich sein dürfte und die relativen Gewichte der beiden Faktoren je nach Problembereich variieren dürften, so kann doch die empirische Analyse ausgewählter Fallbeispiele wichtige Aufschlüsse liefern.

Im folgenden Abschnitt werden zunächst die Daten und die Messung der Variablen erläutert. Anschliessend werden kurz einige deskriptive Ergebnisse zur Ausprägung des Umweltbewussteins in der Bevölkerung der Agglomeration Bern und der Stadt München diskutiert. Anhand der Berner Stichprobe werden sodann unter Einschluss des Umweltbewusstseins die Effekte einiger mutmasslicher Determinanten des Umweltverhaltens geschätzt. Welche Rolle Anreizregelungen im Vergleich zum Umweltbewusstsein spielen, wird in einem weiteren Schritt an dem Fallbeispiel der Heizkostenersparnis untersucht. Ergänzend werden Ergebnisse eines Feldexperiments skizziert, mit dem das erfragte Umweltbewusstsein zu einem Indikator aktuellen Umweltverhaltens in Beziehung gesetzt werden kann. Abschliessend werden einige Hypothesen zur Bedeutung der Umweltmoral formuliert.

2. Daten, Messung und Methode

Die Berner und Münchner Umweltbefragung basiert auf einem Zufallssample von Haushalten, die jeweils aus den Telephonbüchern der Stadt München sowie der Stadt und Region Bern gezogen wurden. Nach vorhergehenden Anschreiben wurde innerhalb des Haushalts die zu befragende Zielperson wiederum nach einem Zufallsverfahren ausgewählt. Abzüglich der stichprobenneutralen Ausfälle betrug die Teilnahmequote an der telephonischen Befragung 66% in Bern und 73% in München. Realisiert wurden insgesamt 1357 Interviews, davon 392 in Bern und 965 in München. Die durchschnittliche Befragungsdauer belief sich in Bern auf 40 Minuten. Frauen sind in der Berner Stichprobe mit einem Anteil von 61% leicht überrepräsentiert, möglicherweise weil die Zufallsauswahl im Haushalt nicht immer strikt eingehalten wurde. Die hierdurch eventuell bewirkte Verzerrung der Randverteilungen ist jedoch eher minimal, wie eine probeweise Gewichtung für den Index des Umweltbewussteins demonstrierte. Zudem ist das Hauptanliegen der Studie nicht primär die Schät-

zung von Randverteilungen der Grundgesamtheit, sondern die Analyse von Zusammenhängen, und hierzu bedarf es nicht notwendigerweise einer Zufallsstichprobe.

Die abhängige Variable ist primär das Ausmass umweltgerechten Verhaltens. In der Untersuchung wird das Umweltverhalten der Bevölkerung mit mehreren Fragen zu ausgewählten, konkreten Handlungen in Alltagssituationen erfasst. Berücksichtigt werden die Bereiche Verkehr, Einkaufen, Energiesparen und Abfalltrennung. Die Antwortreaktionen auf die einzelnen Fragen können sodann zu einem Index des Umweltverhaltens gebündelt werden, der standardisiert auf die Skalenwerte von 0 bis 10 einen mehr oder minder hohen Grad umweltgerechten Verhaltens signalisiert. Der Index des Umweltverhaltens basiert auf den folgenden Indikatoren, die aus einer breiten Palette von Verhaltensfragen nach der Inspektion der Trennschärfekorrelationen und nach Faktorenanalyse ausgewählt wurden (Prozentwerte umweltgerechten Verhaltens für Bern bzw. München in Klammern):

- Keine Verwendung von Spraydosen im Haushalt (60%, 66%)
- Einkauf im Bio- oder Ökoladen in den letzten vierzehn Tagen vor dem Interview (27%, 19%)
- Abfalltrennung bei Papier (99%, 90%), Glas (99%, 87%), Kompost (78%, 26%), Aluminium oder Weissblech (85%, 31%), Batterien (96%, 86%)
- Schon einmal ein Medikament in die Apotheke zurückgebracht (55%, 57%)
- Warmes Wasser beim Duschen oder Baden sparen (62%, 58%)
- Abonnement für öffentliches Verkehrsmittel (80%, 42%)[1]
- Besitze persönlich kein Auto (47%, 39%) oder – bei Autobesitz – Fahrzeug mit Katalysator (53%, 45%)
- Einkaufen in der Regel ohne Auto (75%, 80%)
- Fahrt zur Arbeits- oder Ausbildungsstätte ohne Auto (70%, 62%)

Der Mittelwert für die Berner Stichprobe beträgt 6,47, die Standardabweichung 2,04.

Gewiss ist bei der Interpretation der Ergebnisse zu beachten, dass es sich um erfragtes und nicht um beobachtetes, objektives Verhalten handelt. Erinnerungslücken und die Tendenz, positiv bewertete Verhaltensweisen eher zu übertreiben, dürften eine Überschätzung im Ausmass umweltgerechten Verhaltens zur Konsequenz haben. So ist z. B. aus der Recycling-Statistik von Batterien bekannt, dass in der Schweiz ca. 50% der Batterien ordnungsgemäss

1 Ohne Mehrfahrtenkarten in München. Abonnements ohne Mehrfahrtenkarten für Bus und Tram in Bern: 63%.

entsorgt werden. Nach Angaben der Berner Befragten praktizieren dies jedoch 96% (bzw. 1990: 94%) der privaten Haushalte![2]

Zur Analyse von Zusammenhängen zwischen mutmasslichen Bestimmungsgründen des Umweltverhaltens und dem Verhaltensindex stellen jedoch systematische Antwortverzerrungen nicht in jedem Falle ein Problem dar. Angenommen, es soll der Einfluss der Schulbildung auf das Umweltverhalten untersucht werden. Wenn nun in sämtlichen Bildungsgruppen das Umweltverhalten im gleichen Ausmass überschätzt wird, ergäbe sich dennoch eine korrekte Schätzung für die Stärke des Zusammenhangs zwischen der Bildung und dem Umweltverhalten. Kritisch für die Zusammenhangsanalyse ist die Situation allerdings in dem Fall, dass die Antwortverzerrungen systematisch mit den Bildungsgruppen variieren. Um dies zu überprüfen, sind valide, nicht nur durch Befragung gewonnene Verhaltensindikatoren von grosser Bedeutung. Ein Schritt in diese Richtung ist das weiter unten diskutierte Feldexperiment.

Das „Umweltbewusstsein" und die persönliche Bereitschaft, umweltgerecht zu handeln („Handlungsbereitschaft") werden mit fünf bzw. sechs Einstellungsfragen gemessen (Tabellen 1 und 2). Die Ablehnung oder Zustimmung erfolgte auf fünfstufigen Skalen. Auch hier richtete sich die Auswahl der Fragen nach den Trennschärfekorrelationen und einer ergänzenden Faktorenanalyse. Ferner wurden Indizes des „Umweltwissens" (Tabelle 3) und der „allgemeinen Umweltbetroffenheit" gebildet (Tabelle 4). Mit Einzelfragen erfolgte die Erhebung der Variablenwerte für die „persönliche Umweltbetroffenheit im Wohnquartier", das Ausmass der „Integration in die Nachbarschaft" und die Einstellung auf der „links-rechts-Skala". Berücksichtigt werden ferner die sozialdemographischen Merkmale Geschlecht, Alter, Bildungsjahre, Wohndauer, „auf dem Lande aufgewachsen" und „Kinder". Mit der multivariaten Regression können die mutmasslichen Effekte dieser Merkmale auf das Umweltverhalten anhand der Daten der Berner Stichprobe geschätzt werden.

3. Einstellungen zur Umwelt

Generell ist das Umweltbewusstsein in der Berner und Münchner Bevölkerung sehr stark ausgeprägt. Auf eine Reihe von Fragen nach der Bedeutung und

2 Dies heisst nicht, dass die Befragten bewusst die Unwahrheit sagen. So werden z. B. auf die Frage: „Sammeln Sie bzw. Ihr Haushalt derzeit den Abfall bei den folgenden Dingen getrennt?" (es folgt eine Liste mit „Papier", „Glas" etc.) beim Stichwort „Batterien" auch diejenigen Personen mutmasslich mit „ja" antworten, die Batterien nur gelegentlich umweltfreundlich entsorgen.

Tabelle 1
Umweltbewusstsein

	Zustimmung (%)* Bern	München
a) Die Wissenschaft und die Technik werden in der Lage sein, die Umweltprobleme zu lösen.	36	32
b) Weiteres Wirtschaftswachstum ist die wichtigste Voraussetzung dafür, dass auch die Umweltprobleme gelöst werden.	18	23
c) Wenn wir so weitermachen wie bisher, steuern wir auf eine Umweltkatastrophe zu.	79	83
d) Umweltschutzmassnahmen sollten auch dann durchgesetzt werden, wenn dadurch Arbeitsplätze verloren gehen.	53	57
e) Nach meiner Einschätzung wird das Umweltproblem in seiner Bedeutung von vielen Umweltschützern stark übertrieben.	23	18
f) Die Zeitungen und das Fernsehen informieren ausreichend über die aktuellen Umweltprobleme.	37	31
g) Es ist noch immer so, dass die Politiker viel zu wenig für den Umweltschutz tun.	69	79
h) Alle Atomkraftwerke in der Schweiz (Deutschland) sollten so schnell wie möglich stillgelegt werden.	36	40
i) Der Autoverkehr sollte völlig aus den Stadtzentren herausgehalten werden.	59	53
j) Der weitere Ausbau des Strassennetzes sollte aus Umweltschutzgründen stark beschränkt werden.	67	59
k) Tempo 100 auf den Autobahnen (in Deutschland: Tempo 120) sollte so schnell wie möglich eingeführt werden.	49	50

* Jeweils fünfstufige Skala: (1) überhaupt nicht zustimmen, (2) eher nicht zustimmen, (3) teils-teils zustimmen, (4) eher zustimmen, (5) voll und ganz zustimmen. Die Prozentwerte „Zustimmung" beziehen sich auf die Zusammenfassung der Kategorien (4) und (5).

Index des Umweltbewusstseins: Additiver Index aus den Fragen c, d, e, f, g (nach Umpolung der Skalen e und f). Standardisierung des Index auf den Bereich 0–10, Mittelwert (Bern): 6,60

Tabelle 2
Handlungsbereitschaft

	Zustimmung (%)* Bern	München
a) Solange sich der Staat, die Unternehmen und die anderen Bürger nicht stärker umweltgerecht verhalten, bin ich persönlich auch nicht dazu bereit.	10	11
b) Egal, was die anderen tun, ich selbst versuche, mich soweit wie möglich umweltgerecht zu verhalten.	86	83
c) Ich verhalte mich auch dann umweltbewusst, wenn es zusätzlich erheblich höhere Kosten und Mühen verursacht.	53	53
d) Wenn ich mich umweltbewusst verhalte, werden andere dazu veranlasst, das Gleiche zu tun.	48	49
e) Aufklärungsmassnahmen und Appelle können viel dazu beitragen, die Umweltprobleme zu lösen.	64	75
f) Umweltbewusstes Denken und Verhalten jedes einzelnen ist die wichtigste Voraussetzung für die Lösung der Umweltprobleme.	88	89
g) Derzeit ist es immer noch so, dass sich der grösste Teil der Bevölkerung wenig umweltbewusst verhält.	61	57

* Antwortskala wie Tabelle 1. Additiver Index aus den Fragen a – f (nach Umpolung von Item a). Standardisierung auf den Bereich 0–10. Mittelwert (Bern): 7,40.

Dringlichkeit des Umweltverhaltens sowie nach der persönlichen Bereitschaft, umweltgerecht zu handeln, erfolgen bis zu mehr als 80% zustimmende Reaktionen. Prägnante Unterschiede im Ausmass des Umweltbewussteins zwischen den Berner und Münchner Befragten sind praktisch nicht nachweisbar (Tabellen 1 und 2). Auffallend kritisch sind die mehrheitlichen Einstellungen zum Autoverkehr, zur Technik als Mittel, die Umweltprobleme zu lösen, gegenüber weiterem Wirtschaftswachstum und der Tatkraft von Politikern im Bereich der Umweltpolitik (Tabelle 1). Parallel dazu wird die allgemeine Umweltbelastung bezüglich Verkehrslärm, Autoabgasen, Industrieemissionen und Abfällen von einer deutlichen Majorität als „stark" oder „sehr stark" belastend eingeschätzt. Wesentlich positiver wird demgegenüber die Umweltqualität im eigenen Wohnquartier wahrgenommen. Erwartungsgemäss schneidet der eidgenössische Regierungssitz sowohl im Falle der allgemeinen Umwelt-

betroffenheit als auch der Umweltqualität im Quartier etwas günstiger ab als die bayerische Metropole und Millionenstadt München (Tabelle 4).

Tabelle 3
Umweltwissen

	richtige Angaben (%) Bern	München
a) Wissen Sie, was die Abkürzung FCKW bedeutet? (Richtig: Fluor-Chlor-Kohlen-Wasserstoff oder auch „Treibgas").	37	47
b) FCKW wurde lange Zeit als Treibmittel in Spraydosen verwendet. Weiterhin z. B. als Kältemittel in Kühlgeräten. Wissen Sie, weshalb FCKW umweltschädlich ist bzw. was durch FCKW geschädigt wird? (Richtig: Ozonschicht, Treibhauseffekt).	74	78
c) Kennen Sie die Namen von irgendwelchen Umweltschutzorganisationen? Wenn ja, könnten Sie uns diese nennen? (% zwei und mehr Organisationen genannt).	45	41
d) Wissen Sie, ob es erlaubt ist, phosphathaltige Waschmittel in der Schweiz zu verkaufen? (Richtig: „verboten").	44	
e) Anzahl Kernkraftwerke in der Schweiz (als richtig gewertet 4–6)	52	

Index: Für jede korrekte Antwort auf die Fragen a–e ein Punkt. Standardisierung auf den Bereich 0–10. Mittelwert (Bern): 5,07.

Tabelle 4
Unabhängige Variablen der multiplen Regression

	allgemeine Umweltbelastung (%)* Bern	München
Verkehrslärm	66	63
Autoabgase	72	82
Fluglärm	17	32
Abwasser und Abgase von Fabriken	52	70
Abfälle	51	70

(Fortsetzung Tabelle 4)

	persönliche Umweltbetroffenheit (%)**	
	Bern	München
Zufriedenheit mit der Umweltqualität im Wohnquartier	70	63

		Mittelwert Bern
Bildungsjahre	Schulbildungs- und Hochschulbildungsjahre für den höchsten Abschluss (7 = kein Primarschulabschluss, 18 = Hochschulabschluss)	10.91
Alter	Alter in Jahren	45
Geschlecht	Frauen = 1, Männer = 0	0.61
Kinder	Befragte Person hat mindestens ein Kind = 1, sonst 0	0.57
Nachbarschaftskontakte	Ausmass Kontakte zu den Nachbarn nach Einschätzung auf fünfstufiger Skala (1 = keine Kontakte, 5 = sehr häufig Kontakt)	3.17
Wohndauer	Wohnung bezogen bis einschliesslich 1985 = 1, 1986 bis Interview = 0	0.57
Auf dem Land aufgewachsen	Auf dem Land aufgewachsen = 1, sonst 0	0.42
Links-rechts-Skala (Rechtsorientierung)	Einstufung der politischen Position auf der fünfstufigen Links-rechts-Skala („links" = 1, „rechts" = 5)	2.78

* Anteil der Kategorien 4 und 5 („stark" und „sehr stark") einer fünfstufigen Skala. Additiver Index „Allgemeine Umweltbetroffenheit": Summe der Skalenwerte der fünf Belastungsarten. 0 = minimale, 10 = maximale Umweltbetroffenheit. Mittelwert der „allgemeinen Umweltbetroffenheit" (Bern): 6,15.

** Persönliche Umweltbetroffenheit (bezüglich Wohnquartier): 1 = „sehr zufrieden", 5 = „sehr unzufrieden". Mittelwert der „persönlichen Umweltbetroffenheit" (Bern): 2,10. Die angegebenen Werte beziehen sich auf die Zusammenfassung der Kategorien 1 = „sehr zufrieden" und 2 = „eher zufrieden".

Das hohe Ausmass des Umweltbewusstseins in der Bevölkerung gibt für sich genommen freilich noch keinen Anlass zum Optimismus. Die biblische Devise „Wasser predigen und Wein trinken" findet auch und gerade im Bereich des Umweltverhaltens eine zumindest partielle Bestätigung. Eine umweltfreundliche Einstellung ist noch keine Garantie zu umweltgerechtem Verhalten, insbesondere wenn dies mit merklichen Kosten und Unbequemlichkeiten verbunden ist. Auch eine weitere Diskrepanz fällt auf: Der Grossteil der Befragten ist zwar davon überzeugt, persönlich umweltgerecht zu handeln. Den Mitbürgern hingegen wird diese Eigenschaft mehrheitlich nicht zugetraut (Tabelle 2, Fragen b, c, g). Wird das Umweltverhalten ökonomisch unter dem Aspekt der Kollektivgutproblematik betrachtet, so lässt sich ein typisches Verhaltensmuster identifizieren: Die persönliche Kooperation wird überschätzt, den Mit-Akteuren hingegen wird „Trittbrettfahren" unterstellt, d. h. die Kooperationsbereitschaft eher abgesprochen.

Natürlich finden sich diese Diskrepanzen nicht bei allen Befragten. Auch ist es keineswegs so, dass zwischen dem Umweltbewusstsein und dem Umweltverhalten kein Zusammenhang nachweisbar wäre. Ungefähr im Einklang mit den eingangs zitierten Untersuchungen errechnet sich für die Korrelation zwischen dem Umweltbewusstsein und dem Verhaltensindex ein Koeffizient von 0,33. Für den Zusammenhang zwischen der Handlungsbereitschaft und dem Umweltverhalten beträgt der entsprechende Wert 0,32. Die allein durch das Umweltbewusstsein erklärbare Verhaltensvarianz ist mit knapp 10% allerdings relativ gering.

4. Einige Determinanten des Umweltverhaltens

Wir vermuten, dass das Umweltbewusstsein zunächst die Intention umweltgerechten Handelns positiv beeinflusst. Die Handlungsbereitschaft wiederum dürfte einen positiven Effekt auf das Umweltverhalten ausüben. Darüber hinaus ist anzunehmen, dass sowohl das Umweltbewusstsein als auch das Verhalten von der persönlichen und allgemeinen Umweltbetroffenheit sowie vom Umweltwissen abhängig ist. In mehreren empirischen Studien wird auf die Bedeutung sozialdemographischer Merkmale aufmerksam gemacht (Weigel (1977) Langeheine und Lehmann (1986), Urban (1986), Grob (1990)). Wenn auch die Ergebnisse nicht immer eindeutig sind, so zeigte sich doch häufig, dass der Bildungsgrad einen positiven und das Alter einen negativen Effekt auf das Umweltbewusstsein ausüben. Negative Effekte des Alters werden dabei aufgrund der Inglehartschen (1982) Sozialisationshypothese erwartet (Urban, 1986). Auch das Umweltwissen dürfte vermutlich mit dem Alter absinken

und – nicht überraschend – mit dem Bildungsgrad steigen. Wenn die Sorge für die nächste Generation das Umweltbewusstsein schärft, sollten Befragte mit Kindern höhere Werte aufweisen als kinderlose Personen.

Umweltbewusstsein und Umweltverhalten sind möglicherweise stärker ausgeprägt bei Personen, die in ihre Nachbarschaften integriert sind. Als Indikatoren verwenden wir die Wohndauer und das Ausmass der Nachbarschaftskontakte. Im Gegensatz zu anonymen Wohnformen dürften die gegenseitige soziale Kontrolle, Verhaltenssichtbarkeit und eventuell auch eine grössere Identifikation mit der Nachbarschaft die Umwelteinstellungen und das Umweltverhalten positiv beeinflussen. In der Literatur diskutiert wird ferner die Rolle des Wohnorts (Stadt bzw. Land, vgl. Langeheine und Lehmann, 1986). Ergänzend hierzu fragt sich, ob Personen, die auf dem Lande aufgewachsen sind, stärker oder schwächer ausgeprägte Umweltwerte aufweisen als Personen aus städtischem Milieu. Schliesslich berücksichtigen wir als weitere Variablen noch das Geschlecht und die politische Einstellung auf der „links-rechts-Skala".

Ausgehend von diesen Überlegungen wird ein mehrstufiges Pfadmodell mit den abhängigen Variablen Umweltwissen, Umweltbewusstsein, Handlungsbereitschaft und Umweltverhalten konstruiert. Die Schätzung der Effekte auf diese Variablen erfolgt per multivariater Regression. Tabelle 5 sind die Ergebnisse zu entnehmen; ein Pfadmodell mit den signifikanten Beziehungen ($p < .05$) zeigt Abbildung 1.

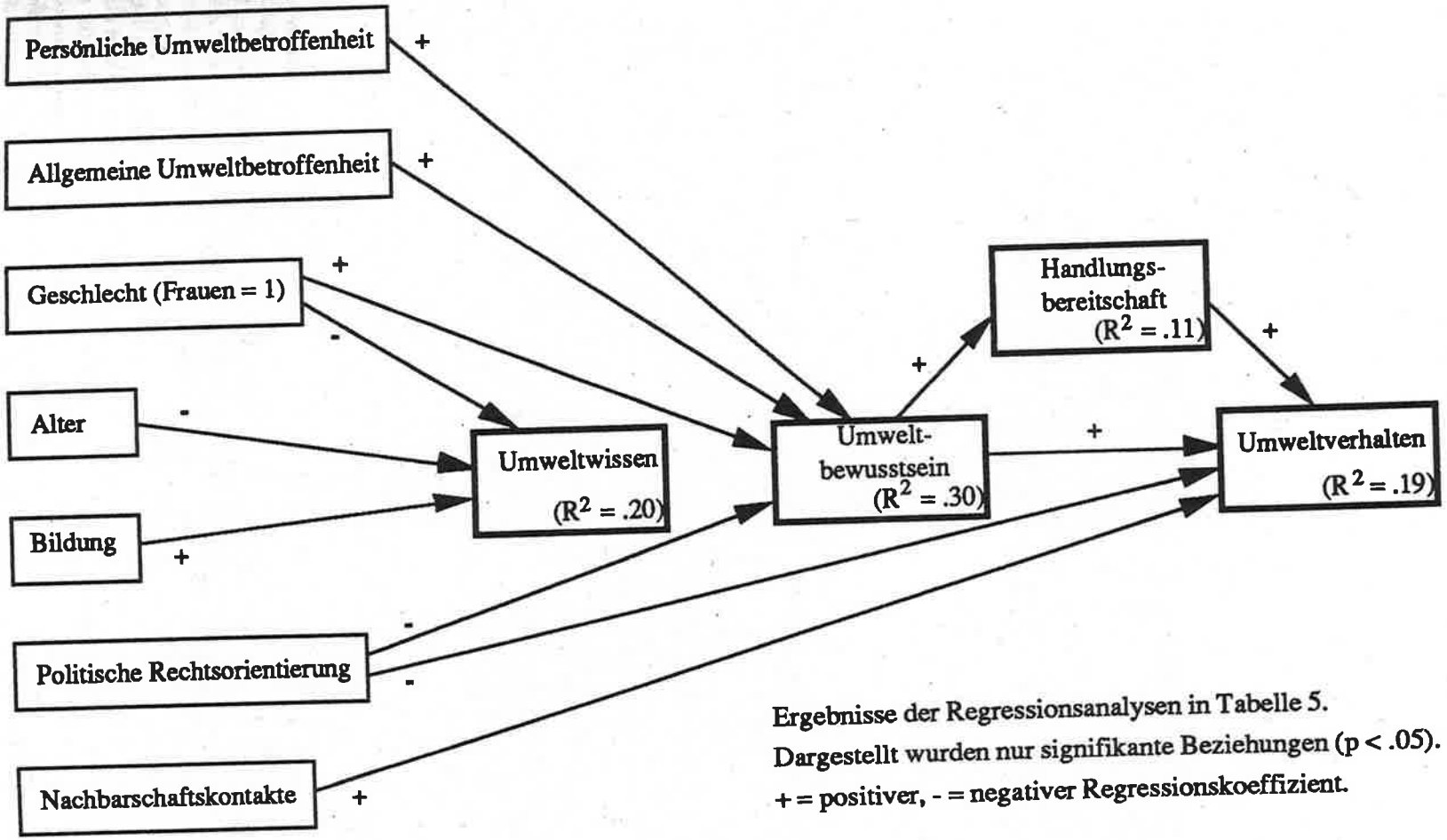
Betrachten wir zunächst einmal die Effekte auf das Umweltverhalten. Signifikante Einflüsse sind sowohl für das Umweltbewusstsein als auch für die Bereitschaft, umweltgerecht zu handeln, nachweisbar. Das Vorzeichen für das Umweltwissen ist zwar erwartungsgemäss positiv, jedoch ist der Koeffizient nicht signifikant. Gleiches gilt für die Beziehung zwischen dem Umweltwissen und dem Umweltbewusstsein. Auch hier weist der geschätzte Koeffizient einen positiven Wert auf, verfehlt jedoch knapp das Signifikanzniveau von p=0,05. Dieses Ergebnis sollte allerdings nicht dahingehend interpretiert werden, dass das Umweltwissen grundsätzlich keinen Einfluss auf das Umweltbewusstsein und Umweltverhalten ausübte. Zum einen zeigt sich in der „gepoolten" Berner und Münchener Stichprobe sehr wohl ein signifikanter Effekt (Diekmann und Preisendörfer, 1991b). Zum anderen könnte es der Fall sein, dass weniger das allgemeine Umweltwissen, sondern vielmehr das praktische, auf umweltrelevantes Alltagsverhalten bezogene Wissen, für das konkrete Umwelthandeln von Bedeutung ist. Eine genauere Prüfung dieser Hypothese erfolgt derzeit im Rahmen einer Wiederholungsbefragung der Berner Stichprobe.

Tabelle 5
Regressionsschätzungen mit den abhängigen Variablen Umweltwissen, Umweltbewusstsein, Handlungsbereitschaft und Umweltverhalten

	Umwelt-wissen	Umwelt-bewusstsein	Handlungs-bereitschaft	Umwelt-verhalten
Geschlecht (Frauen=1)	−1.40*	.71*	.27	.45
	(4.42)	(3.65)	(1.38)	(1.80)
Alter in Jahren	-.05*	.001	.01	.01
	(4.93)	(.12)	(1.95)	(1.26)
Bildungsjahre	.17*	.05	-.03	.04
	(3.79)	(1.94)	(1.10)	(1.20)
Kinder	-.26	-.19	.30	.32
	(.74)	(0.95)	(1.46)	(1.21)
Nachbarschaftskontakte	.16	.08	.16	.23*
	(1.13)	(.89)	(1.85)	(2.10)
Persönliche Umweltbetroffenheit	-.05	.19*	-.00	.17
	(.33)	(2.04)	(.00)	(1.45)
Allgemeine Umweltbetroffenheit	.03	.29*	.08	-.02
	(.36)	(5.96)	(1.49)	(.23)
Politische Rechtsorientierung	-.16	-.43*	.05	-.29*
	(.90)	(4.05)	(.48)	(2.15)
Aufgewachsen auf dem Land	-.28	.19	.16	.34
	(.98)	(1.01)	(.84)	(1.43)
Wohndauer (mehr als 5 Jahre)	.34	.08	-.35	.25
	(.35)	(.40)	(1.70)	(0.96)
Umweltwissen	–	.06	.04	.04
		(1.79)	(1.06)	(0.93)
Umweltbewusstsein	–	–	.22*	.19*
			(3.81)	(2.48)
Handlungsbereitschaft	–	–	–	.28*
				(3.73)
Konstante	6.50*	4.07*	4.19*	1.09
	(5.59)	(5.67)	(5.61)	(1.09)
adj. R^2	.20	.30	.11	.19
N	313	303	300	281

* signifikant für $p < .05$ (zweiseitig); t-Werte in Klammern

Abbildung 1
Pfadmodell Umweltverhalten



Ergebnisse der Regressionsanalysen in Tabelle 5.
Dargestellt wurden nur signifikante Beziehungen ($p < .05$).
+ = positiver, - = negativer Regressionskoeffizient.

Die persönliche und allgemeine Betroffenheit von Umweltproblemen wirkt sich zumindest indirekt über die intervenierende Variable Umweltbewusstsein auf das Verhalten aus. Das Umweltbewusstsein und das Umweltverhalten ist zudem von der politischen Position einer Person auf der „Links-rechts-Skala" abhängig. Bestätigt wird ferner die Nachbarschaftshypothese. Je stärker die sozialen Kontakte mit den Nachbarn, desto umweltgerechter ist das Verhalten. Für die Wohndauer ist das Vorzeichen ebenfalls positiv, der geschätzte Koeffizient jedoch nicht signifikant.

Im Gegensatz zu anderen Studien ist ein direkter negativer Effekt des Alters auf das Umweltbewusstsein und Verhalten nicht nachweisbar. Bezüglich des Umweltverhaltens ist das Vorzeichen sogar positiv, der Koeffizient allerdings nicht signifikant. Das Umweltwissen hingegen ist bei älteren Menschen geringer als bei den jüngeren Befragten, steigt mit den Bildungsjahren und ist bei Frauen weniger stark ausgeprägt als bei Männern. Auf der anderen Seite weisen Frauen höhere Werte des Umweltbewusstseins auf als männliche Befragte.

Für die Variablen „Kinder" sowie „auf dem Land aufgewachsen" ist der geschätzte Koeffizient bezüglich des Umweltverhaltens positiv. Beide Koeffizienten sind aber nicht signifikant. Es sei jedoch darauf hingewiesen, dass sich bei alternativen Spezifikationen für die Variable „Kinder" ein signifikanter Effekt ergibt (Diekmann und Preisendörfer, 1991a).[3]

Wird das Modell disaggregiert nach verschiedenen Bereichen des Umweltverhaltens (Einkaufen, Abfallsortierung, Energiesparen, Verkehr), so resultieren hieraus teilweise unterschiedliche Effekte für die einzelnen Verhaltensbereiche. Im grossen und ganzen stimmen die Modellschätzungen anhand der Münchner Stichprobe strukturell mit den hier diskutierten Befunden aus der Berner Erhebung überein. Eine Modellschätzung an der Gesamtstichprobe liefert zudem auch signifikant positive Effekte des Umweltwissens, Geschlechts und Alters auf

3 Im wesentlichen sind die Modellschätzungen auch bei unterschiedlichen Spezifikationen relativ robust. Eine stufenweise Regression liefert nur geringfügig abweichende Resultate (in diesem Fall ergibt sich für die „Nachbarschaftskontakte" zusätzlich ein signifikant positiver Koeffizient in der Regressionsgleichung mit der abhängigen Variablen „Handlungsbereitschaft"). Bleibt bei einer stufenweisen Regression die Variable „Rechtsorientierung" mit einer relativ hohen Zahl fehlender Werte unberücksichtigt, so ergibt sich ausserdem noch ein signifikant positiver Effekt der Bildungsjahre auf das Umweltbewusstsein und der Wohndauer auf das Umweltverhalten. Das in Diekmann und Preisendörfer (1991a) geschätzte Modell berücksichtigt die Variable „Autobesitz". Erwartungsgemäss ist der Koeffizient signifikant negativ sowohl in der Gleichung für das Umweltbewusstsein als auch in der Gleichung für das Umweltverhalten. Die Variable „Kinder" hat in diesem Modell einen signifikant positiven Einfluss auf das Umweltverhalten; das Umweltbewusstsein nur einen indirekten Effekt über die intervenierende Variable Handlungsbereitschaft.

das Umweltverhalten (zu näheren Einzelheiten siehe Diekmann und Preisendörfer, 1991b).[4]

Insgesamt zeigt sich, dass die Einstellungsvariablen Umweltbewusstsein und Handlungsbereitschaft auch bei multivariater Analyse signifikant positive Effekte auf das Umweltverhalten ausüben. Durch die Einstellungsvariablen (und weitere Merkmale) wird etwa 30% der Varianz des Umweltbewusstseins erklärt. Beim Umweltverhalten sind es weniger als 20%. Es ist daher sehr zu vermuten, dass die Einbeziehung materieller oder auch immaterieller Anreizeffekte, d. h. Nutzen- und Kostenkomponenten umweltspezifischer Aktivitäten, erheblich zur Erhöhung der Erklärungskraft soziologischer oder psychologischer Modelle des Umweltverhaltens beitragen dürfte.

5. Umweltmoral oder Anreizregelungen?

Eine zentrale Frage der Untersuchung lautet, in welchem Masse das Umweltbewusstsein und in welchem Masse ökonomische Anreize sich verhaltensformend auswirken. „Moral contra Ökonomie" könnte die Alternative schlagwortartig verkürzt formuliert werden.

Um empirisch zu ermitteln, welches Gewicht den jeweiligen Faktoren bei der Erklärung des Umweltverhaltens zukommt, erscheint es sinnvoll, konkrete, umweltbezogene Aktivitäten zu untersuchen, für die Informationen sowohl im Hinblick auf das Verhalten als auch die Stärke von Anreizen und die Ausprägung des Umweltbewusstseins vorliegen. Ausserdem müssen die Variablen natürlich Varianz aufweisen, d. h. das Ausmass der ökonomischen Anreize beispielsweise muss für die einzelnen Personen variieren. Eine umweltbezogene Verhaltensweise, für die diese Bedingungen in unserer Befragung gegeben sind, ist das Sparen von Heizenergie. Bezüglich der Einsparung von Heizkosten können wir mit den Befragungsdaten die relativen Effekte der beiden Faktoren auf das Umweltverhalten abschätzen.

Als bedeutsamer Anreizfaktor zur Heizkostenersparnis gilt die Art der Regelung der Heizkostenabrechnung. Bekanntlich erfolgt die Abrechnung von Heizkosten entweder auf der Basis einer Umlage-Regelung (die Heizkosten der Haushalte werden summiert und z. B. nach der Wohnungsgrösse aufgeteilt) oder aber nach dem tatsächlichen, über Messfühler zu ermittelnden Verbrauch. Bei der kollektiven Umlage-Regelung entsteht nun eine Situation, die

4 Bei der höheren Fallzahl der Gesamtstichprobe werden auch schwächere Effekte signifikant, die in den Teilstichproben unterhalb der Signifikanzschwelle bleiben.

der Struktur nach genau dem sogenannten „Allmende-Problem" entspricht und starke Analogien zu dem in der Spieltheorie klassisch gewordenen „Gefangenen-Dilemma" aufweist. Ähnlich wie der freie Zugang zu einer Allmende zur Überweidung führen kann, hat die Umlage-Regelung bei den Heizkosten eine Übernutzung der Energieressourcen zur Folge. Da die Heizenergie praktisch von den Nachbarn mitfinanziert wird (bei zehn Mietparteien zahlen die Nachbarn 90% des Mehrverbrauchs), besteht – von moralischen und sozialen Hemmungen abgesehen – kein im eigenen Portemonnaie fühlbarer Anlass zum Sparen von Heizenergie. Nun ist aber jeder Mieter in einem Mehrparteienhaus gleichzeitig auch Nachbar, so dass sich nicht selten die Heizkosten aufblähen und ein Prozess kollektiver Selbstschädigung beobachtet werden kann. Dass dies nicht nur ein theoretisches Problem ist, wird auch anhand unserer Daten sichtbar.

Betrachtet sei zunächst die folgende Frage zum Sparverhalten bei den Heizkosten: „Wenn Sie im Winter Ihre Wohnung für mehr als vier Stunden verlassen, drehen Sie da normalerweise die Heizung ab oder herunter?" Diese Frage wird von 69% der Münchner, erstaunlicherweise aber nur von 23% der Berner Befragten bejaht. Wenn das Umweltbewusstsein eine wichtige Rolle spielte, sind demnach die Münchner energiebewusster als die Berner Verbraucher? Sicherlich nicht. Denn bei den Einstellungsfragen zum Umweltbewusstsein und zur Bereitschaft umweltgerechten Handelns fanden sich ja praktisch nur geringfügige Unterschiede zwischen der Berner und Münchner Stichprobe. Der Grund für die extreme, sicher nicht zufällige Differenz der Antwortreaktionen ist einfach, dass nach den vorliegenden Umfrageergebnissen etwa doppelt so viele Münchner wie Berner Haushalte die Heizkosten nach dem persönlichen Verbrauch abrechnen. Während die Münchner meist für ihren tatsächlichen Verbrauch bezahlen, heizen die Berner Haushalte auf Kosten ihrer Nachbarn.

Dieses Ergebnis wird bestätigt durch eine weitere Aufschlüsselung der Berner Haushalte. Mit einer multivariaten Probitschätzung kann ermittelt werden, welche mutmasslichen Bestimmungsfaktoren – u. a. das Umweltbewusstsein, die Bereitschaft umweltgerechten Verhaltens, die Haushaltsgrösse sowie der Abrechnungsmodus der Heizkosten – das Energiesparverhalten, also das „Abdrehen der Heizung", beeinflussen.[5] Weiterhin kann die Stärke der einzelnen Effekte berechnet werden. Interessanterweise ergibt sich nur ein einziger signifikanter Effekt, nämlich der ökonomische Anreiz einer verbrauchsabhängigen Heizkostenabrechnung (Tabelle 6). Die Umweltmoral, d. h. das Umweltbewusstsein und die Bereitschaft zum umweltgerechten Handeln, spielt

5 Die Variable „Abdrehen der Heizung" ist eine dichotome 0/1-Variable. Aus diesem Grund wird zur Schätzung der Effekte eine Probitregression verwendet.

Tabelle 6
Regressionsschätzungen für die Einsparung von Heizkosten

	Heizkosten sparen im Winter[1]	Heizkosten in Fr.	Logarithmierte Heizkosten[2]
Verbrauchsabhängige Heizkosten	.46* (2.86)	–15.98 (1.63)	-.21 (1.60)
Umweltbewusstsein	-.04 (0.96)	.01 (.00)	.02 (.63)
Handlungsbereitschaft	.02 (.31)	–1.73 (.56)	-.04 (1.05)
Umweltwissen	.02 (0.81)	1.32 (.84)	.02 (.71)
Eigentumswohnung oder Eigenheim	.07 (.34)	19.99 (1.59)	.24 (1.40)
Zahl der Wohnungen im Haus	.001 (.35)	-.22 (1.08)	-.003 (1.08)
Haushaltsgröße[3]	-.03 (.52)	3.07 (.83)	.04 (.71)
Nachbarschaftskontakte	-.002 (.02)	–2.48 (.61)	-.06 (1.11)
Konstante	-.81 (1.72)	94.24* (3.26)	4.56* (11.57)
adj. R^2	–	.001	.01
N	348	99	99

* signifikant für $p < .05$ (zweiseitig)

t-Werte in Klammern

1 Heizkosten sparen im Winter: Probitschätzung mit der abhängigen Variable „Abdrehen der Heizung, wenn die Wohnung im Winter mehr als vier Stunden verlassen wird". Chi^2 (df=8) = 11.59. Bei einer alternativen logistischen Regression ist ebenfalls nur der Koeffizient für die verbrauchsabhängigen Mietkosten signifikant.

2 Bei den logarithmierten Heizkosten können die Koeffizienten (näherungsweise) als Prozenteffekte auf die Heizkosten interpretiert werden.

3 Zahl der im Haushalt lebenden erwachsenen Personen und Kinder

dagegen keine Rolle. Eine weitere Regressionsschätzung bezüglich der Heizkosten liefert einen Spareffekt bei verbrauchsabhängiger Abrechnung in der Grössenordnung von über 20% (Tabelle 6).[6] Bei durchschnittlich ca. Fr. 80.— Heizkosten bei Umlage-Regelung (nach Angabe der informierten Befragten) errechnet sich aufgrund verbrauchsabhängiger Abrechnung eine Einsparung von ca. Fr. 190.— im Jahr pro Haushalt. Für die Stadt Bern mit etwa 70'000 Haushalten, davon geschätzte 61% der Haushalte, die nach der Umlage-Regel abrechnen, liegt die Grössenordnung der Einsparung immerhin bei 8 Mill. Fr. im Jahr (= Zahl der Haushalte * 0,61 * 16 * 12). Diese Berechnungen basieren allerdings auf der geringen Fallzahl (etwa 100 Haushalte) der informierten Befragten, d. h. derjenigen Personen, die überhaupt in der Lage waren, die Höhe ihrer Heizkosten zu benennen. In diesem Zusammenhang zeigte sich auch, dass die Bernerinnen und Berner ausserordentlich schlecht über das Ausmass anfallender Energiekosten informiert sind. So geben gerade 6% der Befragten in Bern (in München 21%) eine ungefähr zutreffende Antwort auf die Frage nach dem Preis für eine Kilowattstunde Strom. Es ist nach diesen Ergebnissen sehr zu vermuten, dass genauere Informationen über die Energiekosten, den Verbrauch von Geräten sowie verbrauchsabhängige Heizkostenrechnungen einen erheblichen Spareffekt in der Energiebilanz zur Folge haben könnten.

6. Umweltbewusstsein und aktuell beobachtbares Verhalten: Die fiktive Drogerie „Sansa"

Ein Problem einer Befragungsstudie zum Umweltverhalten ist – wie erwähnt – darin zu sehen, dass das Verhalten nicht „objektiv" gemessen wird. Vielmehr beruht der Index des Umweltverhaltens auf den mitunter positiv überschätzten Selbstauskünften der Befragten. Mit „Feldexperimenten" ist es hingegen möglich, in einem eng definierten Bereich die tatsächlichen Reaktionen von Personen zu studieren. Im Rahmen der Umweltuntersuchung hat eine studentische Arbeitsgruppe zum Schein eine Drogerie „gegründet".[7] Etwa drei Monate nach der Umfrage erhielten sämtliche 392 Befragte eine Werbeaussendung der Drogerie „Sansa". In dem persönlich adressierten, professionell aufgemachten

6 Der Koeffizient der Variablen „verbrauchsabhängige Heizkostenabrechnung" hat zwar den höchsten t-Wert relativ zu allen berücksichtigten unabhängigen Variablen, ist aber bei der geringen Fallzahl nicht signifikant.

7 Das Feldexperiment wurde von Adrian Blum, Thomas Gautschi, Konrad Kormann und Stephan Kormann durchgeführt. An der Planung und dem Pretest war ausserdem Patrick Rösli beteiligt.

Prospekt mit Freikuvert wurde der Ausverkauf von Markenartikeln der Reinigungs- und Kosmetikbranche mit einer Preisreduktion von bis zu 80% offeriert. In dem Anschreiben hiess es, dass wegen der zu erwartenden, restriktiven Umweltgesetzgebung das Firmenlager mit FCKW-haltigen Markenartikeln geräumt werden müsse.

Die angeschriebenen Personen konnten nun einen Katalog anfordern oder aber ihre Ablehnung bekunden, indem sie die entsprechende Rubrik des Antwortschreibens („möchte in Zukunft kein Prospektmaterial erhalten") markierten. Im Unterschied zur Befragungsstudie handelt es sich also um ein Feldexperiment mit einer nicht-reaktiven Methode der Datenerhebung. Tatsächlich erfolgten insgesamt 49 Reaktionen; immerhin eine beträchtliche Anzahl bei der Fülle der Werbesendungen in Schweizer Haushalten. Auswertbar von den Antworten waren 22 Kataloganforderungen und 22 Ablehnungen (darunter ein Protestschreiben).[8] 6 der 44 berücksichtigten Reaktionen kamen dabei allerdings von anderen als den befragten Personen, vermutlich meist vom Ehepartner. Von Interesse ist nun der Vergleich der Antworten in der telefonischen Umfrage, insbesondere der Fragen zum Umweltbewusstsein, zu den Folgen von FCKW usw. mit den Reaktionen auf die Drogerie-Offerte.

Es sei vorweg bemerkt, dass die Bestellung des Katalogs keineswegs bedeutet, dass die betreffende Person sich generell weniger umweltgerecht verhält. Es kommt durchaus vor, dass auf die Offerte zwar positiv reagiert wird, das Umweltverhalten in anderen Bereichen aber weit überdurchschnittliche Werte ausweist. Im Mittel aber sind Unterschiede in der erwarteten Richtung beim Umweltbewusstsein, Umweltwissen, der persönlichen und allgemeinen Umweltbetroffenheit, dem erfragten Umweltverhalten und einer Reihe weiterer Einstellungen zu Umweltproblemen erkennbar (Tabelle 7). Einzig bei der „Handlungsbereitschaft" und der Frage nach der Bedeutung der Abkürzung „FCKW" unterscheiden sich die beiden Gruppen nicht. Dreiviertel aller Rückschreiben – gleich, ob zustimmend oder ablehnend – wurden von Frauen abgesandt. Unterschiedlich ist hingegen die Zusammensetzung der beiden Gruppen nach den Merkmalen Alter und Bildungsjahre (Tabelle 7).

Wenn auch klare Gruppenprofile hervortreten, so ergibt sich eine signifikante Mittelwertsdifferenz bei den Einstellungsindizes nur für das Umweltbewusstsein und bei den demographischen Merkmalen nur für das Alter. Dies ist nicht

8 Zwei Personen äusserten durch ein Kreuz in der entsprechenden Rubrik den Wunsch, dass sie derzeit keinen Katalog wünschen, in Zukunft aber über das Angebot der Drogerie weiterhin unterrichtet werden wollten. Drei weitere Zusendungen waren unbrauchbar. Von allen verschickten Briefen kamen drei Aussendungen als unzustellbar zurück.

Tabelle 7
Reaktion auf die Offerte der Drogerie „Sansa“

	Mittelwerte (Gruppengrösse)		t-Test	Korrelation[8]	Regression[9]	Probitschätzung[9]
	Katalog-bestellung	Ablehnende Reaktion				
Umweltbewusstsein	5.7 (21)	7.1 (22)	.02*	-.38	-.18* (2.53)	–0.96* (2.75)
Handlungsbereitschaft	7.6 (21)	7.6 (22)	.87	.02	.10 (1.82)	.56* (2.17)
Umweltwissen	5.5 (22)	6.0 (22)	.63	-.07	.03 (1.15)	.16 (1.44)
Index (erfragtes) Umweltverhalten	6.7 (21)	7.5 (19)	.15	-.20	.04 (.68)	.19 (0.98)
Allgemeine Umweltbetroffenheit	5.6 (22)	6.7 (22)	.06	-.28	.01 (.24)	.08 (0.42)
Persönliche Umweltbetroffenheit	1.9 (22)	2.2 (22)	.19	-.23	-.11 (1.20)	-.54 (1.62)
Alter	52 (22)	41 (22)	.03*	.32	.005 (.94)	.03 (1.36)
Bildungsjahre	10.1 (22)	11.8 (22)	.09	-.25	-.02 (.82)	-.15 (1.29)

(Fortsetzung Tabelle 7)

	%-Anteile		Signifikanz[7]	Korrelation	Regression	Probitschätzung
Frauen	73 (22)	73 (22)	1.0	.01	.44 (1.88)	2.17* (2.00)
FCKW[1] (% gewusst)	45 (22)	45 (22)	1.0	.02	Konstante: .31 (.42)	–1.06 (.41)
Folgen FCKW[2] (% gewusst)	77 (22)	82 (22)	1.0	.04	adj. R^2 = .22	Chi^2 (df=9): 22.5
Keine Spraydosen im Haushalt[3]	45 (22)	68 (22)	.22	-.21		
% Zustimmung „Umweltkatastrophe"[4]	68 (22)	91 (22)	.13	-.27		
% Zustimmung umweltbewusstes Handeln[5]	90 (21)	95 (22)	.61	-.09		
% Zustimmung umweltbewusstes Handeln unter Mühe und Kosten[6]	48 (21)	77 (22)	.06	-.29		

1 „Wissen Sie, was die Abkürzung FCKW bedeutet?" (Richtig: Fluor-Chlor-Kohlen-Wasserstoff oder auch „Treibgas")
2 „FCKW wurde lange Zeit als Treibmittel in Spraydosen verwendet. Weiterhin z. B. als Kältemittel in Kühlgeräten. Wissen Sie weshalb FCKW umweltschädlich ist bzw. was durch FCKW geschädigt wird?" (Richtig: Ozonschicht, Treibhauseffekt)
3 „Verwenden Sie in Ihrem Haushalt irgendwelche Spraydosen (z. B. für Kosmetik oder für's Putzen)?"
4 „Wenn wir so weitermachen wie bisher, steuern wir auf eine Umweltkatastrophe zu!" (fünfstufige Antwortskala, Grad der Zustimmung von 1 bis 5, % Zustimmung = Anteil der Kategorien 4 und 5)
5 „Egal was die anderen tun, ich selbst versuche, mich soweit wie möglich umweltbewusst zu verhalten."
6 „Ich verhalte mich auch dann umweltbewusst, wenn es zusätzlich erheblich höhere Kosten und Mühen verursacht."
7 Fisher-Exact-Test
8 Kodierung: Bestellung = 1, Ablehnung = 0

weiter erstaunlich, da bei der geringen Fallzahl nur relativ hohe Differenzen Signifikanz erreichen.

Das Umweltbewusstsein, erhoben in der telefonischen Umfrage etliche Wochen vor dem Experiment, korreliert immerhin mit einem Wert von –0,38 mit dem beobachteten Verhalten. Auch in der multivariaten Regression und Probitschätzung ist ein signifikanter Effekt des Umweltbewusstseins nachweisbar (Tabelle 7).[9]

Die Ergebnisse des Feldexperiments sind demnach kein Beleg für die extreme Position, dass das Umweltbewusstsein für das aktuelle Verhalten überhaupt keine Rolle spielte. Auf der anderen Seite zeigt das „Drogerie-Experiment" deutlich, dass ökonomische Anreize das tatsächliche Umwelthandeln in starkem Masse beeinflussen. Anschaulich führt dies die Analyse der Antworten zu einzelnen Einstellungs- und Wissensfragen in den beiden Gruppen vor Augen. Die negativen Folgen von FCKW wurden in der Gruppe der Katalogbesteller von 77% der Personen erkannt, die Frage nach der „Umweltkatastrophe" wird von 68% bejaht und immerhin noch 48% geben an, dass sie auch unter „Mühe und Kosten" umweltbewusst handeln. Die wahrgenommene „Preisreduktion" übt somit trotz hoher Umweltmoral deutliche Effekte auf das Verhalten aus. Wiederum tritt klar hervor, dass die Umweltmoral allein umweltgerechtes Verhalten noch nicht garantiert.

7. Welche Rolle spielt die Umweltmoral?

Die Analyse des Energiesparverhaltens bei den Heizkosten demonstriert, dass Anreizlösungen wesentlich wirkungsvoller sein können als das Vertrauen auf die Selbstdisziplin umweltbewusster Verbraucher. Auf der anderen Seite wäre es aber voreilig, hieraus den Schluss zu ziehen, dass generell die Umweltmoral oder das Umweltbewusstsein keinen Einfluss auf das Umweltverhalten ausübten.

Zum einen wurde deutlich, dass zwischen dem Umweltbewusstsein und dem Verhalten immerhin eine mässig hohe, positive Korrelation existiert. Weiterhin zeigte sich auch in der multivariaten Analyse ein signifikanter Zusammenhang zwischen dem Umweltbewusstsein, der persönlichen Bereitschaft, umweltgerecht zu handeln, und dem erfragten Umweltverhalten. Ein anschauliches Beispiel für den mutmasslich gemeinsamen Einfluss von Umweltbe-

9 Für die „Handlungsbereitschaft" ergibt sich andererseits – entgegen der Erwartung – ein signifikant positiver Koeffizient.

wusstsein und ökonomischen Anreizen auf das Verhalten bietet neben unserem „Drogerie-Experiment" auch die Neuregelung der Abfallgebühr in der Berner Region. Nach den vorliegenden Statistiken sowie nach unseren Befragungsergebnissen war nach Einführung der mengenabhängigen „Sackgebühr" (90 Rappen für einen 35 l-Sack) eine Reduktion der Hausabfälle zu beobachten. Hinzuzufügen ist jedoch, dass bereits vor der Neuregelung die Abfallsortierung von Berner Haushalten in ausserordentlich hohem Masse – auch ohne materielle Anreize – praktiziert wurde. Die „Sackgebühr" hat die Verminderung der Hausabfälle (bei einer Reihe unerwünschter Nebenwirkungen) nur noch zusätzlich verstärkt.[10]

In vielen Situationen ist das Umweltbewusstsein als verhaltensbestimmende Grösse keineswegs zu vernachlässigen. Zu vermuten ist, dass auch beim Umweltverhalten eine Art „Low-cost-Bedingung" zutrifft. Vereinfacht ausgedrückt besagt die „Low-cost-Hypothese", dass Moral, von Heiligen einmal abgesehen, dann wirksam ist, wenn die Verhaltenskosten gering sind. In vielen umweltrelevanten Situationen sind die Mühen und Unbequemlichkeiten umweltgerechten Verhaltens tatsächlich relativ gering. So werfen die meisten Menschen, besonders in der Eidgenossenschaft, normalerweise ihre Abfälle nicht einfach auf die Strasse, und zwar nicht einmal dann, wenn sie sich unbeobachtet fühlen und mit keinerlei negativen Konsequenzen zu rechnen haben. Auf der anderen Seite wird kein vernünftiger Politiker erwarten, dass moralische Appelle das Problem von Industrieemissionen lösen können. Es ist also gerade der Bereich vieler alltäglicher Situationen, in denen Umwelterziehung und Umweltmoral durchaus eine Rolle spielen mögen.

Schliesslich aber sei noch auf einen weiteren, wichtigen Grund hingewiesen, neben Anreizlösungen die Umweltmoral (und das Umweltwissen) nicht aus dem Auge zu verlieren. Neue politische Umweltmassnahmen wie z. B. Steuern, Gebühren, Verbote usf. müssen in Demokratien auch durchsetzbar sein. Die Chancen der Verwirklichung von Umweltmassnahmen aber steigen, wenn die Notwendigkeit verantwortlichen Umwelthandelns von der Mehrheit der Bevölkerung erkannt wird. Eine Analyse der Reaktionen zur Berner „Sackgebühr" z. B. macht deutlich, dass der Grad der Zustimmung zu der neuen Umweltmassnahme mit dem Bildungsgrad, dem Umweltwissen und der

10 Nach dem vorliegenden amtlichen Bericht hat sich die „Sackgebühr" in der Stadt Bern vorerst nicht bewährt. Zwar verringerte sich die eingesammelte Kehrichtmenge um 25%. Diese Reduktion wurde jedoch dadurch vollkommen wieder wettgemacht, dass Private und Gewerbe in wesentlich erhöhtem Masse Abfälle direkt zur Berner „Kehrichtverwertungsanlage" gebracht haben. Hinzu kamen unerwünschte Nebeneinwirkungen, ablesbar z. B. an der drastischen „Qualitätseinbusse" der separat gesammelten Abfälle. Günstiger ist dagegen die Situation nach der Gebührenneuregelung in den ländlichen Bezirken der Agglomeration Bern.

persönlichen Bereitschaft zum umweltgerechten Handeln anwächst (Tabelle 8). Ist somit die Umweltsensibilität in der Bevölkerung stärker ausgeprägt, werden Umweltmassnahmen auch um so eher auf die notwendige Akzeptanz der Wahlbevölkerung stossen.

Tabelle 8
Regressionsschätzung für den Grad der Zustimmung zur Neuregelung der Abfallsortierung in der Region Bern

	Grad der Zustimmung[1]	
Umweltwissen	.08*	(2.93)
Umweltbewusstsein	.07	(1.53)
Handlungsbereitschaft	.16*	(3.33)
Persönl. Umweltbetroffenheit	-.10	(1.28)
Allgemeine Umweltbetroffenheit	.07	(1.66)
Bildungsjahre	.05*	(2.08)
Nachbarschaftskontakte	-.08	(1.13)
Alter	.003	(.68)
Geschlecht	.12	(.73)
Konstante	1.01	(1.84)
adj. R^2	.12	
N	337	

t-Werte in Klammern

1 Gemessen auf einer fünfstufigen Skala (1 = „stimme überhaupt nicht zu", 5 = „stimme voll zu")

* signifikant für $p < .05$ (zweiseitig)

LITERATURVERZEICHNIS

AMELANG, M., TEPE, K., VAGT, G. und WENDT, W. (1977), Mitteilung über einige Schritte der Entwicklung einer Skala zum Umweltbewusstsein, Diagnostica, 23: 86–88

DIEKMANN, A. und PREISENDÖRFER, P. (1991a), Umweltbewusstsein und Umweltverhalten, Institute für Soziologie der Universitäten Bern und München: Mimeo

DIEKMANN, A. und PREISENDÖRFER, P. (1991b), Diskrepanzen zwischen Umweltbewusstsein und Umweltverhalten, Institute für Soziologie der Universitäten Bern und München: Mimeo

FREY, B. S. (1972), Umweltökonomie, Göttingen: Vandenhoeck

GROB, A. (1990), Meinungen im Umweltbereich und umweltgerechtes Verhalten. Ein psychologisches Ursachennetzmodell, Diss. Universität Bern

INGLEHARDT, R. (1982), Changing values and the rise of environmentalism in western societies, Berlin: Wissenschaftszentrum

HINES, J. M., HUNGERFOD, H. R., TOMERA, A. N. (1984), An analysis and synthesis of research on responsible environmental behavior: a meta-analysis, Southern Illinois University: Mimeo

KLEY, J. und FIETKAU, H. J. (1979), Verhaltenswirksame Variablen des Umweltbewusstseins, Psychologie und Praxis: 13–22

LANGEHEINE, R. und LEHMANN, J. (1986), Ein neuer Blick auf die soziale Basis des Umweltbewusstseins, Zeitschrift für Soziologie, 15: 378–384

URBAN, D. (1986), Was ist Umweltbewusstsein? Exploration eines mehrdimensionalen Einstellungskonstruktes, Zeitschrift für Soziologie, 15: 363–377

WEIGEL, R. (1977), Ideological and demographic correlates of proecology behavior, The Journal of Social Psychology, 103: 39–47

Schweiz.Z.Soziol./Rev.suisse sociol., 2 (1991) 233–272

„DEALIGNMENT" ODER NEUE INTEGRATIONSBEREITSCHAFT? AKTUELLE ENTWICKLUNGSTENDENZEN IM ANHÄNGER-BESTAND SCHWEIZERISCHER KOMMUNALPARTEIEN

Hans Geser
Soziologisches Institut der Universität Zürich,
Rämistrasse 69, 8001 Zürich

1. Einleitung

Seit Mitte der 60er Jahre in der amerikanischen Wählerschaft zum erstenmal ein Schwinden stabiler, über Generationen hinweg transportierter Parteiloyalitäten („dealignment") beobachtet wurde (vgl. z. B. Pomper, 1977; Inglehart/Hochstein, 1972), glaubt man in den meisten westlichen Ländern zumindest eine wachsende Destabilierung der Parteianhängerschaften (vgl. z. B. Dalton et al. 1984, 10), wenn nicht gar einen säkularen Bedeutungs- und Funktionsverlust politischer Parteien schlechthin (Smith, 1984; Eldersveld, 1982, 24; Schneider, 1984; Lehner, 1979) zu registrieren.

Bei genauerem Hinsehen stützen sich derartige Behauptungen in überwiegendem Masse auf Beobachtungen und Forschungsergebnisse, die sich auf Entwicklungen an der *äusseren Peripherie* von Parteianhängerschaften beziehen.

So gibt es kaum mehr Zweifel darüber, dass in den meisten westlichen Demokratien der Anteil von „Wechselwählern" zunimmt, die sich über ihre Parteipräferenzen anlässlich jeder Wahl erneut eine Meinung bilden und dadurch dazu beitragen, dass Wahlausgänge variabler und unvorhersehbarer werden und/oder dass neue, noch wenig etablierte Parteien eine ungeahnte Konjunktur erhalten (vgl. Pappi, 1977; Plasser, 1987, 124, 140 ff.; Dalton et al., 1984, 3 ff.).

In der Schweiz wird diese Entwicklung beispielsweise daran sichtbar, dass seit Beginn der 60er Jahre die Zahl der Panaschierstimmen zugenommen hat und die Stimmenverhältnisse sich auf Kosten der grossen Regierungsparteien zu den kleineren Gruppierungen hin verschoben haben (vgl. Joye/Papadopoulos, 1986; Longchamps, 1987).

Ähnlich evidente Forschungsergebnisse sprechen dafür, dass dieser Destabilisierung des Wahlverhaltens eine gewisse Reduktion im Ausmass subjektiver „Parteiidentifikation" entspricht. So stieg seit Beginn der 70er Jahre in vielen europäischen Ländern der Anteil jener Wähler, die sich innerlich an keine Partei gebunden fühlen oder ihre Loyalität zumindest dann aufkündigen, wenn sie mit den sachpolitischen Positionen „ihrer" Partei nicht mehr einverstanden sind (vgl. z. B. Plasser, 1987, 124).

Aus den periodisch wiederholten UNIVOX-Befragungen (die wegen des geringen Stichprobenumfangs allerdings mit erheblichen statistischen Fehlern behaftet sind) kann man schliessen, dass sich diese Entwicklung gegenwärtig auch innerhalb der schweizerischen Wählerschaft vollzieht:

1) Zwischen 1981 und 1988 hat sich der Anteil der Bürger, die sich mit irgendeiner politischen Partei identifizieren, um rund 10% (von 57% auf 48%) reduziert (Longchamps/Linder, 1989). Im internationalen Vergleich rangiert die Schweiz damit tiefer als die meisten anderen westlichen Demokratien (Plasser, 1987, 154).
2) Die Anhängerschaft der vier Bundesratsparteien hat sich dabei überdurchschnittlich stark (von 48% auf 32%) verringert. Am frühesten und stärksten betroffen wurden bisher die Sozialdemokraten, die beinahe eine Halbierung ihrer Anhängerbasis (von 17% auf 9%) hinnehmen mussten, und an zweiter Stelle die CVP. Erst seit 1984 zeigen sich Schwundtendenzen in der FDP, während die SVP bisher kaum betroffen wurde (Longchamps/Linder, 1989).
3) Bis 1987 wurden diese Verluste der grossen Parteien wenigstens teilweise durch Zugewinne kleinerer Parteien kompensiert. Seither scheint dieser Trend gestoppt, und sowohl die Anteile der Regierungsparteien wie auch die Prozentsätze parteigebundener Bürger haben sich stabilisiert oder gar wieder etwas erhöht (Longchamps/Linder, 1989).
4) Weil die Parteibindungen innerhalb der jüngsten Wählergruppen besonders niedrig sind, sind auch in Zukunft weitere Erosionstendenzen zu erwarten (Longchamps, 1987). Allerdings bleibt ungewiss, wieviele jüngere Bürger, die momentan ein problemzentriertes politisches Engagement (in Sozialbewegungen, Initiativgruppen u. a.) vorziehen, sich in späteren Phasen ihres Lebenszyklus den politischen Parteien zuwenden werden (vgl. Uehlinger, 1985, 135 ff.).
5) Während sich nur gut 20% aller parteigebundenen Männer mit einer der kleineren, nicht im Bundesrat vertretenen Parteien identifizieren, sind es bei den parteigebundenen Frauen fast 30% (Longchamps, 1987). Man mag deshalb vermuten, dass die Einführung des Frauenstimmrechts eine Mitursache für die neueren „Fraktionalisierungen" im Schweizerischen Parteiensystem darstellt, die sich in einer wachsenden Zahl von im Parlament ver-

tretenen Gruppierungen (und einem noch stärkeren Anwachsen der Zahl von Wahllisten) manifestieren.

Die Gemeinsamkeit all dieser Befunde besteht darin, dass sie über Entwicklungen innerhalb einzelner Parteien (bzw. des Parteiensystems insgesamt) nur sehr partielle Aufschlüsse vermitteln, weil sie der komplexen Mehrschichtigkeit von Parteianhängerschaften und Parteiorganisationen zu wenig Rechnung tragen.

So stösst die Frage nach der „Grösse" einer politischen Partei (und deren Veränderung im Zeitablauf) auf immense Schwierigkeiten der empirischen Operationalisierung, weil es im Vergleich zu allen betrieblichen Organisationen (Firmen, Verwaltungen u. a.), ja selbst im Vergleich zu den meisten übrigen freiwilligenVereinigungen und Verbänden viel schwieriger ist, zwischen „innen" und „aussen" dichotom zu differenzieren (Schlesinger, 1968, 432; Wiesenthal, 1984, 81).

Anstatt als „Systeme" müssen Parteien viel eher als „soziale Felder" beschrieben werden, bei denen sich um ein „Gravitationszentrum" von Führungspersonen Anhängergruppen mit kontinuierlich abnehmendem Mass an subjektiver Identifikation und objektiver Einsatzwilligkeit (formelle Amtsträger, regelmässige Aktivisten, gelegentlich Aktivierte, Sympathisanten, Stammwähler usw.) gruppieren (Güllner/Marvick, 1977; Geser, 1987, 39 f.).

Insbesondere ist „formale Mitgliedschaft" als Abgrenzungskriterium völlig ungeeignet, weil einerseits meist auch Nichtmitglieder signifikante Unterstützung (z. B. in der Form von Wahlkampfspenden) leisten und andererseits sich die Mitglieder in ihrem Grad an faktischer Partizipation drastisch unterscheiden.

Veränderungen im Umfang von Parteianhängerschaften können aus diesem Grunde niemals mittels einer einzigen Masszahl beschrieben werden, sondern nur in termini eines *Variablenprofils*, das die unabhängigen Entwicklungen in den verschiedenen Segmenten dieser konzentrischen Feldstruktur angemessen zur Geltung bringt.

So gibt es Fälle, wo – wie z. B. in den grossen österreichischen Parteien seit den 50er Jahren – der „harte Kern" der Parteiaktivisten konstant bleibt, während die peripheren Parteianhängerkreise bedenklich wegerodieren (Plasser, 1987, 140).

Umgekehrt kann eine Gruppierung – wie z. B. die „Grünen" in der BRD – temporär einen überraschend hohen Zufluss von Wählergunst und Spenden erfahren, ohne ihre schmale Basis an Aktivisten wesentlich zu expandieren (vgl. z. B. Poguntke, 1987).

Deshalb ist fraglich, ob sich die These, dass die Anhängerbasis der Parteien erodiere und instabiler werde, auch dann aufrechterhalten lässt, wenn man das Augenmerk von den peripheren Wählersegmenten auf die engere Sphäre der Parteimitglieder und Parteiaktivisten verschiebt.

Die hier verfügbaren empirischen Befunde sind – weil der hypertrophisch expandierten Wählerforschung keine ähnlich umfangreiche komparative Parteiforschung gegenübersteht – viel weniger zahlreich, und sie liefern ein zu gängigen Vorstellungen des „dealignment" eher kontrastierendes Bild.

So ist in Westdeutschland der Prozentsatz der „zu einem Parteibeitritt bereiten" Bürger zwischen 1953 und 1979 dramatisch angestiegen (Küchler, 1982) und die Zahl der formellen Mitglieder hat sich (insbesondere in der CDU) seit 1970 sehr stark erhöht (Plasser, 1987, 116). Auch in Österreich gibt es keine Anzeichen für ein Schrumpfen der Mitgliederbasis, und der Prozentsatz der aktiv engagierten Mitglieder blieb (zwischen 1978 und 1985) ungefähr konstant (Plasser, 1987, 140). Dem stehen allerdings die Befunde von Joye/Papadopoulos gegenüber, wonach das „kognitive politische Interesse" der Schweizer Bevölkerung zwischen 1975 und 1985 zugenommen hat, die politische Aktivitätsbereitschaft (z. B. zur Teilnahme an Wahlkampagnen) sich jedoch eher verringerte (Joye/Papadopoulos, 1986, 60).

Unbestritten ist die Tatsache, dass seit etwa 1960 ein disproportional starkes Anwachsen verschiedenster Formen „unkonventioneller" politischer Betätigungen ausserhalb organisierter Parteien beobachtet werden kann und dass in rascher Folge zahlreiche Bewegungs- und Initiativgruppen mit spezifischen (z. B. umweltpolitischen) Zielsetzungen aufgetreten sind, die das politische Aktivitätspotential jüngerer Alterskohorten in grossem Ausmass absorbieren.

Die z. B. von Guggenberger (und vielen anderen) vertretene These, wonach diese Entwicklung ihre Schubkraft aus Unzufriedenheit mit etablierten Parteien gewinne und sich deshalb auf ihre Kosten oder gar in Opposition zu ihnen vollziehe (vgl. Guggenberger, 1982, 190 ff.), kann heute keineswegs mehr aufrechterhalten werden (vgl. Kaase, 1982, 173 ff.). Denn es hat sich gezeigt, dass zwischen problemzentrierten politischen Engagements und Parteiarbeit eher komplementäre (statt substitutive) Beziehungen bestehen (Uehlinger, 1985, 135 ff.), und dass simultane Teilnahmen an Parteien und Sozialbewegungen eher die Regel als die Ausnahme bilden (vgl. Engeler, 1986, 225 ff.).

Im Unterschied zu den rein repräsentativen politischen Demokratien anderer westlicher Länder ist es in der Schweiz natürlich keineswegs neu, dass politisch hoch aktivierte Bürger ihr Engagement zwischen Parteiarbeit und Betätigungen in Rahmen direkt-demokratischer Kanäle (z. B. im Rahmen von Referendumskomitees, Einwohnerversammlungen etc.) sowie auf der Ebene

von Interessenverbänden aufteilen, um ihre politischen Anliegen optimal zu fördern. Immer schon war das Aktionspotential sozialdemokratischer Parteisektionen dadurch eingeschränkt, dass viele linksorientierte Mitglieder es lohnender fanden, ihre knappe Zeit vorrangig in gewerkschaftliche Arbeit zu investieren; und momentan stehen beispielsweise den „Grünen" derart zahlreiche Aktionsgruppen und Verbände mit spezifischen umweltpolitischen Zielsetzungen zur Verfügung, dass ihr Engagement in der „Grünen Partei" häufig darunter leidet (Peter, 1990, 30).

Andererseits bedeutet aber gerade das Faktum, dass die Schweiz ein im internationalen Vergleich ausserordentlich stark ausdifferenziertes Parteiwesen (mit über 100 kantonalen und über 5500 kommunalen Parteiorganisationen) besitzt, dass zwischen den verschiedenen Sphären politischer Aktivität eher komplementäre Synergieeffekte (anstatt kompetitiver Nullsummenverhältnisse) bestehen. So kann beispielsweise manche(r) junge(r) Bürger(in) im Rahmen informeller Initiativgruppen und Sozialbewegungen politische Fähigkeiten und Kentnisse erwerben, die er/sie nachher im formelleren Kontext einer politischen Partei nutzbringend anwenden kann.

Wahrscheinlich hat die leichte Zugänglichkeit *direkt-demokratischer Formen politischer Partizipation* zur Folge, dass die aktive Parteianhängerschaft geringeren zeitlichen Fluktuationen als in andern Ländern unterliegt. Denn durch ihre „Ventilfunktion" können die direkten Volksrechte dafür sorgen, dass eine allgemeine politische Aufbruchstimmung keineswegs in einer entsprechenden Zunahme parteiinterner Aktivierung ihren Ausdruck findet und etwaige „Verdrossenheit" mit den politischen Verhältnissen sich ebensowenig in einem Exodus aus den Parteien manifestiert (vgl. Neidhart, 1986, 44).

Ähnlich stabilisierend wirkt das bei der Konstituierung aller exekutiven Behörden leitgebende *Konkordanzprinzip*, das (mit-)regierende Parteien davon entlastet, die volle Verantwortung für politische Entscheidungen (und deren Auswirkungen) zu übernehmen.

Dieser plausiblen These widerspricht allerdings die Tatsache, dass sich der politische Wandel in der Schweiz während der letzten Jahrzehnte verstärkt über eine Dynamisierung und Fraktionalisierung der Parteienverhältnisse vollzogen hat. So haben sich in reger Folge neue Gruppierungen von nationaler Reichweite (Republikaner, Nationale Aktion, POCH, Grüne, Autopartei u. a.) konstituiert, und auf kommunaler Ebene sind vielerlei rein lokale Parteiassoziierungen (vom Typus „Pro X-Wil") mit meist ökologisch geprägter Zielrichtung entstanden, die sich selbst in durchaus kleinen Gemeinden auf eine hinreichend umfangreiche und dauerhafte Trägergruppe verlassen können.

Ihre Entstehung und Expansion mag als Beleg für die Hypothese gelten, dass sich der Schwerpunkt politischer Aktivitätsbereitschaft momentan von zielunspezifischer Parteiarbeit zu zweckspezifischen Engagements hin verschiebt (vgl. Guggenberger, 1980; Uehlinger, 1985, 135). Ihr neulich zu beobachtendes Stagnieren oder gar Verschwinden (z. B. im Falle der POCH) mag wahlweise dadurch erklärt werden, dass diese neuen Mobilisierungsbereitschaften – ungeachtet ihrer Intensität – grundsätzlich themenspezifisch und deshalb transitorisch bleiben oder dass das Pendel gegenwärtig wieder zu den etablierten Grossparteien ausschlägt.

Angesichts dieser offensichtlich verwirrend-komplexen Konstellation von Entwicklungen besteht ein dringender Bedarf nach Forschungen, die über aktuelle Veränderungen im Bestand aktiver Parteianhänger Auskunft geben. Denn von diesen Wandlungen hängt es ab, inwiefern die politischen Parteien auch zukünftig in der Lage sind, ihre zentralen Funktionen der politischen Meinungsbildung und Entscheidungsfindung einerseits und der politischen Ämterrekrutierung andererseits zu erfüllen in einer Weise, die der wachsenden Diversität und Komplexität politischer Problemlagen gerecht wird.

Vor allem erhebt sich die Frage, ob es überhaupt übergreifende, das gesamte Parteiensystem umfassende Entwicklungsmuster gibt, oder bloss Sonderentwicklungen, in denen sich Ansätze zu zukünftigen Gewichtsverlagerungen in der Parteienlandschaft manifestieren.

2. Fragestellung der empirischen Untersuchung

Die nachfolgend dargestellten empirischen Befunde stammen aus einer im Winter 1989/90 durchgeführten schriftlichen Fragebogenerhebung, in die die Präsidenten aller schweizerischen Lokalparteien einbezogen wurden.

Auf der Basis aller verfügbaren Adresslisten (die meistens von den Kantonalparteien zur Verfügung gestellt wurden) wurde ein Universum von 6100 formell konstituierten Gruppierungen mit Partei- (oder parteiähnlichem) Charakter eruiert, von denen aber schätzungsweise 800 in dem Sinne nicht „existieren", als sie keinerlei kommunalpolitische Aktivität entfalten.

Daraus darf geschlossen werden, dass die 2614 zurückgesandten Fragebogen knapp die Hälfte des gesamten realen Universums ausmachen. Trotz einiger systematischer Ausfälle (z. B. als Folge einer geringeren Partizipationsbereitschaft der Westschweizer Parteien oder des „Grünen Bündnisses") bietet die verfügbare Stichprobe eine ausreichende Basis, um auf die Verhältnisse im gesamten schweizerischen Parteiensystem zu schliessen.

Unter anderem mussten die Präsidenten zur Frage Stellung beziehen, ob (a) die Zahl ihrer *weiblichen* Parteiaktiven und (b) die Zahl ihrer *männlichen* Parteiaktiven innerhalb ihrer Ortspatei während der letzten fünf Jahre angewachsen, gesunken oder gleichgeblieben sei.

Als „Aktive" wurden dabei jene Anhänger definiert, die „regelmässig an den Parteiversammlungen teilnehmen und ‚im Prinzip' für irgendwelche Formen der Mitarbeit in der Partei zur Verfügung stehen".

Dadurch profilieren sie sich
- einerseits gegenüber der präziser eingrenzbaren Gruppe der „Mitglieder", die durch Unterschrift ihren Eintritt deklariert haben und in der Regel zur Entrichtung regelmässiger Jahresbeiträge verpflichtet sind (ca. 33% aller Parteien kennen allerdings keinen formellen Mitgliedschaftsstatus);
- andererseits gegenüber dem viel unschärfer begrenzten Kreis von „Anhängern" (inkl. „Interessenten" oder „Sympathisanten"), zu denen all jene Gemeindebürger(innen) gehören, die jeweils zu Parteiversammlungen eingeladen werden.

Immerhin 96% der Befragten (2511) waren bereit (bzw. in der Lage), über die Entwicklungstendenzen bei weiblichen wie bei männlichen Parteiaktiven Angaben zu machen.

Natürlich setzt dieser Indikator der Aussagekraft der vorliegenden Untersuchung insofern Grenzen, als er nur über die Richtung des Mitgliederwandels, nicht aber über dessen quantitatives Ausmass Auskunft gibt. Überdies liesse sich einwenden, dass er insofern nur eine beschränkte Validität beanspruchen dürfe, als von Parteipräsidenten nicht erwartet werden könne, ganz ohne Beschönigung über die Entwicklung „ihrer" aktiven Anhängerschaft zu berichten. Darauf wäre zu antworten, dass derartige Effekte der "social desirability" bei schriftlichen Befragungen erfahrungsgemäss weniger Gewicht haben als bei mündlichen Interviews, und dass wenigstens komparative Analysen von einer derartigen Bias nicht sonderlich berührt werden, falls man eine invariante „Beschönigungsneigung" unterstellt.

Schwerer wiegt wohl die Vermutung, dass sehr passivierte oder in Auflösung begriffene Gruppierungen im Sample stark unterproportional vertreten sind, weil deren Präsidenten auf die meisten gestellten Fragen keine Antwort zu geben wussten. Dieser Ausfall betrifft aber vorwiegend die Lokalparteien sehr kleiner Gemeinden, die bei einer quantifizierenden Hochrechnung des Gesamttrends kaum ins Gewicht fallen würden.

Die Einschränkung der Analyse auf die unterste, kommunale Ebene der Parteiorganisation mag insofern befremden, als lokales Parteiverhalten

erfahrungsgemäss seinen eigenen Regeln und Entwicklungen folgt (vgl. z. B. Plasser, 1987, 48) und Wandlungen im Bestand jener „höheren" Parteieliten nicht ins Blickfeld kommen, die ausschliesslich auf Kantons- oder Bundesebene ihre Aktivität entfalten.

Andererseits gibt es aber mindestens drei stichhaltige Gründe, die eine Fokussierung auf lokale Parteisektionen nahelegen.

Erstens ist in methodologischer Hinsicht zu bedenken, dass die überlokalen Parteiorganisationen häufig nicht einmal über ihre formellen Mitgliederbestände Bescheid wissen und dementsprechend noch viel weniger in der Lage sind, sich über Veränderungen in der Zahl der Parteiaktiven auf dem Laufenden zu halten. Dieses Wissen fällt weit weg von den Parteizentralen innerhalb der einzelnen Ortssektionen an, deren Präsidenten beispielsweise am Besuch von Parteiversammlungen, an der Teilnehmerzahl von Arbeitsgruppen oder an der Kandidatenauswahl für öffentliche Ämter gut erkennen, auf wieviele aktive Anhänger(innen) sie zählen können. Höchstens bei einigen Grossstadtparteien mag sich dieses Wissen noch weiter nach unten in die Kreissektionen verschieben, deren innere Entwicklung der städtische Parteivorstand ebenfalls nicht mehr hinreichend überblickt.

Zweitens ist eine Erfassung *kommunaler* Anhängerbewegungen auch sinnvoll, weil man sie als *Frühindikatoren für die zukünftige Entwicklung der Gesamtpartei* verwenden kann. Denn weil sich auf der Ebene der Ortssektionen *die primäre Rekrutierung und primäre Sozialisation* junger, politisch noch unerfahrener Bürger vollzieht (vgl. Geser, 1987, 4), bedeutet ein Anwachsen der Anhängerschaft, dass die Kantonal- und Bundespartei in Zukunft auf ein grösseres Potential von Personen abstützen kann, die mit den Werten und Zielen der Partei vertraut sind, ihre Anliegen mittragen und allenfalls auch für Ämter auf überlokaler Ebene zur Verfügung stehen.

Umgekehrt muss eine Partei bei drastischem Rückgang kommunaler Aktivisten damit rechnen, dass sie – selbst bei genügendem Wählererfolg – in den nächsten Jahrzehnten aus Mangel an einsatzwilligen Wahlkämpfern und geeigneten Kandidaten Mühe haben könnte, ihre bisherigen Bastionen zu halten.

Und *drittens* bieten sich dank der Vielzahl und Vielgestaltigkeit der lokalen Ortssektionen günstige Voraussetzungen für die Beantwortung der Frage, unter welchen Voraussetzungen es politischen Parteien momentan mehr oder weniger gut gelingt, zusätzliche Anhänger anzuziehen (bzw. bisherige nicht zu verlieren).

Aus diesen Gründen erscheint das vorliegende Datenmaterial geeignet, sowohl über die jüngsten Entwicklungen im Gesamtbestand schweizerischer Parteianhänger als auch über quantitative Verschiebungstendenzen zwischen verschiedenen politischen Gruppierungen Aufschluss zu gewinnen.

Vor allem bietet es sich zur Überprüfung folgender Hypothesen an, die in der internationalen Diskussion über den Wandel westlicher Parteiensysteme im Vordergrund stehen:

1) Gibt es auch in den engeren Kreisen aktiver Parteimitglieder Schrumpfungstendenzen, die der unbestreitbaren Abnahme der Zahl der peripheren Anhänger und Stammwähler parallel laufen würden?
2) Inwiefern dominiert bei der Entwicklung der Anhängerbestände ein generalisierter, alle Parteien umfassender Trend, und inwiefern stehen parteispezifische Sonderentwicklungen im Vordergrund, in denen neuere Tendenzen des gesellschaftlichen Wertwandels (z. B. in der Richtung auf ökologische oder neokonservative Orientierungen) zum Ausdruck kommen?
3) Gibt es den häufig beschworenen Trend zu einem sachspezifischeren und an „persönlicher Betroffenheit" orientierten politischen Engagement, der in einer Präferenz für monothematische und auf rein lokaler Ebene agierende politische Gruppierungen sichtbar würde?
4) Stimmt es, dass neu hinzukommende (d. h. meist jüngere) Aktivisten besonders stark an basisdemokratischer Partizipation interessiert sind und deshalb jene Gruppierungen meiden, in denen ein hoher Grad an Formalisierung und Oligarchisierung besteht?

Im Falle der Schweiz erhalten all diese Fragen einen besonderen Akzent aufgrund der Tatsache, dass erst seit der Einführung des Frauenstimmrechts (1971) eine parteipolitische Mobilisierung der Frauen in Gang gekommen ist, deren Auswirkungen auf die Parteienlandschaft nun bereits deutlich erkennbar sein sollten. Trifft beispielsweise die Hypothese von Longchamps (1987) zu, dass sich Frauen vor allem den kleineren Parteien zuwenden und dadurch eine langfristige Fraktionalisierung des Parteiensystems begünstigen würden?

Sicher wird es nicht möglich sein, durch Extrapolation der im kleinen Zeitabschnitt zwischen 1984 und 1989 gemessenen Trends auf säkulare Entwicklungen des schweizerischen Parteiensystems zu schliessen. Immerhin dürfte aber erkennbar werden, von welchen Einflussfaktoren die schweizerische Parteienszene momentan mitgeprägt wird und in welche Richtung(en) sie sich momentan bewegt.

3. Ergebnisse

3.1 Übergreifende Trends in der Gesamtschweiz und den drei Sprachregionen

Die über die gesamte Stichprobe hinweg ermittelten Zahlenwerte (Tabelle 1) lassen keinen Zweifel daran, dass in der Zeit zwischen 1984 und 1989 der Umfang der parteipolitisch aktiven Bürger in beachtlichem Masse zugenommen haben muss, weil über 50% aller Ortssektionen eine Zunahme an aktiv partizipierenden Anhängern (und höchstens 10% eine Abnahme) vermelden. Überwiegenden Anteil daran haben die Frauen, deren Zustrom in mindestens 40% aller kommunalen Gruppierungen dazu führte, dass sich die Zusammensetzung der Parteiaktiven zugunsten des weiblichen Geschlechts verschob. Dies gilt ganz besonders für die 142 Gruppierungen, die in der Lage waren, ihren Verlust an männlichen Aktiven zumindest teilweise durch zusätzliche Anhänger weiblichen Geschlechts zu kompensieren.

Tabelle 1

Veränderungen im Bestand weiblicher und männlicher Parteiaktivisten von 1984–1989 (alle Ortsparteien)

weibliche Aktivisten	männliche Aktivisten			
	zugenommen	gleichgeblieben	abgenommen	Total
zugenommen	16.4% (411)	29.7% (747)	5.6% (142)	51.8%
gleichgeblieben	6.1% (160)	32.2% (808)	4.5% (117)	42.8%
abgenommen	0.9% (22)	1.9% (48)	2.7% (67)	5.5%
	23.4%	63.8%	12.8%	(100%) N=2511

Offensichtlich ist die *politische Primärmobilisierung der Schweizer Frauen*, die nach der Zugestehung ihres Stimmrechts (1971) begonnen hat, bis in die 80er Jahre hinein noch nicht zum Abschluss gekommen. Sie hat – nach Ergebnissen desselben Surveys – bis dato dazu geführt, dass der weibliche Anteil an den Parteimitgliedern auf 35% und an den Parteiaktiven auf immerhin ca. 31%

angewachsen ist. Mit diesen hohen Prozentwerten ist die Schweiz in sehr kurzer Zeit in die Nähe der skandinavischen Länder (Norwegen, Schweden und Dänemark) gerückt und hat Nachbarländer wie Deutschland oder Italien – wo sich der Anteil um die 20% bewegt – weit hinter sich gelassen (vgl. Niedermayer, 1989, 67 ff.; Norderval, 1985, 73; Skard, 1983).

Wahrscheinlich gewinnt diese – im internationalen Vergleich – überaus späte Primärmobilisierung der Frauen ihre hohe Schubkraft daraus, dass sie sich mit gesellschaftlich bedingten Mobilisierungstrends überlagert, die in den meisten westlichen Ländern momentan zu einer Angleichung im politischen Aktivitätsniveau der beiden Geschlechter führen (vgl. Inglehart, 1989, 434).

Aus Tabelle 1 wird aber auch deutlich, dass auch bei völliger Absenz der Frauen eine gewisse Expansion der Parteiaktiven stattgefunden hätte.

Immerhin haben mindestens 6% aller Ortsparteien eine rein auf dem Zufluss von *Männern* beruhende Expansion vollzogen.

Während dem Zustrom von Frauen wohl eine wachsende parteipolitische Aktivierung vorher abstinenter Bürgerinnen zugrunde liegt, ist es nicht im selben Masse zwingend, das Anwachsen männlicher Parteiaktivisten auf einen analogen Vorgang „sekundärer politischer Mobilisierung" zurückzuführen. Vielleicht liegt deren Ursache in viel unspektakuläreren Entwicklungen demographischer Natur: z. B. in der Tatsache, dass (dank der geburtenstarken Jahrgänge zwischen 1955 und 1965) in den letzten Jahren unverhältnismässig viele männliche Bürger in jene Altersgruppen (über 30) eingetreten sind, die nach allgemeiner Erfahrung am meisten an politischen Parteien partizipieren (vgl. z. B. Falke, 1982, 92; Niedermayer, 1989, 86).

Zudem ist zu berücksichtigen, dass personelle Fluktuationen auf kommunaler Ebene immer auch durch geographische Mobilität (und die damit verknüpften Wandlungen im Einwohnerbestand der Gemeinden) mitverursacht sein können. Rein theoretisch wäre der – empirisch allerdings höchst unwahrscheinliche – Fall denkbar, dass die meisten Ortssektionen Zuwächse vermelden, obwohl die Zahl der Parteiaktiven insgesamt stagniert: z. B. dann, wenn eine aus wenigen grossen Städten emigrierende Bevölkerung sich auf eine viel grössere Anzahl kleinerer Wohngemeinden verteilt.

Weil erfahrungsgemäss aber eher grössere Gemeinden die höchsten Wanderungsgewinne verzeichnen und die dort beheimateten Parteigruppierungen keineswegs besonders häufig von Abgängen betroffen sind (vgl. 3.3), ist im Gegenteil eher damit zu rechnen, dass in den vorgeführten Zahlenergebnissen *nicht das gesamte* Ausmass der Expansion zum Ausdruck kommt.

Bei einer Aufgliederung nach Sprachregionen (Tabelle 2) wird deutlich, dass sich in der deutschen Schweiz ein weitaus stärkerer Zustrom von Frauen als in den übrigen beiden Landesteilen vollzogen hat, und dass die Tessiner Ortsparteien hinsichtlich beider Geschlechtskategorien die geringsten Zuwachsraten verzeichneten.

Tabelle 2

Veränderungen im Bestand der Parteiaktivisten (1984–1989) und Frauenanteil an den Aktiven (1989): nach Sprachregionen

	Prozentsatz der Ortsparteien, die aktive Anhänger hinzugewonnen haben		verloren haben		N (Basis der Prozentwerte 1989)	Durchschnittl. Frauenanteil an den Aktiven (1989)
	weibl.	männl.	weibl.	männl.		
deutsche Schweiz	55	24	5	13	(1951)	31,7%
französische Schweiz	44	25	7	12	(311)	30,6%
italienische Schweiz	32	14	7	12	(249)	33.4%

Zumindest für den italienischen Sprachraum lässt sich feststellen, dass die parteipolitische Mobilisierung der Frauen offensichtlich zu einem früheren Zeitpunkt als in der Deutschschweiz eingesetzt hat und sich gegenwärtig wohl bald ihren Sättigungsgrenzen nähert: denn der weibliche Anteil an den Parteiaktiven beträgt hier bereits 33%.

3.2 *Einfluss der Parteizugehörigkeit und der ideologischen Orientierung*

Aus *Tabelle 3* wird deutlich, dass der expansive Trend bei den schweizerischen Parteiaktiven eine äusserst unspezifische, sich über das ganze politische Spektrum hinweg erstreckende Entwicklung darstellt, weil praktisch alle Parteien häufiger Zugewinne als Abwanderungen verbuchen.

Vor allem muss dem Einströmen der *Frauen* in die Parteipolitik eine generali sierte politische Mobilisierung zugrunde liegen, da innerhalb sämtlicher Parteien mindestens 40% aller Sektionen einen Zuwachs (und nur Ortsgruppen der PDA in erheblichem Umfang eine Abnahme) weiblicher Aktivmitglieder vermelden.

Die Männer haben sich demgegenüber sehr viel selektiver den „Grünen" sowie einzelnen Parteien am rechten Rand des Spektrums (SVP und LPS)

Tabelle 3

Veränderungen im Bestand der Parteiaktiven (1984–1989) und Frauenanteil an den Aktiven (1989): nach Parteirichtung und ideologischer Orientierung

	Prozentsatz der Ortsparteien, die aktive Anhänger hinzugewonnen haben		verloren haben		N (Basis der Prozentwerte 1989)	Durchschnittl. Frauenanteil an den Aktiven (1989)
	weibl.	männl.	weibl.	männl.		
FDP	51	22	5	10	(634)	29,2
CVP	49	20	5	13	(553)	32,1
SVP	60	36	4	7	(283)	26,9
SP	57	21	7	20	(561)	32,9
LDU	64	29	4	26	(55)	39,5
EVP	46	24	5	13	(70)	35,2
LPS	53	38	4	4	(50)	26,0
GPS	49	41	8	19	(37)	47,4
GBS	89	33	0	0	(9)	49,0
PDA/SAP	45	11	35	50	(13)	35,4
Lokale Grüne	46	15	15	21	(33)	41,6
Ortsvereine	43	29	6	12	(51)	34,7
Freie Wähler	45	20	4	4	(74)	33,4
extrem links (1, 2)*	57	21	7	19	(159)	36,0
gemässigt links (3.4)*	55	20	8	17	(548)	34,9
Mitte (5. 6)*	48	23	5	12	(815)	30,6
gemässigt rechts (7, 8)*	53	25	5	10	(779)	24,2
extrem rechts (9,10)*	46	32	2	12	(128)	29,8
stark „grün" (1, 2, 3)*	58	24	6	15	(789)	35,7
gemässigt „grün"(4, 5, 6)*	52	25	7	10	(1400)	29,7
nicht „grün" (7, 8, 9, 10)*	49	33	5	13	(272)	28,3

* Die Parteipräsidenten wurden aufgefordert, die ideologische Position ihrer Ortspartei auf einer Links-Rechts-Skala (±10) sowie einer „Grün"-„Antigrün"-Skala zu charakterisieren. Die eingeklammerten Zahlen beziehen sich auf die Skalenwerte, die in der entsprechenden Untergruppe zusammengefasst sind.

zugewandt und sind aus linksstehenden Gruppierungen (PDA/SAP und SP) sowie dem Landesring in überdurchschnittlichem Ausmass emigriert.Nur wenn man das Blickfeld auf die Männer beschränkt, trifft also die Diagnose Longchamps' zu, dass linke Parteien von der Erosion der Parteianhängerschaft besonders stark betroffen seien und dass neu hinzukommende Parteianhänger eher die kleineren Parteien präferieren (vgl. Longchamps/Linder, 1987).

Bei Berücksichtigung beider Geschlechter profiliert sich die SVP als jene Partei, der es am besten geglückt ist, auf breiter Front zusätzliche Parteiaktive anzuziehen und dadurch die politische Szene auf der bürgerlichen Seite neu zu beleben. Offensichtlich ist es ihr gelungen, sich von ihren Bindungen an die Bauern und den traditionellen Mittelstand freizumachen und sich neuerdings auch hinsichtlich ihres Anteils weiblicher Parteiaktiver (ca. 27%) anderen etablierten Parteien anzunähern.

Insgesamt zwingen die Ergebnisse zur Schlussfolgerung, dass alle Schweizer Parteien in der Zeit nach 1984 eine gewisse „Feminisierung" erfahren haben.

Weitaus am stärksten gilt dies allerdings für die PDA, die SP und den Landesring, wo der Zugewinn an Frauen dazu verholfen hat, einen teilweise massiven Exodus männlicher Aktivisten zumindest partiell zu kompensieren.

Bei einer Aufgliederung nach ideologischer Orientierung (vgl. Tabelle 3) bestätigt sich die Vermutung, dass es den linksstehenden und „grünen" Parteien in überdurchschnittlich hohem Masse gelungen ist, zusätzliche Anhänger *weiblichen* Geschlechts anzulocken, während rechtsorientierte und ökologischen Anliegen distanziert gegenüberstehende Parteien umgekehrt bei der Rekrutierung *männlicher* Aktivisten besonders erfolgreich waren.

Diese Entwicklung hat dazu beigetragen, dass die Frauenanteile zwischen den Gruppierungen verschiedenen ideologischen Zuschnitts bereits erheblich differieren.

Auch wenn diese Befunde keineswegs ausreichen, eine Tendenz zur zunehmenden ideologischen Polarisierung zwischen Frauen und Männern abzuleiten, so ist doch die Vermutung nicht abzuweisen, dass die in der aktuellen Politik vorherrschenden ideologischen Konfliktfronten eine gewisse Segregation der beiden Geschlechter begünstigen.

Hier wäre vor allem darauf hinzuweisen, dass innerhalb der linken Parteien heute nicht mehr im selben Ausmass wie früher Arbeitnehmeranliegen (die überwiegend von der männlichen Arbeiterschaft getragen wurden) im Vordergrund stehen, sondern verschiedenste Fragen „postsozialistischer" Natur

(Kernkraft, Asylpolitik, Abtreibung, Verkehrspolitik u. a.), die bei Frauen mindestens dasselbe Interesse finden (vgl. Geser, 1990).

Erwägenswert ist ferner die Argumentation Michel-Alders, wonach bürgerliche Parteien bei der Rekrutierung von Frauen insofern auf gewisse Hindernisse stossen, als sie

- ein eher traditionelles Frauenbild (mit Betonung der innerfamiliären Rolle) kultivieren, das dem Selbstverständnis der meisten politisch aktiven Frauen (unabhängig ihrer sachpolitischen Einstellungen) widerspricht;
- in ihren Aktivitäten einseitig die Artikulation wirtschaftlicher Interessen in den Vordergrund stellen, denen die Frauen häufig ein Bestreben zur „Erfassung ganzheitlicher Lebenszusammenhänge" (Hedi Lang) entgegensetzen;
- in ihrer Binnenorganisation „männliche Prinzipien der Hierarchie, Konkurrenz und Spezialisierung" (Monique Bauer) betonen, die dem „Mitgefühl und Gemeinschaftsdenken" der Frau (dito) zuwiderlaufen (vgl. Michel-Alder, 1986, 157).

Schliesslich wäre auch zu bedenken, dass viele in der Öffentlichkeit aktive Frauen ihre „politische Primärsozialisierung" im Rahmen sozialer Bewegungen und Initiativgruppen vollzogen haben und dort Verhaltensmuster erlernten, die sie am ehesten bei linken und „grün-alternativen" Parteigruppen wiederfinden (Michel-Alder, 1986, 157).

Auf Seiten der Männer hat im selben Zeitraum dagegen eher eine konträre Entwicklung stattgefunden, die als „reaktive rechte Gegenmobilisierung" (in Opposition zu einem vorangehenden Erstarken linker und vor allem grüner Gruppierungen) bezeichnet werden könnte. Zu ihren Manifestationen gehört – neben der Aktivierung der SVP – vor allem auch die Gründung und Expansion der „Autopartei", die ebenfalls stark von Männern dominiert wird (vgl. Longchamps/Linder, 1986), aber mangels lokaler Sektionen nicht in die vorliegende Untersuchung einbezogen wurde.

Auch in der Autopartei mag man die Tendenz erkennen, dass – anstelle des Klassenstatus, der immer weniger Bedeutung hat – der zugeschriebene *Geschlechtsstatus* in wachsendem Masse die Parteipräferenzen bestimmt.

3.3 *Sonderentwicklungen in kleinen, mittelgrossen und städtischen Gemeinden*

Die bisher vorgeführten Ergebnisse lassen noch keine Schlüsse darüber zu, welche gesellschaftlichen, kulturellen oder politischen Ursachen dieser Zunahme an Parteiaktivität zugrundeliegen und welche Auswirkungen auf die kommunale Politik (und evtl. darüber hinaus) von ihr erwartet werden müssen.

Antworten auf solche Fragen hängen in erster Linie davon ab, ob sich diese Entwicklung vorrangig in ländlichen Kleingemeinden oder in grösseren (suburbanen und urbanen) Kommunen vollzieht.

Eine in der politischen Partizipationsforschung weltweit verbreitete theoretische Argumentationsweise ("decline of community model") behauptet, dass es unter aktuellen gesellschaftlichen Bedingungen den politischen Gruppierungen kleiner ruraler Gemeinden weitaus am besten gelingt, ihre Anhängerschaft zu konsolidieren: weil sie sich einerseits am ehesten auf eine traditionelle „Stammanhängerschaft" verlassen können und andererseits am besten in der Lage sind, aus informellen Kohäsionskräften (auf der Basis allseitiger persönlicher Bekanntschaft) Nutzen zu ziehen.

Demgegenüber sei im urbanen Raum mit Destabilisierung parteipolitischer Loyalitäten und Aktivitätsbereitschaften zu rechnen: weil sowohl traditionale wie „gemeinschaftliche" Integrationskräfte schwinden und das politische Interesse sich einerseits auf punktuell-zweckspezifische Aktivitäten (z. B. im Rahmen von Bürgerinitiativen) und andererseits auf überlokale Politikebenen verschiebt.

In diesem Sinne wird insbesondere der CVP eine unerfreuliche Zukunft vorausgesagt: weil sie ihre Identität auf eine traditionell gesinnte katholische Stammanhängerschaft abstütze, die im säkularisierten urbanen Milieu unweigerlich erodiert (vgl. z. B. Altermatt, 1986, 87).

In einem solchen Falle wäre es denkbar, dass die Gesamtzahl von Parteiaktiven trotz der optimistischen Ergebnisse über die Entwicklung der meisten Ortsparteien eher sinkt: weil die bescheidenen Zugewinne zahlreicher kleiner Dorfparteien nicht ausreichen, um massivere Anhängerverluste der grossen Stadtparteien zu kompensieren.

Allerdings gibt es auch gute theoretische und empirische Gründe für die gegenteilige These: dass gerade die Städte momentan einen fruchtbaren Nährboden für neue Politisierungsschübe bilden, die – abgesehen von vielen anderen, vielleicht medienwirksameren Manifestationen – durchaus auch in einer zusätzlichen inneren Aktivierung bestehender Lokalparteien ihren Ausdruck finden (vgl. z. B. Arzberger, 1980, 96 ff.).

Der hohe Grad genereller politischer Informiertheit mag ebenso dazu beitragen wie die Tatsache, dass viel häufiger als auf dem Dorfe hochbrisante und tief ins Alltagsleben jedes Bürgers einschneidende Entscheidungsfragen anstehen (Arzberger, 1980), und dass die breite und regelmässige Thematisierung kommunaler Politik durch die Massenmedien (Tagespresse, Lokalradio u. a.) manche Bürger(innen) dazu stimuliert, aktiv zu partizipieren.

Ein Vergleich zwischen verschiedenen Gemeindegrössenklassen bietet – bei gleichzeitiger Aufgliederung nach Geschlecht und Parteirichtungen – ein insgesamt recht uneinheitliches, doch eher mit der zweiten Hypothese übereinstimmendes Bild (Tabelle 4).

Ganz offensichtlich hat sich die zusätzliche parteipolitische Mobilisierung der Frauen – über das ganze Parteienspektrum hinweg – vorwiegend in den grösseren Gemeinden vollzogen. Es wäre aber voreilig, daraus auf ein Nachhinken weiblicher Partizipation in traditionell-ruralen Regionen zu schliessen: denn der Frauenanteil an den Parteiaktiven liegt in Kleinstgemeinden unter 500 Einwohnern mit 32,6% höher als in den Gemeinden mittlerer Grösse (ca. 30%) und fast gleich hoch wie in den Städten (33.6%).

Genau umgekehrt muss man daraus schliessen, dass der nach Gewährung des Stimm- und Wahlrechts (1971) einsetzende Prozess primärer politischer Mobilisierung und Integration der Frauen in kleineren Gemeinden bereits früher eingesetzt hat und heute fast beendet ist, während er in grösseren Kommunen immer noch in vollem Gange ist. Möglicherweise müssen Frauen in grösseren Parteien, wo der Kreis der „Aktiven" sich häufig auf einen elitären Kern von ca. 10–15% der Mitglieder beschränkt, eine längere Wegstrecke zurücklegen als in sehr kleinen Gruppierungen, wo praktisch alle Mitglieder und Sympathisanten auch gleich für irgendwelche Parteiaufgaben in Anspruch genommen werden.

Bei den *Männern* bietet sich je nach Parteirichtung ein unterschiedliches Bild. Die beiden bürgerlichen Parteien (FDP und SVP) haben gemeinsam, dass sie in grösseren Gemeinden am seltensten Verluste erlitten haben und bei Gemeinden mittlerer Grösse ihre höchsten Zuwachsquoten erreichten.

Genauere Analysen bestätigen die Vermutung, dass es sich bei der oben diagnostizierten „antilinken Mobilisierung der Männer" um eine überwiegend im urbanen Bereich beheimatete Entwicklung handelt: denn extrem rechtsstehende Gruppierungen (d. h. Ortsparteien, die von ihren Präsidenten auf der Links-Rechts-Skala mit den beiden Extremwerten 9 oder 10 bewertet worden sind) haben in Gemeinden über 10'000 Einwohnern weitaus am häufigsten männlichen Neuzulauf erhalten. Darin widerspiegelt sich auch die Tatsache, dass es der SVP in erstaunlichem Masse gelungen ist, sich von traditionellen Bindungen (an die Bauernschaft und Selbständigerwerbende des Mittelstandes) freizumachen und in moderneren Berufsgruppen (Angestellten, Beamten und Freiberuflichen) Fuss zu fassen.

Ähnliches gilt aber wohl kaum für die CVP, die in städtischen Gemeinden weitaus häufiger männliche Parteiaktive verloren anstatt hinzugewonnen hat. Man mag daraus schliessen, dass die oben erwähnte These vom irreversiblen

Tabelle 4

Veränderungen im Bestand der Parteiaktiven (1984–1989) nach Gemeindegrösse und Parteirichtung

	Bevölkerungs-grösse	Prozentsatz der Ortsparteien, die aktive Anhänger				(N)
		hinzugewonnen haben		verloren haben		
		weibl.	männl.	weibl.	männl.	
FDP	–500	24	12	2	10	(50)
	501–2000	46	23	4	12	(191)
	2001–5000	57	26	5	10	(171)
	5001–10000	62	25	4	4	(69)
	über 10000	60	19	6	6	(53)
CVP	–500	35	16	10	16	(74)
	501–2000	46	20	1	10	(166)
	2001–5000	52	22	2	10	(123)
	5001–10000	53	24	9	8	(75)
	über 10000	57	12	5	22	(58)
SVP	–500	16	38	16	13	(25)
	501–2000	60	38	3	7	(96)
	2001–5000	60	32	4	10	(80)
	5001–10000	75	44	0	0	(32)
	über 10000	72	33	0	3	(29)
SP	–500	30	22	0	17	(23)
	501–2000	47	23	9	15	(131)
	2001–5000	58	18	7	25	(172)
	5001–10000	67	19	9	19	(92)
	über 10000	66	18	8	15	(73)
übrige	–500	35	20	5	5	(20)
	501–2000	37	27	8	3	(87)
	2001–5000	39	19	7	17	(105)
	5001–10000	50	31	3	15	(88)
	über 10000	61	30	8	14	(132)

Anhängerverlust der CVP nur eine eingeschränkte Geltung hat. Offensichtlich sind nur Sektionen in den Städten (über 10'000 Einwohnern) in ihrer *männlichen* Anhängerschaft davon betroffen: d. h. jene Gruppierungen, die die grösste Chance haben, so entstehende Lücken wenigstens teilweise durch zusätzliche Aktive weiblichen Geschlechts wieder zu schliessen.

Während die SP das Bild einer – was Männer betrifft – durchwegs stagnierenden Partei bietet, bei der sich wachsende und schrumpfende Sektionen zahlenmässig in Stadt und Land ungefähr die Waage halten, überwiegen bei den übrigen Parteien fast überall expansive Tendenzen. Ausschliesslich für sie scheint die aus dem "decline of community model" deduzierte Hypothese zuzutreffen: dass sehr kleine Gruppierungen dank ihrer Binnenkohäsion am besten in der Lage seien, Anhängerverluste zu vermeiden.

3.4 *Grad an „politischer Aktivierung"*

Was ein Zuwachs an Aktivisten in qualitativer Hinsicht für die Belebung der kommunalpolitischen Szene (und evtl. auch der überlokalen Parteiorganisation) bedeutet, hängt natürlich davon ab, ob eher politisch passive oder politisch hoch aktive Gruppierungen davon profitieren.

Viele empirische Befunde sprechen dafür, dass sich heutige Bürger (vor allem jüngeren Jahrgangs) überwiegend aus sachpolitischem Interesse und aus persönlicher Identifikation mit den politischen Zielen und Strategien der Partei zu einem aktiven Engagement entschliessen, während zielunabhängige Motive (wie z. B. „allgemeine Bürgerpflicht", „Parteiloyalität" u. a.) in den Hintergrund treten (vgl. z. B. Eldersveld, 1981; Niedermayer, 1989, 9).

Dies hätte dann zur Folge, dass der Rekrutierungserfolg von Ortsparteien in wachsendem Masse davon abhängig wird, dass sie sich selber als Instanzen der politischen Meinungsbildung und Entscheidungsfindung verstehen und in regelmässiger, vielgestaltiger und wirksamer Weise in die Kommunalpolitik intervenieren.

Natürlich kann eine durch Eigeninitiative zum Magneten gewordene Partei leicht einen positiv rückgekoppelten Prozess zunehmender Selbstaktivierung in Gang setzen, durch die sie sich gegenüber passiveren (und deshalb: unattraktiv wirkenden) Gruppierungen zunehmend profiliert.

In den meisten Ländern werden „Ebbe und Flut" in der Anhängerbasis lokaler Parteien allerdings stark durch rein überlokale Einflussfaktoren bestimmt: etwa durch die öffentliche Reputation, die sich die Gesamtpartei auf Grund ihrer nationalen Regierungsarbeit oder Oppositionsrolle erworben hat,

oder durch ihre Programme und Führungspersonen, mit denen sie sich in den Medien präsentiert.

In der Schweiz hat das Konkordanzsystem zur Folge, dass es kaum möglich ist, politische Entscheidungen und deren Auswirkungen einzelnen Parteien zuzurechnen, und dass niemand mit einem Parteiengagement bezwecken kann, einer einzelnen Partei zum „Sieg" oder ihren Ideen und Programmen zum „Durchbruch" zu verhelfen (vgl. Neidhart, 1986). Umso mehr ist deshalb damit zu rechnen, dass Lokalparteien relativ ungeachtet ihrer überlokalen Affiliation nach ihren je eigenen Zielsetzungen und Aktivitäten beurteilt werden, und dass ihnen vielerlei Möglichkeiten offenstehen, um durch Massnahmen, die völlig in ihrem Autonomiebereich liegen, ihre Attraktivität zu erhöhen.

In Tabelle 5 zeigt sich, dass Ortsparteien häufiger Aktive weiblichen Geschlechts hinzugewinnen, wenn

- bei der Mehrheit ihrer Mitglieder die Meinung vorherrscht, dass es sich bei Gemeindeangelegenheiten häufig um „echt" politische Entscheidungsprobleme (anstatt bloss um technische oder juristische Sachfragen) handle;
- interne Auseinandersetzungen über sachpolitische sowie personalpolitische Gemeindefragen an der Tagesordnung sind.

Hingegen ist es kaum von Belang, ob sich die Partei mit grundsätzlicheren politischen Ziel- und Ideologiefragen auseinandersetzt oder in welchem Umfange sie überlokale politische Probleme thematisiert.

Demgegenüber zeigt sich bei den Männern keinerlei Tendenz, den politisierteren Parteigruppierungen den Vorzug zu geben.

Eine mögliche Erklärung dieses beachtlichen geschlechtsspezifischen Unterschieds ergibt sich, wenn man die folgenden zwei Argumente kombiniert:

1) Bei den – immer noch relativ wenigen – Frauen, die sich zu einem aktiven Parteiengagement entschliessen, handelt es sich in überwiegender Zahl um Bürgerinnen, die dezidierte politische Anliegen vertreten und die echte politische Auseinandersetzung suchen. Oder anders formuliert: eine erhebliche politische *Zielmotivation* ist für zahlreiche Frauen erforderlich, um sich in einem Bereich öffentlicher Tätigkeit, der dem traditionellen Frauenbild nicht entspricht und nach wie vor von Männern dominiert wird, zu engagieren.
2) Für Männer gibt es zahlreiche sachunspezifische Motive, sich kommunalpolitisch zu engagieren: z. B. das generalisierte Motiv, im Rahmen einer „allgemeinen Bürgerpflicht" am Gemeinwesen mitzuwirken, in Parteiversammlungen die Freunde aus der Feuerwehr oder anderen Vereinen wie-

Tabelle 5

Veränderungen im Bestand der Parteiaktiven (1984–1989): in Abhängigkeit vom „Grad der Polarisierung" der Ortspartei

		Prozentsatz der Ortsparteien, die aktive Anhänger				(N)
		hinzugewonnen haben		verloren haben		
		weibl.	männl.	weibl.	männl.	
Sind Gemeindeangelegenheiten „in der Regel unpolitisch"?	– ja, voll und ganz	47	23	7	12	(334)
	– nein, überhaupt nicht	58	26	7	14	(354)
Gibt es innerhalb der Partei Auseinandersetzungen?						
a) über grundsätzliche Fragen politischer Ziele und Ideologie	– selten/nie	51	24	4	13	(1010)
	– häufig	58	19	5	17	(135)
b) über kantonale oder nationale Abstimmungsvorlagen	– selten/nie	52	23	5	14	(605)
	– häufig	51	20	5	17	(245)
c) über sachpolitische Gemeindefragen	– selten/nie	44	22	6	13	(275)
	– häufig	56	23	5	13	(645)
d) über personalpolitische Gemeindefragen	– selten/nie	49	23	6	13	(1070)
	– häufig	59	23	4	12	(200)

derzusehen oder auf vielseitigen Druck hin für ein kommunales Amt zu kandidieren.

In Tabelle 6 bestätigt sich die Vermutung, dass sich Frauen in höherem Masse als Männer durch Strategien politischer Mobilisierung für Parteiarbeit aktivieren lassen und von den Parteien aus betrachtet deshalb ein offenes Rekrutierungsreservoir darstellen, dessen Ausschöpfung je nach Art und Umfang der diesbezüglichen Massnahmen in sehr unterschiedlichem Masse gelingt.

Tabelle 6

Veränderungen im Bestand der Parteiaktiven (1984–1989): in Abhängigkeit von verschiedenen öffentlichen Aktivitäten der Ortsparteien innerhalb der Gemeinde

Aktivitäten		Prozentsatz der Ortsparteien, die aktive Anhänger hinzugewonnen haben		verloren haben		(N)
		weibl.	männl.	weibl.	männl.	
Öffentliche Stellungnahmen in Massenmedien	nein	44	20	6	13	(954)
	ja	57	25	5	13	(1545)
Informationsveranstaltungen	nein	42	22	7	16	(665)
	ja	56	24	5	12	(1833)
Herausgabe von Abstimmungsparolen	nein	46	21	5	14	(791)
	ja	55	25	6	12	(1708)
Aktionen in der Öffentlichkeit (Standaktionen, Demonstrationen etc.)	nein	49	22	6	12	(1829)
	ja	60	26	5	15	(664)

In geringerem Umfange bevorzugen allerdings auch Männer jene kommunalen Gruppierungen, die sich mittels öffentlicher Stellungnahmen und Aktionen sowie eigenen Abstimmungsparolen Bekanntheit und Profil verschaffen.

Analoge geschlechtsspezifische Unterschiede zeigen sich, wenn man die Wirkung verschiedener sachpolitischer Engagements auf die Anhängerbasis der Ortsparteien analysiert.

Offensichtlich bringt eine Betätigung in jedem der zehn kommunalpolitischen Problembereiche erhöhte Chancen mit sich, zusätzliche Aktivmitglieder zu gewinnen oder die Abwanderung bisheriger Anhänger zu verhindern (Tabelle 7).

Dies gilt verstärkt, wenn eine Gruppierung sich nicht auf Stellungnahmen zu bereits vorliegenden Entscheidungsthemen beschränkt, sondern sich durch eigene Vorstösse und Initiativen profiliert.

Wiederum sind es die *Frauen*, die – über das ganze politische Themenspektrum hinweg – besonders positiv auf hoch aktivierte, initiative Lokalparteien reagieren. Damit bestätigt sich die Vermutung, dass Männer sich in ihrer Entscheidung, ob und wo sie parteipolitisch aktiv werden sollen, in höherem Masse von *anderen* als sachpolitischen Kriterien leiten lassen.

Frauen scheinen sich demgegenüber stärker vom eigentlich „Politischen" einer politischen Partei angezogen zu fühlen und dementsprechend am häufigsten jene Gruppierungen zu wählen, in denen ihnen besonders naheliegende Themen (insbesondere: Frauenfragen sowie sozial- und jugendpolitische Probleme) auf der Agenda stehen.

Im Hinblick auf die *männliche* Anhängerbasis scheint eher das Abbremsen von Abwanderungen als die Rekrutierung zusätzlicher Mitglieder das entscheidende Problem. Besonders unattraktiv erscheinen hier Gruppierungen, die zur Diskussion über umfassendere kommunalpolitische Fragenbereiche (Ortsplanung und „allgemeine Gemeindeentwicklung") nichts anzubieten haben.

All diese Befunde falsifizieren implizit auch die Hypothese, dass gegenwärtig vor allem Gruppierungen mit sehr einseitiger sachpolitischer Ausrichtung den grössten Zulauf erhielten, weil moderne (vor allem jüngere) Bürger nur noch für themenspezifische (z. B. ökologische) Anliegen aber nicht mehr für generalisierte Parteiarbeit mobilisierbar seien (vgl. z. B. Guggenberger, 1980; Levy/Zwicky, 1984).

Zumindest bei den Frauen zeigt sich genau die umgekehrte Tendenz, dass Parteien mit sehr *vielgestaltigen Zielen und Anliegen* die grösste Anziehungskraft entfalten.

In *Tabelle 8* wird sichtbar, dass insbesondere die Expansionschancen *linksorientierter* Ortsparteien stark davon abhängen, ob sie sich in sehr vielfältiger Weise kommunalpolitisch betätigen. Rechtsorientierte Männer scheinen sich dagegen eher zu Gruppierungen mit geringerer sachpolitischer Bandbreite hingezogen zu fühlen.

Tabelle 7

Veränderungen im Bestand der Parteiaktiven (1984–89): in Abhängigkeit vom kommunalpolitischen Engagement der Ortspartei in verschiedenen sachpolitischen Bereichen

Sachpolitischer Bereich		Prozentsatz der Ortsparteien, die aktive Anhänger hinzugewonnen haben		verloren haben		(N)
		weibl.	männl.	weibl.	männl.	
Finanzpolitik	inaktiv	45	23	7	16	(257)
	engagiert	52	23	6	14	(1203)
	eigene Initiative	57	26	4	11	(865)
Sozialpolitik	inaktiv	45	25	5	14	(403)
	engagiert	51	24	6	13	(1239)
	eigene Initiative	60	24	4	12	(636)
Schulpolitik	inaktiv	40	17	7	13	(221)
	engagiert	53	25	6	13	(1335)
	eigene Initiative	56	24	4	11	(764)
Jugendpolitik	inaktiv	43	21	6	13	(515)
	engagiert	54	24	5	13	(1209)
	eigene Initiative	59	26	4	12	(523)
Kultur/Sport	inaktiv	44	21	6	15	(469)
	engagiert	53	24	5	12	(1126)
	eigene Initiative	58	26	5	11	(672)
Baupolitik	inaktiv	45	19	6	17	(173)
	engagiert	53	24	5	13	(1321)
	eigene Initiative	55	24	3	11	(807)
Verkehr/Strassen	inaktiv	43	21	5	13	(214)
	engagiert	50	23	5	13	(1033)
	eigene Initiative	58	25	6	13	(1070)
Ortsplanung	inaktiv	47	14	8	19	(142)
	engagiert	50	23	5	13	(1153)
	eigene Initiative	57	25	3	11	(1057)
Allg. Gemeinde-entwicklung	inaktiv	45	16	8	22	(119)
	engagiert	50	23	6	13	(1327)
	eigene Initiative	58	27	5	10	(889)
Frauenfragen	inaktiv	47	22	7	13	(998)
	engagiert	56	25	5	12	(992)
	eigene Initiative	66	26	3	14	(241)
Gesamtzahl von Themen mit eigener Initiative	0–3	50	24	6	13	(965)
	4–6	58	26	5	13	(643)
	7–10	62	24	4	10	(310)

Tabelle 8

Veränderungen im Bestand der Parteiaktiven (1984–1989): nach Diversifikation sachpolitischer Eigeninitiativen und ideologischer Orientierung

	Anzahl Sachbereiche mit eigenen Initiativen	Prozentsatz der Ortsparteien, die aktive Anhänger hinzugewonnen haben weibl.	männl.	verloren haben weibl.	männl	(N)
Links* (1–4)	0–3	53	17	9	19	(317)
	4–6	64	27	4	15	(211)
	7–10	69	29	3	11	(72)
Mitte* (5, 6)	0–3	49	29	5	11	(291)
	4–6	57	23	3	12	(191)
	7–10	59	23	6	12	(105)
Rechts* (7–10)	0–3	51	28	4	7	(319)
	4–6	55	28	8	11	(219)
	7–10	61	22	2	9	(124)

* Die Parteipräsidenten wurden aufgefordert, die ideologische Position ihrer Ortspartei auf einer Links-Rechts-Skala (1–10) zu charakterisieren.

Möglicherweise findet man gegenwärtig eher am rechten Rand des ideologischen Spektrums eigentliche „Bewegungsgruppen", in denen ein einzelnes Anliegen (z. B. der Widerstand gegen Beschränkungen des Privatverkehrs) dominiert.

Schliesslich deutet sich an, dass Ortsparteien durch Festlegungen ihrer Zielsetzungen in einem *Aktionsprogramm* in der Lage sind, mehr aktive Anhänger beiderlei Geschlechts anzuziehen bzw. die Risiken für Mitgliederverluste erheblich zu reduzieren (Tabelle 9).

Wenn Aktionsprogramme nach *innen* die Funktion haben, die Entscheidungsfindung zu erleichtern und die knappen Ressourcen besser auf einzelne Zielsetzungen hin zu bündeln, so erfüllen sie nach *aussen* hin den Zweck, die politischen Positionen und Anliegen, für die die Partei eintritt, deutlicher zum Ausdruck zu bringen. Aussenstehende können dadurch besser beurteilen, inwiefern die Parteirichtung ihren eigenen politischen Vorstellungen entspricht – und sich im positiven Falle leichter für einen Beitritt und ein aktives Engagement entschliessen.

Tabelle 9

Veränderungen im Bestand der Parteiaktiven (1984–1989): nach Existenz eines „Aktionsprogramms", Parteirichtung und ideologischer Orientierung

	eigenes Aktions-programm	Prozentsatz der Ortsparteien, die aktive Anhänger hinzugewonnen haben weibl.	männl.	verloren haben weibl.	männl.	(N)
FDP	nein	47	19	6	11	(395)
	ja	57	25	3	7	(230)
CVP	nein	46	18	5	15	(370)
	ja	52	23	3	8	(203)
SVP	nein	54	30	4	8	(180)
	ja	69	46	3	5	(99)
SP	nein	54	18	8	23	(364)
	ja	62	22	6	16	(191)
übrige	nein	44	26	8	12	(319)
	ja	54	27	4	12	(137)
Links (1–4)*	nein	53	20	9	20	(439)
	ja	60	21	5	14	(262)
Mitte (5, 6)*	nein	46	22	5	15	(515)
	ja	53	26	4	8	(283)
Rechts (7–10)*	nein	48	22	5	11	(610)
	ja	62	32	3	8	(295)
Stark „grün" (1–3)	nein	54	23	7	19	(501)
	ja	59	24	4	12	(282)
gemässigt „grün" (4–6)*	nein	46	19	7	13	(893)
	ja	56	27	4	9	(493)
nicht „grün" (7–10)	nein	46	29	4	11	(192)
	ja	66	37	3	12	(73)

* Die Parteipräsidenten wurden aufgefordert, die ideologische Position ihrer Ortspartei auf einer Links-Rechts-Skala (1–10) zu charakterisieren.

Unerwartet ist das Ergebnis, dass rechtsstehende Parteien stärker als linksorientierte und „antigrüne" in höherem Masse als „grüne" Gruppierungen von der Attraktionswirkung eines Aktionsprogramms profitieren. Männer, die linke oder grüne Parteien bevorzugen, scheinen ihren Beitritt überhaupt nicht (sehr wohl aber ihren Nichtaustritt) vom Bestehen eines Aktionsprogramms abhängig machen.

Möglicherweise hängt dies damit zusammen, dass mit einer „linken" bzw. „grünen" Position von vornherein sehr dezidierte sachpolitische Anliegen (z. B. Arbeitnehmer- und Mieterrechte zu fördern, Kernkraftwerke zu verhindern u. a.) verbunden sind, die keiner zusätzlichen Explikation und programmatischen Festlegung bedürfen. Im Vergleich dazu haben rechte und antigrüne Gruppierungen ein viel weniger klares sachpolitisches Profil, weil ihre Hauptzielrichtung meist darin besteht, sich von Forderungen der politischen Gegenseite zu distanzieren (vgl. Geser, 1990). Deshalb bedürfen sie eher eines Aktionsprogramms, um in der Öffentlichkeit schärfere Konturen zu gewinnen. Anders formuliert: weil linke und grüne Ideologien auf gesamtgesellschaftlicher Ebene bereits klar ausformuliert sind, können lokale Parteisektionen sich die Mühe zusätzlicher programmatischer Arbeit sparen, während rechte und antigrüne Gruppierungen genötigt sind, den Mangel an überlokalen ideologischen Konturen durch eigene Programmarbeit zu substituieren.

3.5 Einbindung in die überlokale Parteiorganisation

Man glaubt heute vielerorts festzustellen, dass die von den grossen überlokalen Parteiorganisationen konzipierten und propagierten Ideologien und Programme ihre motivierende Kraft auf den einzelnen Bürger verlieren (vgl. z. B. Lehner, 1979).

An ihre Stelle trete die „unmittelbare subjektive Betroffenheit" als Treibkraft, die immer mehr Bürger zu einem – häufig nur punktuell-themenspezifischen – politischen Engagement bewege (vgl. Guggenberger, 1980).

Dies hätte dann zur Folge, dass sich politisches Handeln immer stärker auf den unmittelbaren sinnlichen Erfahrungsbereich bezieht, in dem Betroffenheit und Leidensdruck erlebt wird, und ein immer grösserer Anteil politischer Partizipation infolgedessen an die kommunale Ebene (oder an noch kleinere Räume wie „Quartiere" oder „Nachbarschaftszonen") gebunden bleibt.

Zur Unterstützung dieser These lässt sich beispielsweise anführen, dass die meisten Planungsfragen während der vergangenen Jahre eine zunehmende Politisierung (vor allem in Bau-, Verkehrs- und Ortsplanungsfragen) erfahren haben (vgl. Geser, 1991), dass lokale Initiativgruppen und Quartiervereine

vielerorts eine rege Aktivität entfalteten und dass in den vergangenen 20 Jahren zahlreiche ungebundene Lokalparteien entstanden sind, zu denen sich manche Bürger, die sich mit keiner der etablierten Parteien identifizieren können, hingezogen fühlen.

Derartige Gruppierungen tragen natürlich dazu bei, dass die Lokalpolitik sowohl in ideologisch-programmatischer wie organisatorischer Hinsicht von überlokalen Einbindungen losgekoppelt wird: weil bei der Politikformulierung rein örtliche Gesichtspunkte den Ausschlag geben und den Aktivanhängern keine überlokalen Partizipationsmöglichkeiten und Aufstiegswege angeboten werden.

Unzweifelhaft ist, dass die *kantonale Politik* momentan ein besonders geringes öffentliches Interesse auf sich zieht. Dies liegt beispielsweise daran, dass die dort anfallenden Entscheidungsfragen sich – im Gegensatz zu vielen bundespolitischen Issues – meist auf Sachbereiche von sekundärem politischen Interesse (z. B. Bildung, Gerichtsprozessrecht, Gesundheitswesen, Strafvollzug etc.) beziehen und in den Medien eine nur unzulängliche, auf die Tagespresse beschränkte Thematisierung finden.

Gerade die kantonale Ebene ist es aber, wo alle Schweizer Parteien organisatorisch ihren Schwerpunkt haben und wo sich die Festlegung parteipolitischer Positionen, Programme und Aktionsstrategien vorrangig vollzieht.

Aus diesen Gründen wäre es nicht überraschend, wenn jene Ortsparteien gegenwärtig am häufigsten Anhänger finden würden, die entweder überhaupt keiner kantonalen Parteiorganisation angehören oder sich von dieser zumindest informell stark distanzieren, indem sie sich von ihrer Programmatik wenig oder gar nicht beeinflussen lassen.

Diese Hypothese steht auch im Einklang mit der allgemeineren, theoretischen Argumentation *Gerhard Lehmbruchs*, wonach Lokalparteien immer das Dilemma erfahren, dass eine allzu starke Einbindung in die überlokale Parteiorganisation hinderlich ist, um den örtlichen Gegebenheiten und Interessenkonstellationen optimal Rechnung zu tragen (vgl. Lehmbruch, 1979).

Die empirischen Ergebnisse machen nun aber deutlich, dass zumindest im Zeitraum zwischen 1984 und 1989 keine „Hinwendung zur Lokalpolitik" stattgefunden hat, da die Gruppierungen mit geringer oder gar keiner überlokalen Einbindung keineswegs überdurchschnittliche Wachstumsquoten melden (Tabelle 10).

Genau umgekehrt scheinen wenigstens die Frauen (und nur spurenhaft auch die Männer) jenen Gruppierungen den Vorzug zu geben, die nicht nur rein

formell einer kantonalen Parteiorganisation angehören, sondern ihre Aktivitäten auch stark an deren programmatischen Richtlinien und Weisungen auszurichten pflegen.

Tabelle 10

Veränderungen im Bestand der Parteiaktiven (1984–1989): nach Einbindungsgrad der Ortspartei in die überlokale (=kantonale) Parteiorganisation

		Prozentsatz der Ortsparteien, die aktive Anhänger				(N)
		hinzugewonnen haben		verloren haben		
		weibl.	männl.	weibl.	männl.	
keiner Kantonspartei zugehörig		41	23	5	12	(252)
Grad, in dem sich die Ortspartei an der Linie und am Programm der Kantonalpartei orientiert:	gering	46	24	5	17	(269)
	mässig	54	23	5	13	(1110)
	stark	54	25	5	11	(582)
	sehr stark	55	25	3	16	(171)

Dies zwingt zum Schluss, dass Ortsparteien mindestens nicht an Attraktivität verlieren, wenn sie sich – vielleicht auf Kosten rein lokaler Anliegen – in den Dienst überlokaler politischer Ziele und Aktivitäten stellen, und dass insbesondere viele Frauen jene Lokalparteien vorziehen, die ihnen dank ihrer überlokalen Einbindung den Zugang zur „wirklichen Politik" eröffnen. Wiederum bestätigt sich hier die Vorliebe der Frauen für Gruppierungen, die ideologisch hoch profiliert sind, ihre kommunale Rolle als sehr „politisch" verstehen und sich in einer Vielzahl verschiedener sachpolitischer Fragen engagieren (vgl. 3.4).

Man darf also durchaus davon ausgehen, dass es sich bei den meisten der neuen Parteianhänger(innen) um Personen handelt, die sich simultan mit ihrem kommunalpolitischen Commitment auch in einen überlokal orientierten parteipolitischen Ideologie- und Aktionsrahmen eingebunden haben. Es scheint deshalb gerechtfertigt, diesen Neuzufluss *auch* als Substanzgewinn für die Kantonalparteien zu verbuchen und die Voraussage zu wagen, dass diesen in Zukunft ein eher grösseres Rekrutierungsfeld von – vor allem weiblichen – Anhängern zur Verfügung steht, die sich für überlokale Parteifunktionen und/oder öffentliche Mandate gewinnen lassen.

3.6 *Innerparteiliche Partizipations- und Einflussstrukturen*

Als Ursache für wachsende „Parteiverdrossenheit" werden häufig die rigiden und oligarchischen Strukturverhältnisse vieler etablierter Parteiorganisationen verantwortlich gemacht, die mit einer zunehmenden Nachfrage nach „basisdemokratischer Partizipation" in immer grösserem Spannungsverhältnis stünden (vgl. z. B. Guggenberger, 1980; 1982).

Die im Zuge des Anwachsens „unkonventioneller Beteiligungsformen" auftretenden Bürgerinitiativen und Bewegungsgruppen werden als symptomatisch dafür angesehen, dass es jüngeren Bürgerkohorten nicht nur darum geht, neue Werte und Zielsetzungen in die politische Arena hineinzutragen, sondern oft noch mehr: diese mittels neuartiger (nämlich: informellerer und demokratischerer) Formen politischer Gruppenorganisation zu realisieren (vgl. z. B. Poguntke, 1987).

Vor allem scheinen fundamentalistische Positionen auf der „linken" und „grünen" Seite des ideologischen Spektrums heute untrennbar mit einer Präferenz für basisdemokratische Entscheidungsprozeduren verknüpft, die mit zentralisierter Führerschaft und bürokratischer Professionalisierung gleichermassen unvereinbar sind.

Bei schweizerischen Lokalparteien ist allerdings kaum mit einer besonders starken Ausprägung dieser Problematik zu rechnen, weil sie keinen professionellen Apparat besitzen, auf Grund ihres konkordanzdemokratischen Umfelds keine zentralisierte Führungsstruktur ausbilden und dank ihrer geringen Grösse oft in der Lage sind, allen, die dies wünschen, gewisse Mitwirkungschancen zuzugestehen.

Immerhin unterscheiden sie sich dramatisch hinsichtlich der Breite von formellen Partizipationsmöglichkeiten, die sie ihren gewöhnlichen (d. h. nicht mit irgendwelchen Vorstands- oder Geschäftsleitungsrollen betrauten) Aktivanhängern zur Verfügung stellen. Dieser Grad an „Basisoffenheit" manifestiert sich einerseits in der Zahl von *allgemeinen Parteiversammlungen*, die jährlich abgehalten werden, sowie in der *Anzahl parteiinterner Arbeitsgruppen*, die es verschiedenen Subgruppen der Anhängerschaft ermöglichen, ihre besonderen Anliegen (z. B. „Frauenfrage", „Jugendfragen" oder „grüne Positionen") zu artikulieren und sich an der Meinungsbildung über spezifischere Sachgebiete oder Projektvorhaben mitzubeteiligen.

Insofern innerhalb der politisch mobilisierbaren Bevölkerungsgruppen momentan tatsächlich ein wachsendes Bedürfnis nach basisdemokratischer Mitwirkung besteht, müsste sich dies darin zeigen, dass Gruppierungen mit

hohem entsprechenden Angebot überdurchschnittlich häufig Anhänger hinzugewinnen.

Tatsächlich zeigt Tabelle 11, dass die Attraktivität lokaler Gruppierungen (bei beiden Geschlechtern, besonders aber bei Frauen) mit wachsender Zahl von jährlichen Parteiversammlungen und ständigen Arbeitsgruppen beträchtlich steigt. Bei sehr hohen Werten beider Variablen gehen die Expansionschancen allerdings wieder zurück, und die Risiken von Anhängerverlusten steigen beträchtlich an. Wahrscheinlich gibt es ein Optimum an Partizipationsgelegenheiten, das dann überschritten wird, wenn

- Parteiversammlungen derart häufig stattfinden, dass sie auch das Zeitbudget engagierter Aktiver ungebührlich belasten;
- Arbeitsgruppen derart zahlreich eingerichtet sind, dass viele von ihnen bloss den Charakter peripherer Diskussionsgruppen haben, die mit der Entscheidungsarbeit im Vorstand in keiner Verbindung stehen.

Zudem mag ein hypertrophisierter „Diskussionsapparat" zur Folge haben, dass selbst Entscheidungsfindungsprozesse über einfachste Sach- oder Personalfragen ungewöhnlich lange dauern: so dass die Effizienz des Parteiapparats sowie dessen Fähigkeit, im kommunalpolitischen Raum speditiv und wirksam tätig zu sein, beträchtlich sinkt.

Diese Abneigung gegen Ineffizienz und Zeitverschwendung ist möglicherweise ein Grund, warum Männer Ortsparteien vorziehen, in denen der Vorstand insgesamt mehr Einfluss als die Parteiversammlung ausübt und warum sie sich überdurchschnittlich häufig aus jenen Gruppen zurückgezogen haben, in denen das Umgekehrte gilt (Tabelle 11).

Frauen ziehen demgegenüber eindeutig Parteien vor, bei denen sich der Einflussschwerpunkt auf der Ebene der allgemeinen Anhängerbasis befindet.

Möglicherweise sind Frauen häufiger als Männer darauf angewiesen, allein schon aufgrund ihres Beitritts in den Genuss namhafter Mitwirkungsmöglichkeiten zu kommen: weil sie häufig erst seit relativ kurzer Zeit hinzugestossen sind und nicht darauf hoffen (können), durch Erringung eines formellen Amtes (z. B. eines Sitzes im Vorstand oder in der Geschäftsleitung) höhere Einflusschancen zu gewinnen. Oder anders gesagt: sie meiden oligarchisch geführte Parteien einfach deshalb, weil es sich dabei fast durchwegs um männerdominierte Oligarchien handelt. Denkbar wäre auch, dass Frauen eher geneigt (bzw. darauf angewiesen) sind, Parteiversammlungen als Medium für den Erwerb primärer politischer Kenntnisse und Erfahrungen zu nutzen, die Männer häufig bereits aus ihrer Berufs-, Vereins- oder Verbandsaktivität mitbringen.

Tabelle 11

Veränderungen im Bestand der Parteiaktiven: nach Umfang demokratischer Partizipationsmöglichkeiten und Einfluss der Parteibasis.

		Prozentsatz der Ortsparteien, die aktive Anhänger hinzugewonnen haben		verloren haben		(N)
		weibl.	männl.	weibl.	männl.	
Anzahl jährlicher Parteiversammlungen	1	38	19	7	11	(450)
	2	47	20	3	12	(454)
	3	53	25	4	13	(341)
	4	59	27	4	10	(415)
	5 oder mehr	57	25	8	16	(872)
Anzahl interne Arbeitsgruppen	0	46	20	6	14	(1135)
	1	51	22	6	13	(487)
	2	63	28	4	9	(387)
	3	64	29	4	10	(214)
	4 oder mehr	51	27	7	13	(309)
Verteilung von parteiinternem Einfluss zwischen Parteiversammlung und Vorstand	Parteiversammlung mehr Einfluss	61	23	4	22	(141)
	beide gleich	55	24	5	12	(1317)
	Vorstand mehr Einfluss	52	25	6	10	(506)

Jedenfalls ist die Schlussfolgerung angebracht, dass Ortsparteien durch Gestaltung ihrer organisatorischen Binnenverhältnisse gewisse Möglichkeiten haben, um sowohl auf ihre Expansionschancen wie auch auf den Anteil ihrer weiblichen Anhängerschaft planmässig Einfluss zu nehmen.

3.7 Kompetition mit andern Parteien

Viele schweizerische Lokalparteien sind an der Expansion ihrer Wähler- und Anhängerschaft nicht sonderlich interessiert, weil sie keinerlei Konkurrenz durch andere örtliche Gruppierungen erfahren. Dies gilt nicht nur für jene ca. 200 meist sehr kleinen Gemeinden, in denen nur eine einzige Ortspartei exi-

stiert, sondern auch für jene ungleich zahlreicheren Kommunen, in denen zwei oder mehr Parteien mittels Wahlabsprachen und anderen kooperativen Massnahmen jegliche Kompetition untereinander ausgeschlossen haben.

Wenn man davon ausgeht, dass der Umfang mobilisationsfähiger und partizipationswilliger Bürger (und insbesondere Bürgerinnen) in den letzten Jahren angewachsen ist, so liegt aus vielerlei Gründen die Vermutung nahe, dass es kompetitiven Parteien besser als konkordanten Gruppierungen gelungen ist, aus diesem zusätzlichen Rekutierungsfeld Nutzen zu ziehen.

Erstens sind konkurrierende Parteien stärker genötigt, zwecks Erhalt ihrer kommunalpolitischen Machtposition vielerlei Aktivitäten zu betreiben, die dem Erwerb von neuen Anhängern dienen (bzw. den Austritt bisheriger Mitglieder verhindern). Vielen mag es dabei vernünftig scheinen, ihre Kräfte vorrangig auf das noch wenig ausgeschöpfte Rekrutierungsfeld der *Frauen* zu konzentrieren, anstatt bereits politisch aktivierte Männer aus anderen Gruppierungen anzuwerben.

Zweitens zwingt die Konkurrenzsituation dazu, gegenüber den am Ort momentan vorherrschenden Meinungen und Stimmungslagen der Bevölkerung responsiv zu bleiben und in sachpolitischer wie personalpolitischer Hinsicht Angebote zu machen, die vielen interessierten Bürgern attraktiv erscheinen und sie zum Mitmachen motivieren.

Drittens kann eine intensivierte Konkurrenzsituation bewirken, dass grössere Prozentanteile der bereits integrierten Anhängerschaft aktiviert werden: um sich – sei es aus spontanem Antrieb oder auf Appell der Parteileitung – an der Verteidigung der bedrohten Machtposition oder am Hinzugewinn neuer Ämter mitzubeteiligen.

Und schliesslich ist damit zu rechnen, dass ein kompetitives Parteiensystem der gesamten kommunalpolitischen Szene mehr Dynamik und Intensität verleiht: so dass sie bei vielen Bürgern jenes Interesse weckt, das für den Entschluss, selber einer Partei beizutreten, häufig die Voraussetzung bildet (vgl. z. B. Milbrath/Goel, 1977, 132 ff.).

In Übereinstimmung mit diesen Überlegungen zeigen die Ergebnisse, dass eine Ortspartei wenigstens bei den Frauen eher Erfolge verbucht, wenn sie mit anderen lokalen Gruppierungen koexistiert und die grössten Expansionschancen aufweist, wenn sie mit diesen eher kompetitive statt kooperative Beziehungen pflegt (vgl. Tabelle 12).

Im Gegensatz dazu scheinen sich die Männer am meisten von Monopolparteien und am wenigsten von kompetitiven Gruppierungen angezogen zu füh-

len. Allerdings liefen Monopolparteien in der fraglichen Periode auch am meisten Gefahr, männliche (wie auch weibliche) Aktivisten zu verlieren.

Tabelle 12

Veränderungen im Bestand der Parteiaktiven: in Abhängigkeit vom Verhältnis der Partei zu andern Ortsparteien in derselben Gemeinde

	Prozentsatz der Ortsparteien, die aktive Anhänger hinzugewonnen haben		verloren haben		(N)
	weibl.	männl.	weibl.	männl.	
keine andern Ortsparteien	42	26	13	26	(142)
überwiegend Koorperation	50	22	8	13	(218)
teils/teils	57	24	6	13	(962)
überwiegend Konkurrenz	56	19	4	14	(71)

Man mag in diesen Befunden eine weitere Bestätigung für die Hypothese sehen, dass Frauen mit dem Beitritt zu einer Partei häufiger als Männer echt „politische" Motive verbinden (vgl. 3.4) und dementsprechend unter Bedingungen interparteilicher Konkurrenz bessere Entfaltungsmöglichkeiten finden.

Ebenso wäre allerdings denkbar, dass kompetitive Parteien bei den – meist politisch bisher ungebundenen – Frauen ein offeneres Rekrutierungsfeld sehen als bei Männern, die häufiger bereits anderwertig parteipolitisch engagiert sind oder dann zu jenen Gruppen gehören, die überhaupt nicht mobilisierbar sind.

3.8 *Formelle Machtposition innerhalb der Gemeinde*

Wie sich in Tabelle 13 zeigt, sind es die Ortsparteien mit einem *mittleren* Prozentanteil an Sitzen in der kommunalen Exekutive, die insgesamt die beste Gewinn-Verlust-Bilanz aufweisen.

Bedeutend negativer verlief die Entwicklung einerseits in den völlig minoritären, in den Gemeindebehörden überhaupt nicht vertretenen Gruppierungen, die den geringsten Zuwachs an Frauen und die höchsten Verlustquoten (an Frauen *und* Männern) verzeichnen. Die Gründe dafür liegen

wohl darin, dass sie auf Grund ihrer marginalen Position erstens wenig attraktivitätsfördernde kommunalpolitische Aktivitäten und Erfolge auszuweisen haben und zweitens wohl auf all jene Bürger und Bürgerinnen verzichten müssen, die ihr Engagement innerhalb einer Partei in erster Linie als Mittel zum Erwerb eines öffentlichen Mandats betrachten. Ausserdem fehlt es ihnen an Personen, die auf Grund ihres Behördenamtes öffentliche Reputation gewonnen haben und dadurch für zusätzliche Anhänger als Magnet wirken können.

Tabelle 13

Entwicklung der aktiven Parteianhängerschaften (1984–89): nach Sitzanteil der Ortspartei in der kommunalen Exekutive.

Sitzanteil in der kommunalen Exekutive	Prozentsatz der Ortsparteien, die aktive Anhänger hinzugewonnen haben		verloren haben		(N)
	weibl.	männl.	weibl.	männl.	
0%	47	26	10	20	(244)
1–20%	49	22	6	15	(505)
21–40%	56	23	5	11	(633)
41–60%	57	26	5	8	(408)
über 60%	52	21	3	13	(147)

Andererseits haben auch sehr dominierende, mit einer satten absoluten Mehrheit von über 60% regierende Lokalparteien relativ häufig stagniert bzw. (männliche) Aktive verloren. Wahrscheinlich sehen sich Parteien mit unbestrittener Majoritätsstellung (wie z. B. viele kommunale CVP-Sektionen in katholischen Landesteilen) weniger als andere genötigt, um mehr Anhänger zu werben; und die Anhänger selbst mögen weniger Anlass sehen, durch aktiven Einsatz zur Bewahrung oder gar zum Ausbau dieser Vormachtsposition (die im Rahmen schweizerischer Konkordanzdemokratie ohnehin Spannungen und Legitimationsprobleme mit sich bringt) beizutragen.

Parteien in mittlerer Erfolgs- und Bedrohungslage besitzen hingegen insofern bessere Voraussetzungen für eine günstige Anhängerentwicklung, als sie einerseits in der Lage sind, ihren Mitgliedern attraktive politische Mobilitätsperspektiven zu eröffnen und andererseits dauernd eine hohe Aktivität aufrechterhalten müssen, um diese Stellung beizubehalten und trotz minoritärer Position die Kommunalpolitik wesentlich mitzubestimmen.

4. Zusammenfassung

Selbst wenn man unterstellt, dass die Auskünfte der lokalen Parteipräsidenten eine zu optimistische Beurteilung der Entwicklung bieten (vgl. Abschnitt 2), erscheint die Schlussfolgerung gerechtfertigt, dass sich in den Jahren 1984 bis 1989 eher eine Expansion (anstatt eine Kontraktion) der Schweizer Parteianhängerschaften vollzog. Ähnlich wie in Deutschland und Österreich kann man also auch bei den Schweizer Parteien (noch) nicht davon sprechen, dass die erodierenden Parteiloyalitäten bei den Wählern von einem analogen „Dealignment" bei den aktiven Kernmitgliedern begleitet würde.

Im Gegenteil lässt sich auf breiter Front eine gewisse Tendenz zum Anwachsen dieser aktiven Kerngruppen konstatieren, über deren quantitatives Ausmass die verfügbaren Zahlen allerdings keine Aukunft geben.

Zum überwiegenden Teil wird diese Expansion von den *Frauen* getragen, die auch 15–20 Jahre nach Gewährung des Stimmrechts immer noch in einer Phase *politischer Primärmobilisierung* zu stehen scheinen: im deutschen Sprachraum noch etwas ausgeprägter als etwa im Kanton Tessin, wo die Zuwachsraten weiblicher Parteigänger bereits erheblich abzuflachen scheinen.

Bei den Männern hat ein vergleichsweise viel bescheidener, aber ebenfalls deutlich konstatierbarer Zuwachs stattgefunden, da den 326 Gruppierungen mit Männerverlusten fast doppelt so viele (593) gegenüberstehen, die auch hier Gewinne verbuchten.

Auffällig ist, wie breit sich diese expansive Tendenz über beinahe das gesamte Spektrum von Parteirichtungen und ideologischen Positionen erstreckt. Vor allem lässt sich kaum Unterstützung für die häufig formulierte These finden, dass sich der Schwerpunkt parteipolitischer Aktivität von etablierten grossen zu (neuen) Kleinparteien verlagere: weil sowohl „grüne Gruppen" wie beispielsweise auch die EVP, die Ortsvereine und die „Freien Wählergruppen" – von der PDA und der SAP ganz zu schweigen – keine besonders positiven Entwicklungen verbuchen. Eher noch lässt sich eine leichte Gewichtsverschiebung von links nach rechts registrieren, die im spektakulären Rekrutierungserfolg der SVP, im Stagnieren der SP und im Mitgliederschwund linksextremer Parteien ihren Ausdruck findet.

Solche ideologischen Verschiebungen wären viel akzentuierter ausgefallen, wenn ausschliesslich Männer (die rechtsstehende gegenüber linksorientierten Parteien eindeutig bevorzugen) hinzugekommen wären. Mit ihrer entgegengesetzten Präferenz für linke und grüne Gruppierungen haben die Frauen sehr viel zur Reäquilibrierung dieser Gewichtsverlagerung beigetragen und es zahl-

reichen Parteien ermöglicht, ihren Bestand an Aktiven ungefähr auf dem selben Niveau zu halten.

Die plausibelste Erklärung für dieses divergierende Verhalten beider Geschlechter besteht wohl darin, dass die kürzlich in Parteien aktiv gewordenen Frauen häufig (noch) von Sozialisationserfahrungen in progressiven sozialen Bewegungen und ökologischen Initiativgruppen geprägt sind, während bei den Männern (bereits) eine „rechte Gegenmobilisierung" im Gange ist, die sich – wie beispielsweise auch die Autopartei – vorrangig gegen „grün eingefärbte Linkspositionen" richtet.

Insgesamt überwiegen aber unspezifische, auf alle Parteien in ähnlicher Weise einwirkende, Expansionsfaktoren. So haben in praktisch sämtlichen Parteien mindestens 40% aller Ortssektionen weibliche Mitglieder hinzugewonnen (und ihren durchschnittlichen Frauenanteil dadurch generell auf über 25% erhöht), und auch hinsichtlich ihres *Männerbestandes* haben alle Parteien ausser der PDA, SAP und der „lokalen Grünen" häufiger Gewinne als Verluste zu verbuchen.

Abgesehen von Kräften allgemeiner politischer Mobilisierung (die vor allem bei den – bisher unzweifelhaft unterpolitisierten – Frauen in Rechnung zu stellen sind), ist bei der Erklärung dieses Phänomens wohl auch an exogene Einflüsse zu denken, die im Wandel demographischer Strukturen ihre Ursachen haben.

So ist zu bedenken, dass im untersuchten Zeitraum die Angehörigen überaus geburtenstarker Jahrgänge (vor 1965) in jene Altersphasen eingetreten sind, in denen es gemeinhin üblich ist, einer politischen Partei beizutreten. Deshalb gibt es nicht genügend Anlass, um von einer „neuen Integrationsbereitschaft" oder einem generalisierten politischen Remobilisierungstrend zu sprechen. Im Gegenteil müsste die Frage ernsthaft diskutiert (und durch zusätzliche Forschungen beantwortet) werden, ob solche demographischen Wandlungen nicht umfangreich genug seien, um einen gewissen Trend zum Dealignment temporär überzukompensieren.

Keinen Zweifel gibt es hingegen darüber, dass die parteipolitische Mobilisierung der Frauen momentan weitgehend anderen Bedingungen unterliegt als diejenige der Männer.

Nur für Frauen gilt beispielsweise, dass sich die zusätzliche Mobilisierung stark auf grössere (besonders: urbane) Gemeinden konzentriert, während der Neuzufluss an Männern sich gleichmässiger auf Gemeinden aller Grössenklassen verteilt. Dieses Ergebnis ist mit der Hypothese konsistent, dass sich der Zuwachs an Männern allein aus demographischen (und damit: ziemlich kontext-

indifferenten) Faktoren erklärt, während bei den Frauen selektive Mobilisierungsfaktoren zur Geltung gelangen, die im urbanen Raum stärker als auf dem Lande wirksam sind (z. B. ein weniger traditionelles Rollenverständnis oder ein höheres Niveau politischer Information).

In dieselbe Richtung deutet das Ergebnis, dass ausschliesslich die Frauen sich überdurchschnittlich stark zu jenen Parteien hingezogen fühlen, die ein *echt politisches Verständnis ihrer Rolle* aufrechterhalten, nach innen eine *rege politische Diskussionstätigkeit* und nach aussen eine *aktive öffentliche Selbstdarstellung* betreiben, die in vielen verschiedenen Politikbereichen *eigene Initiativtätigkeit* entfalten, durch ihre Integration in die Kantonalpartei die *Lokalpolitik mit der „grossen Politik" verknüpfen* und mit andern Lokalparteien in einem *Konkurrenzverhältnis* stehen. Nur durch Ausformulierung ihrer Ziele in einem *Aktionsprogramm*, durch *Eigeninitiative in einigen wenigen kommunalpolitischen Sachbereichen* (z. B. in der „Ortsplanung" und der „allgemeinen Gemeindeentwicklung") sowie durch ein *erweitertes Angebot an internen demokratischen Mitwirkungsmöglichkeiten* scheint es einer Ortspartei zu gelingen, ihre Attraktivität *auch* gegenüber dem männlichen Geschlecht wesentlich zu erhöhen.

Insgesamt verfestigt sich dadurch der Eindruck, dass mit zunehmender Integration der Frauen in die Parteipolitik nicht nur eine leichte „Linksverschiebung" der Parteienlandschaft, sondern eine generellere Belebung der politischen Szene einhergeht: weil die politisch engagierteren, initiativeren und kompetitiveren Gruppierungen unverhältnismässig viel neuen Zulauf erhalten.

Schliesslich liefern die Ergebnisse keinerlei Unterstützung für die häufig vorgebrachten Hypothesen, dass etablierte Parteien mit vielfältigen Anliegen und Zielen zugunsten von „Einthemenparteien" an Boden verlieren würden, oder dass momentan ein überdurchschnittliches Anwachsen rein lokalpolitischer Partizipation im Gange sei, die in unmittelbarer „subjektiver Betroffenheit" und sinnlich wahrnehmbaren Problemlagen ihre Nahrung finde. Das Vordringen der *Frauen* hat vielmehr zur Folge, dass sich das Pendel gegenwärtig eher in umgekehrter Richtung bewegt.

LITERATURVERZEICHNIS

ALTERMATT Urs (1986), „Die Wirtschaftsflügel in der CVP: die ‚dynamische Mitte' unter Druck", in Schweizerisches Jahrbuch für politische Wissenschaft, Band 26, Haupt Verlag, Bern, 63–88.

ARZBERGER Karl (1980), Bürger und Eliten in der Kommunalpolitik, Kohlhammer, Stuttgart.

DALTON Russel J., FLANAGAN S. C. (1984), "Electoral Change in Advanced Industrial Democracies", in BECK Paul Allen, eds., Princeton University Press, Princeton N. J., 3–22.

ELDERSVELD Samuel J. (1981), The Party Activist in Detroit and Los Angeles; a longitudinal view 1956–1980, Paper presented at the annual meeting of the APSA, New York.

ENGELER Urs Paul (1986), „Personalverbindungen zwischen Altparteien und neuer Politik", in Schweizerisches Jahrbuch für politische Wissenschaft, Band 26, Haupt Verlag, Bern, 225–242.

FALKE Wolfgang (1982), Die Mitglieder der CDU. Eine empirische Studie zum Verhältnis von Mitglieder- und Organisationsstruktur der CDU, 1971–77, Duncker & Humblot, Berlin.

GESER Hans (1987), Zur komparativen Soziologie der kommunalen Parteien (unveröffentl. Manuskript).

GESER Hans (1990), Links und Rechts, Gauche et Droite, Sinistra et Destra. Eine unverwüstliche Begriffspolarität im intersprachlichen Vergleich, Manuskript, Zürich.

GESER Hans (1991), „Organisierte Gruppen in der Gemeindepolitik", in Schweizerisches Jahrbuch für politische Wissenschaft, Band 31, Haupt Verlag, Bern.

GUGGENBERGER Bernd (1980), Bürgerinitiativen in der Parteiendemokratie, Kohlhammer, Stuttgart.

GUGGENBERGER Bernd (1982), „Bürgerinitiativen, Krisensymptom oder Ergänzung des Systems der Volksparteien?", in RASCHKE Joachim, Hrsg., Bürger und Parteien, Westdeutscher Verlag, Opladen, 190–216.

GÜLLNER Manfred, MARVICK Dwaine (1977), „Aktivisten in einer Parteihochburg: zum Beispiel Dortmund", in Wahlforschung, Sonden im politischen Markt, Transfer 2, Westdeutscher Verlag, Opladen, 2. Auflage, 121–132.

INGLEHART Roland (1989), Kultureller Umbruch, Wertwandel in der westlichen Welt, Campus, New York/Frankfurt

JOYE Dominique, PAPADOPOULOS Ioanis (1986), «La mobilisation partisan est-elle en en crise?», in Schweizerisches Jahrbuch für politische Wissenschaft, Band 26, Haupt Verlag, Bern, 47–62.

KAASE Max (1982), „Partizipatorische Revolution – Ende der Parteien?", in RASCHKE Joachim, Hrsg., Bürger und Parteien, Westdeutscher Verlag, Opladen, 173–189.

KÜCHLER Manfred (1982), „Staats-, Parteien- oder Politikverdrossenheit?", in RASCHKE Joachim, Hrsg., Bürger und Parteien, Westdeutscher Verlag, Opladen, 39–54.

LEHMBRUCH Gerhard (1979), „Der Januskopf der Ortsparteien", in KÖSER Helmut, Hrsg., Die Bürger in der Gemeinde, Hoffmann und Campe, 320–334.

LEHNER Franz (1979), Grenzen des Regierens, Eine Studie zur Regierungsproblematik hochindustrialisierter Demokratien, Athenäum, Königstein/Ts.

LEVY Réne, ZWICKY Heinz (1984), „Politische Partizipation und neuere Aktionsformen", in KLÖTI Ulrich, Hrsg., Handbuch politisches System der Schweiz, Band 24, Haupt Verlag, Bern/Stuttgart, 279–309.

LONGCHAMPS Claude (1987), „Die neue Instabilität als Kennzeichen des heutigen Wählerverhaltens", in Schweizerisches Jahrbuch für politische Wissenschaft, Band 27, Haupt Verlag, Bern, 51–72.

LONGCHAMPS Claude, LINDER Wolf (1989), „Parteibindungen, Parteiimages und Konflikte bei Verkehrsabstimmungen", UNIVOX-Jahresbericht, Direkte Demokratie, Bern 1989.

MICHEL-ALDER Elisabeth (1966), „Von Frauenfragen, Parteifrauen und den männlichen Mühlen schweizerischer Politik", in Schweizerisches Jahrbuch für politische Wissenschaft, Band 26, Haupt Verlag, Bern, 151–169.

MILBRATH Lester, GOEL M. L. (1977), Political Partizipation, Rand McNally, Chicago.

NEIDHART Leonhard (1986), „Funktions- und Organisationsprobleme der schweizerischen Parteien", in Schweizerisches Jahrbuch für politische Wissenschaft, Band 26, Haupt Verlag, Bern, 21–46.

NIEDERMAYER Oskar (1989), Innerparteiliche Demokratie, Westdeutscher Verlag, Opladen.

PAPPI F. U. (1977), „Sozialstruktur, Gesellschaftliche Wertorientierungen und Wahlabsicht", Politische Vierteljahresschrift, 18, 195–229.

PETER Colette (1990), Die Parteileitung beantragt zuhanden der Basis..., unveröffentlichte Lizentiatsarbeit, Zürich

PLASSER Fritz (1987), Parteien im Stress, Böhlau, Wien.

POGUNTKE Thomas (1987), "The organization of a participatory party – the German Greens", European Journal of Political Research 15, 609–633.

SCHLESINGER Joseph A. (1968), "Political Parties I. Party Units", International Encyclopedia of the Social Sciences, Vol. 11, MacMillan/Free Press, London/New York, 428–436.

SKARD Torhild (1983), "Women in the Political Life of the Nordic Countries", International Social Science Journal 35, 639–657.

SMITH Gordon (1984), „Europäische Parteiensysteme – Stagnation einer Entwicklung?", in FALTER Jürgen W., FENNER Christian, GREVEN Michael Th., Hrsg., Politische Willensbildung und Interessenvermittlung, Westdeutscher Verlag, Opladen.

UEHLINGER Hans-Martin (1985), Politische Partizipation in der Bundesrepublik. Westdeutscher Verlag, Opladen.

WIESENDAHL Elmar (1984), „Wie politisch sind politische Parteien?", in FALTER Jürgen W., FENNER Christian, GREVEN Michael Th., Hrsg., Politische Willensbildung und Interessenvermittlung, Westdeutscher Verlag, 78–88.

Schweiz.Z.Soziol./Rev.suisse sociol., 2 (1991) 273–307

ZUR ENTWICKLUNGSDYNAMIK IN DEN SOZIALISTISCHEN BZW. POSTSOZIALISTISCHEN LÄNDERN

Theoretischer Bezugsrahmen und empirisches Fallbeispiel (Polen)

Jakob Juchler
Imfeldstrasse 87, 8037 Zürich

1. Einleitung

„Ich suche neue Lösungen für Polen, das sich vom Kommunismus löst. Es gibt keine Rezepte und niemand weiss, wie das zu machen ist. Ich bin auf der Suche und selbstverständlich stosse ich dabei von Wand zu Wand." So schonungslos äusserte sich Lech Walesa, Polens Staatspräsident und ehemaliger Solidarnosc-Führer im Frühling 1991 (zitiert nach Polityka 1991, Nr. 19, 2). Und Jacek Kuron, prominenter Systemkritiker der ersten Stunde, Sozialminister unter der Regierung Mazowiecki und heutiger politischer Gegner Walesas, drückte sich noch pointierter aus: „Das eine System ist zusammengebrochen und wir probieren jetzt ein zweites zu bauen. Zwar gab es eine Revolution – obwohl nicht bis zum Ende, da das alte System nicht ganz zerfiel – aber das neue System haben wir praktisch noch kaum geschaffen." (Tygodnik Solidarnosci, 1991, Nr. 21, 12).

Diese zwei Zitate sind symptomatisch für eine Tendenz, die sich immer mehr nicht nur in den Ländern Osteuropas, sondern auch in Westeuropa breit macht. Nach der anfänglichen Euphorie, die die Perestroika und vor allem die enormen Umwälzungen des „Revolutionsjahres" 1989 ausgelöst hatte, ist Ernüchterung und eine gewisse Ratlosigkeit eingetreten. Die wirtschaftlichen Krisenerscheinungen sind grösser und dauerhafter als erwartet, und auch die politischen Probleme stehen ersteren kaum nach. Mit brutaler Deutlichkeit machte dies im Sommer 1991 der Ausbruch des jugoslawischen Bürgerkrieges sowie der sowjetische Putschversuch auch einer breiteren Öffentlichkeit bewusst. Zwar herrscht allenthalben hektische Betriebsamkeit, eine Konferenz jagt die andere. Berichte, Reports und Bücher, unter anderem auch von diversen internationalen Organisationen, erscheinen zu hauf (vgl. z. B. IMF, Worldbank,

OEDC, EBRD, 1990, World Bank, 1991, ECE, 1991). Und obwohl darin interessantes Material und intelligente Analysen enthalten sind, kann man sich des Eindruckes nicht erwehren, dass sowohl die empirischen Basisdaten wie das theoretische (meist einseitig ökonomisch orientierte) Instrumentarium die verwirrliche Realität dieses enormen Transformationsprozesses nur grob erfassen können. Dementsprechend schmal ist denn auch die Grundlage für Entwürfe von Zukunftsprognosen und, noch ausgeprägter, für konkrete Politikempfehlungen.[1]

Im folgenden geht es denn auch nicht darum, den vielen Arbeiten mit normativer Zielsetzung eine weitere dazuzufügen. Das Ziel ist wesentlich bescheidener. Es soll versucht werden, einen generellen Orientierungsrahmen zu skizzieren, worin die grundlegende Problematik des historischen Transformationsprozesses eingeordnet werden kann, sowie erste vorsichtige empirische Einschätzungen vorzunehmen.[2]

2. Ein formationstheoretischer Bezugsrahmen

Ausgangspunkt ist eine generelle Gesellschaftskonzeption. Es wird ein Formationskonzept angewandt, das hauptsächlich auf system- und struktur-theoretischen sowie regulationstheoretischen Theorieelementen beruht und eine Synthese unterschiedlicher Gesichtspunkte anstrebt (vgl. Juchler, 1986, 1990 und insbesondere 1991). Dessen Grundzüge lassen sich kurz folgendermassen zusammenfassen.

Konkrete Gesellschaften sind von einer bestimmten Formationsstruktur, einem allgemeinen Gesellschaftsmodell geprägt. Wichtig ist dabei, dass solche

---

1 Nicht überraschend ist es denn auch, wenn solche Programme und Empfehlungen teilweise recht abenteuerliche Entstehungsgeschichten aufweisen. Ein typisches Beispiel hierfür ist der sowjetische 500-Tageplan von 1990 und der Yawlinsky-Programmentwurf von 1991, vgl. dazu die interessanten Interviews mit Yawlinsky in den Moscow News, 1990, Nr. 42 und 1991, Nr. 20.
Parodistische Qualitäten haben manchmal die Aussagen selbsternannter oder herbeigewünschter politischer „Retter". Eine besondere Stilblüte lieferte der jugoslawische „Kronprinz". „Ich war nie in Jugoslawien, was traurig ist, aber auch in gewissem Sinne positiv, weil ich nicht von irgendwelchen politischen Argumenten vergiftet bin". (Kronprinz Alexander von Jugoslawien zur Frage, warum die Restaurierung der Monarchie die politische Krise lösen könnte, zitiert nach Newsweek 24. Juni 1991: 9)

2 Die nachfolgenden Ausführungen sind eine erste zusammenfassende Zwischenbilanz eines NFP Projektes (NFP 28: Die Schweiz in einer sich ändernden Welt, Projekttitel „Systemkrise und Entwicklungsdynamik in Osteuropa"). Das Projekt wird im Herbst 1992 abgeschlossen, wobei für 1993 eine Buchveröffentlichung geplant ist.

Formationen zwar übergeordneten Grundmustern – eigentlichen Zivilisationstypen – angehören, aber auch eigenständige, spezifische Gesellschaftsformen darstellen. So wie asiatische, antike und feudale Formationen einem traditionalen Zivilisationstyp angehörten, lassen sich kapitalistische und sozialistische Formationen als grundlegende Varianten eines modernen Zivilisationstyps betrachten. Beide Formationen haben eine Reihe von strukturellen Merkmalen gemein wie industrielle Produktionsform, hohe vertikale und horizontale Arbeitsteilung sowie institutionelle Basisformen (Nationalstaaten, ausdifferenzierte Institutionsbereiche). Geichzeitig weisen sie aber auch spezifische Charakteristika auf, wie ein bestimmtes Eigentumssytem, spezifische ideologische Verhältnisse und bestimmte institutionelle Strukturformen. Diese Eigenheiten bedingen denn auch verschiedenartige gesellschaftliche Reproduktionsmechanismen.

In jeder Formation sind nun aufgrund ihrer Struktureigenschaften bestimmte Tendenzen angelegt. „Tendenz" ist dabei durchaus wörtlich zu nehmen, denn Intensität, Form oder Ausgestaltung solcher struktureller Tendenzen sind abhängig von spezifischen Bedingungen. Solche generellen Tendenzen können konstant auftretende Charakteristika sein, wie etwa periodisch auftretende Reproduktionsstörungen im wirtschaftlichen Kreislauf. Sie können aber auch zeitveränderliche, entwicklungsabhängige Merkmale darstellen, z. B. Technologie- und Produktestrukturveränderungen oder ideologische Entwicklungen. Damit ist in jeder Formation eine Dynamik angelegt. Der entscheidende Punkt ist nun, dass solche Entwicklungstendenzen von Zeit zu Zeit den gesamten Reproduktionsprozess destabilisieren, vor allem wenn sie beschleunigt und/ oder kumulativ auftreten. Denn dann werden die bereits bestehenden institutionellen Regulierungen (im breitesten Sinne „politischer" Art) obsolet. Geringfügige Anpassungen reichen zur Systemstabilisierung nicht mehr aus. Entsprechend beginnt die Suche nach neuen Anpassungsstrategien, wobei die verschiedenen gesellschaftlichen Akteure je nach Interessenlage und ideellem Innovationspotential unterschiedliche Lösungswege entwickeln und durchzusetzen versuchen. Das Ergebnis solcher Auseinandersetzungen ist kontingent, da verschiedene Optionen offenstehen. Kommt es schliesslich zu neuen Regulierungen, die mindestens für eine gewisse Zeit eine erneute Stabilisierung gewährleisten und den Rahmen der formationellen Grundstrukturen nicht verlassen, verläuft die Entwicklung trotz diskontinuierlicher „Wenden" innerhalb des gegebenen Formationscharakters. Sind die systemimmanenten Widersprüche aber zu gross, setzen sich über kurz oder lang grundsätzliche Veränderungsstrategien durch. So kommt es zu einem Formationswechsel, da keine erfolgreichen formationskompatiblen Anpassungsstrategien mehr gefunden bzw. durchgesetzt werden können. Als Ergebnis dieses Prozesses entsteht eine neue

Formationsstruktur oder es kommt zu einem Übergang zu einer bereits bestehenden Formation.

Postuliert wird nun, dass der jetzige gesellschaftliche Wandel in den „sozialistischen" Ländern genau eine solche Situation darstellt. Denn die sozialistische Formation befindet sich in einer fundamentalen Systemkrise. Geht man von den aktuell diskutierten Veränderungsstrategien aus, lassen sich im wesentlichen vier Hauptrichtungen unterscheiden:

1) Rekonsolidierung des „sozialistischen" Systems (nur relativ geringe Teilreformen in Richtung „Dezentralisierung" in der Ökonomie; eventuell auch politische „Neostalinisierung").

2) Einführung eines „westlichen" parlamentarisch-demokratischen Systems mit klarer Dominanz einer privatwirtschaftlichen Wirtschaftsstruktur:
   a) neoliberal orientierte „schockmässige" Umbaustrategie (Stabilitäts- und Strukturpolitik).
   b) gemässigte (zentristisch bis sozialdemokratisch orientierte), mehr gradualistische Reformstrategie.

3) Autoritäre antikommunistische Systemlösungen:
   a) nationalistisch-(populistisch)-autoritär orientierte Quasi-Demokratie oder Diktatur mit relativer Dominanz eines „staatskapitalistischen" Sektors.
   b) elitär orientierte Quasi-Demokratie oder Diktatur mit neoliberal ausgerichteter privatkapitalistischer Orientierung.

4) Anstreben eines „Dritten Weges":
   a) parlamentarisch-demokratisches System mit Dominanz von gruppenspezifischen Eigentumsformen (z. B. Mitarbeiter-Aktiengesellschaften, Genossenschaften usw.) innerhalb eines marktwirtschaftlichen Rahmens, mit mehr oder weniger grossem Staatsinterventionismus.
   b) Betonung von basisdemokratischen Formen mit starken Planungselementen.

Für die meisten Beobachter in Ost und West scheint es klar, dass die Veränderungsstrategie 2) die dominante Entwicklungsrichtung darstellt (bzw. unter einem normativen Gesichtspunkt auch die einzig „richtige" ist).[3] Wie im

3 Die politischen Kräfte, die jeweils solche Strategien propagieren, sind mehr oder weniger deutlich bestimmbar. Strategie 1) wird von konservativen „sozialistischen" Kräften in den sozialistischen Ländern selbst vertreten – z. T. auch im Westen von gewissen Rechtskonservativen als wahrscheinliche „Gefahr" betrachtet. Strategie 2) wird von den meisten politischen Richtungen und Theoretikern in Ost und West propagiert, wobei die Variante 2a) im Vordergrund steht. Strategie 3a) wird von nationalistisch-populistischen Bewegungen unterstützt, wenn auch oft verschwommen und unklar formuliert, während die Strategie 3b) von mehr oder weniger rechtsstehenden „liberalistischen" Kreisen diskutiert wird. Strategie 4) ist bei bestimmten

folgenden offensichtlich wird, ist diese Annahme etwas zu voreilig. Denn die Komplexität der aktuellen Übergangssituation lassen verschiedene Entwicklungsmöglichkeiten offen. Geht man von der Intensität der Krise und den enormen „Altlasten" der sozialistischen Formation (wirtschaftlicher, ökologischer, aber auch politisch-ideologischer Natur) aus, lässt sich eines mit ziemlicher Sicherheit vorhersagen: Welche Strategien auch immer eingeschlagen werden, der Umbau wird sich sehr widersprüchlich und in einer turbulenten und relativ langen Krisenphase vollziehen. Dazu kommen die Probleme, die sich aus dem Umfeld, dem gesamten Weltsystem ergeben, das von diversen Ungleichgewichten und Instabilitäten gekennzeichnet ist. Die Situation wird auch dadurch kompliziert, dass die verschiedenen Länder jeweils recht unterschiedliche historische Ausgangsbedingungen aufweisen, die sich auf die Dynamik des Transformationsprozesses auswirken (vgl. z. B. Courrier des Pays de l'Est, 1991, 359, 3–4). So kann es je nach länderspezifischen Umständen durchaus zu Strategiewechseln und politischen Kehrtwendungen kommen. Nur eine Analyse, die die strukturellen und historischen Ausgangsbedingungen berücksichtigt, kann einigermassen adäquate Aussagen formulieren.

3. Zu den Ausgangsbedingungen und ihren Folgen

In der Entwicklung der sozialistischen Gesellschaften spielten strukturimmanente Tendenzen eine entscheidende Rolle, obwohl auch den internationalen Interdependenzen je nach Phase eine mehr oder weniger relevante Stellung zukam (Juchler, 1990). Dabei verstärkten sich die Widersprüche im wirtschaftlich-materiellen wie im politisch-ideologischen Bereich so stark, dass kaum mehr effektive systemstabilisierende Regulierungen gefunden werden können. Obwohl hier nicht im Detail darauf eingegangen werden kann, sollen im folgenden einige Grundzüge skizziert werden, um den Problemhintergrund der Transformationsprozesse darzulegen.[4]

Dass das sozialistische System Schiffbruch erlitt, hängt wesentlich mit seinem Wirtschaftssystem zusammen. Ein zentral hierarchisch aufgebautes Steuerungssystem hielt nicht, was die Theorie verhiess. Statt eines zum voraus geplanten, gleichgewichtigen Wachstums – als „Heilmittel" gegen die „Anarchie" des Marktes – gab es hohe Abweichungen von den Planvorgaben und

---

linksstehenden Kräften in Ost und West populär, wobei Strategie 4b) nur sehr geringe Resonanz findet.

4 Detaillierte theoretische Explikationen und empirische Belege sind in Juchler, 1986 und 1991, Kapitel 3 bis 7 zusammengestellt, wo auch die wichtigsten Arbeiten dokumentiert sind. Vgl. auch den Überblick bei Brzezinski, 1989.

grosse Wachstumsfluktuationen, statt effizientem Mitteleinsatz Verschwendung und chronische Mangelwirtschaft (vgl. z. B. Kornai, 1980 und 1990, Sik, 1987, Gomulka, 1988). Die Hauptgründe dafür waren nicht „subjektiver" Art wie Fehlleistungen von Planorganen und mangelnde Arbeitsdisziplin wegen dem kapitalistischen „Erbe", wie lange Zeit die offiziellen Erklärungen lauteten. Vielmehr müssen diese in systembedingten Ursachen gesucht werden. Ein zentraler Punkt ist die zu hohe Komplexität der notwendigen Informationsvermittlung- und verarbeitung, die zu Ungleichgewichten führte. Ein weiterer Aspekt, der mit dem ersteren zusammenhängt, ist die Existenz verdeckter Konkurrenzbeziehungen. An die Stelle der offenen Konkurrenz des kapitalistischen Marktes trat die versteckte Konkurrenz. Diese reichte vom Kampf der Betriebe um günstige Planvorgaben („Planbargaining": möglichst geringe Zielvorgaben, möglichst grosse Mittel an Investitionen, Rohstoffen und Arbeitskräften) bis zum Ausspielen von Beziehungen und dem Gerangel in der Schattenwirtschaft, wobei Anreize zu einem effizienten Mitteleinsatz weitgehend fehlten. Statt einer „Planwirtschaft" existierte so eine ziemlich chaotische „Mischwirtschaft" oder besser „Gemischelwirtschaft", ein inkonsistentes Nebeneinander von administrativer Steuerung, partiellen Marktbeziehungen (vor allem im Arbeitsmarkt und Konsumgütermarkt) sowie informellen Tauschbeziehungen. Es fehlte entsprechend ein funktionierendes Geld- und Finanzsystem, und das administrierte Preissystem konnte weder Knappheitsrelationen noch Kosten widerspiegeln. Eine Tendenz zu einer relativen „Übernachfrage" und einer hohen Konzentration – dominante Grossbetriebe, oft mit Monopolpositionen – konstituierten einen „Verkäufermarkt". Verdeckte Inflation (manchmal auch offene) und Budgetprobleme waren wichtige Begleiterscheinungen dieser makroökonomischen Disproportionen.

Die gesellschaftliche Effizienz eines solchen Systems war entsprechend klein: geringe Produktivität (nicht zuletzt wegen einer „verdeckten" Arbeitslosigkeit), schlechte Qualität, mangelndes Konsumangebot, relativ geringe Innovationsfähigkeit, hohe Investitionsbelastung und Rohstoff- bzw. Energieverschwendung, enorme Umweltbelastungen sind die wichtigsten Stichworte. Anfänglich konnten diese systembedingten Widersprüche noch durch gewisse Anfangserfolge überdeckt werden. Durch die hohe Mobilisierungsfähigkeit wurden schnelle Fortschritte in der Industrialisierung, der Schaffung von Arbeitsplätzen und der sozialen Sicherung sowie der Deckung der Grundbedürfnisse ermöglicht – wenn auch unter hohen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Kosten. Das relativ einfache technologische Paradigma der sekundären Mechanisierung, das vom kapitalistischen Westen übernommen bzw. imitiert werden konnte, stellte noch keine allzu hohen Anforderungen an die Innovationskapazität und ermöglichte ein extensives Wachstum. Mit zunehmender Ent-

wicklung, insbesondere mit der Erschöpfung der extensiven Wachstumsfaktoren, und der Beschleunigung der weltweiten technologischen Veränderungen (Informatisierung, neue Werkstoffe usw.) wurden die strukturellen Probleme aber immer drängender (Brucan, 1987).

Was den wirtschaftlichen Widersprüchen ihre besondere Brisanz gab, ist ihre Verknüpfung mit den ideologisch-politischen Widersprüchen. Der offizielle „Marxismus-Leninsmus" versprach eine erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung (inklusive des Überholens des Kapitalismus), soziale Gerechtigkeit und Harmonie. Zudem meinte er, nicht nur das richtige und historisch notwendige Gesellschaftsprogramm zu besitzen, sondern auch eine wissenschaftlich begründete Weltanschauung. Damit war man in eine eigentliche Falle geraten, denn der viel zu ambitöse Anspruch musste immer mehr zur Desillusionierung führen, je länger Realität und Theorie auseinanderklafften. Mit dem Avantgardeanspruch der Partei (konkret des Parteiapparates) bzw. dem exklusiven Kontrollanspruch über die symbolisch-kulturelle Produktion und das gesellschaftlich-politische Leben im allgemeinen zerstörte man auch die notwendige Offenheit, die die Entstehung neuer Positionen und politisch-gesellschaftlicher Bewegungen hätte vorantreiben können. Hinter der Fassade von integrierten gesellschaftlichen Organisationen und konsensualen politischen Strukturen entfalteten sich Verteilungskämpfe um Positionen und knappe Güter mittels Beziehungsklüngeln und Intrigen, kam es zu einer fatalen Spaltung von offiziell geäusserter und privater Meinung, von geschlossener formeller Informationsbildung und chaotischem informellem Informationsfluss, von mehr oder weniger passiv erduldeter Teilnahme am offiziellen Leben und dem Rückzug ins „Private" bzw. in das durch Kleingruppen wie Familien und Freundeskreis strukturierte „eigentliche" Leben (inklusive Schattenwirtschaftsaktivitäten). Es ist wohl kaum übertrieben, von einer Tendenz zu einer „Doppelmoral", einer eigentlichen „Desillusionierung" sowie einer „Bewusstseinsfragmentierung" zu sprechen (für empirische Belege vgl. Juchler, 1986, Nowacki, 1991, Förster/Roski, 1990). Mit der zunehmend sichtbaren Absetzung einer herrschenden, privilegierten, oft unfähigen Schicht (die „Nomenklatura", bzw. im Alltagsbewusstsein „die da oben") verschärften sich auch die direkten klassenorientierten Spannungspotentiale, wurden doch dadurch die weitgehend akzeptierten meritokratischen „sozialistischen" Verteilungsnormen – jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung – krass verletzt. Die unterdrückten interethnischen bzw. interregionalen Spannungen nahmen ebenfalls zu. Die ökonomischen und sozialen Widersprüche wirkten sich besonders stark aus, da das feindliche Referenzsystem des kapitalistischen „Westens" nach der Krisenzeit der Weltkriege und der grossen Depression einen präzedenzlosen Wachstumsschub innerhalb eines fordistischen „wohlfahrtsstaatlichen" Regulierungstyps

erlebte, der trotz gewichtiger Krisenerscheinungen seit den 70er Jahren mindestens teilweise fortdauert.

Selbstverständlich stellt die obige Skizze struktureller Entwicklungstendenzen nur einen generalisierten Bezugsrahmen dar, der je nach den spezifischen Umständen der einzelnen Länder mehr oder weniger zutraf. Auch die im Verlaufe der Entwicklung eingeschlagenen Regulierungsstrategien wiesen spezifische Besonderheiten auf. Trotz dieser Einschränkungen lässt sich ein dominantes Muster, das insbesondere auf die UdSSR und ihre Verbündeten zutraf, postulieren (Juchler, 1991). Nach der stalinistischen Regulierung, die die Widersprüche mit einer enormen Repression (sozusagen präventivem Terror), ideologischer Mobilisierung und massiver Gleichschaltung sowie einer hyperzentralistischen Steuerung nur für relativ kurze Zeit kanalisieren konnte, brachte auch ein poststalinistischer („normalisierter") Typ keine dauerhafte Stabilisierung. Selektivere Repression, weniger ideologische Gleichschaltung, etwas geringere Zentralisierung und eine etwas stärkere Ausrichtung auf Konsumgüter, die zudem periodischen Fluktuationen ausgesetzt waren, stellten im wesentlichen nur kosmetische Reformen dar, die keinen Durchbruch bringen konnten. Und die vermehrte Öffnung zum Westen – insbesondere seit den 70er Jahren, die vor allem einen Technologie-Import anstrebte, um die eigene Innovationsschwäche zu kompensieren – ergab mehr Belastungen als positive Effekte.

4. Die neuen Reformbestrebungen

Die offensichtlichen ökonomischen und politischen Widersprüche prägten die generelle Richtung der Reformen, die in letzter Zeit ergriffen worden sind. Mehr Privatproduktion und grössere Unternehmensautonomie sollten für ein effizienteres und intensiveres Wachstum sorgen, mehr politischer Spielraum für individuelle und gesellschaftliche Interessenartikulation die Legitimationsbasis des Regimes verbessern. Zusammenfassend kann hier von einer Tendenz zu einem dezentralisierten Regulierungstyp gesprochen werden. Je nach Land setzten diese Tendenzen zu verschiedenen Zeitpunkten, mit sehr unterschiedlicher Intensität und Akzentsetzung ein (Gey, 1987, Brzezinski, 1989). Ungarn und Polen spielten, wie schon Mitte der 50er Jahre, in Europa eine Vorreiterrolle. China schlug mit seiner Modernisierungsstrategie seit dem Ende der 70er Jahre eine spezifische, stark ökonomisch orientierte Richtung ein. Die UdSSR verfolgte unter Gorbatschow mit „Glasnost" und „Perestroika" eine stärker politisch ausgerichtete Tendenz, die auch einen bedeutsamen Wechsel in den internationalen Beziehungen beinhaltete („neues Denken" mit kooperativen Konflikt-

lösungsstrategien und weitgehender Aufgabe der sowjetischen Dominanz im Ostblock).

Dass aber eine solche dezentrale Regulierung nicht mehr imstande war, wie noch die poststalinistische Regulierung der vorangegangenen Phase, eine neue Stabilisierung zu erreichen, sondern zu verschärfter Krise und enormen Umbrüchen führte, hängt mit dem grundlegenden Charakter der jetzigen Widersprüche zusammen.[5] Es handelt sich, wie bereits erwähnt, um eine eigentliche Systemkrise, die mehr oder weniger alle Bereiche betrifft. Hier bieten sich Analogien zur kapitalistischen Krisenphase der Zwischenkriegszeit an. Generell ist die Mehrdimensionalität der Krisen hervorzuheben. Bei beiden Krisen handelte es sich um eine wirtschaftlich-materielle und ideologisch-kulturelle Krise, um nationale und internationale Widersprüche grosser Intensität. Bei beiden ging es darum, dass der vorherrschende Regulierungstyp nicht mehr ausreichte, zentrale Veränderungen im materiellen wie im ideologischen Bereich in eine neue, relativ stabile Reproduktion zu integrieren. Die Analogie betrifft den generellen Aspekt, wenn man so will, die formale Struktur der Entwicklungskrise. Inhaltlich hingegen ist der Unterschied gross, man könnte, pointiert formuliert, gar von einer spiegelbildlichen Tendenz sprechen. In der kapitalistischen Formation ging es im wesentlichen darum, für eine spezifische Produktionsstruktur (mit intensiver Massengüterproduktion), die auf dezentraler privatkapitalistischer, aber schon stark oligopolistischer Basis beruhte, eine adäquate Nachfragestruktur zu schaffen. Das bedeutete, institutionelle Regulierungen in Richtung staatsinterventionistischer Steuerung und korporativen Interessenausgleichs (insbesondere zwischen Kapital und Arbeit) zu suchen, sowie sozialintegrative Formen zur Konfliktdämpfung zu entwickeln. Das eigentliche Problem war die Nachfrage, nicht die Produktion oder das Angebot. Umgekehrt verhält es sich bei der sozialistischen Krise. Hier sind die Reproduktionsstörungen vor allem angebotsbedingt und entsprechend schwieriger in den Griff zu bekommen. Die administrativ-hierarchische Steuerung schafft ständig Verteilungskonflikte, Knappheitsprobleme und grosse Verschwendung, behindert also ein intensives Wachstum. Nachfrage hingegen ist

5 Besonders bedeutsam war dabei die geringe Wirksamkeit der Reformpolitik im Eindämmen der wirtschaftlichen Krisenerscheinungen (vgl. ECE, 1990: 75 ff., World Economic Survey, 1990: 119 ff.). Die oft nur inkonsequent durchgeführte Dezentralisierung brachte nicht die erhofften Effizienzsteigerungen, da die sich die grundlegenden Systemmechanismen nicht veränderten. Sie verschärfte sogar teilweise strukturelle Disproportionstendenzen wie Nachfrageüberhang und Budgetdefizit, da der grössere Spielraum „unten" entsprechend ausgenutzt wurde und indirekte zentrale Steuerungsmittel durch fehlende institutionelle Instrumente und mangelnde politische Durchsetzungskraft nicht oder zu wenig greifen konnten (vgl. z. B. IMF, 1990, Marer, 1991). Letztere war ihrerseits stark durch die Legitimationskrise mitbedingt, die „harte" Massnahmen kaum erlaubte, ohne grosse soziale Spannungen zu riskieren.

durch die „soft budget constraint" meistens im Übermass vorhanden (Kornai, 1980, Hartwig, 1988). So lag es nahe, institutionelle Regulierungen in Richtung dezentraler Steuerung und Unternehmensautonomie zu suchen. Die Krise der liberalistischen Ideologie und des individualistischen „Laissez-faire" rief nach mehr staatlicher Absicherung und konsensualen Identifikationsmustern, die Krise der kommunistischen Ideologie nach individueller und gruppenspezifischer „pluralistischer" Interessenartikulation und demokratischer Partizipation. Wenn in Osteuropa nun „Markt", „Pluralismus", „Rechtsstaat" und „parlamentarische Demokratie" attraktive Begriffe sind, ist das kein Zufall.

Ein weiterer entscheidender Unterschied liegt in der „Krisenbewältigungspotenz". Während in der kapitalistischen Krise die strukturellen und institutionellen Voraussetzungen für eine Rekonstruktion und Restabilisierung, einen erfolgreichen neuen Regulierungstyp, angelegt waren, ist dies aufgrund der vorangegangen Ausführungen für die sozialistische Formation nicht zu erwarten. Geht der Entwicklungsweg also unaufhaltsam in Richtung der westlichen kapitalistischen Gesellschaftsform?

Vorerst scheint vieles darauf hinzuweisen. So ist einmal der Druck auf eine weitergehende Weltmarktintegration gross, vor allem bei den osteuropäischen Ländern. Auch wenn die absolute Verschuldung bzw. die Prokopf-Verschuldung nicht besonders hoch ist (mit der teilweisen Ausnahme Ungarns), so sind durch die relativ geringen Exporte in harten Währungen und die dringend benötigten Westimporte dennoch starke Abhängigkeiten gegeben. So überrascht es nicht, dass bei dem klassischen Indikator Schuldendienst/Exporteinnahmen 1988 durchschnittlich etwa gleiche Werte zu verzeichnen waren, wie sie die am meisten verschuldeten Entwicklungsländer aufwiesen, während beim Verhältnis Schulden/Exporteinnahmen ähnliche Zahlen wie bei den kapitalimportierenden Entwicklungsländern insgesamt resultierten (Juchler, 1991, 261). Auch wenn sich die Zahlen 1991 durch die Auflösung des COMECON verbessern werden (ab Januar 1991 wird nur noch in Hartwährungen direkt getauscht), bedeutet das keineswegs eine geringere Abhängigkeit. Im Gegenteil ergibt sich durch die Aufhebung des Comecon-Systems vorerst eine weitere Verschärfung der Handelsprobleme, da nun gesicherte und anspruchslose Märkte zu einem beträchtlichen Teil verloren gehen (vgl. z. B. Financial Market Trends, 49/1991, 17 f. , GUS, 1991). Auch die Handels- und Verschuldungssituation der sozialistischen Entwicklungsländer reicht von mittelmässig (z. B. China) bis sehr schlecht (z. B. Nordkorea, Kuba).[6] Insgesamt ist also der aus den

6 Vgl. den Überblick in World Economic Survey, 1990: 119 ff., sowie Far Eastern Economic Review 23. 8. 1990 (Nordkorea), 21. 3. 1991 (China) und 4. 4. 1991 (Vietnam), NZZ 24. 7. 1990 und 20. 2. 1991 (Kuba). China hatte 1990 einen deutlichen Handelsbilanzüberschuss und

internationalen Wirtschaftsbeziehungen stammende Druck gross, sich nach kapitalistischen Verhältnissen auszurichten – nicht zuletzt auch deshalb, weil dringend benötigte Stützungsmassnahmen internationaler Organisationen wie des IMF und der Weltbank an einschneidende Reformauflagen gebunden sind (Marer, 1991, World Bank, 1991).

Das heisst aber nicht unbedingt, dass die interne Entwicklung unilinear auf eine klare Dominanz privatkapitalistischer und liberal-demokratischer Formen hinausläuft. Auch wenn die Entwicklung in diese Richtung zu gehen scheint, stehen immer noch verschiedene Optionen offen, die je nach den spezifischen Bedingungen der einzelnen Länder unterschiedliche Realisierungschancen haben. Und das ist typisch für eine fundamentale Krisenlage mit ihren Instabilitäten, wie auch ein Blick auf die kapitalistische Krise der Zwischenkriegszeit zeigt. Auch damals gab es bis zu einem gewissen Zeitpunkt verschiedene Strategien der Krisenbewältigung: die liberale „wohlfahrtsstaatlich-sozialdemokratische", die faschistische „autoritär-konservative", die „Volksfront-Allianzen", um nur die wichtigsten zu nennen.

In der aktuellen Krise der sozialistischen Formation sind die grundlegenden Änderungsstrategien und Programmatiken zwar noch nicht klar auskristallisiert, es zeichnen sich aber jetzt schon eine Reihe von Tendenzen ab. Auf die grundsätzlichen Entwicklungsrichtungen wurde bereits in Abschnitt 2 hingewiesen. Einen detaillierteren Überblick gibt Abbildung 1, wo der Entwicklungstand von Ende 1990 mittels einer Typologisierung zusammengefasst ist. Dabei werden nicht nur die Reformstrategien, sondern auch die zentralen Eigenheiten der Wirtschaftskrise erfasst, sowie die verschiedenen Länder und ihre politischen Dominanzverhältnisse den einzelnen Typen zugeordnet.[7]

Die Typologie stellt sozusagen eine aufsteigende Transformationsfolge dar, von geringen Reformen (praktische Beibehaltung des traditionellen sozialistischen Systems), wie sie der Typus E darstellt, bis hin zur besonders resoluten Veränderungstrategie in Richtung westlich (neoliberal) geprägter Sanierungs-

---

die Exporteinnahmen machten mehr als die gesamten Schulden aus. Kuba und Nordkorea hingegen bedienen seit einigen Jahren ihren Schuldendienst nicht mehr und sind in den internationalen Kreditratings in den hintersten Plätzen zu finden.

7 In der Länderzuordnung fehlt Jugoslawien, da dessen interne Varianz bereits als zu gross für eine eindeutige Klassifikation einzustufen ist. Der Kurs der Zentralregierung war seit 1990 weitgehend auf eine Stabilisierung des Typus A ausgerichtet (vgl. z. B. Courrier de l'Est, 1991, 359, 66–73). Weiterhin fehlen alle erst in jüngerer Zeit entstandenen „sozialistischen" Entwicklungsländer, da diese meist keine gefestigten sozialökonomischen Verhältnisse aufwiesen. Diese haben im übrigen meist auch eine Richtung eingeschlagen, die den Typen A, B oder C entspricht.

Abbildung 1

Zur politökonomischen Situation der „sozialistischen" Länder Ende 1990 – eine Typologie

Typus	Reformausrichtung	Art der Wirtschaftskrise	Politische Dominanzverhältnisse	Länderzuordnung
A	westliches Gesellschaftssystem, „schockartige" harte Stabilisierungs- und Sanierungspolitik	starke Rezession, nur partielle Marktungleichgewichte und Budgetprobleme	ehemalige breit verankerte „Opposition" dominant, sehr schwache „Post-Kommunisten"	Polen (bis 1989 D)
B	westliches Gesellschaftssystem, „gradualistische" gemässigte Stabilisierungs- und Sanierungspolitik	mässige Rezession, mässige Marktungleichgewichte und Budgetprobleme	ehemalige schwach verankerte „Opposition" dominant, schwache „Postkommunisten"	Ungarn (bis 1989 D) Tschechoslowakei (bis 1989 E)
C	schwankend, unklare Markt- und z. T. Demokratieorientierung, nur partielle Stabilisierungs- und Sanierungspolitik	geringe bis mässige Rezession, hohe Marktungleichgewichte und Budgetprobleme	geschwächte Kommunisten bzw. „Postkommunisten" dominant, wenig etablierte, aber wachsende Opposition	Bulgarien (bis 1989 E) Rumänien (bis 1989 E) UdSSR (bis 1986 E) Albanien (bis 1990 E)
D	Partielle Reformorientierung mit Einbezug von Marktelementen, traditionelle Stabilisierungspolitik (kaum politische Reform)	kaum Rezession, mässige bis hohe Marktungleichgewichte und Budgetprobleme	traditionelle Kommunisten dominant, geringe und unterdrückte Opposition	China (bis 1979 E) Vietnam (bis 1987 E)
E	Mini-Reformen, traditionelle Stabilisierungspolitik	kaum Rezession, hohe Marktungleichgewichte und Budgetprobleme	traditionelle Kommunisten dominant, geringe und unterdrückte Opposition	Korea Kuba

und Strukturreformen (Typus A).[8] Betrachtet man die Zuordnung der einzelnen Länder zu den verschiedenen Typen, fallen vor allem zwei Punkte auf.

Erstens weist die Entwicklung eine deutliche Transformationsrichtung auf. Bis jetzt gingen die Veränderungen praktisch immer in Richtung eines reformintensiveren Typs (mit der partiellen Ausnahme Chinas nach der blutigen Niederschlagung der Demokratiebewegung im Juni 1989 und Kubas mit seiner rectificacion-Politik seit 1986). Kann man also daraus den Schluss ziehen, dass alle Länder schliesslich im Typ A oder B landen werden – nur dass es bei denjenigen mit „ungünstigeren" Voraussetzungen etwas länger dauert? Das wäre eine etwas zu voreilige und mechanistische Trendprognose, wie im folgenden noch deutlich werden wird.

Zweitens lassen sich ohne weiteres zwei zentrale Dimensionen erkennen, die die Reformintensität bestimmen: Nähe zum „Westen" einerseits und Entwicklungsniveau anderseits. Die aussereuropäischen Entwicklungsländer gehören eindeutig zu den wenig reformbereiten Typen (D und E), während die entwickelteren „westeuropäischsten" Länder (geographisch und kulturell gesehen) zu den reformintensivsten Typen zu zählen sind (Typus A und B). Die andern osteuropäischen Länder haben zwar auch einen deutlichen Reformkurs eingeschlagen (insbesondere im politischen Bereich), der aber in vielem (vor allem im wirtschaftlichen Bereich) schwankend und inkonsistent ist (Typus C).

Wie sind diese Zusammenhänge zu interpretieren? Dass Entwicklungsniveau und kulturell-historische „Nähe" zu den westlichen Zentrumstaaten mit der Reformintensität positiv assoziert sind, ist plausibel. Mit zunehmendem Entwicklungniveau verblassten nicht nur die oben angeführten Anfangserfolge, die gerade bei wenig entwickelten Ländern besonders ins Gewicht fielen (z. B. China im Vergleich zu Indien oder Kuba zu den lateinamerikanischen Staaten). Es kam auch zu einer sozialen Umschichtung mit zunehmender Bedeutung urbaner, relativ gebildeter und informierter Schichten, insbesondere hochqualifizierter Facharbeitergruppen, Techniker und der Intelligenz, die dem System eher kritisch gegenüber standen.[9] Dass der kulturelle Faktor eine grosse Be-

8 Da sich die Typen an der jetzigen Realität ausrichten, sind gewisse Abweichungen von den generellen Strategien, wie sie im Abschnitt 2 entworfen worden sind, unvermeidbar. So fehlt die Veränderungsstrategie 3) autoritäre antikommunistische Systemlösungen – sowohl in ihrer nationalistisch-populistischen als auch in ihrer elitär-neoliberalen Form (noch), ebenso wie die Strategien eines „Dritten Weges". Strategie 2a) Westliches privaktkapitalistisches System (neoliberal orientiert) entspricht in etwa dem Typus A, Strategie 2b) Westliches privatkapitalistisches System (zentristisch bis sozialdemokratisch orientiert) dem Typus B. Typus D und E stellen Varianten der Strategie 1) Rekonsolidierung des „sozialistischen" Systems dar und Typus C ist eine Art Mischform, eine instabile Zwischenphase.

9 Die relativ positivere Einstellung dieser Schichten zu radikalen Reformmassnahmen ist auch in verschiedenen Surveys aus diversen Ländern bestätigt worden (vgl. z. B. AISA, 1990,

deutung aufweist, liegt auf der Hand. Entscheidend ist dabei nicht nur der direkte Bezug (woher bezieht man Informationen und Wertvorstellungen, mit welchen Ländern vergleicht man sich). Von ebenso grosser Bedeutung sind auch die in der historischen Entwicklung entstandenen Grundzüge kulturell-politischer Dispositionen. Hinzuweisen wäre hier etwa auf das „konfuzianische" Erbe in den asiatischen Ländern und die kolonialistische Erfahung mit entsprechenden antiwestlichen Einstellungsmustern, vor allem im Falle Kubas, oder die westliche Orientierung der Mitteleuropastaaten.

In Beziehung mit diesen generellen Faktoren steht eine Dimension, die in Abbildung 1 als politische Dominanzverhältnisse bezeichnet wird. Sie kann als eine vermittelnde Variable betrachtet werden, da sie die möglichen Reformausrichtungen stark beinflusst und ihrerseits weitgehend von den obigen Faktoren determiniert ist. Im wesentlichen geht es dabei um die Stellung der Kommunisten bzw. „Postkommunisten" und ihrer politischen Gegner. Es liegt auf der Hand, dass in den reformbereiten Ländern des Typus A und B die „Postkommunisten" nur schwach vertreten sind (1989 bzw. 1990 klare Wahlniederlagen und Zerfall der Mitgliederbasis). Ein wichtiger differenzierender Faktor, der über die Radikalität der Reform mitentschied, ist die jeweilige Stellung der Opposition. Es ist denn auch kein Zufall, dass gerade in Polen mit seiner breit verankerten und traditionsreichen Oppositionsbewegung (Solidarnosc als Gewerkschaft und Massenbewegung) der Typus A eingeschlagen worden ist, da nur hier eine entsprechende soziale Basis und Risikobereitschaft der neuen Führung existierte. Zudem war durch die besonders starke Krise die Stellung der Kommunisten völlig unterminiert und der Druck auf eine Radikalreform hoch. Bezeichnend ist auch, dass in den Ländern, die dem instabilen Typus C zugerechnet werden können, die Kommunisten bzw. „Postkommunisten" zwar geschwächt worden sind, aber immer noch eine dominante Position einnehmen und in den Wahlen die Mehrheit halten konnten, nicht zuletzt wegen ihrer starken Position auf dem Land und den kleineren Städten (East European Reporter, Nr. 1 und 2, 1991, Ost-West Gegeninformation, Nr. 3, 1990). Aber während in diesen Ländern der Erosionsprozess der kommunistischen Einheitspartei schon eingesetzt hatte, die traditionellen dogmatischeren Fraktionen nicht mehr imstande waren, den Kurs zu bestimmen und eine wach-

---

Anhang S. 11, für die Tschechoslowakei, CBOS, Serwis Informacyjny, Nr. 6, 1991: 43, für Polen, Kosmarskii, 1991: 54 für die UdSSR, Centre for the Study of Democracy, Sofia, für Bulgarien, East European Reporter, Nr. 2, 1991).

Vgl. auch Ludlam 1991, wo die Distanz dieser Schichten zum vorher bestehenden „Gesellschaftsvertrag" betont wird. Die Konzeption eines „Quasi"-Gesellschaftsvertrages, der zwischen der Führung und breiten Bevölkerungsschichten (insbesondere den Arbeitern) seit der poststalinistischen Regulierung bestand – Sicherheit und partielle Verbesserung des Lebensstandards gegen passive Akzeptanz – ist zwar etwas überzogen, hat aber durchaus etwas an sich, wie bereits weiter oben angedeutet worden ist.

sende, allerdings stark gespaltene Opposition immer grössere Bedeutung gewann, traf dies in den Ländern des Typus D und E bezeichnenderweise nicht zu. Hier dominierten die traditionellen Kräfte weiterhin deutlich und eine nennenswerte Opposition gab es nicht (mit der partiellen Ausnahme der chinesischen Demokratiebewegung von 1989) bzw. konnte sich eine solche wegen der bestehenden Unterdrückung auch gar nicht formieren.

Die dritte Typologie-Dimension „Art der Wirtschaftskrise" zeigt zentrale Folgen der eingeschlagenen Reformstrategien auf, wobei ein gewisser trade-off-Effekt zwischen Rezessionstendenzen einerseits und Marktungleichgewichten (mit implizierter monetärer Instabilität) anderseits postuliert wird: Je härter die (neoliberal orientierten) Stabilisierungs- und Sanierungsstrategie, desto ausgeprägter die Rezession, aber desto geringer die Marktungleichgewichte und vice versa. Das ist nicht weiter verwunderlich, wenn man sich die in Abschnitt 3 aufgezeigten strukturellen Schwächen des sozialistischen Wirtschaftssystems in Erinnerung ruft. Eine relativ wenig produktive, stark monopolisierte und nach aussen abgeschirmte Wirtschaft, die auf einem strukturell angelegten Nachfrageüberhang basierte, muss bei einer entsprechenden Sanierungspolitik in eine Rezession abgleiten. Wie stark und vor allem wie lange diese rezessiven Tendenzen ausfallen und wieweit sie von einer geschickten und undogmatischen Reformpolitik gemildert werden können, ist eine zentrale und ebenso umstrittene Frage.[10]

5. Die gegenwärtigen Tendenzen und die Zukunftsaussichten

Im folgenden sollen nun die aktuellen Entwicklungstendenzen und ihre Widersprüche sowie die erwartbaren Zukunftsaussichten analysiert werden, wobei von den im vorangegangen Abschnitt skizzierten Situationstypen ausgegangen wird und das Schwergewicht auf die reformintensivsten Länder gelegt wird.

5.1 Die Strategien „Beibehaltung" bzw. „Rekonsolidierung" des „sozialistischen Systems"

Die Strategien „Beibehaltung" bzw. „Rekonsolidierung" des „sozialistischen Systems"(also Typus E und D) haben kurz- und mittelfristig durchaus gewisse

10 Vgl. z. B. World Bank, 1991, Guzek, 1991, Groszek, Kochanowski, 1991, Lipton, Sachs 1990, Kornai, 1990. Dabei es geht unter anderem um den Polity-mix und die zeitliche Staffelung von Reformmassnahmen, um das Ausmass an staatlicher Intervention und Hilfe (inklusive einer nicht zu „restriktiven" Kredit- und Geldpolitik) sowie die Aussenhandelspolitik.

Chancen, vor allem in den erwähnten aussereuropäischen Entwicklungsländern. Eine gewisse Wahrscheinlichkeit besteht auch für „Rückfälle" aus dem instabilen Typus C, vgl. dann 5.2. Allerdings ist eine längerfristige Stabilisierung innerhalb dieser traditionell-dogmatisch geprägten Typen nicht zu erwarten, da die sozialistische Formation durch ihre wirtschaftliche Ineffizienz und relativ geringe ideologische Legitimierbarkeit nur mehr ein sehr beschränktes Adaptionspotential besitzt.[11] Die politischen und wirtschaftlichen Widersprüche sind denn auch entsprechend gross. Betrachtet man die einzelnen Typen getrennt, lassen sich folgende relevante Unterschiede postulieren. Der Typus E (Minireformen, traditionelle Stabilisierung) hat zwar eine grössere interne Konsistenz – kein Auseinanderklaffen zwischen wirtschaftlicher Dezentralisierung und politischer Zentralisierung wie beim Typus D (partielle Reformorientierung) – leidet aber besonders unter den bereits in Abschnitt 3 skizzierten wirtschaftlichen Krisenerscheinungen. Diese fallen nun noch mehr ins Gewicht, da es fast keine kompensierenden Mechanismen mehr gibt, wie direkte Hilfeleistungen und relativ gesicherte Märkte in einem sozialistischen Subsystem. Es ist denn auch zu vermuten, dass der Druck auf wirtschaftliche Reformen in Richtung des Typus D stark zunimmt. Dass in absehbarer Zeit ein Sprung in Richtung Typus C oder sogar B oder A stattfindet, ist nicht sehr wahrscheinlich, stehen doch die traditionellen Kommunisten einer bis anhin schwachen Opposition gegenüber. Überraschungen sind zwar möglich (vor allem in Kuba, wenn grössere Unruhen durch einen völligen wirtschaftlichen Einbruch auftreten könnten). Dies hat auch das Beispiel Albaniens gezeigt (vgl. z. B. Osteuropa, 1991, 4, 321–330). Dort dürfte allerdings ein europäischer „Dominoeffekt" entscheidend mitgewirkt haben. Analoge Zusammenhänge gelten für den Typus D. Zwar gibt es hier durchaus einen gewissen Druck auf weitergehende Strukturveränderungen und auf eine politische Öffnung, wenn die wirtschaftliche Reform schon relativ weit vorgestossen ist. Solange aber die relativ konservativen Kräfte im Partei-und Staatsapparat dominieren – ein Faktor, der selber von verschiedenen Umständen abhängt, nicht zuletzt auch von den Erfolgen bzw. Misserfolgen der reformintensiveren Länder –, ist eher ein Zickzackkurs innerhalb des Typus D zu erwarten, wie dies etwa China vordemonstriert.[12]

11 Die These, dass es sich nur um eine Übergangskrise handelt, die mit einem neuen Regulierungstyp aufgefangen werden kann – etwa analog zur kapitalistischen Krise der Zwischenkriegszeit – ist nicht haltbar. Adäquater wäre hier dann schon der Vergleich zur Krise der antiken Formation, die auch nach einer relativ kurzen „Raubbau"-Expansion in eine auswegslose „Existenzkrise" geraten war.

12 Zur Entwicklung Chinas und Vietnams, vgl. z. B. World Economic Survey, 1990: 119 ff. und Far Eastern Economic Review 21. 3. 1991 und 4. 4. 1991.

5.2 *Die Strategie „instabile Reformorientierung"*

Die Strategie „instabile Reformorientierung" (Typus C) ist schon aufgrund ihrer inkonsistenten und schwankenden Reformorientierung (wenig auskristallisierte Orientierung gegenüber Marktmechanismen und dem Privatkapital und z. T auch gegenüber der parlamentarischen Demokratie) äusserst widersprüchlich und hat keine grossen Zukunftschancen. Die Rückkehr zum Typus D oder sogar E ist, wie bereits erwähnt, eine mögliche, wenn auch nicht mehr sehr wahrscheinliche Entwicklungsrichtung für die Länder, die sich in dieser Art Zwischenphase befinden. Sie ist dort am wahrscheinlichsten, wo die traditionellen Kräfte in den kommunistischen bzw. postkommunistischen Parteien noch nicht zu viel Terrain eingebüsst haben. Mit einigem Recht ist allerdings anzunehmen, dass die meisten Länder erst einmal den Weg des Typus B oder A gehen werden, sozusagen als letzte Hoffnung, um aus der zunehmenden Krise herauszufinden, die nicht zuletzt durch das inkonsistente Nebeneinander von unterschiedlichen Wirtschaftspolitiken verschärft worden ist, wie das Beispiel der UdSSR der letzten zwei Jahre gezeigt hat (IMF, World Bank, OECD, EBRD, 1990). Bulgarien und in geringerem Masse auch Rumänien haben diese Kursänderung seit dem Winter 1991 bereits zum Teil vordemonstriert (Le Courrier des Pays de l'Est, 1991, 359, 74–85).

Besonders kompliziert ist die Situation der UdSSR, und dies nicht nur wegen der enormen internen Heterogenität und den entsprechenden Nationalitätenproblemen. Die Enttäuschung über die Entwicklung der Perestroika ist sehr stark angewachsen, vor allem wegen der zunehmenden Wirtschaftskrise und des wachsenden Chaos, aber diktatorisch-autoritäre Lösungen hatten in der breiten Bevölkerung immer eine relativ geringe Anhängerschaft (vgl. z. B. die Umfrageergebnisse in Moscow News, Nr. 1/1991). Auf die Frage, ob sie die Perestroika unterstützt hätten, wenn sie 1985 gewusst hätten, was die Änderungen bringen würden, antworteten Ende 1990 je rund ein Drittel „ja", „nein" und „kann es nicht definitiv sagen". 60% waren aber gegen einen militärische Machtergreifung, um die Ordnung herzustellen, nur 22 % dafür. Auch wenn Gorbatschow 1990 einen enormen Popularitätsverlust erleiden musste (von über 50% auf unter 20% Zustimmung), konnte er sich durch ein geschicktes Lavieren an der Macht halten. Nach den eher konservativen Initiativen vom vorangegangenen Winter änderte sich der grundlegende Kurs seit dem Frühling 1991, nicht zuletzt aufgrund der Streik- und Demonstrationsbewegungen. Die 9+1 Übereinkunft vom April (Entwurf eines Unionsvertrags) und der Juni-Wahlsieg Jelzins in Russland waren Zeichen für eine stärker reformerische Ausrichtung. Dies und die Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation dürften denn auch wesentlich dazu beigetragen haben, dass die konservativen Kräfte im Staats- und Parteiapparat den Putschversuch im August wagten. Dass er so

schnell zusammenbrach, hängt hauptsächlich mit dem enormen Vertrauensverlust zu den „alten Kräften" zusammen, was nicht nur einen unerwartet aktiven Widerstand hervorrief, sondern vor allem die zentralen Repressionsapparate, inklusive des besonders wichtigen KGB paralysierte. In Moskau sollen denn auch nach einer allerdings kaum sehr repräsentativen Umfrage – sie wurde bereits am zweiten Putschtag durchgeführt – nur 7% den Putschversuch begrüsst haben. Durch den Machtzuwachs radikaler Reformkräfte ist nun eine Entwicklung Richtung Typus B oder sogar A wahrscheinlicher geworden. Allerdings schafft die starke Schwächung der Zentralinstanzen sowie der enorme Krisendruck eine generelle Unsicherheit. Anzunehmen ist auch, dass in den verschiedenen Republiken (bzw. den diversen autonomen Nachfolge-Staaten) eine ziemlich unterschiedliche Entwicklung einsetzen wird, wobei auch autoritäre Varianten unterschiedlicher Prägung auftreten können.

5.3 Die Strategien mit der Reformausrichtung „Anschluss an das westliche Kapitalismus-Modell"

Die Strategien, die einen Anschluss an das westliche Kapitalismus-Modell (Typus A und Typus B) anstreben, haben momentan in Osteuropa Hochkonjunktur. Etwas weniger klar ist, welcher Variante der Vorzug gegeben werden soll.

5.3.1 Generelle Erwägungen

Polen hatte seit Anfang 1990 mit dem sogenannten Balcerowicz-Plan einen harten neoliberal orientierten Sanierungskurs eingeschlagen und spielte damit unter den wachsamen Augen des Internationalen Währungsfonds sozusagen eine Vorreiterrolle, die inwischen mit der Zusicherung eines Schuldenerlasses von 50% belohnt worden ist. Seit Winter 1991 haben auch die Tschechoslowakei, z. T. Ungarn und Bulgarien, einen ähnlichen, wenn auch meist weniger radikalen Weg eingeleitet. Die Widersprüche eines solchen Kurses sind aber beträchtlich.

Will man die Ungleichgewichte und die Ineffizienz des sozialistischen Wirtschaftssystems mit seiner hohen „verdeckten" oder offenen Inflation, seiner „verdeckten" Arbeitslosigkeit und technologischen Rückständigkeit radikal mit monetaristisch orientierten Rezepten angehen, riskiert man eine tiefe anpassungsinduzierte Rezession, die nicht einmal unbedingt die unproduktivsten Betriebe eliminiert, und hohe soziale Kosten, Verarmung und gesellschaftliche Konflikte mit sich bringt. Eine zu starke Rezession führt dazu, dass

Anfangserfolge des radikalen Sanierungskurses wie relatives Budgetgleichgewicht und stark reduzierte Inflation (nach einer anfänglichen Preisexplosion durch die „schockartige" Preisliberalisierung) gefährdet werden und erneute Finanzungleichgewichte entstehen, wenn die Staatseinnahmen stärker sinken als die durch Subventions- und Leistungsabbau reduzierten Staatsausgaben. Forciert man eine traditionelle Privatisierung, droht eine massive Abhängigkeit von ausländischem Kapital und/oder ein unkontrollierter „Ausverkauf" zu ungerechtfertigt tiefen Preisen, da es an privatem Kapital mangelt. Schliesslich ist eine zu lange „Übergangszeit" möglich, da zu wenig Käufer gefunden werden können. Das Interesse des ausländischen Kapitals an Joint -Ventures oder am Aufkauf von Firmen ist trotz eines grossen Lohngefälles – rund fünf bis zehn Mal tiefere Lohnkosten als in den Ländern Westeuropas (Wprost 1991, Nr. 24, 18) – vorläufig bescheiden und konzentriert sich auf kleinere Projekte und spezifische Branchen; zu gross sind Unsicherheit und infrastrukturelle Hemmnisse.[13] Die Reintegration in den Weltmarkt hat ebenfalls ihre Tücken. Für den Export in den Westen bestehen bis jetzt immer noch zu grosse Handelshemnisse, um den weitgehenden Zusammenbruch des alten COMECON-Systems ausgleichen zu können – je nach Land gingen noch 1990 22% (Polen) bis 77% (Bulgarien) der Exporte in die COMECON-Länder (GUS, 1991, 18). Zudem droht bei einem überbewerteten Wechselkurs eine Importlawine, da die westlichen Güter wegen ihres grossen Produktivitäts- und meist auch Qualitätsvorsprunges einen Konkurrenzvorteil haben. Umgekehrt sind ein unterbewerteter Wechselkurs und zu hohe Zolltarife auch wieder ungünstig, denn dann entfällt der Konkurrenzdruck auf die eigene oft schwerfällige und immer noch stark monopolisierte Wirtschaft und die eigenen Güter werden zu billig exportiert. Im Clinch zwischen Rezessionstendenzen und Markt- und Finanzstabilität, zwischen Liberalisierung und Protektionismus droht die Gefahr „lateinamerikanischer Verhältnisse" mit weitgehender Dauerkrise und unstabilen Wirtschaftsprogrammen.

Aber nicht nur die wirtschaftlichen Probleme sind enorm, auch der politisch-ideologische Umbau trifft auf grosse Hindernisse. Zwar ist die institutionelle Umstrukturierung zu einem demokratisch-parlamentarischen System kein allzu grosses Problem und bis jetzt auch schon recht weit fortgeschritten, aber die Schaffung von entsprechenden faktischen Strukturen und Verhaltensweisen, die das institutionelle Gerüst erst zum effizienten Funktionieren bringen, fehlt noch weitgehend (Kowalski, 1990, Schöpflin, 1991, Sadowski, 1991, 75–110).

13 Vgl. z. B. Business in the USSR October 1990: 30 f. und February 1990: 8, Spiegel 8. Juli 1991: 56 ff. und 6. Mai, 1991: 200 f.; selbst in dem mit Abstand führenden Ungarn betrug das bisher investierte Kapital Anfang 1991 nur gut 1 Milliarde DM und verteilte sich auf über 5000 Projekte.

Das ist nicht weiter verwunderlich, wenn man an die grossen „Altlasten" denkt (vgl. Abschnitt 3). So fehlt es an einem auskristallisierten System von Parteien, die klare programmatische Aussagen und eine spezifische Interessenartikulation der wichtigen sozialen Gruppen vertreten (Beyme, 1991). Dafür blüht die oft folkloristische, dem Reiz des „Neuen" und der Selbstdarstellung verpflichtete Parteienszene mit jeweils rund 100 und mehr Parteien in einem einzigen Land (illustratives Beispiel: die „Partei der Freunde des Biers", die immerhin in den Wahlen von 1990 in der Tschechoslowakei 0, 1% der Stimmen und in Polen 1991 sogar 3,5% der Parlamentssitze errungen hat). Die klassischen „personenbezogen" Bindungen, Beziehungsklüngel und Rivalitäten sind immer noch stark massgebend, und ein breiteres politisches Engagement fehlt weitgehend, nicht nur mangels geeigneter Strukturen, sondern auch wegen der Konzentration auf den eigenen „Überlebenskampf" und einer gewissen Ratlosigkeit angesichts der gewaltigen Probleme und der schon wieder weitgehend enttäuschten Hoffnungen. Diverse Meinungsumfragen zeigen denn auch einen deutlichen Vertrauensverlust in die Institutionen sowie einen wachsenden Skeptizismus (für Ungarn vgl. Bokor, 1991, für die CSFR AISA, 1990, für Polen weiter unten).

Von Interesse sind in diesem Zusammenhang auch die Ergebnisse einer vergleichenden Meinungsumfrage vom Winter 1991, die in Ungarn, Polen und der Tschechoslowakei durchgeführt worden ist. Auf die Frage, ob auf lange Zeit gesehen eine freie Marktwirtschaft einen besseren Lebensstandard für alle bringen werde oder nur einfach wenige Leute reich machen würde, wählten die erste Option in der Tschechoslowakei 48%, in Ungarn 47% und in Polen 32%, die zweite hingegen 42% (Tschechoslowakei), 43% (Ungarn) und 54% (Polen). Als generell präferiertes Wirtschaftssystem bezeichneten eine freie Marktwirtschaft 48% (CSFR), 47% (Polen) und 43% (Ungarn), eine gemischte Wirtschaft bevorzugten 44% der Ungarn, 39% der Polen und 36% der Tschechoslowaken, während einer sozialistische Wirtschaft nur 3% (Polen) bzw. 4% ihren Vorzug gaben. Das fortschrittsgläubige marktwirtschaftliche Credo findet also nur noch knapp oder kaum mehr eine Mehrheit. Als hilfreich für die Wirtschaft bezeichneten: die Einführung von mehr Politikmassnahmen freier Marktwirtschaft 90% (CSFR), 64% (Ungarn) und 47% (Polen), die Kürzung der Staatsausgaben 74% (CSFR), 61% (Ungarn) und 28% (Polen). Auf die generelle Frage, wohin die Entwicklung gehe, antworteten: 58% (CSFR), 53% (Polen) und 21% (Ungarn) in die richtige Richtung, 23% (CSFR), 47% (Polen) und 63% (Ungarn) in die falsche Richtung (Penn + Schoen, 1991, 1–22). Der Skeptizismus gegenüber freier Marktwirtschaft war offenbar bei den Polen am grössten, gefolgt von den Ungarn, wobei letztere einen ausgesprochenen allgemeinen Pessimismus an den Tag legten. Nur die Tschechoslowaken waren noch weitgehend

optimistisch. Eine Interpretation dieser Unterschiede ist nicht leicht, es können beispielsweise traditionelle Differenzen der politischen Kultur mitspielen. Plausibel ist allerdings auch die Erklärung, dass gerade die Länder, die schon die radikalsten Reformschritte vollzogen haben, auch am skeptischsten auf die freie Marktwirtschaft und ihre Instrumente reagieren.[14]

5.3.2 Das Beispiel Polens

Besonders interessant ist die Entwicklung Polens als dem Land, das bisher am konsequentesten den „neoliberalen" Reformweg gegangen ist (vgl. auch Gortat, 1991, Marciniak / Stadler, 1991). Dem westlichen Durchschnittstouristen vermitteln Polen im Sommer 1991 wohl den Eindruck, schon auf dem Wege zum (westlichen) Fortschritt zu sein. Die Leute sind im allgemeinen gut oder wenigstens anständig angezogen und Bettler sieht man auch nicht viele – meist sind es rumänische Zigeunerinnen mit ihren Kindern. Die Läden sind voll und haben ein relativ reichhaltiges Angebot. Westwaren sind überall zu haben, nicht nur in den grossen Städten. In den traditionellen Geschäftsstrassen Warschaus, der Chmielna und der Nowy Swiat, dominieren elegant aufgemachte Boutiquen. Dior und Yves Rocher, Puma und Adidas, fast alles, was Rang und Namen hat in der westlichen Konsumwelt, ist vertreten. Auf dem traditionellen Marktplatz in Krakau, einem der schönsten Plätze osteuropäischer Renaissance, wehen an der Nordostecke sogar die Fahnen der „united colours of Benetton"; sie haben die sozialistischen Aufschriften mit der Beschwörung der „united workers" abgelöst.

Westwaren und westlicher Konsumstil sind auf dem Vormarsch, zwar nicht so eklatant wie in der ehemaligen DDR, aber doch unübersehbar und mit spürbaren wirtschaftlichen Konsequenzen. Im ersten Halbjahr nahmen die Importe westlicher Konsumgüter um über 125% zu. Die Gewerkschaften forderten die Leute bereits auf, polnische Waren zu kaufen, um die Absatzkrise zu dämpfen. Und hier, in einer generell ungenügenden Nachfrage, liegt denn auch eines der grossen Probleme des aktuellen Transformationsprozesses.

---

14 Der hohe allgemeine Pessimismus der Ungarn mag etwas mit dem „Nationalcharakter" zu tun haben, vgl. auch ihre sehr hohen Selbstmordraten; eine alternative Erklärung könnte ihre geringere aktive und emotionale Beteiligung an dem Umsturz des alten Systems liefern, was weniger Dissonanzschwellen gegenüber der neuen Realität bedeuten kann. Kaum aber sind objektive Ursachen wie Wirtschaftslage – Polen steht einiges schlechter da – verantwortlich zu machen, am ehesten noch eine grössere Enttäuschung über die politische Entwicklung, worauf es in der zitierten Untersuchung Hinweise gibt (z. B. eine schlechtere Einschätzung der Arbeit der Regierung: „ausgezeichnet und gut" nur 13% gegenüber 27% in der Tschechoslowakei und 31% in Polen, Penn+Schoen, 1991: 5).

Zwar konnten 1990, im ersten Jahr der Reformen, Marktungleichgewichte, Budgetdefizit- und Ausenhandelsprobleme erfolgreich angegangen werden und die anfangs durch die weitgehende Preisliberalisierung explodierende Inflation wurde mehr oder weniger eingedämmt, dies aber nur unter Inkaufnahme einer viel stärkeren Rezession als erwartet. Die Arbeitslosigkeit stieg in einem Jahr auf 6,1% an, die Reallöhne sanken um cirka 30% und es kam zu einem massiven Produktionsrückgang der Industrie von 23% sowie einem BSP-Rückgang von rund 12% (Rzeczpospolita 17. 1. 1991, WERI, 1991). Eine gewisse Erholung im zweiten Halbjahr 1990, insbesondere im letzten Quartal setzte sich nicht fort. Zwar ist die monatliche Inflation weiter gesunken. Aber die Rezession hat sich im ersten Halbjahr 1991 wieder verstärkt. Was vor allem ins Gewicht fällt: durch die fehlenden Steuerzahlungen der in argen finanziellen Nöten steckenden Staatsunternehmen – über 40% schreiben rote Zahlen – ist das Budget wieder völlig aus dem Gleichgewicht geraten. Für 1991 wird mit einem sechsmal grösseren Budgetdefizit als geplant gerechnet, obwohl weitere, sozial spürbare Ausgabenkürzungen vorgenommen worden sind (Die polnischen Fernsehnachrichten sendeten beispielsweise Ende Juli einen Notappell des bekanntesten polnischen Herzspezialisten, der sich darüber beklagte, dass er mit den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln seinen Klinikbetrieb nicht mehr weiterführen könne). Zudem ergeben sich grosse Aussenhandelsprobleme, vor allem mit den ehemaligen COMECON-Staaten. Auch die Reallöhne sind wieder deutlich gesunken und für viele Leute wird es nun wirklich heikel, da obligatorische Kosten wie Strom, Gas und Wohnungsmiete stark gestiegen sind. 25–30% leben unter einem nicht gerade grosszügig definierten offiziellen Existenzminimum (Rzeczpospolita 19. 7. 1991, Statystyka Polski Nr. 8). In einzelnen Quartieren, wie dem Arbeiter- und Unterschichtsquartier Praga in Warschau, sind bis zu 30% der Leute mit ihren Mietzinszahlungen im Rückstand (Trybuna, 23. 7. 1991). Bereits Ende Juni gab es 8,4% Arbeitslose, Ende Oktober 10,8%; in einzelnen Regionen waren die Raten sogar doppelt so hoch; immer mehr Beschäftigte befanden sich im Zwangsurlaub oder erwarteten bald ihre Entlassung (CUP, 1991).

Unter diesen wirtschaftlichen Bedingungen ist es nicht erstaunlich, dass das gesellschaftliche Vertrauen in den grundlegenden wirtschaftlichen Reformkurs, den Balcerowicz-Plan, einen deutlichen Einbruch erlitt. Im April 1991 (z. T. unter dem Eindruck der westlichen Schuldenreduktion) waren noch 30% der Meinung, dass der Plan Polen mehr Gutes als Schlechtes gebracht habe (gleich viel Gutes wie Schlechtes: 46%), im Juni 1991 nur noch 16% (gleich viel Gutes wie Schlechtes: 39%). 40% hingegen glaubten im Juni, dass der Plan mehr Schlechtes als Gutes gebracht habe, im April erst 20%. Auch der Unterschied zwischen denjenigen, die den Plan unterstützen, gegenüber

denjenigen, die ihn nicht unterstützen, war besonders ungünstig: Im Juli 1991 waren 22% dafür, 51% dagegen, im Oktober 1990 noch 35% dafür (im Februar 1990 sogar 39%) und nur 19% dagegen. Nicht unerwarteterweise ergab sich eine relativ klare Korrelation von sozialstrukturellen Merkmalen und der Unterstützung des Balcerowicz-Planes, da die faktischen Krisenbelastungen und die generelle Einstellung zu liberalen Positionen entsprechend des allgemeinen sozialen Umfeldes und der Schichtzugehörigkeit variieren. Vor allem Bildung, aber auch Einkommen und Urbanisierung waren deutlich positiv assoziert. Betrachtet man die sozialen Schichten, zeigten sich ebenfalls grosse Unterschiede. Nur bei der Intelligenz und den Führungskadern (59 zu 34%) sowie den Angestellten im Handel und Dierstleistungsbereich (35 zu 30%) gab es ein Übergewicht von zustimmenden gegenüber ablehnenden Meinungen. Die deutlichsten Gegner waren die Landwirte (64% dagegen, nur 6% dafür), gefolgt von den qualifizierten Arbeitern (54% dagegen, 20% dafür). Sogar die Selbständigen (ausserhalb der Landwirtschaft) waren mehrheitlich dagegen (53% zu 28%).[15]

Aber nicht nur die Einschätzung des Wirtschaftsprogrammes und der Wirtschaftsaussichten erlitten in der öffentlichen Meinung grosse Einbussen. Nur noch 24% bezeichneten im Juli sowie im September 1991 die allgemeine gesellschaftliche Entwicklungsrichtung als gut, 56% bzw. 57% hingegen als schlecht, das ungünstigste Resultat seit dem Beginn der Reformen. Noch im April überwogen die positiven Einschätzungen über die negativen (45% zu 30%; im März 1990 sogar 51% zu 19%). Neun von zehn Befragten meinten im Juli, die gesellschaftliche Situation sei gespannt, und über die Hälfte rechnete mit einem weiteren Anstieg dieser Spannungen (CBOS, Serwis Informacyjny, 1991, Nr. 6, 7 und 9). Deutlich zugenommen hat auch die Streikhäufigkeit. Im ersten Halbjahr 1991 gab es 271 Streiks, davon allein im Mai und im Juni 196, während die entsprechende Zahl für das ganze erste Halbjahr 1990 nur 91 und für das zweite Halbjahr 159 betrug (Rzeczpospolita 19. 7. 1991: Statystyka Polski Nr. 8).

Fast alle relevanten Institutionen erlitten seit dem Moment des Machtwechsels im Herbst 1989 einen nahezu kontinuierlichen Vertrauensrückgang, der nach der Wahl Walesas zum Präsidenten und der Bildung einer neuen Regierung unter Ministerpräsident Bielecki anfangs 1991 weiterging, ja sich sogar teilweise noch verstärkte, vgl. Tabelle 1.

15 CBOS, 1990, Serwis Informacyjny Nr. 12: 55; 1991, Nr. 6: 34 f. und 43; vgl. auch 1991, Nr. 5, 11 und 45, wo eine ähnliche zeitliche Tendenz für die direkte Tätigkeit von Balcerowicz nachgewiesen ist. Die Umfragen des CBOS sind als relativ zuverlässig einzustufen (repräsentative Umfragen mit Zufallsauswahl, N=1000 oder mehr Befragte).

Auffallend ist, dass nur die Repressionsapparate ihre Stellung halten (Armee) oder sogar verbessern konnten (Polizei). So ist die Armee – Symbol für nationale Souveränität und „Ordnung" – seit Frühling 1991 die populärste Institution, da die Kirche zum ersten Mal in der Nachkrieggeschichte einen grossen Einbruch erlitt, insbesondere wegen ihrer zu starken Einmischung in die öffentlichen Angelegenheiten, vgl. z. B. ihre Propaganda für ein sehr repressives Schwangerschaftsgesetz. Besonders dramatisch ist, dass die für eine funktionierende Demokratie wichtigen Institutionen wie der Sejm, wo zwar „postkommunistische" Kräfte gemäss dem „Runden Tisch"-Abkommen vom Frühling 1989 eine Mehrheit besassen, aber auch der von Solidarnosc-Leuten völlig dominierte Senat sowie insbesondere die politischen Parteien die schlechtesten Noten erhielten – neben den alten, schon lange unpopulären „postkommunistischen" Gewerkschaften der OPZZ.

Aber auch die Regierung als zentrales Exekutivorgan und Solidarnosc als historisch bedeutsame Massenorganisation werden von rund der Hälfte der Befragten negativ bewertet. Das ist besonders aufschlussreich, wenn man die Entwicklung unter einem längeren Zeithorizont betrachtet, die die Reformvorgeschichte mit einbezieht. Die Regierung Bielecki konnte nicht einmal mehr den traditionellen Vertrauensbonus einer neuen Regierung beanspruchen, den schon die vorangegangenen „kommunistischen" Regierungen Messmer (bis Herbst 1988 im Amt) und Rakowski (bis Sommer 1988 im Amt) und dann vor allem die von der Solidarnosc dominierte Regierung Mazowiecki (bis Ende 1990 im Amt) verzeichneten (vgl. Abbildung 2).

Auffallend ist der schnelle Vertrauensverschleiss, den die jeweiligen Reform-Regierungen erlitten. Der schnelle Popularitätsanstieg der Solidarnosc, den sie in der Reformvorphase des runden Tisches und der Parlamentswahlen im ersten Halbjahr 1989 erreichte, sozusagen spiegelbildlich zum Vertrauensverlust der Regierung Rakowski, sowie der massive Abstieg – praktisch im Gleichtakt mit den von ihr gestützten Regierungen, sind zwar nicht überaschend, in ihrer Deutlichkeit aber eindrücklich. Und selbst der einst so populäre Walesa hatte im Juli 1991 mehr negative als positive Bewertungen aufzuweisen, und stand nur noch knapp vor dem umstrittenen Finanzminister, Vizepremier Balcerowicz, vgl. Tabelle 1.[16]

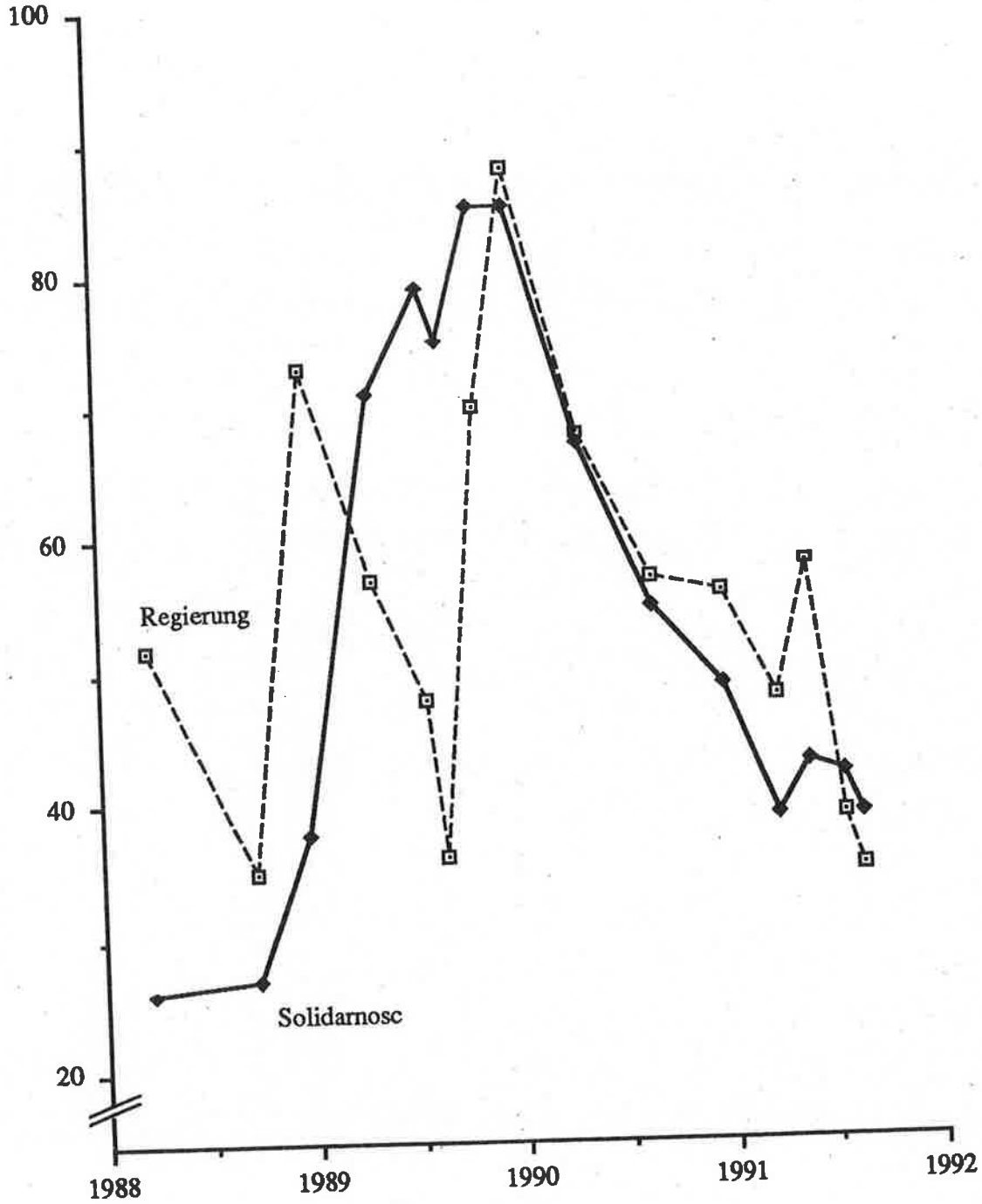
16 Ein typisches Zeichen für den Vertrauensverlust sind auch die vielen Witze über Walesa. Ein Beispiel, das auch Ende Juli 1991 am Fernsehen vorgetragen wurde, und die von vielen nicht besonders hoch eingeschätzte Intelligenz des Staatspräsidenten aufs Korn nimmt: Wissen Sie, warum Walesa immer zwei Gläser auf dem Nachttischchen hat, eines voll Wasser, das andere ganz leer? Wenn er nachts aufwacht und Durst hat, nimmt er das volle Glas, wenn er keinen Durst hat, das leere.

Tabelle 1: Akzeptanz gesellschaftlicher Institutionen und zentraler Persönlichkeiten in Polen (Herbst 1989 bis Sommer 1991)

		Nov. 89	Mai 90	Nov. 90	Mai 91	Juli 91
Militär	positiv	62	55	59	72	69
	negativ	5	12	11	13	13
	Differenz	+57	+43	+48	+59	+56
Polizei	positiv	37		43	60	54
	negativ	36		37	30	33
	Differenz	+1		+6	+30	+21
Kirche	positiv	88	79	71	59	58
	negativ	8	12	19	36	36
	Differenz	+80	+67	+52	+23	+22
Fernsehen	positiv	73	59	67	58	48
	negativ	12	24	19	35	42
	Differenz	+61	+35	+48	+23	+6
Sejm (Volkskammer)	positiv	89	63	52	34	27
	negativ	4	19	31	52	60
	Differenz	+85	+43	+21	–18	–33
Senat	positiv	86	62	48	33	27
	negativ	5	18	34	55	56
	Differenz	+81	+42	+14	–22	–29
Regierung	positiv	87	62	55	48	34
	negativ	5	19	29	41	52
	Differenz	+82	+43	+26	+7	–18
Solidarnosc	positiv	84	59	48	46	38
	negativ	6	21	27	43	49
	Differenz	+78	+38	+21	+3	–11
OPZZ (alte Gewerkschaft)	positiv	37	32	26	24	21
	negativ	33	32	36	60	57
	Differenz	+4	0	–10	–36	–36
Parteien	positiv				18	16
	negativ				41	52
	Differenz				–23	–36
Walesa	positiv	93	64	62	51	36
	negativ	3	21	24	41	56
	Differenz	+90	+43	+38	+10	–20
Balcerowicz	positiv	61	47	55	40	31
	negativ	17	32	27	50	58
	Differenz	+43	+15	+28	–10	–27

Quelle: Zusammengestellt nach diversen repräsentativen Umfragen von CBOS (z. T. eigene Berechnungen). Bei Balcerowicz statt Nov. 89 Jan. 90, bei Parteien statt Mai Juni 1991.

Abbildung 2
Gesellschaftliche Akzeptanz von Regierung und Solidarnosc in Polen 1988–91



Legende: Prozentanteil derjenigen, die auf die Frage, ob die Institution den gesellschaftlichen Interessen entsprechend handle, mit ja oder eher ja antworteten.

Datenquelle: repräsentive Umfragen des CBOS

Wie sind diese in ihrem Ausmass doch erstaunlichen Veränderungen zu erklären? Einfache Kausalketten – etwa von der Art: je schlechter die Wirtschaftslage, umso grösser der Pessimismus und umso geringer das Vertrauen – sind nicht haltbar, wie genauere Analysen zeigen, auf die hier nicht näher eingegangen werden kann.[17] Es sind komplexe Zusammenhänge zu postulieren, die grundlegende ökonomische und gesellschaftliche Veränderungen mit den sozialpsychologischen Einstellungsdispositionen verbinden. Entscheidende Bedeutung ist dabei wohl dem Faktor enttäuschter Erwartungen zuzusprechen, und zwar nicht nur bezüglich der Wirtschaftslage, sondern des gesamten gesellschaftlichen Transformationsprozesses. Die hohen Aspirationen und manchmal auch widersprüchlichen Erwartungen führten zu entsprechenden Frustrationen, je länger die gewünschten und z. T. auch versprochenen Effekte ausblieben. Dabei verloren die positiven Effekte – so stieg z. B. der Anteil derjenigen, die keine Probleme mit den Einkäufen mehr perzipierten von 6% im Februar 1990 kontinuierlich auf 58% im Juli 1991 an – immer mehr an Bedeutung. Die negativen Effekte wie Arbeitslosigkeit und finanzielle Probleme gewannen hingegen an Relevanz, nicht zuletzt auch deshalb, weil wichtige Werte wie meritokratischer Egalitarismus und Sinn für Fairplay durch einen zunehmend härteren und skrupellosen Kampf um Macht und Reichtum tangiert wurden.

„Es herrscht eine grosse Korruption. Das war ja zwar vorauszusehen, aber nicht gerade dieses Ausmass". So knapp und eindeutig sagte es mir anfangs August 1991 ein polnischer Ökonom, jetzt Vizepräsident einer kleinen Bank. In den Medien jagt eine Affäre die andere. In einer Umfrage vom Juli 1991 gaben 71% an, dass sie die Korruption als grosses Problem betrachten. Auf die Frage, wer denn besonders anfällig für Korruption sei, meinten 53% „alle gleich", 11% die „neuen" Leute, 22% die „alten". Rund zwei Drittel glaubten, die Korruption werde zu wenig bekämpft (CBOS, 1991, Serwis Informacyjny Nr. 7, 36–40). In einer Reportage über Korruption (Wprost 1991, Nr. 30, 22–25) sprach ein Vizedirektor der Staatsanwaltschaft sogar von „einer höheren, um einiges raffinierteren Etappe der Korruption". Nicht mehr die traditionellen „lapowki" für knappe Güter, wie in den Zeiten der sozialistischen Mangelwirtschaft, stehen im Vordergrund, sondern diskrete Zahlungen von Businessleuten für „grosse Sachen" wie Konzessionen, Steuer- und Zollerleichterungen oder wertvolle Informationen. Viele Beamte wechseln zu privaten Firmen über,

17 So gibt es z. B. zwischen Reallohnentwicklung und der subjektiven Einschätzung der materiellen Lebensbedingungen keinen positiven Zusammenhang, eher sogar einen leicht negativen, zwischen Einschätzung der Regierung und der materiellen Lebensbedingungen bestehen komplexe Verlaufsmuster (bis Ende 1989 und ab Frühling 1991 die erwartete negative Beziehung, dazwischen aber keine bzw. sogar in bestimmten Phasen – erstes Quartal 1990 – eine positive Assoziation. Vgl. dann die in Anmerkung 2 erwähnte Publikation nach Abschluss des Forschungsprojektes.

wo sie mit ihren Kenntnissen und Beziehungen besonders nützlich sind und entsprechend viel mehr verdienen können. Einige Beamte fungieren nach Angaben des Vizedirektors der Staatsanwaltschaft direkt als „nichtoffizielle Berater" von privaten Firmen. Das „gute" Beispiel kommt dabei von oben. Ministerpäsident Bielecki hat seinen Chefbeamten erlaubt, auch bei privaten Firmen einzusteigen. Eine recht eigenwillige Massnahme, um die relativ „tiefen Löhne" aufzubessern und so die „guten" Leute bei der Stange zu halten, wie die offizielle Rechtfertigung dieser im Westen wohl undenkbaren Regelung lautet.

Obwohl die eigentliche Privatisierung bis jetzt langsam vorangekommen ist, hat die Zahl der neugegründeten privaten Gesellschaften schon beträchtlich zugenommen. Ende März 1990 gab es 16'600, Ende Juni 1991 bereits 38'500 polnische „Spolki" (Aktiengesellschaften oder GmbHs). Für polnische Verhältnisse gibt es denn auch bereits recht reiche Leute. Eine Wochenzeitschrift hat versucht, eine Liste der 100 reichsten Personen zusammenzustellen – bezeichnenderweise sind nur fünf Frauen darunter, dafür einige Angehörige der alten „Nomenklatura" wie die ehemaligen Minister Sekula und Urban (Wprost Nr. 24, 1991). Wer wieviel Geld hat, ist allerdings weitgehend unklar. Erst im nächsten Jahr wird eine Einkommenssteuer nach westeuropäischem Muster eingeführt (im übrigen ein wirtschaftspolitisches Versäumnis, das die erwähnte Budgetkrise mitverursacht hat), was dann vielleicht bessere Schätzungen erlaubt. Das ist aber auch unsicher, dürften doch viele polnische Kapitalisten im Umgang mit dem Finanzamt eher noch trickreichere „Schwindler" sein als die etablierten Reichen Westeuropas. Hinweise darauf gibt es. So setzten sich beispielsweise immer wieder neureiche „Businessmen" ins Ausland ab, nachdem sie sich verspekuliert oder an der Gutgläubigkeit vieler Polen bereichert hatten (Wprost, 1991, Nr. 24).

Einige Sozialwissenschaftler und Journalisten sprechen denn auch von einem „wilden" oder „räuberischen" Kapitalismus, der sich momentan in Polen ausbreite (z. B. Zarzadzenie Nr. 5, 1991, 24–28). Typischerweise sind auch die Beziehungen zwischen dem Eigentümer bzw. dem Chef und den Angestellten in den meisten Privatbetrieben völlig individualisiert. Gewerkschaften gibt es nur in wenigen Betrieben. In der Warschauer Grossregion fallen auf 2000 Betriebskommissionen der Solidarnosc nur gerade 25 auf Privatbetriebe, obwohl diese schon rund ein Fünftel der gesamtpolnischen Industrieproduktion und zwei Fünftel der Bauwirtschaft ausmachen (darunter allerdings sehr viele Kleinstbetriebe). Wie eine Untersuchung im Frühling 1991 gezeigt hat, sind die Chefs praktisch alle gegen gewerkschaftliche Abmachungen in ihrem Betrieb, ein Viertel sträubte sich sogar gegen die Einhaltung des Arbeitsrechtes. Und selbst die befragten Angestellten waren zu 45% der Meinung, eine

Gewerkschaft in ihrem Betrieb sei für sie ungünstig (Gesicka, 1991). Kommt doch jemand auf die Idee, eine Gewerkschaftssektion zu gründen, kann er ohne weiteres vom Chef unter Druck gesetzt werden. Privatbetriebe haben auch eine Reihe von Privilegien. So ist ihnen beispielsweise sogar die Aussperrung erlaubt, sie bezahlen meist weniger Steuern und erhalten eher Kredite als die Staatsbetriebe.

Dass die gegenwärtige, die sozialen Unterschiede verstärkende Transformation immer mehr Ablehnung hervorruft, ist angesichts der Ausgangsbedingungen mit ihren egalitaristischen und soziale Sicherheit betonenden Werten nicht überraschend. So waren im Juli 1991 bereits 75% der Meinung, dass die Einkommensunterschiede zu gross seien. Im September gaben 86% an, dass die aktuelle Arbeitslosigkeit einen zu hohen Preis für die sich vollziehende Wirtschaftsumstellung darstelle. Im Juni gaben 35% an, dass die beabsichtigte Privatisierung bei Ihnen persönlich mehr Befürchtungen als Hoffnungen hervorrufe – umgekehrt nur 18%, „gleichviel Hoffnungen wie Befürchungen" 28%; im November 1990 lauteten die entsprechenden Zahlen noch 22% gegenüber 27%, 32% „gleichviel Hoffnungen wie Befürchtungen" (CBOS, 1991, Nr. 10, 22–23, Nr. 7, 36–40 und Nr. 6, 36–37). Nur 11% glaubten im Juli 1991, Polen sei bereits eine Demokratie nach westlichem Muster. Fast die Hälfte betrachtete Polen immer noch als eine Art Diktatur, wobei rund ein Viertel die Herrschaftsposition der „alten" Nomenklatura, rund ein Viertel der „neuen" Nomenklatura zuschrieb (OBOP, zitiert nach Gazeta Wyborcza 31. 7. 1991). Das Verständnis für Kampfmassnahmen nimmt zu. Unterstützten im Mai 1990 erst 20% Streikaktionen in der jetzigen Situation, so im Juni 1991 bereits 38% (CBOS, 1991, Nr. 6, 58–59).

Hingegen ist das Interesse an der institutionalisierten politischen Auseinandersetzung gering – für die ersten völlig freien Parlamentswahlen vom Herbst 1991 interessierten sich z. B. bereits in einer Juli-Umfrage nur 45%; die deklarierten Wahlpräferenzen verteilten sich zudem auf sehr viele Parteien, so dass die führende Partei, die Unia demokratyczna des ehemaligen Ministerpräsidenten Mazowiecki, nur knapp 14% erzielte (Rzeczpospolita 23. 7. 1991). Die Wahlen vom Oktober bestätigten den Trend. 43% bemühten sich an die Urnen. Die Unia als stärkste Partei erzielte nur 12,3% der Stimmen, gefolgt von den überraschend gut abschneidenden „Postkommunisten" mit 12,0%. 29 Parteien schafften den Sprung ins Parlament, wobei die grössten 8 zwischen 6 und 14% Prozent der Sitze errangen (Rzeczpospolita 4. 11. 1991). Eine programmatisch einigermassen konsistente Mehrheit zu bilden, ist so kaum möglich, nicht zuletzt wegen der teilweise beträchtlichen inhaltlichen Differenzen unter den grösseren Parteien.

Und die politische Elite? Viele sehen den Ernst der Lage und warnen vor gefährlichen sozialen Erschütterungen, aber eine tragfähige Alternative ist angesichts der grossen politischen Zersplitterung und der heftigen, oft persönlich geprägten Rivalitäten nicht in Sicht.[18] Ryszard Bugaj, altgedienter Solidarnosc-Berater und Abgeordneter, erzählte mir bereits anfangs August 1991 vom zunehmenden Einfluss autoritärer Szenarien, der mehr oder weniger grosse Teile sehr verschiedener Parteien erfasst habe. Ein bekannter Senator habe ihm das im privaten Gespräch so gesagt: „Der Aufbau des Kapitalismus ist das Wichtigste, wenn das mit einer Demokratie geht, umso besser, sonst müssen wir's halt anders machen, vielleicht so wie in Chile." Das sind allerdings (vorläufig) nur markige Sprüche, ein polnischer Pinochet ist nicht in Sicht, grosse Streikwellen oder eigentliche Unruhen auch nicht. Bei einer weiteren drastischen Verschlechterung der Wirtschaftslage und andauernden unstabilen politischen (Mehrheits)-Verhältnissen ist aber alles möglich. Walesa hat bereits mehrmals erklärt, dass er sich einer „Anarchie" mit allen Mitteln, auch dem Kriegsrecht, entgegenstellen werde (z. B. Sztandar Mlodych 25. 7. 1991).

5.4 *Weitere Zukunftsszenarien*

Die Schwierigkeiten und Widersprüche eines „westlich" kapitalistischen Weges oder eines schwankenden Reformkurses könnten die Demokratisierung und unter Umständen auch die Umgestaltung der Wirtschaft gefährden, wie die obigen Ausführungen bereits angedeutet haben. Dabei zeichnen sich generell zwei Szenarien ab.

Verstärken sich Tendenzen zu nationalistisch-halbautoritären Bewegungen mit populistischer Propaganda, kann unter bestimmten Umständen die bis jetzt noch nicht angewandete Strategie „Quasi-Demokratie mit starker Stellung eines staatskapitalistischen Sektors" einen Durchbruch erzielen, übrigens ähnlich wie in der Zwischenkriegszeit – nur die Tschechoslowakei behielt damals ein demokratisch-parlamentarisches System (Berend / Ranki, 1977). Hinweise dafür gibt es, nicht nur in den direkt in national-regionale Auseinandersetzungen verwickelten Ländern wie in Jugoslawien oder der UdSSR (insb. Georgien). Die Anfälligkeit auf populistisch-nationalistische Töne zeigte schon exemplarisch der Wahlkampf um die Präsidentschaft von Ende 1990 in Polen, das in Osteuropa der einzige ethnisch nahezu homogen zusammengesetzte Staat ist (vgl. z. B. Le Monde Diplomatique, Mars, 1990, 14–17) und entsprechend die

18 Zur Situation im Parlament vgl. z. B. Pawlak, 1991; zu den Parteien Kowalski, 1990, PAP, 1991, wo über 125 Parteien und politische Gruppierungen aufgeführt sind, darunter „exotische" Gruppierungen wie die Partei der Whisky-Freunde, die Erotische Partei – Slogan: „Glückliche Leute auf der ganzen Welt, vereinigt euch!" –, und die Union zur Restaurierung der Monarchie.

geringsten direkten Konflikanlässe aufweist. Bezeichnend war das Wahlresultat des Polen-Kanadiers Tyminski, der vom politischen Nobody zum Hoffnungsträger – insbesondere in den krisenanfälligen Provinzen – aufstieg, fast ein Viertel der Stimmen errang und damit den zweiten Platz belegte. Im Mai 1991 gründete er auch offiziell eine neue Partei, die Partei X. Das X steht für die 10 Jahrhunderte Polen und die 10 Gebote; das ist typisch für die nationalistisch-populistische Orientierung, die sich weitgehend auf generelle Symbole beschränkt. An einem regionalen Parteikongress vom 3. August 1991 meinte Tyminski auch, seine Partei werde kein Programm vor den Wahlen publizieren, das sei schade ums Geld und die Zeit (zitiert nach Gazeta Wyborcza, 5. 8. 1991). Tyminskis Popularität war vor allem unter den Jungen, den wenig Gebildeten und insbesondere unter den mit der jetzigen Entwicklung Enttäuschten recht hoch, wie eine Umfrage im Juli 1991 gezeigt hat (Gazeta Wyborcza, 30. 7. 1991).

Möglich ist allerdings auch die Variante eines autoritär-antikommunistisch geprägten, neoliberal ausgerichteten Modernisierungskurses, wie bereits oben angedeutet worden ist, sozusagen als Konkurrenz zum populistisch-staatskapitalistischen Modell (Vorbild z. B. Chile oder partiell Südkorea und Taiwan). Die Versuchung dazu ist vor allem dort sehr gross, wo sehr instabile politische Verhältnisse und intensive Wirtschaftskrisen mit einer relativ starken Stellung neuer „modernistischer" Eliten zusammentreffen sowie „oppositionelle" Strömungen, seien sie nun mehr postkommunistisch oder mehr nationalistisch-populistisch ausgerichtet, an Relevanz gewinnen. Die autoritäre Lösung kann dann als unvermeidliche „Zwischenstufe" deklariert werden, um die „historisch notwendigen" radikalen Wirtschaftsreformen durchführen zu können, eine Legitimationsstrategie, die auch aus der Phase des „sozialistischen Aufbaus", wenn auch unter ganz andern inhaltlichen Vorzeichen, bestens bekannt ist.

Autoritäre Varianten dürften am ehesten bei grossen sozialen Unruhen und Streikbewegungen zur Macht gelangen, obwohl auch ein langsamer Dominanzgewinn nicht auszuschliessen ist. Je nach den vorherrschenden bzw. den im Verlaufe der Auseinandersetzungen resultierenden Machtverhältnissen könnte dann eine populistische oder eine neoliberal orientierte Variante die Oberhand gewinnen. Die Chancen solcher autoritärer Varianten hängen bis zu einem gewissen Grade auch von der internationalen Situation ab, wie einer laschen und relativ „toleranten" Haltung der Westmächte.

Und wie steht es mit den Chancen eines „Dritten Weges", der Bildung eines neuen Formationstyps? Im generellen Formationsmodell wäre dies dann sozusagen die Analogie zur Entstehung der feudalen Formation als einer Art Synthese von asiatischer und antiker Formation, wie sie sich aus der Auflösung der

antiken Formation herausgebildet hatte. Kurz- und mittelfristig sicher sehr schlecht, obwohl in breiten Bevölkerungskreisen für die Variante eines neuen demokratischen gemischtwirtschaftlichen Systems durchaus Sympathien vorhanden sind, vgl. auch die vorne zitierte komparative Umfrage. Das ist nicht erstaunlich, wirkt doch ein gewisser Egalitarismus – weitgehend akzeptiertes Ideal des sozialistischen Systems (Schöpflin, 1991) – immer noch nach. Die Präferenz für einen „Dritten Weg" war anfänglich noch grösser. In einer repräsentativen Meinungsumfrage in Polen haben sich noch im Mai 1989 39% für die Einführungen eines neuen Sozialismus ausgesprochen, 22% für die Reform des gegenwärtigen Sozialismus, während nur 22% eine Abkehr vom Sozialismus befürwortet haben (17% keine Meinung; Daten des CBOS, zitiert nach Polityka Nr. 22, 1989, 7). In der CSFR wünschten noch anfangs Dezember 1989, also kurz nach der „sanften Revolution", 51% einen Entwicklungsweg zwischen Kapitalismus und Sozialismus (Polityka Nr. 51/52, 1989, 2). Und selbst in der DDR mit ihrer spezifischen Situation sprachen sich Anfang Februar 1990 noch 56% für den „Weg eines besseren, reformierten Sozialismus" aus, für einen „kapitalistischen Weg" hingegen nur 31%. Dass aber gleichzeitig schon 79% die Wiedervereinigung unterstützten, zeigt scheinbar einen Widerspruch auf (Förster, Roski, 1990, 53–56). Dieser lässt sich dahingehend interpretieren, dass abstrakt zwar die Beibehaltung gewisser sozialistischer Inhalte präferiert wurde, realpolitisch-pragmatisch aber ein „kapitalistischer" Weg als Ausweg aus der Krise mehrheitlich akzeptiert wurde, ein Prozess, der sich in den meisten Ländern Osteuropas ähnlich abspielte bzw. abspielt. So waren beispielsweise auch in der UdSSR im Mai 1990 erst 22% für Privateigentum an grossen Betrieben – 58% dagegen –, im Sommer 1991, nach der enormen Krisenverschärfung, aber bereits 51% dafür – 29% dagegen (Moskauer Nachrichten, 1991, Nr. 9, 11, und Kosmarskii, 1991, 68).[19]

19 In Umfragen von 1990 in Polen und der Tschechoslowakei über die Privatisierungsformen zeigte es sich auch, dass die Umwandlung in Mitarbeiteraktiengesellschaften am meisten bevorzugt wurde, traditionelle Privatisierungen aber noch weniger populär waren als die Beibehaltung der staatlichen Formen (vgl. z. B. Polityka, 1990, Nr. 36, AISA, Mai 1990). Es ist deshalb auch kein Zufall, dass eine gewisse Berücksichtigung unkonventioneller Methoden (insbesondere Bonussysteme und Begünstigungen von Mitarbeitern) bei den problembeladenen Privatisierungen in Osteuropa vorgesehen sind (Le Monde Diplomatique, Juin 1991, The Economist 11. 5. 1991, Hofbauer, 1991). Vgl. auch Prywatyzacja 1991, Nr. 7 (lipiec), wo eine Beschreibung der polnischen Programme enthalten ist, insbesondere auch des Programms einer allgemeinen Privatisierung, das die Aktien von 400 grossen Industrie-Unternehmen (ca. 25% der Industrieproduktion) so verteilen soll, dass 60% gratis auf die erwachsene Bevölkerung entfallen sollen und 10% auf die Beschäftigten der jeweiligen Betriebe. Die so „beschenkten" Bürger können allerdings nicht als direkte Aktienbesitzer auftreten, sondern nur als Inhaber einer Art von Investmentfonds-Partizipationsscheinen, wobei ungefähr gut ein Dutzend solcher Investmentfonds unter Beizug ausländischer Firmen funktionieren sollen. Wie ein Umfrage vom Juli 1991 gezeigt hat, weiss aber nur ein Viertel über dieses Projekt Bescheid und nur ein Zehntel begrüsst es (CBOS, 1991, Nr. 8, 22–23).

Ein zentrales Hindernis für einen „Marktsozialismus" (Brus / Laski, 1990) bilden nicht nur konzeptuelle Probleme, sondern vor allem auch die konkreten politischen Kräfteverhältnisse (die unabhängige „Linke" wird zu sehr noch mit dem alten „Sozialismus" verknüpft und die „Postkommunisten" sind keine echte Alternative) sowie der geringe Spielraum durch die enorme wirtschaftliche Krise und die grosse Abhängigkeit vom Westen.

Abschliessend ist festzuhalten, dass eine solche formationsimmanente Betrachtungsweise selbstverständlich nur begrenzt und unvollständig sein kann. Vieles hängt, wie schon bei der Entstehung der „sozialistischen" Formation, von der Entwicklung des gesamten Weltsystems ab, insbesondere von den Strategien, die das Kapital und die politischen Eliten in den westlichen Zentrumsländern einschlagen werden. Dabei geht es nicht primär um direkte Hilfsmassnahmen, obwohl auch diesen ein wichtiger Stellenwert zukommt, sondern um die generellen politischen und wirtschaftlichen Strategien, insbesondere um die Öffnung der Märkte und der politischen Institutionen, etwa der EG (Egger / Kappel / Melzer, 1991). Die bisherige Entwicklung zeigte, dass eine ziemlich unsichere und abwartende Haltung sowohl bei den wirtschaftlichen wie den politischen Eliten dominiert. Das sind nicht gerade die besten Voraussetzungen, um der grossen Herausforderung dieses historisch bedeutsamen Transformationsprozesses gewachsen zu sein.

LITERATURVERZEICHNIS

AISA (Association for Independent Social Analyses) (1990), May and November, Survey Reports, Prague.

BEREND Ivan T., RANKI György (1977), East Central Europe in the 19th and 20th Centuries, Akademiaia Kiado, Budapest.

BEYME Klaus von (1991), „Parteiensystem und Wandel der politischen Eliten in den osteuropäischen Ländern", Gewerkschaftliche Monatshefte, 42 (10), 621–633.

BOKOR Agnes (1991), „Die öffentliche Meinung im Zuge des Systemwandels in Ungarn", Journal für Sozialforschung, 31 (1), 51–87.

BRUCAN Silvan (1987), World Socialism at the Crossroads, Praeger, New York.

BRUS Wlodzimierz, LASKI Kazimierz (1990), Von Marx zum Markt, Metroplis-Verlag, Marburg.

BRZEZINSKI Zbigniew (1989), The Grand Failure, Scribner, New York.

CBOS (Centrum Badania opinii spolecznej) (1990 und 1991), Serwis Informacyjny, Warszawa.

CUP (Centralny Urzad Planowania) (1991), Regionalne i strukturalne aspekty bezrobocia, Warszawa.

ECE (Economic Commission for Europe) (1990 und 1991), Economic Survey of Europe, United Nations, New York.

EGGER Urs, KAPPEL Rolf, MELZER Alex (1991), Osteuropa auf dem Weg zur Marktwirtschaft, Leitlinien zur Unterstützung des Überganges, Zürich (NFP28, Diskussionspapier 4).

FÖRSTER Peter, ROSKI Günther (1990), DDR zwischen Wende und Wahl, LinksDruck Verlag, Berlin.

GESICKA Grazyna (1991), "Relacje pracownicy – pracobiorcy w sektorze prywatnym", Biuletin Ochrona Pracy (NSZZ Solidarnosc), 16, 6–9.

GEY Peter et al. (1987), Crises and Reform in Socialist Economies, Westview Press, Boulder.

GOMULKA Stanislaw (1988), "Soviet equilibrium technological gap and the post 1975. productivity slowdown", Economics of Planning 1–2, 3–16.

GORTAT Radzislawa (1991), "Polak Polityczny", Zycie Gospodarcze, 30, 1–16.

GROSZEK Mieczyslaw, KOCHANOWSKI Tomasz (1991), "Symulanci umieraja", Zycie Gospodarcze, 25, 3–4.

GUS (Glowny Urzad Statystyczny) (1991), Glowne wskazniki ekonomiczne wybranych krajow, Informacje Statystyczne, Warszawa.

GUZEK Marian (1991), Ekonomia przejscia od kolektywizmu do systemu przyszlosci, IKiCHz, Warszawa.

HARTWIG Karl-Hans (1987), Monetäre Steuerungsprobleme in sozialistischen Planwirtschaften, Fischer, Stuttgart.

HOFBAUER Hannes (1991), „Rückenteignung in der CSFR", Moderne Zeiten, 1, 58–67.

IMF, Worldbank, OECD, EBRD (1990), The Economy of the USSR, Washington D. C.

JUCHLER Jakob (1986), Sozialistische Gesellschaftsformation – Allgemeine Theorie und Fallstudie (Polen 1945–1984), Campus, Frankfurt a. M.

JUCHLER Jakob (1990), „Die Entwicklung sozialistischer Gesellschaften im Weltsystem", in BORNSCHIER Volker et al. (Hg.), Diskontinuität des sozialen Wandels, Campus, Frankfurt a. M. , 219–250.

JUCHLER Jakob (1991), Sozialistische und kapitalistische Gesellschaftssysteme – ein theoretischer und empirischer Vergleich, Zürich (Publikation 1992 im Seismo-Verlag Zürich).

KORNAI Janos (1980), Economics of Shortage, North-Holland Publishing Company, Amsterdam.

KORNAI Janos (1990), The Road to a Free Economy – Shifting from a Socialist System: The Example of Hungary, N. W. Norton, New York.

KOSMARSKII Viktor et al. (1991), "Attitudes of the Population toward the Prospect of Making the Transition to a Market", Problems of Economics, April, 32–59.

KOWALSKI Sergiusz (1990), Ed. , Pierwszy krok do Europy, OPSZ Solidarnosc, Warszawa.

LIPTON David, SACHS Jeffrey (1990), "Creating a Market Economy in Eastern Europe: The Case of Poland", Brooking Papers of Economic Activity, 2, 293–342.

LUDLAM John (1991), "Reform and the Redefinition of the Social Contract under Gorbachev", World Politics, 2, 284–299.

MARCINIAK Piotr, STADLER Andreas (1991), Ed. , Liberalizm i Socjaldemokracja wobec wschodnio-europejskiego wyzwania, Fundacja Polska Praca, Warszawa.

MARER Peter (1991), "The Transition to a Market Economy in Central and Eastern Europe", The OECD Observer, 169, 4–10.

NOWACKI Grzegorz (1991), Kultura polityczna pokolenia "sierpnia 80", PWN, Warszawa.

PAP (Polska Agencja Prasowa) (1991), Vademecum partie i ugrupowania polityczne, Warszawa.

PAWLAK Jaroslaw (1991), "Konflikty i podzialy w klubach poselskich", in WASILEWSKI Jacek, WESOLOWSKI Wlodzimierz, Eds. , Poslowie o Sejmie X kadencji, Working Paper Zespolu Badania Europy Wschodniej, Warszawa.

PENN+SCHOEN Associates, Inc. (1991), Democracy, Economic Reform and Western Assistance in Czechoslovakia, Hungary and Poland. A Comparative Public Opinion Survey. Data Tables, New York.

SADOWSKI Zdzislaw, Ed. (1991), Spoleczenstwa posttotalitarne – kierunki przemian, IFiS PAN, Warszawa.

SCHÖPFLIN Georg (1991), "Post-communism: constructing new democracies in Central Europe", International Affairs, 2 , 235–250.

SIK Ota (1987), Wirtschaftssysteme, Vergleiche, Theorie, Kritik, Springer, Berlin.

WORLD BANK (1991), The Transformation of Economies in Central and Eastern Europe: Issues, Progress, and Prospects, Socialist Economies Unit, Washington D. C.

WORLD ECONOMY RESEARCH INSTITUT (1991), Poland – International Econcomic Report, Warsaw School of Economics, Warsaw.

WORLD ECONOMIC SURVEY (1990), United Nations, New York.

LA POLITIQUE CRIMINELLE ET LE SURPEUPLEMENT CARCÉRAL

André Kuhn
Institut de police scientifique et de criminologie, BFSH 1,
Université de Lausanne, 1015 Lausanne*

1. Introduction

Le surpeuplement carcéral est un phénomène que l'on rencontre un peu partout dans le monde occidental[1]; il est même devenu l'un des problèmes les plus préoccupants des systèmes carcéraux nationaux. Les conséquences en sont innombrables. Nous citerons, à titre d'exemple, l'augmentation des coûts liés à l'exécution des peines, la détérioration des conditions de vie des détenus ainsi que des conditions de travail du personnel chargé de les encadrer, ou encore tout le problème des délais d'attente avant l'entrée en exécution de peine.[2]

Face aux problèmes posés par le système pénal actuel, d'innombrables «solutions» sont proposées. Celles-ci émanent de deux grandes conceptions de politique criminelle opposées, voire contradictoires. D'une part, on désire accroître la punitivité vis-à-vis de certains délinquants considérés comme particulièrement odieux et dangereux et, d'autre part, la prison étant généralement considérée comme inutile, voire nocive, on prône le remplacement des peines *privatives* par des peines *restrictives* de liberté. D'un côté, on attend donc une réaction sociale plus musclée afin d'éloigner les éléments perturbateurs de notre société, et de l'autre, on préconise une «humanisation» du système pénal. Ces deux conceptions se traduisent par l'incapacitation (ou neutralisation) d'une part, et par l'extension du sursis et le remplacement des courtes peines privatives de liberté par des peines de substitution[3] d'autre part. Mais quels effets de telles mesures auraient-elles sur le surpeuplement carcéral?

---

* Conférence présentée lors du XII[e] Congrès Mondial de Sociologie, organisé par l'Association Internationale de Sociologie, du 9 au 13 juillet 1990 à Madrid.

1 Cf. R. Oberheim (1985 b) pp. 16–17.

2 En Suisse, moins de 20% des condamnés sont incarcérés immédiatement après leur condamnation dans les établissements appropriés, et plus de la moitié des condamnés attendent plus de trois mois avant d'être placés dans des établissement qui leur sont adaptés (cf. *Statistique de la criminalité*, 1–85).

3 Travail d'intérêt général, amende, retrait du permis de conduire, etc.

2. L'incapacitation

L'incapacitation est la mise à l'écart, par l'emprisonnement, de tous les criminels dont on craint la récidive. S'il paraît évident, et nous le confirmerons ci-dessous[4], que plus une peine est longue, plus elle charge le système carcéral, il n'est pas certain que de longues peines entraînent réellement une diminution de la criminalité. En effet, des études sur l'incapacitation[5] ont démontré que celle-ci n'a qu'un effet très mineur sur le taux de criminalité. Le seul effet significatif qu'aurait donc une politique d'incapacitation serait d'augmenter le nombre de détenus et de rendre le problème du surpeuplement carcéral encore plus épineux.

A ceux qui préconisent, pour répondre à la «demande», d'augmenter la capacité d'accueil des prisons, il convient de rétorquer qu'il ne sert à rien de s'attaquer aux *effets* d'un mal, et que seule une action sur ses *causes* permet d'éviter que le problème ne ressurgisse un peu plus tard dans le temps. De plus, lorsque l'on sait que chaque nouvelle cellule revient à environ un demi-million de francs suisses et qu'un détenu coûte à la société plus de quatre-vingts francs suisses par jour[6], on comprend aisément les réticences des pouvoirs politiques et du public face à de tels projets. Certains voient une solution à ce dernier problème dans la privatisation des établissements carcéraux. Toutefois, il est à considérer que toute entreprise du secteur privé obéit à la loi de la maximisation du profit et que l'intérêt économique du «propriétaire» d'un établissement pénitentiaire résidera donc dans le maintien d'un maximum de détenus dans sa prison; un rendement maximal est en effet la meilleure manière d'obtenir un bénéfice optimal. Il est donc à redouter que le fait de mêler la justice à un souci mercantile de rentabilité n'ouvre la voie à des abus de tous genres. De plus, le contrôle social et la restriction des libertés ne sont-ils pas l'apanage exclusif de l'Etat? Il serait dès lors immoral que l'Etat assure des profits à des entreprises privées sur la base d'un droit qui lui revient par excellence, à savoir celui de supprimer la liberté.

3. Diminution du nombre de peines privatives de liberté fermes

Nous traiterons ici de deux manières de réduire le nombre des peines privatives de liberté fermes, à savoir: l'abolition des courtes peines et l'extension du sursis. Pour ce faire, nous présenterons essentiellement des recherches fondées sur des statistiques suisses, puisque ce sont pour nous les plus accessibles.

4 Cf. ci-dessous, 3.1, Graphique 1.

5 Cf. S. van Dine et al. (1979), J. Cohen (1983), R. A. Haapanen (1990).

6 Chiffres tirés de T. Feltes (1984) pp. 195–196.

3.1 *L'abolition des courtes peines privatives de liberté*

On entend généralement par abolition des courtes peines, la suppression de toute peine privative de liberté dont la durée n'excède pas trois ou six mois. Certains auteurs[7] pensent qu'une telle mesure enrayerait le surpeuplement des prisons et libérerait les autorités chargées de l'exécution des peines des problèmes insolubles actuels. Nous n'entrerons pas ici dans l'analyse des peines de substitution, ni dans la discussion portant sur le fait de savoir s'il est fondé de considérer les courtes peines comme inutiles et nocives. Nous nous restreindrons à nous demander si l'abolition des courtes peines privatives de liberté déchargerait véritablement les établissements pénitentiaires.

En Suisse comme ailleurs, la majorité des peines privatives de liberté ne dépassent pas six mois[8]. Il serait cependant erroné de penser que leur abolition réduirait sensiblement la population carcérale. En effet, le graphique 1 montre très clairement qu'en Suisse, les peines de moins de six mois (soit 83% de toutes les peines privatives de liberté prononcées) ne représentent que le 27% de la population carcérale; cette population étant donc composée, pour 73%, de détenus purgeant une peine de plus de six mois. Le «poids» des longues peines sur le système carcéral est donc bien plus important que celui des courtes peines privatives de liberté[9]. On peut dès lors imaginer quel serait l'effet de l'introduction dans un code pénal national d'une peine incompressible de 25 ou 30 ans[10] pour certains crimes.

Si le législateur helvétique décidait d'abolir les peines de moins de six mois, il en résulterait une diminution de la population carcérale, et donc un déchargement des prisons suisses, d'au maximum 27%!

Si nous utilisons ici le terme «maximum», c'est que cet allégement n'atteindra fort probablement pas ces 27%. En effet, il est impossible de prévoir dans quelle mesure les peines de substitution devront être transformées en détention pour cause de non-exécution. De plus, suite à l'abolition des courtes peines, il faudra certainement compter avec un déplacement de toute l'échelle des sanctions vers le haut, c'est-à-dire avec une sévérité accrue dans le prononcé des sentences. En effet, le juge estimant qu'il est nécessaire d'infliger une peine ferme à un petit délinquant ne remplissant pas les conditions du sursis peut, aujourd'hui, le condamner à un mois d'emprisonnement; suite à une éventuelle abolition des courtes peines, il lui infligerait une peine minimale de six mois. Cet effet

7 Cf. par exemple, H. Schultz (1987), p. 77.

8 En Suisse, environ 70% des peines privatives de liberté fermes prononcées ne dépassent pas trois mois et plus de 80% ne dépassent pas six mois.

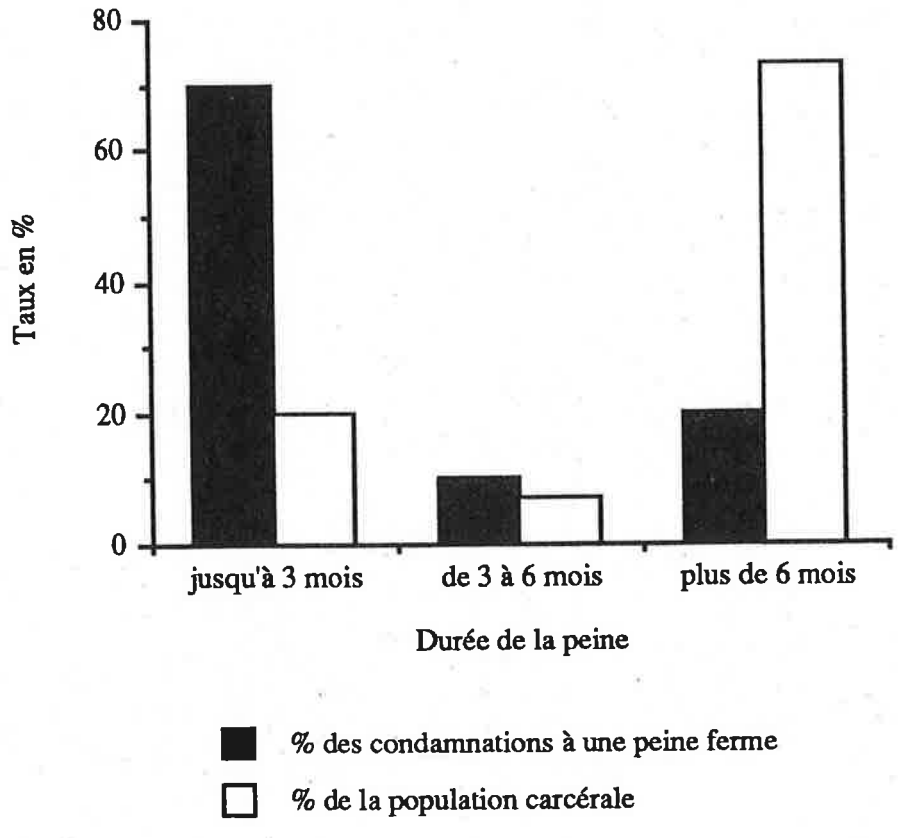
9 A ce sujet, cf. également P. Landreville (1988), p. 296.

10 De nombreux pays se proposent pourtant de se doter de telles peines dans leur arsenal légal (France, Suisse, etc.).

d'augmentation de sévérité des juges a d'ailleurs été vérifié en Autriche où, en 1975, les peines inférieures à six mois ont été abolies. Une recherche autrichienne[11] démontre en effet que, suite à cette abolition, la population carcérale est restée très stable[12], ceci malgré une diminution sensible du nombre de peines fermes. L'auteur en déduit très logiquement que l'abolition des courtes peines a été compensée par une augmentation de la sévérité des juges. „Die in der Öffentlichkeit gelegentlich laut gewordene Vermutung, die Gerichte urteilten seit der Strafrechtsreform milder, erweist sich somit als falsch. Im Bereich der mittleren und schweren Kriminalität lässt sich vielmehr eine Tendenz zur Strenge erkennen."[13]

Graphique 1

Proportion des peines de courte et de longue durée dans les condamnations et lors de l'exécution des peines, en Suisse*



* Tiré de M. Killias (1987), p. 102.

11 M. Burgstaller (1983).

12 5500 en 1974; 5300 en 1976; 5360 en 1978; 5350 en 1980; 5600 en 1981.

13 Extrait du *Sicherheitsbericht 1977 der Bundesregierung* d'Autriche, p. 91.

3.2 *L'extension du sursis*

De même que pour l'abolition des courtes peines privatives de liberté, on peut se demander si l'extension du sursis ne serait pas propre à augmenter la sévérité des juges.

Pour tenter de répondre à cette question, nous étudierons d'abord la fréquence des peines de 6 à 42 mois prononcées en Suisse en 1986. Le graphique 2 présente donc le nombre de peines de 6 à 42 mois, par intervalles d'un mois, et en distinguant les peines fermes de celles prononcées avec sursis.

Dans un premier temps, consultons ce graphique sans distinguer les peines avec ou sans sursis. On observe d'emblée que les juges privilégient certaines sanctions par rapport à d'autres. Il s'agit des peines «rondes», soit celles de 8, 12, 18, 24, 30, 36 et 42 mois.[14] Si l'on trace une courbe reliant ces peines entre elles, on constate une tendance dégressive presque linéaire (Graphique 2a). Cependant, le nombre de peines de 17 à 18 mois dépasse largement la valeur que lui attribuerait cette courbe. Les juges suisses prononcent donc des peines de 18 mois plus souvent qu'à leur tour.

Observons maintenant ce qui se passe entre les valeurs dites «rondes» (Graphique 2b). A l'exception des peines de 18 à 24 mois, on distingue régulièrement une distribution en forme de cloche. Plus on progresse dans l'échelle des peines, plus ces cloches deviennent petites.

Si l'on ne prend en considération que les peines fermes, on observe également une tendance à la baisse, entrecoupée par une augmentation entre 18 et 24 mois (Graphique 2c). En outre, on constate que les remarques faites au sujet du graphique 2b valent également pour les peines fermes uniquement (Graphique 2d).

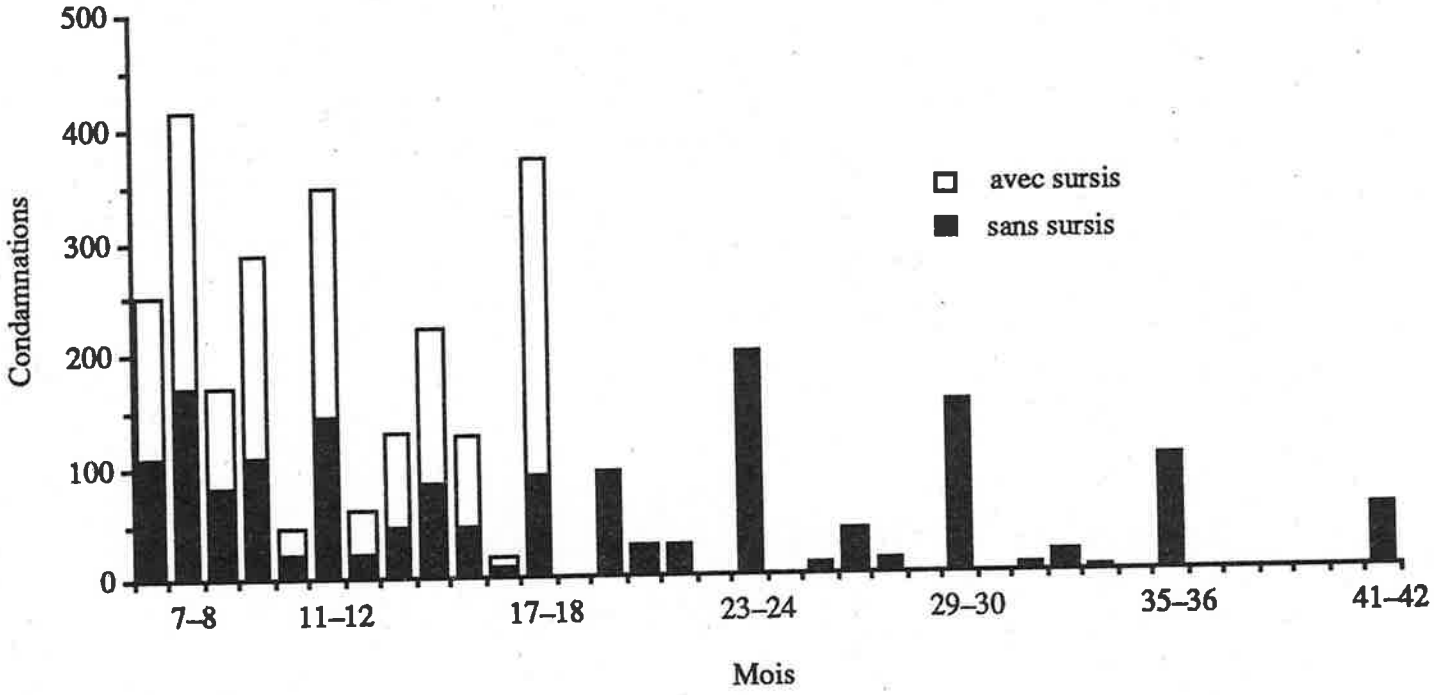
La tendance générale veut donc que, plus on progresse dans l'échelle des peines, plus le nombre de peines prononcées tend à diminuer. Toutefois, entre 17 et 24 mois se situe un point critique. On distingue, en effet, un nombre trop élevé de peines de 18 mois avec sursis et de 20 mois, et un nombre étonnamment faible de peines de 19 mois[15]. Lorsque l'on sait qu'en Suisse, le sursis peut être prononcé pour des peines allant jusqu'à 18 mois, on est inévitablement tenté de faire un rapprochement entre la limite supérieure du sursis et les observations quelque peu troublantes que nous venons de faire. On pourrait en effet penser que nombre de juges, désireux d'infliger une peine exemplaire mais sans exagération, condamnent le prévenu à une peine avec sursis se situant à la limite supérieure de celui-ci. En revanche, lorsque rien ne s'oppose à l'octroi

14 A ce sujet, cf. K. Rolinski (1969).

15 3 en 1984, 4 en 1985, 1 en 1986 et 7 en 1987.

Graphique 2

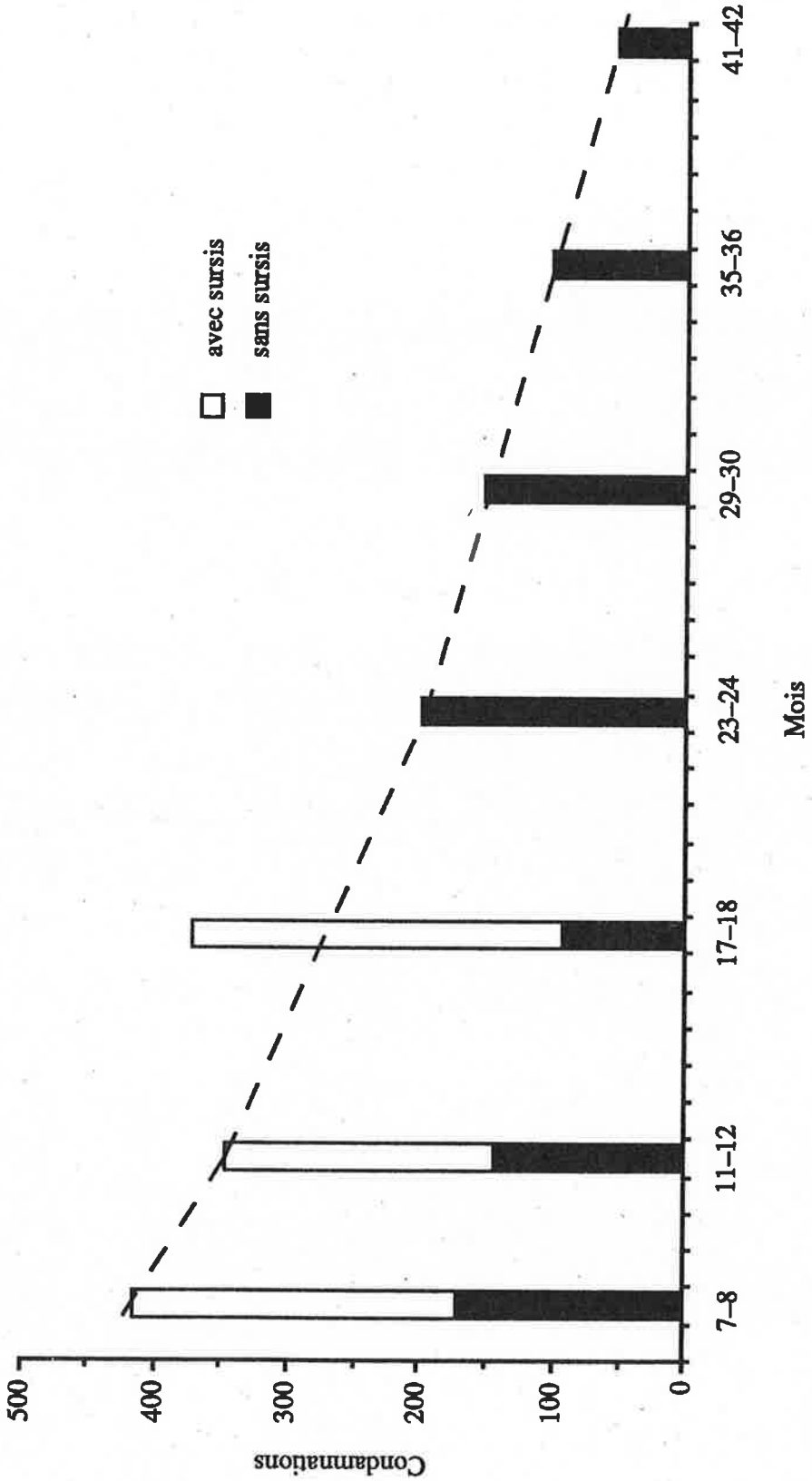
Nombre de peines de 6 à 42 mois prononcées par les tribunaux suisses en 1986*



* Des graphiques identiques ont été réalisés pour 1984, 1985 et 1987. Leur configuration est en tous points identique.

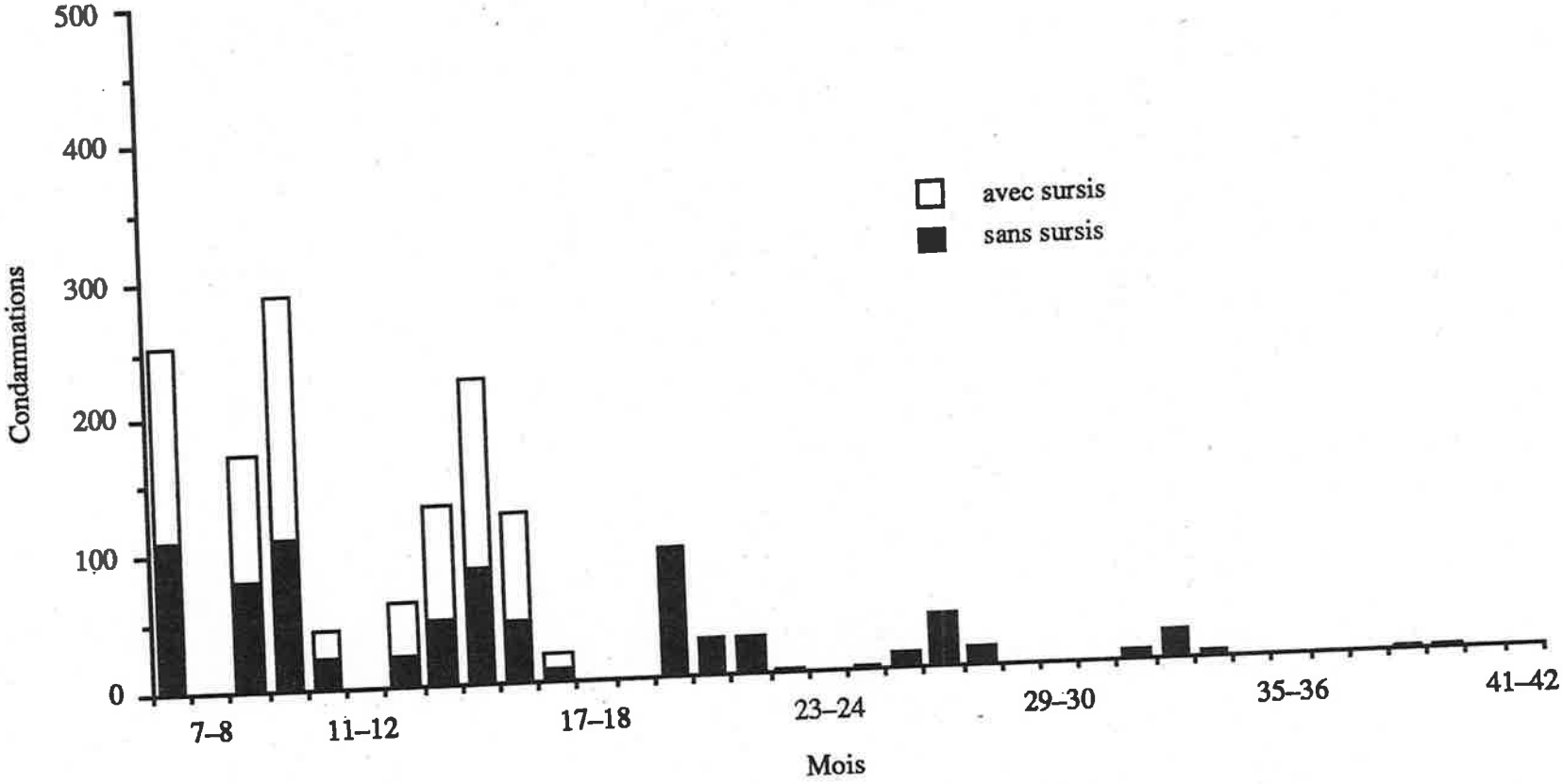
Graphique 2a

Nombre de peines «rondes» prononcées par les tribunaux suisses en 1986



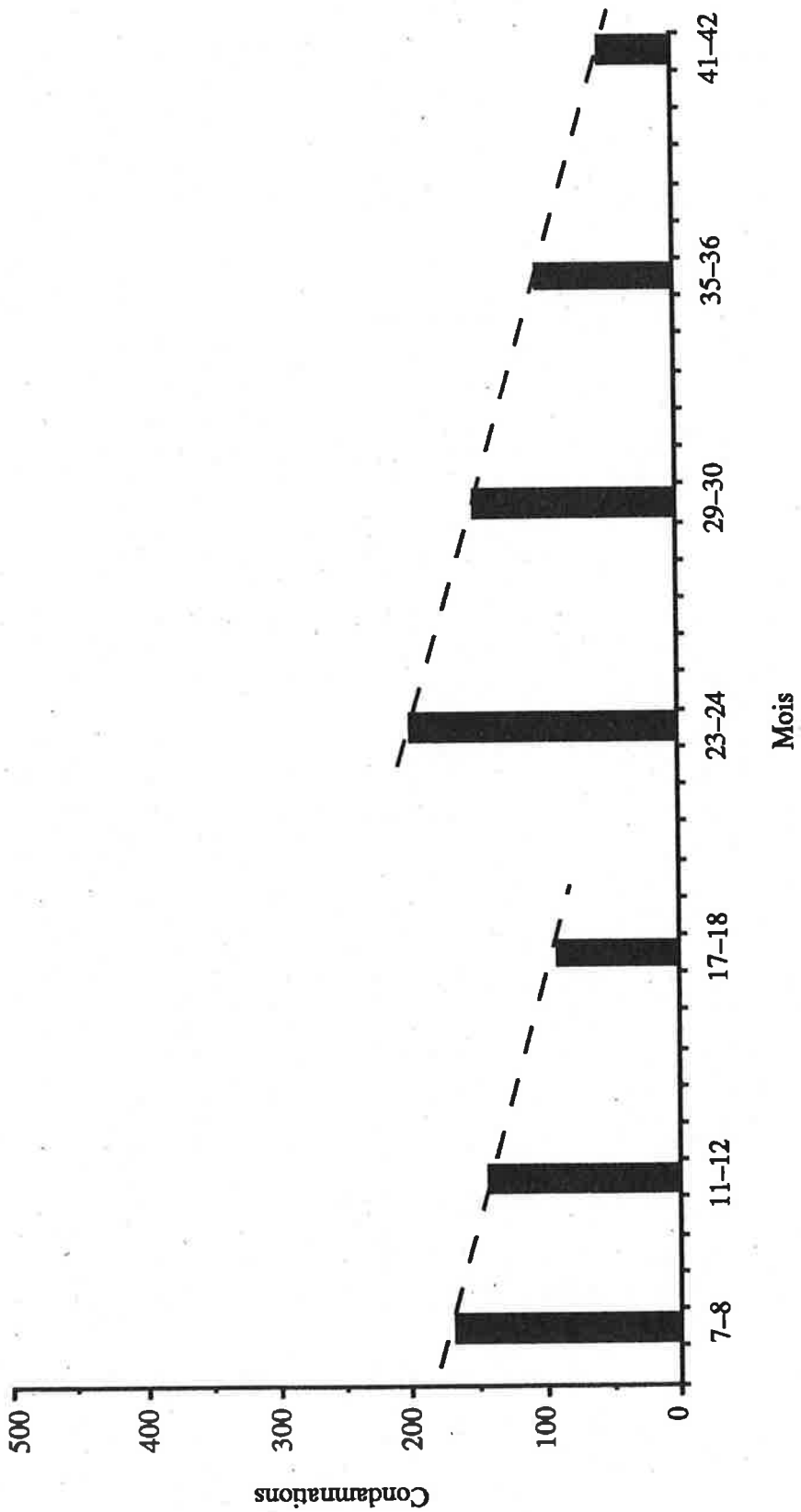
Graphique 2b

Distribution des peines prononcées par les tribunaux suisses en 1986 entre les peines «rondes»



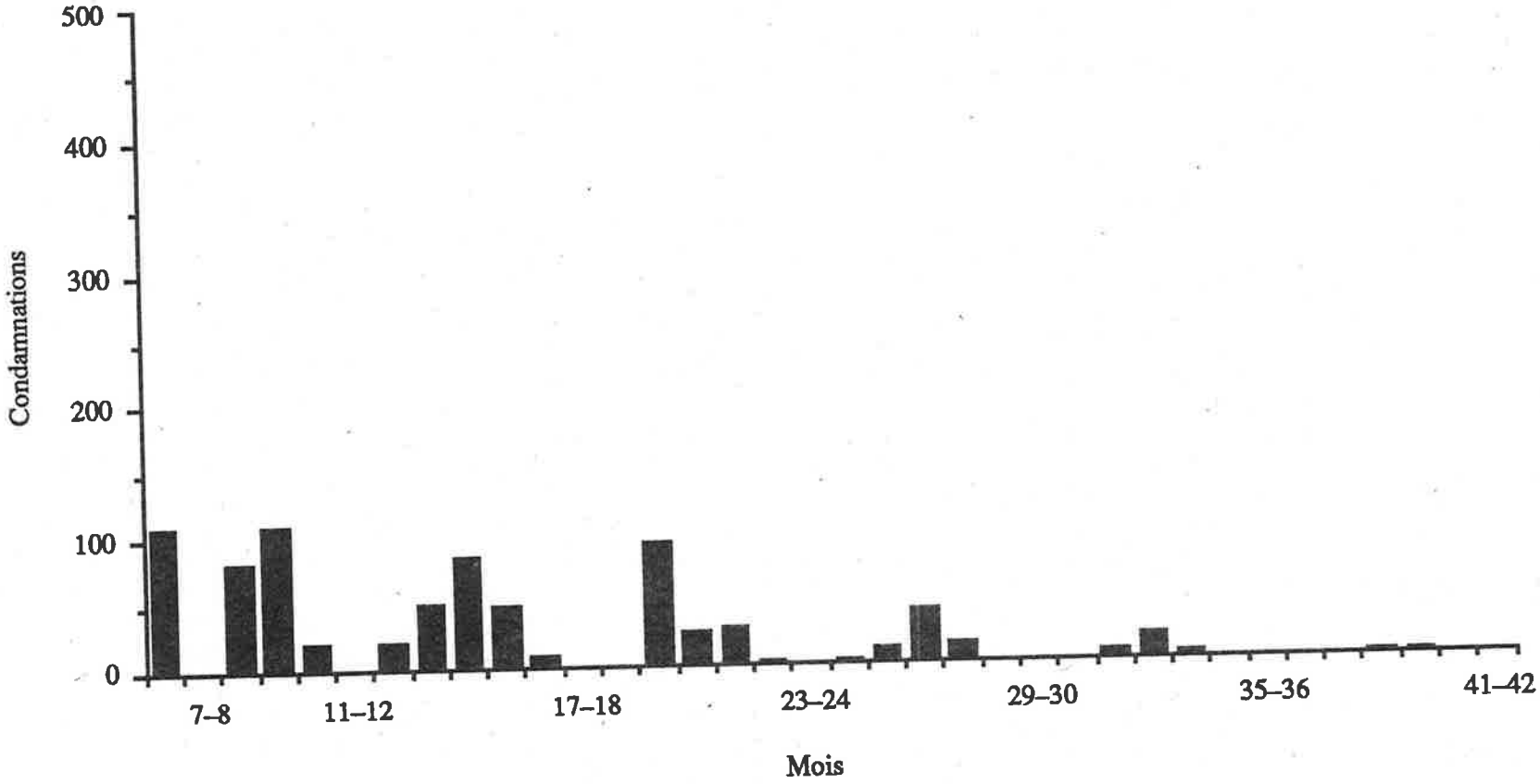
Graphique 2c

Nombre de peines fermes «rondes» prononcées par les tribunaux suisses en 1986



Graphique 2d

Distribution des peines fermes prononcées par les tribunaux suisses en 1986 entre les peines «rondes»



du sursis, mais qu'ils estiment que l'infraction commise mérite une peine ferme, ils prononcent une peine dépassant quelque peu la limite supérieure du sursis.

Afin de déterminer si cette dernière hypothèse est plausible, nous nous proposons d'étudier l'effet d'une révision du Code pénal suisse de 1971[16], révision déplaçant la limite supérieure du sursis de 12 à 18 mois et instaurant la possibilité d'assortir du sursis les peines de réclusion[17].

Suite au déplacement de la limite supérieure du sursis vers le haut, on s'attend bien entendu à observer une augmentation du nombre de sursis prononcés. Il ressort cependant du graphique 3 que, si la proportion de sursis par rapport aux peines privatives de liberté a effectivement augmenté, il y a eu progression régulière entre 1968 et 1972 et une certaine stabilisation par la suite. L'introduction du sursis aux peines allant jusqu'à 18 mois n'a donc eu aucun effet sur la proportion des sursis prononcés, ou, si elle en a eu un, ce serait d'avoir freiné la croissance des peines avec sursis.

Suite à l'introduction de la possibilité d'assortir les peines de réclusion du sursis, on aurait pu s'attendre à une stabilité de l'ensemble des peines de réclusion (avec et sans sursis) et à une baisse de fréquence des réclusions sans sursis. Contrairement à cela, on observe au graphique 4 une amorce de baisse depuis 1965, baisse interrompue justement en 1971 pour tendre à nouveau vers les valeurs des années 60.

Le graphique 5 met clairement en lumière que, suite à l'introduction de la possibilité d'assortir les peines de plus d'un an du sursis, celles-ci ont été banalisées et donc prononcées plus massivement qu'auparavant. Suite à la modification législative de 1971, les peines de plus d'un an sans sursis ont d'abord baissé, avant de retrouver très rapidement leur niveau antérieur; quant à l'ensemble des peines de plus d'un an (avec et sans sursis), elles ont fortement augmenté. Les juges ont donc, dès 1971, banalisé ces peines, puisqu'elles pouvaient être assorties du sursis, tout en prononçant autant de peines fermes que par le passé, puisqu'un prévenu méritant une peine ferme y est condamné quelle que soit la limite supérieure du sursis.

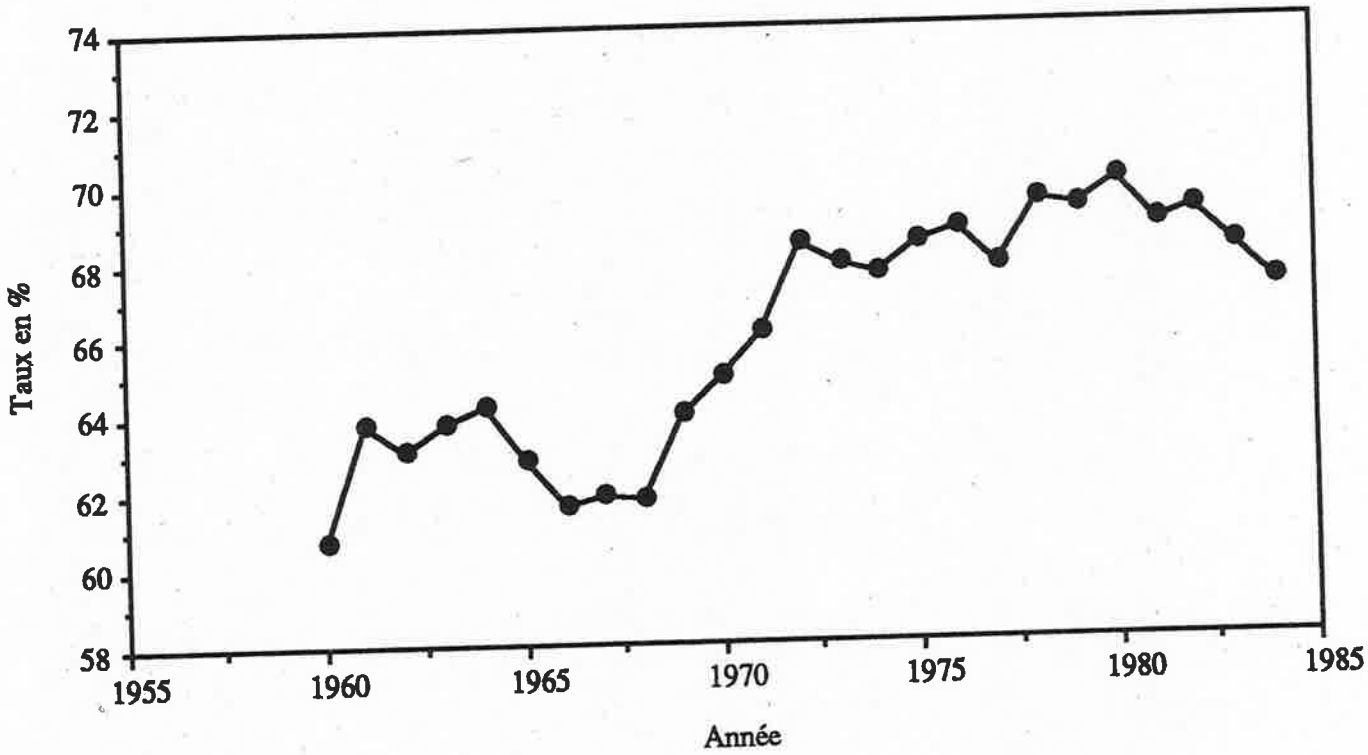
Cette banalisation des peines de plus d'un an, l'effet nul de la modification législative de 1971 sur la proportion des peines avec sursis et sur les peines de réclusion sans sursis, et la surabondance des peines de 17 à 24 mois en 1986

16 Entrée en vigueur le 1er juillet 1971.

17 Peines les plus sévères du droit pénal suisse. En Suisse, on distingue entre trois types d'infractions selon la gravité de l'acte: les crimes, les délits et les contraventions (classification tripartite provenant du code pénal français de 1791). Ces infractions sont punies respectivement par des peines de réclusion (1 à 20 ans), d'emprisonnement (3 jours à 3 ans) et d'arrêts (1 jour à 3 mois).

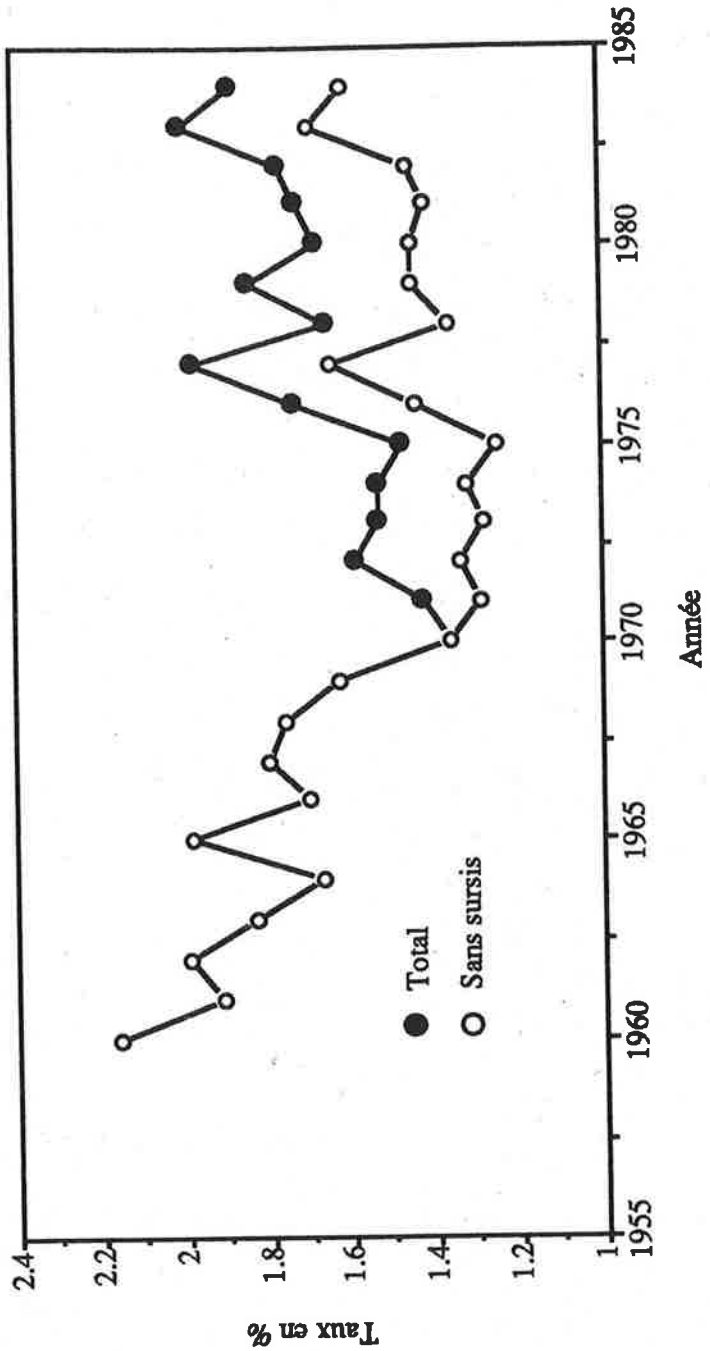
Graphique 3

Proportion de peines prononcées avec sursis par rapport au total des peines privatives de liberté, entre 1960 et 1984



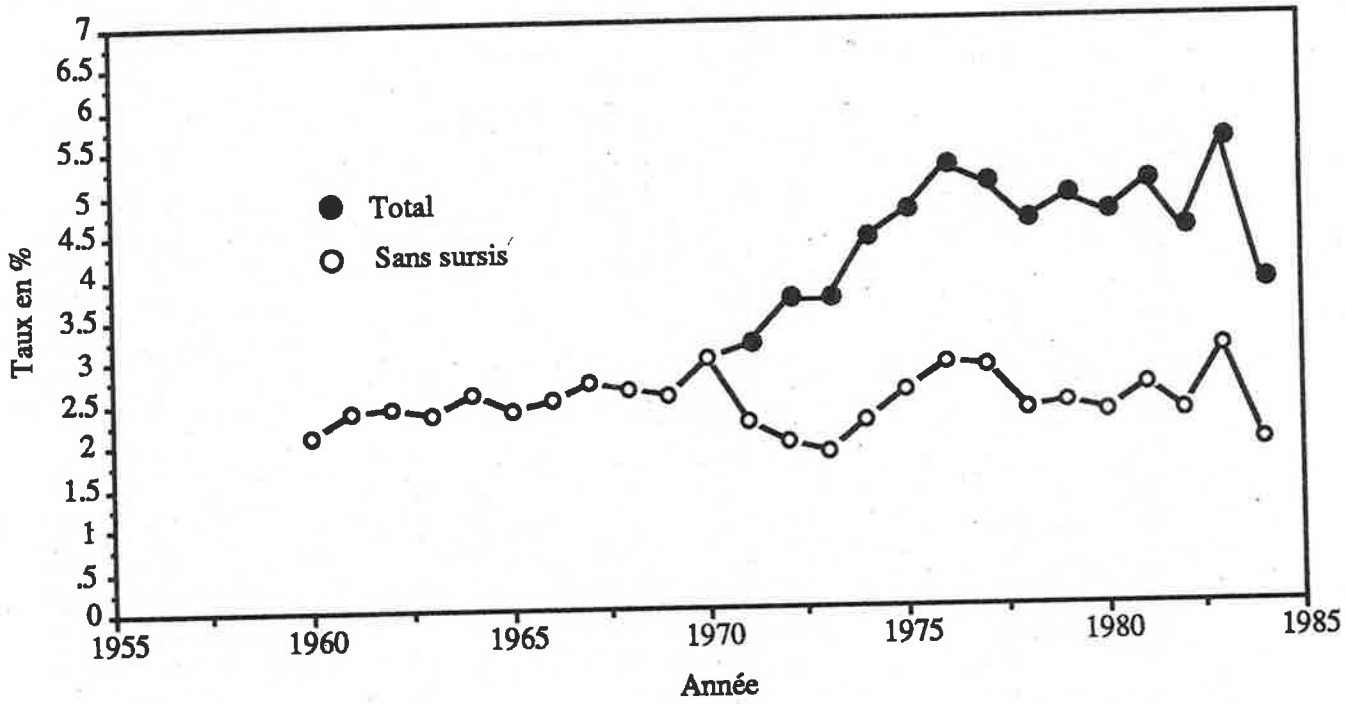
Graphique 4

Proportion de réclusions (avec et sans sursis) par rapport au total des peines privatives de liberté, entre 1960 et 1984



Graphique 5

Proportion de peines d'emprisonnement de plus d'un an prononcées en vertu du Code pénal suisse par rapport au total des peines privatives de liberté prononcées en vertu du Code pénal suisse, entre 1960 et 1984



sont autant d'indices nous permettant de supposer que tout déplacement de la limite du sursis vers le haut aura comme effet pervers d'augmenter la sévérité des juges. Cette augmentation ne manquera pas de se répercuter ensuite sur la population carcérale de deux manières: la première, directe, proviendra des prononcés de peines fermes plus sévères, alors que la seconde, indirecte, découlera de la révocation de sursis à des peines de durée plus longue[18].

4. Conclusions

Nous avons tenté ici de mettre en évidence les effets pervers de deux modifications législatives généralement considérées, de bonne foi nous n'en doutons pas, comme très positives sous tous les angles. Nous avons montré que derrière une idée d'«humanisation» du système pénal peut se cacher une détérioration de celui-ci et que, sous certains aspects, les effets de deux politiques criminelles, pourtant fondamentalement opposées, sont en définitive les mêmes!

Etant donné cependant que la pire de toutes les solutions envisageables serait de ne rien entreprendre afin de pallier aux problèmes engendrés par le surpeuplement carcéral, il est urgent de chercher d'autres «solutions» et d'en étudier les éventuels effets pervers. Pour notre part, nous pensons qu'il ne serait pas inopportun d'étudier les effets probables d'une éventuelle diminution générale de la longueur des peines, c'est-à-dire de l'abaissement du barème général des sanctions, ainsi que ceux de l'introduction du sursis partiel[19] dans les législations ne le connaissant pas.

BIBLIOGRAPHIE

BRODEUR J. P. (1985), «Réforme pénale et sentences: expériences nord-américaines», Déviance et Société, IX/3, pp. 165–200.

BURGSTALLER M. (1983), „Empirische Daten zum neuen Strafrecht", Österreichische Juristen Zeitung, 38, pp. 617–626.

COHEN J. (1983), "Incapacitation as a Strategy for Crime Control: Possibilities and Pitfalls", Crime and Justice; An annual Review of Research, University of Chicago Press, Volume 5, pp. 1–84.

van DINE S., CONRAD J. P., DINITZ S., (1979), Restraining the Wicked, The incapacitation of the dangerous criminal, Lexington Books, Lexington (Mass.)

18 En Suisse, 11% à 12% des sursis sont révoqués. Cf. Annuaire statistique de la Suisse.

19 Le sursis partiel est l'institution selon laquelle une peine peut être fractionnée en deux parties, soit en une peine ferme d'une part, et une peine avec sursis d'autre part. En d'autres termes, lorsqu'il est impossible d'économiser la totalité de la peine et de prononcer le sursis, mais que l'on peut encore espérer faire l'économie d'une partie de celle-ci, le fractionnement de la peine permet au juge d'échapper au dilemme du tout ou rien.

FELTES T. (1984), „Ist der Strafvollzug am Ende? Gedanken zum Zusammenhang zwischen Überbelegung im Vollzug und dem Ausbau des Behandlungsvollzugs", Zeitschrift für Strafvollzug und Straffälligenhilfe, 33/4, pp. 195–201.

GRAVEN P. (1970), «Quelques considérations sur le sursis», Revue internationale de criminologie et de police technique, XXIV/1, pp. 11–28.

HAAPANEN R. A. (1990), Selective Incapacitation and the Serious Offender, Springer-Verlag, New York.

KELK C. (1988), «La surpopulation des prisons aux Pays-Bas», Déviance et Société, XII/3, pp. 303–309.

KILLIAS M. (1987), „Überfüllte Gefängnisse – Was nun? Zur aktuellen Bedeutung der Forschungen über Gefangenenraten", Aktuelle Probleme des Straf- und Massnahmenvollzugs, Verlag Rüegger, Grüsch (CH), pp. 83–114.

KUHN A. (1989), «Les effets pervers des remèdes au surpeuplement carcéral: le cas de la Suisse», Revue internationale de criminologie et de police technique, XLII/2, pp. 196–207.

LANDREVILLE P. (1988), «La surpopulation des prisons: quelques considérations à partir de la situation canadienne», Déviance et Société, XII/3, pp. 291–296.

NORMANDEAU A. (1987), «Faut-il privatiser les prisons?», Revue internationale de criminologie et de police technique, XL/3, pp. 286–297.

OBERHEIM R. (1985a), Gefängnisüberfüllung: Ursachen, Folgen und Lösungsmöglichkeiten in der Bundesrepublik Deutschland mit einem internationalen Vergleich, Europäische Hochschulschriften II/475, Peter Lang.

OBERHEIM R. (1985b), „Gefängnisüberfüllung: Versuch einer Skizzierung von Begriff, Wesen, internationaler Verbreitung, Geschichte, aktueller Bestandsaufnahme, Folgen und Ursachen der Überbelegung im Strafvollzug", Zeitschrift für Strafvollzug und Straffälligenhilfe, 34/1, pp. 15–22.

OFFICE FÉDÉRAL DE LA STATISTIQUE, Les condamnations pénales en Suisse, Berne: Annuaire statistique de la Suisse, Editions Birkhäuser, Bâle; Statistique de la criminalité, Berne.

ROCHAT P.-E. (1978), «La division de la peine», Revue pénale suisse, 95/1, pp. 82–96.

ROLINSKI K. (1969), Die Prägnanztendenz im Strafurteil, Kriminologische Schriftenreihe 37, Hambourg.

RUTHERFORD A. (1988), «La surpopulation dans les prisons anglaises: étude de cas d'une stratégie qui a échoué», Déviance et Société, XII/3, pp. 297–302.

SCHULTZ H. (1987), Bericht und Vorentwurf zur Revision des Allgemeinen Teils und des Dritten Buches „Einführung und Anwendung des Gesetzes" des Schweizerischen Strafgesetzbuches, Editions Stämpfli & Cie AG, Berne.

SVENSSON B. (1987), «Punir modérément», Revue internationale de criminologie et de police technique, XL/2, pp. 183–196.

Schweiz.Z.Soziol./Rev.suisse sociol., 2 (1991) 325–341

MYTHE DE LA RÉVOLUTION TECHNOLOGIQUE ET DÉSENCHANTEMENT POSTMODERNE

Gilbert Larochelle
Département des sciences humaines,
Université du Québec à Chicoutimi, Canada

Le champ des sciences humaines est aujourd'hui confronté à l'éclatement des grands modèles théoriques d'explication de l'homme et de la société. Les connaissances que l'on regroupe à cette enseigne ne paraissent désormais plus aussi évidemment cumulatives que le suggérait l'optimisme des philosophes du XVIIIe siècle. Encore moins sont-elles consignables dans de vastes constructions intellectuelles capables d'assurer simultanément la cohérence logique de leurs articulations d'une part, et d'autre part, la fidélité aux objets matériels. La difficulté que l'on éprouve de nos jours à identifier ne serait-ce qu'une seule théorie globale et largement accréditée dans le monde intellectuel est, en elle-même, révélatrice de la déperdition des paradigmes dominants qui, hier encore, meublaient la réflexion scientifique.

Un des héritages peut-être les plus marquants de l'épistémologie contemporaine se situe dans le constat d'une flagrante irréductibilité de la condition humaine à tout discours, fût-il hégémonique. Le pluralisme et la polysémie actuelle des regards théoriques que l'on jette sur le monde ont de plus en plus tendance à briser l'ambition de révéler la singularité de l'univers. Certes, ils ont du plomb dans l'aile les systèmes à déterminismes globaux qui, avec le rationalisme en tête, prétendaient faire s'épuiser la réalité dans des causes uniques, universellement applicables dans le temps et dans l'espace, que les chercheurs devaient par la suite dévoiler coin par coin jusqu'à la communion à l'harmonie terminale de la totalité. A cet égard, il y a d'ores et déjà longtemps que l'on a commencé à mettre en doute le projet de constituer un savoir fondé sur un vis-à-vis identitaire entre les mots et les choses, entre l'état d'esprit et l'état du monde, entreprise qui confine à une sorte d'impossibilité foncière, notamment pour au moins deux raisons, sinon trois:

a) D'abord, parce que l'homme, objet des sciences humaines, s'avère un être hypothétique à qui rien n'échappe autant que sa propre nature. Nietzsche (1974) l'avait déjà entrevu et Michel Foucault (1969), faisant écho à ce questionnement nietzschéen, a annoncé la mort prochaine de l'homme comme un prolongement ontologique de celle de Dieu! Et dès lors, les sciences humaines perdaient leur objet, pour ainsi dire, avec l'évanescence du sujet.
b) Ensuite, parce que le milieu de l'homme, la nature, apparaît maintenant comme une sorte de magma confus sur lequel nous ne détenons que des demi-connaissances provisoires, historiques, sociales et approximatives, qui ne valent que dans l'attente de leur réfutation. Bref, la «réalité de la réalité» comme dirait Paul Watzlawick semble de plus en plus incertaine, inventée pour ainsi dire, reprenant, avec ce mot, le titre de son dernier ouvrage (Watzlawick, 1988). Georges Gusdorf (1974: II) a bien détecté la difficulté à laquelle se heurtent les sciences de l'homme: «Il faut renoncer», dit-il, «à l'espoir de retrouver jamais le dialogue premier et dernier d'un sujet absolu avec un objet absolu».
c) Non seulement l'homme et le milieu de l'homme font-ils problème, mais également leur être ensemble, c'est-à-dire la société elle-même, objet de la sociologie politique. A la suite de Castoriadis et de Baudrillard, Alain Touraine (1984: 22, 52) a montré que la sociologie ne peut plus se fonder désormais sur l'étude de la société, parce que celle-ci est une production idéologique de la modernité, laquelle avait identifié l'objet de la sociologie à la territorialité des espaces nationaux. Autrement dit, la sphère du scientifique n'a pas à recevoir du monde politique son objet disciplinaire.

1. L'idée de complexité sociale

La production des savoirs est donc affectée, dans ce contexte, par ce que plusieurs qualifient de «crise des sciences humaines», expression hyperbolique qui désigne peut-être finalement davantage leur condition d'existence qu'autre chose! Mais il ne faut pas oublier que la crise est toujours un moment de transition, avec ce que l'expression recèle de fécondité, de tension. A tout événement, cette situation n'est pas le lot du seul domaine du savoir. Car elle est, au surplus, homologuée dans l'espace des pouvoirs où les récits de légitimation souffrent d'un certain discrédit. Si la notion de postmodernité a quelque mérite, c'est bien celui, comme le constate Jean-François Lyotard (1979: 7), de signaler, en tout premier lieu, l'essoufflement des discours officiels de justification des structures sociales. Certes, l'acteur redécouvre la contingence, le particulier, et ne semble plus se laisser séduire par ce que Touraine (1984: 166) appelle justement les «garants méta-sociaux de l'ordre social», qu'ils soient les

lois de la nature, le sens de l'histoire, la Nation, Dieu ou quelque grand principe quelconque.

Dans ces deux sphères de l'activité humaine – le savoir et le pouvoir –, apparaît en conséquence, avec une acuité plus indéniable que jamais, l'idée de *complexité sociale*. Cette dernière doit tout l'intérêt qu'elle comporte à une sorte de négativité critique: à savoir, la possibilité d'indiquer l'opacité des perspectives cherchant à insérer, dans un ordre de rationalité, le flux incessant de la vie sociale qui, toujours, échappe à la lisibilité des explications hégémoniques et à l'encadrement des grands appareils de contrôle. Produit du scepticisme axiologique et du relativisme épistémologique, elle signifie en l'occurrence que l'être ensemble des hommes est beaucoup moins mécanique, beaucoup moins stable, beaucoup moins univoque, bref beaucoup moins simple qu'on l'avait cru pendant longtemps.

Peut-être pensera-t-on qu'un tel raisonnement constitue une invitation à célébrer les funérailles de la démarche scientifique, sinon à faire une nomenclature des impuissances du chercheur, réduisant ainsi l'activité scientifique à une «vanité des vanités» – pour reprendre le mot de l'Ecclésiaste. Il n'y a certainement pas lieu de mettre de l'huile sur le feu déjà bien nourri du nihilisme et encore moins, à l'autre extrémité, d'interpeller une quelconque réconciliation du chercheur avec son objet pour le consoler des échecs répétés de ses théories. Au contraire, l'idée de complexité sociale ressortit plus à un projet qu'à un rejet, plus à un trajet souhaitable qu'à une destination possible. Aussi, elle peut être symbolisée par ces logiques plurielles auxquelles le poète Tennessee William se réfère lorsqu'il écrit: «N'importe quoi pourrait être n'importe quoi et tout cela aurait autant de sens».

Toutefois, malgré le déclin des certitudes comme corollaire de certains acquis scientifiques, il n'en demeure pas moins que les théories et pratiques sociales contemporaines n'ont pas encore intégré les tenants et aboutissants de l'idée de complexité ou – pour utiliser l'expression consacrée du physicien Heisenberg – du principe d'incertitude. On peut effectivement se poser la question suivante: pourquoi les sciences humaines tardent-elles encore tant à intégrer les conclusions du relativisme dont Einstein fut le théoricien-prototype? La réponse milite tout autant pour la pluralité, pour le relativisme que l'interrogation dont elle découle. Mais, parmi la multiplicité des facteurs que l'on peut identifier, la disparition du sujet absolu semble avoir été remplacée par la renaissance de l'objet absolu. En cette époque d'apothéose de la civilisation technicienne occidentale, le savoir sur la technique est en train de recycler – du moins faut-il le postuler ici – les grandes interrogations métaphysiques des siècles précédents. Et il en résulte une nouvelle forme d'anthropomorphisme qui, hier investi dans la divinité, resurgit dans un autre ordre d'inscription

ontologique, sans pour autant entamer à la baisse l'effet de sacralisation. Certes, la technique, à l'heure actuelle, sert de point d'ancrage à la transposition de la croyance judéo-chrétienne en une nature parfaitement ordonnée selon un Plan pré-existant à la compréhension des hommes. La fusion de l'outil au monde sensible, non seulement se substitue à la nature comme référent ultime, mais devient ce que Gilbert Durand appelle l'*axis mundi* de l'univers sur lequel repose la promesse d'une nouvelle «Cité de Dieu», industrielle et terrestre. Dans cette perspective, la notion de «révolution technologique» permet de reconstituer la marche de l'*homo faber* dans un parcours évolutionniste scandé tantôt par la révolution industrielle, tantôt par la révolution microélectronique comme autant de preuves de la visibilité de son devenir.

A l'encontre de cette stratégie d'objectivation d'un sens de l'histoire, d'assignation de finalités à des agrégats matériels, il convient de retenir les quelques idées suivantes qui peuvent constituer les propositions générales du présent propos:

a) La notion de révolution technologique n'existe pas dans la réalité, si ce n'est comme désignation réificatrice d'objets absolus; elle n'est donc pas une catégorie heuristique, mais une catégorie idéologique.
b) Cette notion, loin de permettre une configuration du lien social dans la réalité des objets absolus, l'inscrit plutôt dans le registre abstrait d'un modèle, d'un imaginaire.
c) L'utilisation de la notion de révolution technologique pour configurer le lien social débouche invariablement sur une pratique de régulation de la conduite d'autrui.

Ainsi, la notion de révolution technologique semble procéder, à première vue, d'une stratégie de réallocation des croyances sur le devenir des choses. Bien qu'utilisée de façon métaphorique – sa sphère d'emprunt étant celle de l'astronomie –, elle ressortit au même ordre d'interpellation que la notion de «révolution politique» en ce qu'elle comporte un prométhéisme social, l'invitation à assumer, de manière radicale, la prise en charge du devenir. En ce sens, elle est un avatar de la modernité et de la tentative dont elle découle de rationalisation par la Raison, par l'État et par une socialité structurée à l'image même de la technique – devenant de plus en plus, de nos jours, le bras séculier de la science. Les vocables révolution politique et révolution technologique constituent des équivalents fonctionnels dans la symbolique de la modernité. Toutefois, la mise à jour des fondements sémantiques de cette métaphore, érigée en catégorie analytique disposant d'une sorte de droit de cité intellectuelle, requiert le rappel, à la manière d'une ligne de faîte, des conditions d'émergence de la technique comme attribut privilégié du monde moderne.

2. La révolution technologique dans le paysage idéologique de la modernité

A l'aube de la renaissance européenne, l'avènement de la modernité survient à travers un cortège de changements profonds qui bouleversent significativement les conceptions du monde et préparent l'Occident à l'accueil triomphal de la technique. De Copernic à Galilée, le rêve de congédier la transcendance s'incarne dans le rapatriement de la légitimité scientifique, des cieux inaccessibles à l'ordre contingent d'une nature désormais privée de la caution divine. Relayé par Bacon et Descartes, ce mouvement s'appuie sur un renversement de la Raison théorique par la Raison pratique: la fascination qu'exercent alors la méthode expérimentale et la volonté d'en généraliser l'application pour quantifier le temps, pour géométriser un espace excentré par les découvertes en astronomie, pour comptabiliser les lois de la nature, sont autant de signes indiquant qu'un idéal d'objectivité s'installe dans la lecture du monde. Alliant la recherche de la précision par la mesure, de la description par l'expérimentation et de la persuasion par la démonstration à la quête de l'universalité, ces nouvelles orientations consacrent, comme l'a montré Alexandre Koyré (1973), le passage «du monde clos à l'univers infini».

Cette volonté d'assigner l'univers à résidence dans la plénitude du concret, sans puissance tutélaire aucune, a aussi comme corollaire logique de mettre la nature en disponibilité pour le projet humain de sa transformation. A l'impératif cartésien (Descartes, 1961) suivant lequel l'homme doit «se rendre maître et possesseur de la nature», la Raison pratique n'officie à ce mot d'ordre que pour devenir conquérante à travers le support matériel de la technique qui en garantit le déploiement opératoire. La croyance en la capacité de l'homme de réorganiser son environnement, de le soumettre à sa guise, s'impose comme le mythe fondateur de la modernité. L'attrait que cette dernière exerce est, en outre, largement redevable de l'assimilation de la Raison et de l'outil comme champs réciproquement coextensifs. Dominique Janicaud (1984) a bien montré que l'émerveillement devant les découvertes de la fonctionnalité technique comme traduction de la Raison s'érige à cette époque au rang d'un paradigme incontournable.

La mise en jeu du sens de la technique ne s'effectue pas, dans ce contexte, à l'abri d'une sorte de faustianisme qui exhibe une nature hostile, mais finalement domptable par l'homme et ses instruments prométhéens. Déjà, à la charnière du XVIe et du XVIIe siècle, les descriptions idéalisées de Thomas More (1982), de Tommaso Campanella (1972) et de Francis Bacon (1983) avaient préparé les mentalités à l'image d'une société mécanisée, rythmée à la façon des cliquetis d'une machine. Ce schéma, les philosophes des XVIIe et XVIIIe siècles ne

manqueront pas de le transposer dans leur perception leibnietzienne du monde comme mathématique universelle. En somme, depuis Copernic, la mutation épistémologique qui contient en germe la désignation de la technique comme objet absolu et, indirectement, l'industrialisme du XIXe siècle, n'aurait pu trouver sa concrétisation sociale sans cette vaste entreprise de conditionnement des esprits. Car la «révolution technologique» dépendra d'une reconfiguration préalable d'un nouveau rapport à la divinité, lequel place – ensuite – les hommes en situation de réception, sinon de sacralisation de la science dont les applications utilitaires ne feront avancer l'histoire qu'en faisant reculer l'obstacle de la nature.

La Raison, conquérante parce que tournée sur l'expérimentation, trouvera avec les monuments intellectuels d'Hegel, de Nietzsche et de Marx des défenseurs involontairement complices dans l'aménagement des croyances sur la technique. Alors que Saint-Simon et Comte s'affairent, en aval, à définir une politique de grands travaux pour l'Occident, voire à élever leur ingénierie sociale jusqu'à l'apothéose d'un culte religieux, Hegel tente, en amont, de porter la philosophie dans ses derniers retranchements logiques en épuisant la transcendance. Sa démarche intellectuelle se révèle virtuellement favorable à une sorte de «révolution technologique», en tant qu'elle cherche à traduire les exigences pratiques de la Raison, bref l'union entre la connaissance et l'action. A la croisée du réel et du rationnel, la technique vient donc offrir virtuellement la preuve ontologique de la marche triomphale de l'histoire. Affranchi du doublage discursif de la philosophie par l'effet d'un sublime épanouissement, l'absolu de la Raison culmine obligatoirement sur la mise en exergue de la technique comme objet absolu.

Selon Heidegger, Hegel rejoint sur cet aspect la démarche nietzschéenne qui consiste à «surmonter la métaphysique». Qui autant que Nietzsche a rêvé d'épuiser l'absence? D'un côté, l'auteur de *La généalogie de la morale* s'applique à mettre en évidence la futilité de la philosophie comme projet de représentation du monde: pareil mensonge, un élan aussi stérile, ne peut être dépassé que par son annihilation. D'un autre côté, si le relativisme absolu des valeurs débouche sur le nihilisme, seule la réalité immédiate et son devenir chaotique importent! Or, cette perspective est indirectement propice à la constitution de la technique comme objet absolu, car avec la mort de la subjectivité que Dieu symbolisait par excellence, le sujet est expulsé de son histoire. Dès lors s'amorce, par-delà le creuset du chaos, la longue reconquête de l'homme – sinon d'un surhomme – dont la volonté de puissance s'adapte à merveille au faustianisme industriel des XIXe et XXe siècles et à la promesse de l'Age d'Or qu'il emporte comme communion véritable au monde sensible.

Marx, plus que tout autre philosophe, objective à son tour l'idée de «révolution technologique» qu'il admire sans borne et l'érige, par surcroît, en une précondition de la révolution politique qu'il appelle de ses voeux. Car, chez lui, le niveau d'évolution des forces productives à la primauté épistémologique desquelles la technique participe détermine des formes sociales caractéristiques: «Au moulin à eau», écrit Marx, «correspond la société féodale et au moulin à vapeur, la société bourgeoise». Lénine perpétuera ce culte de la technique élevée au rang d'un *deus ex machina* en lançant: «Le communisme, c'est l'électricité plus le pouvoir des Soviets». Du même coup, la technique, croit-on, épuise le social, le configure et lui donne sa vérité. Perçue comme une application de la Raison, elle se veut garante de ce qu'on appellera le «socialisme scientifique». A travers la théorie du matérialisme historique, elle devient porteuse d'une promesse, voire d'une responsabilité dans le destin des êtres humains. L'histoire ne présente plus alors que des variations formelles de la technicité des objets et de leur usage social. Le sujet est expulsé du devenir-monde de cette force productive: «La roue de l'histoire», ajoute Marx, «écrase ceux qui la mettent en mouvement».

Kostas Axelos (1969) soutient que la position marxienne oscille entre «un positivisme et un romantisme passionné». La contradiction qu'il y relève, à juste titre il me semble, réside dans le double langage d'une détermination *sui generis* de la technique d'une part, et dans l'invitation faite à l'homme de surmonter son aliénation pour guider «la roue de l'histoire» d'autre part. Certes, chez Marx, jamais la machine en elle-même ne fait problème, mais seulement l'orientation que lui donne le capitalisme. Trotsky (1963) dira que le taylorisme est mauvais dans un usage capitaliste, mais acceptable dans un cadre socialiste. C'est admettre, par le fait même, que le raisonnement reste foncièrement dans la finalité et que la technique est parfaitement incapable en elle-même de déterminer la forme sociale de son utilisation.

Cette perspective sur la technique n'est l'apanage ni des philosophes allemands, ni d'un XIXe siècle en exubérance d'optimisme. En France, après la Seconde Guerre mondiale, Jacques Ellul non seulement découvre la remarquable puissance de la fonctionnalité technique, mais il la célèbre. «Enjeu du siècle», elle constitue, pour lui, la pierre angulaire du monde moderne. Contraignante, elle l'est, certes, par sa capacité à infléchir l'action sociale: «La vérité», écrit Ellul (1977), «est incluse dans la science, et la vérité de la praxis, c'est la technique purement et simplement». Bien que se situant, au plan idéologique, en diamétrale opposition à la pensée marxiste, sa position n'en reconduit pas moins – curieusement – le même postulat fondamental: celui de voir dans la technique le facteur déterminant de la société contemporaine. Libératrice, elle s'en révèle également susceptible par la possibilité qu'elle

comporte, chez lui, de remodeler constamment la conduite humaine en fonction d'une rationalité sans cesse accrue. A cet égard, il partage avec Emmanuel Mounier l'identification du progrès humain au progrès technique.

Tout à l'opposé de son contemporain Heidegger, qui dénonce l'agression faite à la nature et dont la figure de l'«arraisonnement» sert de paradigme descriptif, Ellul va plutôt postuler qu'une conjonction est en train de s'instaurer entre le monde symbolique des êtres humains et le milieu physique par le truchement de ses instruments prométhéens. Érigée en un véritable système auto-référentiel que consacre l'interdépendance de ses parties, la technique comporte sa propre légitimité intrinsèque. Elle est devenue, selon lui, un réseau absolu d'objets qui dispense le sacré, mais sans que la justification de ce dernier ne soit empruntée à des puissance mystérieuses. Cette sorte de réconciliation entre le sens et l'objet, entre le culturel et le naturel – telle qu'exposée dans Ellul (1973) –, fait de la technique une «symbolique réelle»! Pareille apothéose – que salue Gilbert Hottois (1984) – mérite d'ailleurs un traitement à sa juste valeur: il y a plus de vingt ans, Ellul (1969) avait lancé un appel à la révolution technologique comme «mutation», dit-il, «de notre cerveau et compréhension du monde», seule solution d'échange aux illusions de la révolution culturelle et politique.

Cette mutation des cerveaux, la tant admirée révolution microélectronique des années quatre-vingt en offre, du moins pour plusieurs auteurs, tous les signes d'une réalisation imminente. Alors que la révolution industrielle aurait entraîné, selon la lecture qu'en fait André Leroi-Gourhan (1943), un prolongement de l'énergie musculaire du corps humain avec le machinisme – processus observable dès l'Antiquité avec la fabrication de la lance et de la pierre –, nombreux sont les auteurs qui soutiennent que la révolution informatique en cours réaliserait maintenant l'extériorisation du versant intellectuel des humains. Que l'on pense aux ouvrages, du côté anglophone, de Zbigniew Brzezinski, de Tom Forester et d'Adam Schaff. C'est également à cette conclusion qu'invite un ouvrage collectif publié 1980 sous l'égide du Club de Rome et cherchant à évaluer l'impact socio-économique de la microélectronique. Dans cette optique, la révolution industrielle ayant consacré l'aboutissement d'un lent mais décisif processus de remplacement de la main laborieuse par la machine, elle-même construite par analogie à l'organisme humain, la microélectronique extérioriserait maintenant le versant intellectuel de l'homme.

A deux siècles de distance, l'humain s'objective, c'est-à-dire qu'il se transpose et se recompose extra-corporellement dans un système d'objets singulier: Gilbert Simondon (1969) dit à cet égard que la machine est un «geste humain déposé». Pareille évidence s'appuie sur un double mouvement: matériel d'abord, puis spirituel ensuite. Deux soit-disant révolutions, mais un même anthropomorphisme

qui transpire jusque dans le vocabulaire quotidien de désignation des objets: ne parlons-nous pas aujourd'hui de «générations» d'ordinateurs, de leur «mémoire» et de leur «intelligence» artificielle? Avec, bien sûr, une forme sociale caractéristique qui finalise la technique sur ce que Jean-Jacques Wunenburger (1979) appelle un «syndrome de la félicité», lequel passe par l'évocation d'une société ludique et festive, affranchie grâce à la microélectronique des tâches fastidieuses, et dont le rayonnement marquera le haut lieu du progrès humain. S'y trouve évoquée une société sans frontières, une société élargie jusqu'à la mondialité, précisément parce que la révolution microélectronique défait, en une suprême révolution politique, les barrières juridiques des souverainetés modernes. S'opère ainsi la rencontre des absolus pascaliens entre l'infiniment petit et l'infiniment grand, entre la microélectronique et la macrocivilisation universelle, entre les silicon chips et le village global, bref entre le «silico sapiens» et l'homo universalis. Tout se passe comme si plus petite la technique, plus grand le lien social qui supposément en émerge. Resurgit alors l'antique rêve hédoniste du bonheur dans une société regénérée où l'*homo faber* réalise censément la victoire sublime de sa qualité dont Marx lui-même présumait en décrivant l'homme comme un "tool making animal".

3. Révolution technologique et lien social: l'éclatement de la symétrie

En interrogeant le réductionnisme technique dont l'Occident fait preuve dans l'aventure de la modernité, il faut rappeler, avec Miquel et Ménard (1988), le fameux mot de Lamartine: «Objets inanimés, avez-vous donc une âme?». Si l'animisme consiste à prêter aux objets une âme, sinon une volonté humaine, force est de reconnaître que le rapport moderne à la technique, par certains aspects, s'y inscrit de plein fouet. Le philosophe Alain disait que le dieu, c'est l'esprit dans la chose. Voir l'esprit dans la chose, c'est effectivement l'axe pivotal du mythe et, singulièrement, du mythe de la révolution technologique qui, de la Renaissance à nos jours, s'édifie dans la foulée du congédiement de Dieu. Une telle perception permet, en outre, de restreindre le monde des objets à un système de sens univoque et indépendant des «états d'âme» «humains, trop humains» comme dirait Nietzsche justement: c'est là ce que Miquel et Ménard (1988) appellent les «ruses de la technique» dans leur livre du même nom. L'esprit dans la chose, c'est aussi, par voie de conséquence, la plus sûre manière d'escamoter la complexité sociale et la nécessaire prise en compte du pluralisme interprétatif qu'elle requiert.

Dès lors, il serait tentant de faire sacrilège à l'évidence d'une conception hiérarchique des sociétés en affirmant qu'il existe de troublantes homologies

structurelles de fonctionnement entre ces primitives tribus qui, dans des ailleurs spatialement ou temporellement lointains, entretiennent ces pratiques sociales animistes et l'Occident dont le destin est quotidiennement exhibé dans la matérialité des choses. Comme le remarque Pierre Francastel (1983): «Il n'y a pas moins d'arbitraire, pourtant, à s'imaginer que les assemblages d'objets et les conduites humaines reflètent autant les commodités et les intentions de la nature que celles du démiurge». Bien sûr, entre le silex et le silicon, il y a des irréductibilités, c'est-à-dire une différence substantielle dans l'élaboration et le raffinement de la médiation instrumentale comme telle. Mais, il n'y a jamais de lien *nécessaire* entre l'outil et les formes sociales de son application, encore moins de «révolution» susceptible de marquer décisivement le déroulement de l'histoire par la seule vertu d'une innovation, fût-elle techniquement remarquable.

La pseudo-symétrie des sphères du technique et du social ne peut jamais être attestée historiquement ni par l'apparente fulgurance d'une découverte, ni par ses répercussions. Pas plus qu'il n'y a de génération spontanée en biologie, les objets ne constituent nullement des créations *ex nihilo* surgissant sur le mode révolutionnaire d'un renversement complet. A l'instar du social, ils n'évoluent guère par bonds, par stades, mais plutôt par tâtonnements indécis dont la recension révèle à chaque moment un devenir ouvert et virtuellement disponible à l'investissement d'une pluralité de sens. Francastel en fournit un bon exemple lorsqu'il écrit à propos du violon: «Il a fallu près de trois cents ans pour savoir ce qu'il devait être et, pendant ce temps, on a fabriqué des instruments variés, comme on a produit des oeuvres imparfaites du point de vue théorique, mais parfaitement valables du point de vue esthétique. Combien a-t-il fallu de violes, de contre-violes, de violes d'amour et de gambes pour arriver à concevoir un violon! (...) on ne peut pas dire qu'on puisse concevoir d'avance le type d'instrument qui correspondra à un système nouveau de signification. (...) au moment où l'instrument est parfait», poursuit Francastel, «il disparaît».

Bertrand Gille (1978) note également qu'il y a toujours eu «progrès» des techniques au sens où des perfectionnements leur furent constamment apportés. Toutefois, le raccordement de ces perfectionnements au «progrès social» s'inscrit dans ce que Gurvitch appelait des «oeuvres de civilisation» qui, elles, sont invariablement redevables de constructions imaginaires par lesquelles les êtres humains catégorisent leurs objets en les convoquant dans un univers de sens. Car le changement technique est en lui-même parfaitement insignifiant. Même ce que l'on nomme les inventions n'a rigoureusement aucune importance: seuls les usages sociaux de ces découvertes, à savoir les finalités attribuées aux objets ont pertinence, puisqu'elles permettent de décréter *a posteriori* la valeur sociale de telle ou telle technique. Par exemple, Lewis Mumford (1950) écrit que les principales techniques ayant contribué à façonner l'Occident existaient

déjà dans d'autres cultures: le papier, la poudre à canon, le pendule, les mathématiques, la chimie, etc. Mais, la récupération de ces moyens techniques ne s'est effectuée en Europe qu'à travers leur mise en demeure dans un système de sens. Et, de là, put apparaître la découverte d'un usage spécifique à partir duquel ils ont acquis une importance sociale. La poudre à canon en Chine, c'est l'instrument d'un désir de flamboyance qui pouvait s'accomplir dans des feux d'artifice. En Occident, c'est la redoutable puissance des premiers canons qui, dès 1492, permit aux Espagnols de repousser les Maures. Une même invention diamétralement opposée dans les usages sociaux auxquels elle donna lieu, mais dont la portée sociale dépend de la cosmovision que les êtres humains y greffent. Qu'aurait été le papier sans l'imprimerie de Gutenberg qui facilita une diffusion élargie de la Bible et la possibilité d'une popularisation de son contenu?

En somme, les inventions techniques ne peuvent en elles-mêmes révolutionner le social, puisque c'est au niveau de ce dernier que se joue leur devenir. Combien de découvertes dans l'histoire ont été techniquement très sophistiquées mais oubliées parce que les hommes ne leur ont pas trouvé un mode d'emploi socialement acceptable? Mumford laisse croire – à tort il me semble – que le sens fait nécessairement partie d'une technique. Raisonnement qui revient à imputer à la matière une rationalité, univoque au surplus, bref à ramener la pluralité virtuelle des perpectives à l'unité universelle de l'ordre de monde. Encore une fois, l'origine, technique en l'occurrence, devient le versant matériel d'un «mythe fondateur» qui, par la seule vertu de sa pseudo-symétrie au social, peut à tout moment servir de caution au «mythe des peuples fondateurs»! La technique n'est donc pas ontologiquement investie d'un droit sacré à disposer d'elle-même. Dans son ouvrage, Oswald Spengler (1969) remarque qu'elle ne saurait être «finalisable» sur l'homme, puisqu'elle ne constitue pas une spécificité humaine: plusieurs espèces animales déploient aussi des instruments comme médiation de leur activité dans l'environnement. Le mode d'utilisation est, selon lui, l'unique facteur de différenciation du bipède à ce chapitre. Et il permet à ce dernier de relever sa «condamnation au sens» – comme disait Merleau-Ponty – en insérant le monde des objets dans un réseau de croyances sur le devenir des choses.

A cet égard, la «révolution industrielle» demeure le parangon de tous les mythes fondateurs de la révolution technologique. Même si personne ne peut arriver à en dater l'origine autrement que par des allusions évocatrices fluctuant entre 1750 et 1850, elle ne relève pas en elle-même de ce que l'on peut appeler un événement, mais plutôt de l'idée que l'on décide de s'en faire. Elle n'a pas d'existence propre en dehors des critères que l'observateur décide de choisir pour décréter significatifs les faits qu'il découpe et les relations qu'il sélectionne

avec d'autres faits en vue de les rendre «révolutionnaires». Le célèbre engin de monsieur Watt dont l'usage industriel débute autour de 1785 est tout autant, sinon davantage, déterminé que déterminant: la nouvelle conception de la nature, le désir de rationalisation de l'activité humaine, la division sociale du travail, l'utilitarisme entourant la perception des connaissances scientifiques furent des préalables essentiels sans lesquels le machinisme serait demeuré une alchimie d'ingénieur. Et à leur tour, ces mêmes conditions d'émergence de la dite technique dépendent d'un processus pluri-séculaire qui se manifeste par l'essor des villes, par la mise sur pied des fabriques, par l'avènement d'une classe marchande, par le commerce et quoi d'autre encore. Les déterminants sociaux ultimes se perdent toujours dans la nuit des temps!

Si l'on se fie à Maurice Daumas (1962), la révolution industrielle se déroulerait sur un long parcours qui irait des moulins à vents que Voltaire admirait tant aux premiers métiers à tisser mécaniques. Si l'on s'en remet à Jean Gimpel, elle se manifesterait dans la transformation de procédés artisanaux en un véritable réseau technique permettant une exploitation systématique de la nature. Et ce phénomène se serait produit dès le Moyen-Age; par exemple, ce que l'on appelle aujourd'hui l'Angleterre disposait de plus de 6,000 moulins à eau au tournant de l'an mille. Ainsi, Gimpel (1975) a écrit un livre audacieusement intitulé: *La révolution industrielle au Moyen-Age*.

Le choix des critères constitue néanmoins la véritable révolution qui spécifie la désignation des objets absolus. Cette opération ne peut s'effectuer qu'à travers l'incontournable médiation d'un modèle social qui, délimitant les critères à prescrire et à proscrire, ressortit au fond à une vue de l'esprit foncièrement redevable d'un imaginaire. La pseudo-révolution industrielle est tout autant, sinon davantage, l'expression d'un symbolisme inédit que celle d'une réalité élue par des acteurs intellectuellement disponibles, voire prédisposés à y lire l'expression d'un nouvel *épistémè*. Et parce que foncièrement symbolique, elle ne résiste pas à l'expérimentation empirique, fusionnant en un amalgame métaphorique des domaines *a priori* distincts, des éléments disparates, des contextes différenciés, des choses et des non-choses, des objets (techniques) et des finalités (sociales). Analyser intellectuellement la notion de révolution technologique, c'est montrer comment des acteurs s'y prennent pour tenter d'interpeller l'objet technique afin d'y découvrir, dans un rapport de similitude imaginaire, l'improbable lien social qui puisse confirmer l'unité entre le monde humain et la matière, ainsi magiquement réconciliés. La productivité symbolique de la technique en fait ainsi aujourd'hui un domaine-carrefour des valeurs de la modernité – comme l'a montré Max Weber (1967).

Au-delà de la dimension symbolique, tout changement, pour se faire accepter socialement, doit être présenté comme l'émanation d'une volonté indépendante des hommes. De nos jours, la plupart d'entre eux sont exhibés comme une conséquence inévitable du progrès technique. Cette croyance n'est pas sans procurer une indéniable rentabilité sociale aux élites dans leur effort de dissimulation de leurs choix politiques et de façonnement des croyances collectives. A cet égard, Jacques Zylberberg (1986) écrit: «Toute croyance, toute oeuvre de civilisation doit nécessairement s'inscrire dans les balises placées par les élites de ces systèmes (centraux), pour pouvoir accéder à l'histoire et à la légitimité institutionnelle, voire tout simplement à l'opinion publique». Toute révolution, fût-elle supposément technologique, peut être comprise, dans cette veine, comme une concrétisation singulière de nouvelles relations entre des forces sociales par lesquelles se définissent une cohésion structurelle entre les acteurs, une stratégie de reproduction des normes socialement admises et une pratique de régulation de la conduite d'autrui. Par exemple, l'usage de la pseudo-révolution microélectronique en cette décennie par les élites conservatrices au pouvoir ne procède-t-elle pas d'une ambition sous-jacente de refondre globalement un échiquier social passablement ébranlé par la crise?

Toute révolution technologique exprime non un lien social caractéristique comme le pensent les modernes, mais une sorte de modèle (imaginaire) dont l'efficacité sociale «révèle en voilant et voile en révélant» comme disait Gurvitch au sujet du symbole. Car on ne récolte pas le sens du monde comme un fruit mûr qui attendrait d'être cueilli. Que l'on ait renoncé au Grand Sens de l'histoire, à la Raison capable d'amener le social à raison, c'est-à-dire à elle-même, ne veut pas dire que l'on puisse se dispenser de recourir à l'imaginaire par lequel les choses prennent sens. La localité culturelle et sociale au sein de laquelle la notion de révolution technologique acquiert une pertinence sociale paraît plutôt tributaire de ce que Franco Ferraroti (1984) appelle la «combinaison d'amiante» d'un référentiel. Que les théoriciens de la postmodernité s'affairent actuellement à secouer la torpeur du monisme des interprétations caractéristiques de la modernité ne veut pas dire pour autant que la chute des idéaux contemporains doive être lue comme le signe de leur disparition. A cet égard, il faut toutefois constater que les modernistes et les postmodernistes reconduisent le même statut positiviste de la technique, dans les deux cas réifiée, substantifiée dans une choséité sans partage. Car, l'effritement des corpus normatifs constituant le monde moderne conforte davantage qu'entrave la potentialisation de la technique comme objet absolu.

4. Conclusion: le désenchantement postmoderne et l'invariance du statut de la technique

L'esprit de la modernité s'est donc objectivé dans un rapport toujours singulier entre une forme sociale particulière et un mode d'instrumentation caractéristique: le social et le technique ont été interprétés comme ayant partie liée dans une complicité que les auteurs, qu'ils soient de gauche ou de droite, reconduisent comme allant de soi. L'épopée moderne exhibe ainsi une raison théorique qui ne s'associe à l'histoire humaine que pour mieux s'admirer. Le social lui sert de miroir et la technique en prouve l'efficacité: l'équivalence présumée entre ces deux ordres de phénomènes vient garantir la validité de la représentation par l'identité entre le signifiant et le signifié. Que la Raison ait été sublimée dans les objets ne constitue nullement le contraire de l'idéalisme, mais son indispensable complément. Au plan philosophique, l'idéalisme allemand, de Hegel jusqu'à Nietzsche, s'est construit autour de l'espoir de faire se réfléchir l'unité de la connaissance et celle des choses. Le désir de surmonter la diversité des apparences allait conduire, un jour, au terme du déploiement rationnel, à une meilleure compréhension de l'homme, de la nature et de la société. La Révolution française – modèle allégorique de désignation de toutes les révolutions technologiques – est venue lui ajouter un projet d'émancipation de grande envergure: la science devait y être la maîtresse d'oeuvre dans la libération de l'humanité.

Au plan sociologique, l'âge industriel a fait de l'homme le miroir de sa production dans la mesure où sa valeur d'échange dans la société n'est devenue que l'objectivation de son travail, de ses instruments, bref de sa valeur d'usage. La technique comme signe y exerçait une fonction référentielle de qualification, mais aussi de réduction de l'univers social. Elle fut perçue comme une extension de la main humaine, ouvrière de la Raison, rassemblant les objets dans le marché, les sujets dans la nation. Les oppositions idéologiques ne font que nuancer les voies de réalisation du sens de l'histoire. Tout ceci paint une image exaltante de la modernité qui s'esquisse dans cet arrachement héroïque au local et à l'archaïque pour atteindre l'horizon transparent de l'universalité et l'harmonie de son consensus.

Les postulats qui supportaient cette représentation ne sont plus pris pour une évidence de nos jours. Le vocable postmodernité sert à désigner cette rupture. Tout au plus, peut-on y voir une commodité didactique à usage restreint, un «mode d'interrogation» (Calinescu, 1985) des objets sociaux qui mérite d'être considéré plutôt avec circonspection qu'avec une prétention heuristique. Et la fissure ainsi opérée semble s'agrandir constamment dans la foulée des préoccupations suivantes qui servent de programme intellectuel: a) critique du

réalisme épistémologique, c'est-à-dire de l'expérimentation comme unique inducteur du savoir qui s'est édifié sur le congédiement des dieux; b) refus du réductionnisme pour faire place à l'idée de complexité et à l'acceptation du désordre; c) renonciation à la totalité dans le champ des connaissances autant que dans celui du domaine des représentations sociales; d) reconnaissance de la quotidienneté plutôt que la seule valorisation de l'esprit révolutionnaire de l'*Aufklärung*, quelle qu'en soit la sphère d'application. Ces nouvelles orientations ont pour conséquence de désarticuler la raison à la science.

De manière parallèle, sinon consécutive à l'éclatement des fondements normatifs du projet moderne, les liens sociaux contemporains semblent perdre leur principe d'unité, voire d'unification de ses membres. Les déterminismes de l'action sociale – Progrès, Science, etc. – ne cadrent plus avec la logique effective d'interpellation de la grande communauté objectivant l'Esprit Absolu dans les structures de l'État-Nation. Plusieurs auteurs s'accordent en effet pour dire, après Hannah Arendt, que les pratiques sociales sont plus que jamais dispersées en une multitude d'expériences diverses qui ne se laissent plus intégrer par l'identification à des thèmes qui les dépassent. Dans cette veine, Lyotard signale que l'heure est aux déterminismes locaux et le sociologue Maffesoli recourt, pour sa part, au concept de «néo-tribalisme» pour décrire les formes de la vie sociale.

Eu égard à ce déclin des grandes aspirations, fussent-elles inspirées par le libéralisme ou le marxisme, quels critères restent-t-ils pour donner un sens à l'action humaine? Le grand paradoxe de l'heure, c'est que, en dépit de la «chute des récits», la technique conserve la même puissance effective de potentialisation de la rationalité, la même force d'accomplissement d'un *fatum* dont elle serait, désormais, la seule incarnation. Elle seule peut dorénavant offrir l'équivalent fonctionnel d'une référence, puisque plus rien ne subsiste, selon Lyotard, pour juger de ce qui est vrai et de ce qui est faux. Devant le scepticisme ambiant, du moins tel que véhiculé par les théoriciens du désenchantement postmoderne, il n'y aurait lieu et place que pour la retention d'une pragmatique du sens où la technique, bien que débarrassée de la visée eschatologique moderne, n'en continuerait pas moins sa course, sans autre finalité que la sienne. La ruine de la philosophie, notamment de ses fonctions spéculative et émancipatrice, libérerait la technique de toute contrainte culturelle, de telle sorte que le seul critère admis aujourd'hui serait celui de la performativité. Heidegger et Ellul, bien que leur pensée respective soit située à des kilomètres de distance idéologique, proposèrent tous deux cette idée, bien avant Lyotard (1979), que la technique constitue un inducteur nouveau qui, se suffisant à lui-même, se substitue non seulement aux récits, mais à la politique (Janicaud, 1984). Les prémisses des Lumières vacillent, mais leurs conséquences perdurent

dans l'objectivation technologique: telle est aussi l'argumentation du philosophe allemand Arnold Gehlen (Habermas, 1987).

Dans ce contexte, le statut de la technique, voire des «révolutions technologiques», ne change nullement, puisque c'est toujours la même catégorie idéologique qui survit à son désarrimage avec les fables sociales dont les cultures sont des produits. Or, c'est précisément parce que la technique se fait oublier comme fiction, comme modèle culturel occidental, qu'elle dispose d'un singulier pouvoir de légitimation pour structurer l'histoire et l'opinion publique. Le projet moderne suggère qu'elle est une «pure réalité», alors que son existence a toujours été fondée sur des critères ultimes qui, en dernier ressort, sont intersubjectifs.

En somme, l'entrée en désuétude de la notion de «révolution politique» comme prise en charge radicale de l'avenir ne semble pas avoir encore sonné le glas de son équivalent dans la sphère de la technique. Sans prétendre avoir fait un traitement analytique exhaustif de la notion de révolution technologique, il n'en demeure pas moins que son histoire est située socialement et historiquement, de même que son usage comporte des intérêts sociaux en jeu. La charge d'absolu qu'elle comporte ne s'impose pas dans l'horizontalité de la société. Que cet absolu provienne de la métaphysique ou de la physique, de l'alchimie ou de la chimie, de l'objet ou du sujet, ne change rien à l'effet légitimateur qu'il entraîne. L'attrait de l'idée de complexité n'est-il pas de permettre de tromper la séduction du simple pour montrer que la réduction au sens unique n'est jamais politiquement neutre?

BIBLIOGRAPHIE

AXELOS Kostas (1969), *Marx, penseur de la technique*, Paris, Minuit.

BACON Francis (1983), *La nouvelle Atlantide*, Paris, Payot.

BERTING J., MILLS S. C. et WINTERSBERGER H. (sous la direction de) (1980), *The Socio-economic Impact of Microelectronics*, New York, Pergamon Press.

CALINESCU Matei (1985), "Postmodernism and Some Paradoxes of Peridiozation" in *Approaching Postmodernism* (sous la direction de Douwe Fokkema & Hans Bertens), Amsterdam-Philadelphia, John Benjamins Publishing Company, pp. 239–254.

CAMPANELLA Thomasso (1972), *La Cité du soleil*, Paris, Droz.

DAUMAS Maurice (1962), *L'histoire générale des techniques*, Paris, P. U. F.

DESCARTES René (1961), *Discours de la méthode*, Paris, Vrin.

ELLUL Jacques (1990), *La technique ou l'enjeu du siècle*, Paris, Economica.

ELLUL Jacques (1977), *Le système technicien*, Paris, Calmann-Lévy.

ELLUL Jacques (1973), *Les nouveaux possédés*, Paris, Fayard.

ELLUL Jacques (1969), *Autopsie de la révolution*, Paris, Calmann-Lévy.

FERRAROTI Franco (1984), *Une théologie pour athées*, Paris, Méridiens.

FRANCASTEL Pierre (1983), *L'image, la vision et l'imagination*, Paris, Denoël/Gonthier.

FOUCAULT Michel (1969), *Archéologie du savoir*, Paris, Gallimard.

GILLE Bertrand (1978), *L'histoire des techniques*, Paris, Gallimard.

GIMPEL Jean (1975), *La révolution industrielle au Moyen-Age*, Paris, Seuil.

GUSDORF Georges (1974), *Introduction aux sciences humaines*, Paris, Orphys.

HABERMAS Jürgen (1987), *The Philosophical Discourse of Modernity*, Cambridge, The MIT Press.

HOTTOIS Gilbert (1984), *Le signe et la technique*, Paris, Aubier.

JANICAUD Dominique (1984), *La puissance du rationnel*, Paris, Gallimard.

KOYRÉ Alexandre (1973), *Du monde clos à l'univers infini*, Paris, Gallimard.

LEROI-GOURHAN André (1943), *L'homme et la matière*, Paris, Albin Michel.

LYOTARD Jean-François (1979), *La condition postmoderne*, Paris, Minuit.

LYOTARD Jean-François (1988), *L'inhumain*, Paris, Galilée.

MAFFESOLI Michel (1988), *Le temps des tribus*, Paris, Méridiens-Klincksieck.

MIQUEL Christian et MÉNARD Guy (1988), *Les ruses de la technique*, Montréal, Boréal.

MORE Thomas (1982), *L'utopie*, Paris, Éditions sociales.

MUMFORD Lewis (1950), *Technique et civilisation*, Paris, Seuil.

NIETZSCHE Friedrich (1974), *Généalogie de la morale*, Paris, Union Générales d'Editions.

SIMONDON, Gilbert (969), *Du mode d'existence des objets techniques*, Paris, Aubier-Montaigne.

SPENGLER Oswald (1969), *L'homme et la technique*, Paris, Gallimard.

TOURAINE Alain (1984), *Le retour de l'acteur*, Paris, Fayard.

TROTSKY Léon (1963), *Terrorisme et communisme*, Paris, Union générales d'Editions.

WATZLAWICK Paul (1978), *La réalité de la réalité*, Paris, Seuil.

WATZLAWICK Paul (1988), *L'invention de la réalité*, Paris, Seuil.

WEBER Max (1967), *L'éthique protestante et l'esprit du capitalisme*, Paris, Plon.

WUNENBURGER Jean-Jacques (1979), *L'utopie ou la crise de l'imaginaire*, Paris, Delarge.

ZYLBERBERG Jacques (1986), «Microscopie et macroscopie des masses» in *Masses et post-modernité* (sous la direction de Jacques Zylberberg), Paris, Méridiens-Klincksieck.

POLITISCHE REGIMES UND STAATSENTWICKLUNG IN DER DRITTEN WELT: PERU SEIT DEN 1950er JAHREN

Ulrich Pfister und Christian Suter
Soziologisches Institut, Universität Zürich
Rämistr. 69, CH-8001 Zürich

1. Einleitung

Die Soziologie der politischen Systeme in Ländern der Dritten Welt hat im deutschen Sprachraum – im Unterschied zu den angelsächsischen Ländern – wenig Tradition. Politikwissenschafter haben sich überwiegend im Rahmen internationaler Beziehungen mit der Dritten Welt befasst. Am stärksten auf den nationalstaatlichen Bereich ausgerichtet ist die (vorwiegend auf marxistisch orientierte Autoren beschränkte) Diskussion über die Natur des peripheren Staates (Hein/Simonis, 1976; Evers, 1977; Hanisch und Tetzlaff, 1981). Auch die Studie von Elsenhans (1981) (vgl. Simonis, 1981; Elsenhans, 1985), der wichtigste deutschsprachige Beitrag zur politischen Soziologie der Dritten Welt, ist hier einzuordnen. Die schmale Ausrichtung der theoretischen Diskussion bringt es mit sich, dass Einzelfallstudien in der Regel kaum in einen übergreifenden Fachdiskurs eingebettet werden. Absicht unserer Studie ist es deshalb, einen Beitrag zur Ausweitung der Assimilationsfähigkeit der theoretischen Diskussion zu leisten.

Während die kritische Staatssoziologie und besonders Elsenhans (1981) von einer dominierenden Stellung der staatlichen Bürokratie oder der Staatsklasse in Drittweltgesellschaften ausgehen, wird hier postuliert, dass die Staatsklasse höchstens Partner in einer mehrere Machtpotentiale (in der Form sozialer Gruppen, Klassen und Faktionen) umfassenden informellen oder institutionalisierten Allianz darstellt. Diese Allianz bezeichnen wir in Anlehnung an Heintz und Hischier (Heintz, 1969; Heintz/Hischier, 1983; Hischier, 1987) als *politisches Regime*, und ihre Struktur sehen wir als eine zentrale, über Zeit und Raum veränderbare Variable an. Darüber hinaus stellt sich aber die Frage, über welche Mechanismen die Herrschaft von Regimes aufgebaut und stabilisiert wird, und inwiefern diese Mechanismen systematische Korrelate der Struktur politischer Regimes darstellen. Die Antwort hierauf erlaubt Rückschlüsse auf

die innere Dynamik einzelner Regimes und damit auf ihren „Erfolg" (im Sinn von Herrschaftsdauer) bzw. auf die Prozesse, die zu ihrer Ablösung durch ein anderes Regime führen. Die Analyse von Unterschieden bzw. Veränderungen in der allianzmässigen Struktur politischer Regimes und die Diskussion der Beziehungen zwischen politischen Regimes und Mechanismen ihrer herrschaftsmässigen Verankerung stellen somit zwei zentrale, miteinander verbundene Problemfelder in der Erforschung der politischen Systeme von Drittwelt-Ländern dar.

Dieses Argument lässt sich sehr gut anhand des reformistischen Militärregimes von Velasco in Peru (1968–75) entwickeln. Seit der Machtergreifung hat es eine breite sozialwissenschaftliche Forschung inspiriert. Dass auch noch in den achtziger Jahren unterschiedliche Versuche zur abschliessenden Beurteilung unternommen worden sind, zeigt die fortdauernde theoretische Relevanz dieses konkreten Regimes (vgl. Jacquette/Lowenthal, 1987). Einfachere Interpretationen knüpfen bei der begrifflichen Form des "intermedate regime" (Kalecki, 1972) an (so in unterschiedlicher Weise FitzGerald, 1976 und Mansilla, 1977, Kap. 4). Einige Studien thematisieren in spezifischerer Weise die Beziehungen zwischen den relevanten sozialen Klassen bzw. Faktionen und dem Staat (neben FitzGerald, 1976 vgl. insbesondere Becker, 1983). Andere Arbeiten, etwa die bekannte Studie über den lateinamerikanischen Korporatismus von Stepan (1978), versuchen die Entstehung und die Dynamik des Regimes wesentlich expliziter unter dem Aspekt des Aufbaus von Machtpotentialen und ihrer wechselseitigen Beziehungen zu fassen. Mit dem Begriff der Hegemoniekrise, auf die das Regime Velascos eine strukturelle Antwort gesucht habe, weist schliesslich die marxistisch inspirierte Diskussion ausdrücklich auf den Gesichtspunkt der Allianzbildung von Machtpotentialen hin, ohne allerdings einen Regimebegriff zu entwickeln (Quijano, 1973, 461–463, 1975; Cotler, 1975, 47–50; Basurco Valverde, 1985, 224 f.).

Im vorliegenden Beitrag benützen wir die reiche Literatur zur politischen Entwicklung Perus zwischen den 1950er und den 1980er Jahren zur Illustration des Arguments, dass politische Regimes auf nationalstaatlicher Ebene eine strukturierte Abfolge aufweisen, in der Regel weitere soziale Kreise als die Staatsklassen umfassen und je spezifische Formen der herrschaftsmässigen Verankerung aufweisen. Zunächst skizzieren wir hierzu ein einfaches begriffliches Instrumentarium. Die weiteren Abschnitte widmen sich dann schwerpunktmässig dem Regime Velascos, greifen jedoch im Hinblick auf seine Verortung in einer strukturierten Abfolge sowohl in seine Vorgeschichte wie in die spätere Entwicklung aus.

2. Politisches Regime und politisches System

Ausgangspunkt unserer weiteren Überlegungen ist die Vorstellung des politischen Regimes als Konstellation politischer Potentiale (Heintz/Hischier, 1983; Hischier, 1987). Mit politischen Potentialen bezeichnen wir soziale Gruppen, Klassen und Faktionen bzw. ihre organisierten Interessen. Ein politisches Regime konstituiert sich als formelle oder informelle Allianz zwischen den verschiedenen politischen Potentialen. Dementsprechend unterscheiden wir auf dem Hintergrund von für die Dritte Welt typischen Konstellationen sozialer Gruppen folgende vier Haupttypen politischer Regimes (ausführlicher zum ganzen Abschnitt Suter/Pfister, 1989, 19–22; Pfister/Suter, 1989, 7–32):

i) *Staatsklassenregimes*, die sich ausschliesslich auf die staatliche Bürokratie und ihre Dienste (z. B. Lehrerschaft) sowie die Staatsunternehmen stützen. Soziale Gruppen ausserhalb der Staatsklasse sind politisch weitgehend marginal. Wir sehen diesen Regimetypus als denjenigen an, der von der Diskussion um den peripheren Staat, soweit sie Aspekte der politischen Soziologie berührt (z. B. Elsenhans, 1981), am adäquatesten beschrieben wird. Im lateinamerikanischen Kontext ist dieser Typus heute kaum vertreten.

ii) *Auf Kapitalinteressen fussende Regimes*: Die besonders in Lateinamerika wichtigste Variante dieses Typs basiert auf der traditionellen Oligarchie der *hacienda*-Besitzer und/oder auf dem exporteorientierten Bürgertum der Plantagen- oder Minenbesitzer sowie den Bankiers. Industrielle Interessen sind in der Regel entweder personell eng mit diesen Gruppen verflochten oder politisch minoritär.

iii) *Populistische Regimes*: Hier unterscheiden wir mit Germani (1978, Kap. 3–4) zwei Varianten: Einerseits ein auf den städtischen Mittelschichten gestütztes und liberal ausgerichtetes Regime und andererseits ein Regime, das die Unterschichten über korporatistische Strategien zu integrieren versucht. Im letzteren Fall führt dies zu einer breiten Allianz zwischen Teilen der Staatsklasse, der städtischen und/oder ländlichen Unterschicht sowie allenfalls des Industriebürgertums.

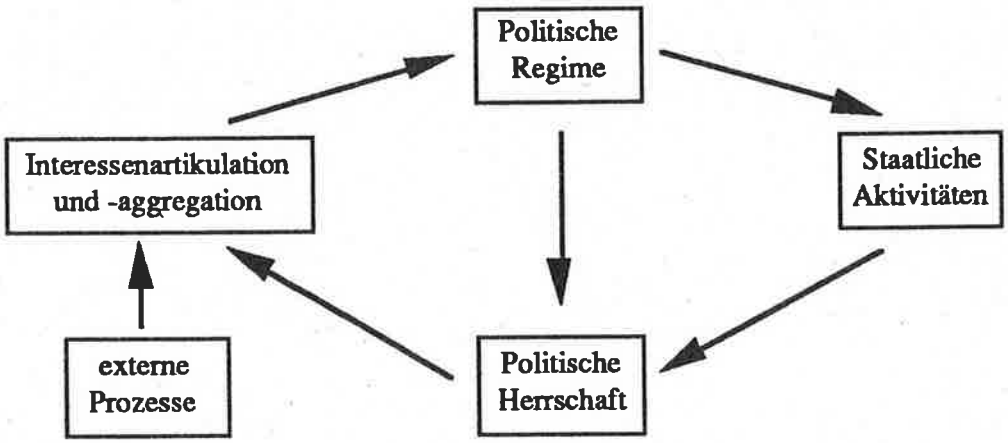
iv) *Desartikulierte Regimes bzw. Perioden*: Mit dem Begriff der Desartikulation meinen wir, dass Macht und Herrschaft nur sehr begrenzt durch einen institutionalisierten politischen Prozess strukturiert werden. Dies kann der Fall sein, wenn sich starke politische Massenpotentiale gegenseitig blockieren und Teile der Staatsklasse (v. a. das Militär) im Verein mit schmalen Segmenten der zivilen Gesellschaft und ausländischen Interessen eine stark auf repressive Desartikulation von Massenpotentialen ausgerichtete Herrschaft errichten (vgl. den Begriff des ausschliessenden Korporatismus und des

bürokratischen Autoritarismus bei Stepan, 1978, Kap. 3 und Collier, 1979). Unter einer desartikulierten *Periode* verstehen wir dagegen eine Konstellation, in der die vorhandenen politischen Kräfte zu fraktioniert oder zu schwach sind, um einen auch nur einigermassen stabilen Herrschaftspakt zu bilden.

Die Struktur politischer Regimes hängt eng mit anderen zentralen Dimensionen des politischen Systems zusammen, nämlich der Struktur staatlicher Aktivitäten, den Mustern politischer Herrschaft sowie den Strukturen der Interessenartikulation und -aggregation (Figur 1). Nur bei gleichzeitiger Betrachtung dieser weiteren Dimensionen bzw. Korrelate ist es möglich, die Natur der formellen oder informellen Allianz zwischen sozialen Gruppen in einem Regime adäquat zu bestimmen. Insofern führt die gegenwärtige Konzeption über die von Heintz angeregte typologische Betrachtung politischer Regimes hinaus (Heintz/Hischier, 1983; Hischier, 1987).

Figur 1

Ein einfaches Modell des politischen Systems



Das in Figur 1 postulierte Beziehungsgefüge reflektiert teilweise die relativ geringe Differenzierung zahlreicher politischer Systeme der Dritten Welt. Dies zeigt sich einmal im direkten Pfeil vom politischen Regime zur Herrschaft. Er meint, dass politische Herrschaft mit relativ geringen institutionellen Mitteln, vor allem mittels umfassender ideologischer Entwürfe oder „politischer Religion" (Apter, 1965), erlangt und stabilisiert werden kann. Ein anderer Aspekt geringer Differenzierung zeigt sich im Pfeil von der Herrschaft zur Interessenartikulation und -aggregation. Allgemein bedeutet er, dass politische Systeme der Dritten Welt eine starke Tendenz zur endogenen Selbstreproduktion auf-

weisen und so externe Prozesse im Sinn einer Veränderung der politisch relevanten Sozialstruktur schlecht absorbieren können. Die hohe Konfliktanfälligkeit zahlreicher Länder ist teilweise Ausdruck dieser Situation. Die vieldiskutierten Strukturierungsprinzipien des Klientelismus und Korporatismus sind an dieser Nahtstelle des politischen Systems zu verorten (grundlegend Scott, 1972; Schmitter, 1974; Stepan, 1978). Klientelistische Strukturen basieren auf informellen Beziehungsnetzen; ihre (im Einzelfall nachzuweisende) Relevanz reflektiert somit einen Zustand geringer Differenzierung des politischen Systems. Korporatismus, als ein Muster der staatlichen Strukturierung der Interessenartikulation, stellt demgegenüber eine stärker institutionalisierte Beziehung zwischen Staat, Herrschaft und Interessenartikulation dar.

Für die nachfolgende Diskussion der politischen Entwicklung Perus ergeben sich aus diesen Überlegungen folgende Orientierungspunkte: Zunächst gilt es, die Abfolge verschiedener Regierungen unter dem Aspekt des Regimes, der wechselnden Allianz politisch relevanter sozialer Gruppen, zu verfolgen. Dann sind je spezifische Formen der Korrelate in den Bereichen staatlicher Aktivitäten, Herrschaftsformen und in Strukturen der Interessenartikulation aufzuzeigen. Besonderes Augenmerk ist dabei den Bemühungen zur Kontrolle der Interessenartikulation zu schenken, da sich in ihnen und in ihrem Scheitern die Strukturprobleme niederschlagen, die den Übergang zu einem anderen Regimetyp beeinflussen.

3. Der Weg in die Hegemoniekrise: Die Evolution politischer Regimes, 1948–68

Etliche Autoren unterschiedlicher theoretischer Ausrichtung charakterisieren den Zustand des politischen Systems Perus in den späten 1960er Jahren mit dem Begriff der Hegemoniekrise (vgl. Quijano, 1973 und die sich auf ihn beziehenden Arbeiten sowie allgemeiner Collier, 1976, 10). Wie Stepan (1978, 127) bemerkt, erklärt jedoch das Vorhandensein einer Krise noch nicht, weshalb 1968 ein populistisch ausgerichtetes Regime an die Macht kam, das die Unterschichten über korporatistische Integrationsstrategien zu einer wichtigen Stütze der Herrschaft zu machen suchte.

Erste Hinweise zu den Gründen für die Entstehung eines Regimes dieses Typs gibt ein langfristiger Vergleich von 88 Regimes aus neun grösseren Drittweltländern, die schon vor 1945 unabhängig waren: Mit Peru unter Velasco vergleichbare Regimes folgen vorwiegend auf desartikulierte Perioden, in denen sich keine stabile und sozial gut verankerte Regierung durchsetzen kann, sowie (seltener) auf „liberale" populistische Regimes, die sich vor allem auf

Mittelschichten stützen und sich kaum korporatistischer Herrschaftsmethoden bedienen (Pfister/Suter, 1989, 35). Peru lässt sich der letzteren Variante zuordnen; zwischen den späten 1940er Jahren und 1968 findet sich zunächst ein Regime, das sich auf die Exportbourgeoisie stützt (Odría und Prado 1948–62; Typ ii in Abschnitt 2), in den 1960er Jahren sodann ein auf die städtischen Mittelschichten gestütztes „liberales" populistisches Regime (Belaúnde 1963–68).

a) Auf die Exportbourgeoisie gestütztes Regime (1948–62): Entsprechend dem allgemein verbreiteten Muster von auf Kapitalinteressen gestützten Regimes wurde die peruanische Politik in den Jahren 1948–62 durch die traditionellen *hacienda*-Besitzer des Hinterlands, die exportorientierten Zucker- und Baumwollplantagenbesitzer in den küstennahen Flussoasen sowie das städtische Handels- und Finanzbürgertum beherrscht. Odría (1948–56) wurde dabei – abgesehen von einer kurzen Anfangsphase – vor allem von den *hacienda*-Besitzern der Sierra gestützt, während unter Prado (1956–62) die modernere exportorientierte Bourgeoisie dominierte.

Politische Regimes mit dieser sozialen Basis bauen auf die Perspektive einer klassischen aussengerichteten Entwicklung. Ihre mittelfristige Stabilität hängt damit von einem günstigen internationalen Umfeld ab, weshalb sie sich historisch auf durch Rohstoffbooms gekennzeichnete Perioden konzentrieren (Pfister/Suter, 1989, 38). In Peru war dies nicht anders; der bei zahlreichen Rohwaren beträchtliche Preishaussen bewirkende Koreaboom der 1950er Jahre trug wesentlich zur Festigung eines auf Kapitalinteressen basierenden Regimes bei (vgl. Thorp/Bertram, 1978, 208 f.).

Die *Staatstätigkeit* beschränkt sich entsprechend des verfolgten Entwicklungsmodells in der Regel auf die klassischen Aufgaben der Sicherheit, der Schaffung grundlegender Rahmenbedingungen für die Wirtschaftstätigkeit (z. B. Währung, Wirtschaftsrecht) und der Schaffung einer die Exportwirtschaft unterstützenden Infrastruktur. Vergleicht man allerdings die unter einigermassen stabilen Regimes dieses Typs herrschenden staatlichen Strukturen mit denen in vorhergehenden Perioden, so lassen sich öfters beachtliche Leistungen des "state building" feststellen: Im allgemeinen folgen durch Exportinteressen gestützte Regimes auf ein mit nur geringer Staatlichkeit einhergehendes *caudillaje*-System oder auf eine desartikulierte Periode.

Das letztere gilt auch für Odría, der mit seiner Machtergreifung 1948 eine seit dem Sturz von Leguía (1930) anhaltende desartikulierte Periode, in der die einzelnen Regierungen entweder eine sehr schmale politische Basis aufwiesen (so das repressive Regime Benavides' 1933–39) oder aus instabilen Allianzen bestanden (Sánchez Cerro 1931–33, Bustamante 1945–48), beendete. Wichtige Leistungen seiner Regierung betrafen einerseits die Schaffung eines die

Auslandsinvestitionen begünstigenden Investitionsgesetzes, das die institutionellen Rahmenbedingungen für die aussengerichtete Entwicklung der 1950er Jahre klärte und verbesserte (Thorp/Bertram, 1978, 210). Andererseits sorgte er mit starker Hand für Ruhe und Ordnung. Die APRA (*Alianza Popular Revolucionaria Americana*, eine der ältesten populistischen Parteien des Kontinents), seit der Ermordung von Sánchez Cerro 1933 durch Aktivisten aus ihren Kreisen in der Sicht des Militärs eine zentrale Bedrohung politischer Stabilität und unter Bustamante (1945–48) ein wichtiger Machtfaktor, wurde mindestens anfänglich durch Repressionsmassnahmen stillgelegt. Dies bedingte den Aufbau eines funktionierenden Repressionsapparates; die für die spätere Entwicklung bedeutsame Professionalisierung des Militärapparats wurde in entscheidendem Mass unter Odría vollzogen (Bourricaud, 1967; Stepan, 1973, 60; Philip, 1978, 41; Basurco Valverde, 1985, 332 f.).

Neben dem Ausbau des Repressionsapparats gelang Odría durch politische Innovationen auch eine verbesserte *institutionelle Absicherung seiner Herrschaft*: In Analogie zum traditionellen Klientelismus des agrarischen Hinterlands baute er eine paternalistisch gefärbte, informelle Beziehung zu den hauptstädtischen Slums auf, die er auf diese Weise zu seiner Unterstützung mobilisieren konnte. Einerseits schuf er damit ein Gegengewicht zur stark in der Gewerkschaftsbewegung verankerten APRA, andererseits erleichterte er durch die (bescheidene) materielle Unterstützung der Slums die Land-Stadt-Migration und milderte dadurch den Reformdruck im Hinterland der Sierra, seiner wichtigsten politischen Basis (Collier, 1976, Kap. 4).

Dank der stabilen Herrschaftsverhältnisse erfuhren auch die Institutionen der *Interessenartikulation und -akkumulation* eine Festigung; der Übergang zur Nachfolgeregierung von Prado erfolgte durch Wahlen. Die peruanische Entwicklung der 1950er Jahre entspricht dabei einer generellen Tendenz von durch Exportbourgeoisien gestützten Regimes, die sich als Wandel von einer „Entwicklungsdiktatur" zu einer elitistischen, durch informelle „Club"-Strukturen (im Gegensatz zu Massenparteien) geprägten Demokratie beschreiben lässt (Pfister/Suter, 1989, 15–17). Ist der Aufbau einer staatlichen Basisinfrastruktur sowie die Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen für die wirtschaftliche Tätigkeit und den politischen Diskurs der Elite durch eine „Entwicklungsdiktatur" abgeschlossen, kommt es in der Regel zu einer Institutionalisierung des politischen Prozesses in Parteien und Wahlen.

In einzelnen Fällen führte die in Parteien und Wahlen institutionalisierte Konkurrenz zwischen verschiedenen Elite-Faktionen zur Bildung komplexer hierarchischer Netzwerke klientelistischen Charakters, was die Stabilität eines auf Exportinteressen gestützten Regimes erhöhte. Beispiele sind Chile und Kolumbien um die Jahrhundertwende. Im Peru der späten 1950er Jahre fand

eine solche Entwicklung trotz der Rivalität zwischen den traditionellen *hacienda*-Besitzern des Hinterlands und der Exportoligarchie der Küstengebiete (Caravedo, 1974) nicht statt, und diese Tatsache ist u. E. grundlegend für das Verständnis der Entwicklung der 1960er Jahre.

Zwei Faktoren scheinen von entscheidender Bedeutung für die mangelnde Durchsetzungskraft eines oligarchischen „Club"-Modells der Politik gewesen zu sein: Einmal waren wichtige Segmente des politischen Raums ausserhalb der Elite bereits besetzt. Insbesondere stellte die gut organisierte Arbeiterschaft der agroindustriellen Betriebe der Küstenregion eine wichtige Machtbasis der APRA dar und liess diese zu einem bedeutsamen politischen Faktor werden. Bezeichnenderweise hing die Stabilität der Regierung Prados, die weit weniger als Odría die Unterstützung der städtischen Slums gewinnen konnte, entscheidend von einem Stillhalteabkommen mit der APRA ab, der sog. *Convivencia*. Darin zeigt sich die Relevanz einer populistischen Mobilisierung von Nicht-Elitegruppen, die in Chile und Kolumbien um die Jahrhundertwende noch fehlte: Sie stellte sich erst im Gefolge der Entstehung arbeitsintensiver industrieller oder agroindustrieller Wirtschaftszweige während der frühen Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts ein (Goldberg, 1983, Kap. 2–3; Klarén, 1973; Stein, 1983).

Der zweite Faktor besteht darin, dass der auf dem Bergbau und der Fischfangindustrie beruhende Aufschwung der Exportwirtschaft der 1950er Jahre die stärker subsistenzorientierte Landwirtschaft des Hinterlands kaum berührte. Die bestehenden Strukturen des traditionellen Klientelismus (Cotler, 1970, 415–419; McClintock, 1981, Kap. 3) erfuhren damit keine Erweiterung der Ressourcenbasis, die einer Expansion informeller Netzwerke förderlich gewesen wäre. Im Gegenteil wurden die traditionellen Abhängigkeitsverhältnisse durch Bevölkerungsdruck und Landknappheit zunehmend untergraben. In diesem Zusammenhang nahmen seit den späten 1950er Jahren Landbesetzungen stetig zu (Cotler/Portocarrero, 1969, 311). Die wirtschaftliche Basis des Regimes in einem expandierenden Exportsektor konnte dadurch den Zerfall klientelistischer Netze und die Entstehung eines politischen Vakuums nicht verhindern. Dies bewirkte, dass nicht von der Elite ausgehende Mobilisierungsversuche populistischer Natur erfolgreich sein konnten.

b) Durch Mittelschichten gestütztes „liberales" populistisches Regime (Belaúnde 1963–68): Im politischen Vakuum der frühen 1960er Jahre setzte sich bezeichnenderweise diejenige Kraft durch, die mit geringstem organisationellem Aufwand den grössten Mobilisierungseffekt erzielen konnte: die populistische, an diffuse Entwicklungsaspirationen appellierende und vom charismatischen Belaúnde geleitete *Acción Popular* (AP). Darin zeigt sich der Grundsatz, dass eine Vergrösserung des politischen Raums in einem Kontext geringer

Institutionalisierung vor allem über „politische Religion" erfolgt (vgl. Abschnitt 2). Dementsprechend lag der Schwerpunkt der Bemühungen des Regimes darin, den politischen Raum organisatorisch dichter zu strukturieren und damit letztlich charismatische Herrschaft in bürokratische Herrschaft zu transformieren. Klar fassbar werden diese Bemühungen im Ausbau des ländlichen Gemeindewesens und in der Durchführung von Lokalwahlen (welche von der AP in beiden Kampagnen des Zeitraums 1963–68 gewonnen wurden). Ergänzt wurde die Penetration staatlicher und politischer Institutionen durch eine Entwicklungspolitik mit Schwergewicht auf dem Infrastrukturausbau: Über *Cooperación Popular* wurden lokale Infrastrukturvorhaben staatlich unterstützt, und Strassen- und Wohnungsbau waren Schwerpunkte der staatlichen Investitionsausgaben (Bourque/Palmer, 1975, 193–201; Kuczynski, 1977, 51–70).

Wie in einer Reihe von ähnlich gelagerten Fällen gelang die Umwandlung von charismatischer Herrschaft in stabilere Herrschaftsformen nicht. Dies hing einerseits mit der nach wie vor starken Position der Oligarchie und andererseits mit der Tatsache zusammen, dass die lockeren Mittelklasseparteien, die das Regime unterstützten, nicht unbedingt die geeigneten Vehikel waren, um die von ihm selbst geschaffenen institutionellen Möglichkeiten zum Aufbau institionalisierter Machtbasen auch auszunützen (vgl. Germani, 1978). Beim Regime Belaúndes zeigen sich diese Probleme darin, dass sich der Präsident im Parlament einer oppositionellen Mehrheit der APRA und der konservativen Gefolgschaft Odrías gegenübersah. Diese Koalition verweigerte die Zuweisung von Budgetmitteln an *Cooperación Popular*, die in loser Kooperation mit der Parteiorganisation der AP eine Herrschaftsstabilisierung in der Form eines bürokratischen Klientelismus bewirken sollte. Belaúnde musste vielmehr in die Schaffung einer alternativen Entwicklungsorganisation einwilligen, die der Opposition als Patronagequelle diente. Ein ähnliches Schicksal war der Politik der Förderung des Kooperativenwesens beschieden; diese Institution entwikkelte sich rasch zu einem Betätigungsfeld der besser organisierten APRA (Scurrah/Esteves, 1982, 116–122). Schliesslich ermöglichte das liberale institutionelle Umfeld die Entstehung zahlreicher, teilweise von Parteien abhängiger Basisorganisationen in Konkurrenz zu denjenigen der APRA, und zwar sowohl im ländlichen wie im industriellen Bereich (Cotler/Portocarrero, 1969, 312–321; Scurrah/Esteves, 1982, 105–116).

Das hauptsächliche Strukturproblem des Regimes bestand somit darin, staatliche Institutionen genügend rasch in den mit Mitteln der „politischen Religion" geschaffenen sozialen Raum auszuweiten und sie gleichzeitig zu kontrollieren. Die Aktivitäten der Regierung führten vielmehr dazu, dass staatliche Leistungen fragmentiert wurden (vgl. die Ausführungen zu *Cooperación Popular*) oder zum Objekt eines intensiven Konflikts zwischen Parteien wurden (z. B.

das Bildungswesen; Kuczynski, 1977: 88–93). Beides führte in eine Wirtschafts- und Finanzkrise, die massgeblich zum Sturz Belaúndes beitrug. Die genannten Strukturprobleme liessen für die nachfolgende Militärregierung eine korporatistische Strategie als sinnvolle Handlungsoption erscheinen.

4. Korporatistische und populistische Integrationsversuche unter Velasco, 1968–75

Mit dem Militärputsch von 1968 entstand ein Regime, in dem die Integration der Unterschichten in die politische Machtstruktur mittels korporatistischer Methoden erstmals in Peru eine konstituierende Rolle spielte. Damit lässt sich die Periode Velascos mit anderen Regimes vergleichen, die auf nationalem Populismus (Germani, 1978, Kap. 4) und einschliessenden Korporatismus (Schmitter, 1974; Stepan, 1978) beruhten.

Die *Staatsklasse*, sei es das Militär oder Teile der administrativen Bourgeoisie, nimmt bei Regimes dieses Typs häufig eine zentrale Rolle ein. Konstituierend für die Machtbasis des Regimes ist jedoch eine *breite Allianz*, die immer Teile der *städtischen und/oder ländlichen Unterschichten*, manchmal auch Teile der nationalen Industriebourgeoisie umfasst. Zur Integration dieser breiten Allianz werden Methoden politischer Mobilisierung und Herrschaft angewendet, welche die Mittel liberaler populistischer Regimes weit überschreiten und die sich mit dem Begriff des einschliessenden Korporatismus umschreiben lassen; in diesem Bereich liegt denn auch der zentrale Unterschied zwischen den beiden Regimetypen.

Regimes des fraglichen Typs erfahren im Verlauf ihrer Lebensdauer idealtypischerweise eine Abfolge von drei Phasen: Mobilisierung, Inkorporierung und Demobilisierung (Stepan, 1978, 64, Anm. 46 passim; ausführlicher Pfister/Suter, 1989, 26 f.). In der *ersten Phase* werden breite Bevölkerungsschichten *mobilisiert* und politisiert. In der *zweiten Phase* werden durch *distributive Politiken* die bestehenden Massenbewegungen kooptiert und über Formen des bürokratischen Klientelismus *in eine korporatistische Struktur*, die vom Staat kontrolliert wird, *eingegliedert*. Die wirtschaftliche Voraussetzung hierfür wird in der Regel in der Förderung einer *nationalen*, auf die Erschliessung des Binnenmarkts ausgerichteten *Entwicklung* gesucht. Durch eine erfolgreiche Inkorporierung wird die bestehende Mobilisierung breiter Massen zur Stabilisierung des Regimes unnötig, ja vielmehr bedrohlich, so dass in einer dritten Phase eine *Demobilisierung* sich auf Unterschichten stützender Potentialen eintritt. Die Bezeichnung dieser – stark an Mexiko während Cárdenas (1934–1940) und danach orientierten – Abfolge als idealtypisch bedeutet, dass sie

keineswegs generell auftritt, sondern vielmehr als Hintergrund zu betrachten ist, vor dem die strukturellen Probleme von Regimes dieses Typs analysiert werden können.

Zwischen 1968 und 1978 lässt sich auch in Peru in Ansätzen ein derartiger Verlauf feststellen (vgl. die Übersicht in Tabelle 1), wobei allerdings die dritte Phase gemäss unserer Terminologie mit einem klaren Regimewechsel verbunden war, der seinerseits in strukturellen Problemen der ersten beiden Phasen wurzelte. Um dieses frühzeitige Ende des Regimes zu erklären (Abschnitt 5), diskutieren wir im folgenden die ersten beiden Phasen im Bereich der Allianz zwischen der Staatsklasse und verschiedenen sozialen Gruppen ausserhalb der Elite.

a) Die Stellung der Staatsklasse: Mit Velasco ergriff ein reformistisches Segment des Militärs und damit der Staatsklasse die Macht (vgl. FitzGerald, 1976). Dass dem so sein konnte, setzt eine Fraktionierung des Bürgertums zwischen der Oligarchie und dem bürokratisch-administrativen Kleinbürgertum voraus. Teilweise kam sie dadurch zustande, dass sich die peruanische Oligarchie traditionell wenig für Positionen in der schlecht bezahlten Administration interessierte (Kuczynski, 1977, 16; Philip, 1978, 101). Wichtiger waren jedoch die von Odría ausgelösten Professionalisierungsprozesse, die zur Folge hatten, dass das Militär vermehrt eigenständige, institutionell definierte Interessen formulierte. Die zunehmend virulenter werdenden Bodenkonflikte in der Sierra, die in die Guerilla-Episode von 1965 mündeten, begünstigten die Ausrichtung dieser Interessen auf die Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit und auf eine sie garantierende Entwicklung. Die Konstatierung der Unfähigkeit ziviler Politiker zu entwicklungsfördernden Reformen stellte einen wesentlichen Motivationsfaktor hinter der Machtergreifung von 1968 dar. Aus der Übereinstimmung der Revolutionsziele mit zentralen Interessen des Offizierskorps als Profession ergab sich der notwendige programmatische Konsens (vgl. Stepan, 1973, 1978, Kap. 4).

In Peru entwickelte die führende Faktion der Staatsklasse somit eine wesentlich andere Interessenlage als in Regimes, in denen soziale Gruppen ausserhalb der Staatsklasse weitgehend marginal sind (d. h. in eigentlichen Staatsklassen-Regimes) und in denen das Interesse an Selbstprivilegierung dominiert (Elsenhans, 1981, 118–123, 144–164). Sicher kamen unter Velasco Prozesse der Selbstprivilegierung vor; Ausgaben für neue Waffensysteme waren beträchtlich und trugen ihren Teil zur Verschlechterung der Zahlungsbilanz ab 1973 bei (Cline, 1981, 303 f.; zu den verschiedenen Aspekten der Selbstprivilegierung Villanueva, 1982, 163–169; vgl. a. Philip, 1978, 109–113). In gewissem Sinn lässt sich der massive Ausbau der Bürokratie ebenfalls unter dem Gesichtspunkt der Selbstprivilegierung der Staatsklasse einordnen. Es wird geschätzt, dass dadurch gegen 200'000 Haushalte begünstigt wurden

(Cleaves/Scurrah, 1980, 32, 72, 77 f., 250 f.). Allerdings ist diese Zahl auch vor dem Hintergrund der massiven Ausweitung der Staatsfunktionen zu sehen.

b) Die Bauernschaft: Zwar begünstigte das liberale Klima und die Konkurrenz zwischen verschiedenen politischen Parteien unter Belaúnde die Entstehung von Bauerngewerkschaften. Insgesamt war jedoch die Interessenvertretung der Landbevölkerung mit Ausnahme der Arbeiterschaft der agroindustriellen Zuckerplantagen in den küstennahen Flussoasen während den späten 1960er Jahren nur schwach institutionalisiert. Im Zusammenhang mit Landbesetzungen kurzfristig entstandene Bewegungen lösten sich nach der Erreichung der Ziele oft rasch wieder auf (Cotler/Portocarrero, 1969; Cleaves/Scurrah, 1980, 178 f.; McClintock, 1981, 78 f.).

Die unmittelbar nach der Machtergreifung in Angriff genommene Landreform war unter diesen Umständen eher Ausfluss der Ängste und des Reformwillens der Regierung als Folge eines starken Drucks von seiten der Bauern. Sie nahm deshalb zunächst die Form einer im Vergleich zu den Bemühungen unter Belaúnde starken Ausdehnung der staatlichen Penetration in den ländlichen Bereich an. Vom Staat gestellte Techniker und Verwalter spielten in den kollektiv verwalteten Betrieben und Genossenschaften teilweise eine beträchtliche Rolle, und die neu geschaffenen Landgerichte waren für die Durchsetzung der Reform gegenüber den Ansprüchen der Grossgrundbesitzer von grosser Bedeutung. Zwar wurde das auch machtpolitisch wichtige Ziel der Beseitigung des traditionellen Grossgrundbesitzes weitgehend erreicht; die Durchschlagskraft des Staats reichte jedoch nicht aus, um eine Dekapitalisierung zahlreicher Betriebe (durch den scheidenden Grossgrundbesitzer oder die Erhöhung des Eigenkonsums der Bauern) zu verhindern und mehr als eine Minderheit der Landbevölkerung (je nach Schätzung zwischen 15% und einem guten Drittel) an der Umverteilung partizipieren zu lassen. Die Produktivität und die Ertragskraft vieler Betriebe sanken dadurch, so dass die Landwirtschaft ihre Funktion als Motor der Binnenmarktausweitung nicht erfüllen konnte (Cleaves/Scurrah, 1980, Kap. 4 und 7; Bourque/Palmer, 1975).

Da die Landreform zentral von der Regierung beschlossen und durchgeführt wurde, generierte sie keine explizite Unterstützung unter der Landbevölkerung. Oft wurden die Vertreter des Staats als Eindringlinge empfunden, so dass eine geringe Identifikation mit den neugeschaffenen Betrieben resultierte (Bartu, 1979, Kap. 9; McClintock, 1981, Kap. 10). Angesichts der schwachen Mobilisierung der Landbevölkerung bestand auch kein Anknüpfungspunkt für ein "linkage" (Lawson, 1980) zwischen Zentrum und Peripherie politischer Macht, d. h. für den Aufbau einer funktionierenden Interessenorganisation oder politischen Partei. Zwar versuchte die Regierung im Übergang zur Phase der Inkorporierung die Bauernschaft zu organisieren; 1972 wurde

Tabelle 1

Phasen korporatistischer Herrschaftsbeziehungen der Staatsklasse gegenüber verschiedenen Allianzpartnern

Allianz-partner	Phase I Mobilisierung	Phase II Inkorporierung	Phase III Demobilisierung
Bauern	autonom, schwach	D: Landreform (69) I: CNA (72)	Führungsmitglieder von CNA deportiert (77), CNA aufgelöst (78)
Arbeiter	Unterstützung CGTP (69–71, autonom), offizielle Gewerkschaft CTRP (72)	D: *comunidad industrial* (CI) (70/1), *propiedad social* (EPS) (74) I: CONACI (74), CONAPS (74/5)	Restriktrives Streikrecht (76), Inhaftierung von Gewerkschaftsführern (76), Umstrukturierung der CI (77), Stopp der EPS-Programme (76)
Städtische Slums	autonom, nicht institutionalisiert	D: massive Förderung der Stadtentwicklung (68) I: eigenes SINAMOS-Büro (72)	Umstrukturierung von SINAMOS (75), Aufhebung (78)
Industrie-bürgertum	autonom	D: Förderung der import-substituierenden Industrialisierung I: – (informell)	

Anmerkung:
In Klammern ungefähre Jahresangaben

Abkürzungen:
CNA: Confederación Nacional Agraria
CGTP: Confederación General de Trabajadores Peruanos
CTRP: Confederación de Trabajadores de la Revolución Peruana
CONACI: Confederación Nacional de Propriedad Social
SINAMOS: Sistema Nacional del Apoyo a la Movilización Social

Abkürzungen Phase II: D: distributive Massnahme, I: Integration über alleinvertretende Dachorganisation

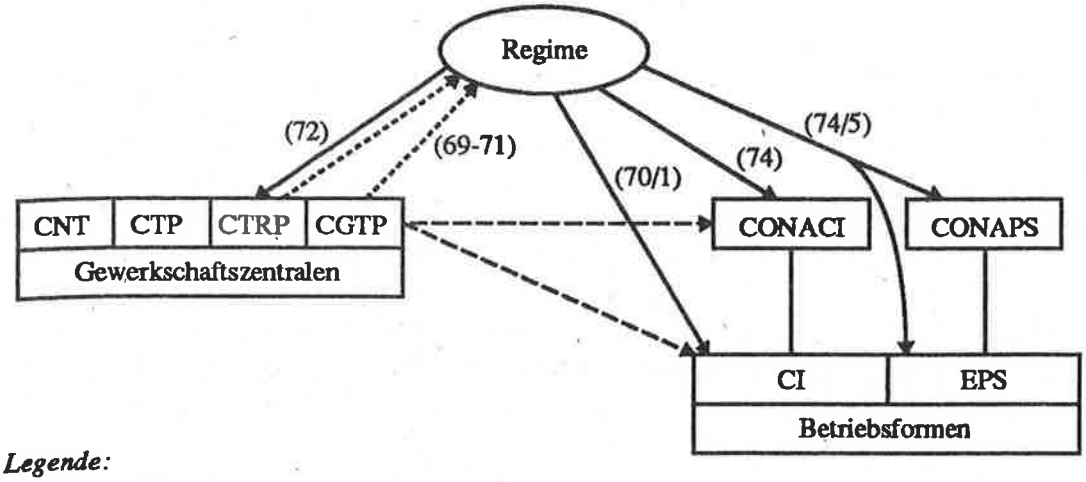
der traditionelle Verband der Agraroligarchie aufgelöst und durch die *Confederación Nacional Agraria* (CNA) ersetzt. Die CNA sollte die einzige vom Regime akzeptierte Vertretung des landwirtschaftlichen Sektors (der Landlose, Kooperativen sowie Klein- und Mittelbauern umfasste) darstellen und war somit Teil einer korporatistischen Herrschaftsstruktur. In der Praxis entwickelte sich die nationale Struktur der CNA nur sehr langsam, und wesentlich artikuliertere, wenn auch kleine Interessenverbände brachten in Einzelfällen ihre Interessen weiterhin autonom und erfolgreich gegenüber dem Staat zum Ausdruck. Es lässt sich somit kaum von einer sehr effizienten korporatistischen Einbindung der Bauernschaft sprechen (Cleaves/Scurrah, 1980, Kap. 5).

c) *Die Industriearbeiterschaft*: Die Integration der Industriearbeiterschaft ins politische Regime vollzog sich einerseits über Kanäle der politischen Interessenartikulation und -akkumulation – d. h. auf der Ebene der Gewerkschaftsbewegung – und andererseits über Formen der Partizipation auf der Ebene des betrieblichen Eigentums und der Unternehmensführung (vgl. Knight, 1975; Heymach, 1979; Stephens, 1980; Scurrah/ Esteves, 1982; Haworth, 1983; Palacios, 1983). Die Relevanz dieser zwei Bereiche für die Beziehung zwischen Regierung und Industriearbeiterschaft veränderte sich im Verlauf der Regimedauer entsprechend dem oben ausgeführten Phasenmodell: In der Mobilisierungsphase suchte das Regime die politische Unterstützung bestehender Gewerkschaftsverbände, während es später danach strebte, die Industriearbeiterschaft über die Schaffung von Formen betrieblicher Partizipation und den Aufbau staatlicher Gewerkschaftsverbände in eine korporatistische Herrschaftsstruktur einzubinden (Inkorporierungsphase; vgl. Tabelle 1 und Figur 2).

i) *Mobilisierung im Rahmen der Gewerkschaftsbewegung*: In den 1960er Jahren wurde die organisierte Arbeiterbewegung durch die APRA dominiert. Die Koalitionsabsprachen der APRA mit der Oligarchie (Stützung von Prado 1956–62; Oppositionsbündnis mit Odría während der Regierung von Belaúnde) bewirkten jedoch eine zunehmende gewerkschaftliche Organisationstätigkeit links der APRA, die 1968 in die Gründung der kommunistischen CGTP (*Confederación General de Trabajadores Peruanos*) mündete. Das Militärregime unter Velasco versuchte sich zunächst auf die CGTP zu stützen, um damit die Dominanz der APRA-Gewerkschaften zu brechen. Da die autonome Interessenartikulation der Arbeiterschaft mit der Zeit für das Regime zunehmend bedrohlich wurde (politisch motivierte Streiks 1971), baute es über SINAMOS einen eigenen nationalen Gewerkschaftsverband, die CTRP (*Confederación de Trabajadores de la Revolución Peruana*), auf (1972). Da die CTRP jedoch in keinerlei Weise einen Alleinvertretungsanspruch aufbauen konnte, wurde durch sie keine Inkorporierung der Arbeiterbewegung ins Regime erreicht. Die Konkur-

Figur 2

Beziehung zwischen Regime und Industriearbeiterschaft unter Velasco



Legende:

Die Klammern geben die Jahre an, in denen die fraglichen Beziehungen bestanden.

——— Institutionelle Beziehung
------- Unterstützung
------ Penetration

Abkürzungen: CNT: Confederación Nacional de Trabajadores, CTP: Confederación de Trabajadores del Perú, CGTP: Confederación General de Trabajadores Peruanos, CTRP: Confederación de EPS: Empresa de Propiedad Social, CONACI: Confederación Nacional de Comunidades Trabajadores de la Revolución Peruana, CI: Comunidad Industrial, ndustriales, CONAPS: Comisión Nacional de Propiedad Social

renz zwischen verschiedenen Gewerkschaftszentralen förderte vielmehr die Mobilisierung der Arbeiterschaft im Rahmen einer pluralistischen Gewerkschaftsbewegung. Der sich daraus für die Regierung ergebende Kontrollverlust schlug sich in einer Intensivierung von Arbeitskonflikten und Streiks nieder (Höhepunkte 1973–75; Stephens, 1980, 188–195).

ii) *Inkorporierungsprozesse im Rahmen der betrieblichen Mitbestimmung*: Mit der *Comunidad Industrial* (Industriegemeinschaft; CI) und der *Empresa de Propiedad Social* (Sozialeigentumsunternehmen; EPS) schuf das Regime Velascos partizipative Formen betrieblicher Organisation. Die zahlenmässig weit wichtigeren CI wurden ab 1970 aus bereits bestehenden Unternehmen gebildet, während die wesentlich weitergehende Partizipationsform der EPS erst in den Jahren 1975/76 bei neugegründeten Firmen zur Anwendung kam. Im Rahmen dieser neuen Unternehmensformen erhielt die Arbeiterschaft betriebliche Mitbestimmungsrechte (Einsitz ins Management) sowie Gewinn- und Kapitalbeteiligungen, wobei nur ein kleiner Teil der Arbeits-

kräfte von diesem Ressourcentransfer profitierte (ca. 8%). Die betriebliche Partizipation führte zu zahlreichen Konflikten zwischen der Unternehmerschaft und den Arbeitern und trug so ebenfalls zur gewerkschaftlichen Mobilisierung bei. Als Bindeglied zwischen dem Regime und den Unternehmen wurden nationale Körperschaften errichtet (CONACI, CONAPS). Allerdings gelang es dem Regime nicht, diese Institutionen zu kontrollieren und damit ein korporatistisches System zu installieren. Verantwortlich dafür waren einerseits Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Regimes und andererseits die erfolgreiche Unterwanderung dieser Institutionen durch die autonomen Gewerkschaften. Besonders deutlich zeigt sich dies bei den einzelnen CI sowie beim Nationalen Kongress der CI (CONACI), in dem das Regime trotz des Rückzugs der materiellen Unterstützung und einer teilweise erfolgreichen Spaltungsstrategie bereits zu Beginn (1974) die Kontrolle an die Gewerkschaften verlor (Stephens, 1980, 151–160, 215).

Insgesamt machte somit die Stellung der Arbeiterschaft im Regime die folgende Entwicklung durch: Zu Beginn stützte sich Velasco auf ein bereits mobilisiertes autonomes politisches Potential innerhalb der Gewerkschaftsbewegung. Ab ca. 1970 versuchte das Regime, über distributive Massnahmen politische Unterstützung innerhalb der Arbeiterschaft selbst zu mobilisieren und die so organisierten Potentiale gleichzeitig in eine korporatistische Herrschaftsstruktur einzubinden. Die staatliche Kontrolle der Interessenartikulation wurde jedoch verfehlt; die vom Regime geschaffenen Institutionen unterstützten vielmehr die Herausbildung von autonomen Strukturen der Interessenartikulation und -akkumulation im Rahmen einer pluralistischen Arbeiterbewegung sowie innerhalb von betrieblichen Organen.

d) Die marginale Bevölkerung der hauptstädtischen Slums: Die in den städtischen Elendsvierteln (*barriadas, pueblos jóvenes*) ansässigen Unterschichten wurden von der Regierung Velascos als wichtiges, zu mobilisierendes politisches Potential betrachtet (Collier, 1976, Kap. 7; Dietz, 1977; Stepan, 1978, Kap. 5). Die Attraktivität der Bewohner der *barriadas* als potentielle Allianzpartner für das Regime Velascos bestand darin, dass sie im Gegensatz zu anderen Bevölkerungssegmenten aufgrund ihrer Marginalität nicht oder nur punktuell innerhalb bestehender politischer Kräfte organisiert waren; gewerkschafts- oder parteiähnliche Institutionen fehlten weitgehend. Mobilisierungsanstrengungen liefen dadurch bei ihnen weniger Gefahr, durch oppositionelle Kräfte behindert zu werden. Gleichzeitig verfügte die Regierung mit der Legalisierung von Landeigentum über eine Ressource, die ein zentrales Anliegen der Slumbewohner betraf und das Regime verhältnismässig wenig kostete. Während frühere Regimes nur sehr zögernd Eigentumstitel abgegeben hatten, wurden nach 1968 und insbesondere nach 1972 die Grundstücke rasch und in hoher Zahl legalisiert (Stepan, 1978, 168). In einer ersten

Phase war das Verhältnis zwischen den *pueblos jóvenes* und dem Regime Velascos durch bürokratischen Klientelismus geprägt; die gezielte Einbindung in eine korporatistische Struktur erfolgte in einer zweiten Phase.

i) *Phase des bürokratischen Klientelismus*: Mit der *Oficina Nacional de Desarollo de los Pueblos Jóvenes* (ONDEPJOV) errichtete das Regime 1968 eine staatliche Institution zur Sanierung und Entwicklung städtischer Elendsviertel. Diese direkt dem Präsidenten unterstellte Organisation war zuständig für allgemeine Planungs-, Koordinierungs- und Überwachungsaufgaben sowie für die Verteilung von Landeigentumstiteln. Die Ausführung der Projekte und die Vergabe von Eigentumstiteln wurde den jeweils zuständigen Ministerien übertragen, insbesondere der dem neugeschaffenen Wohnungsministerium unterstellten *Dirección de Pueblos Jóvenes* (DPJ). Die DPJ bildete die Nahtstelle in der Beziehung zwischen dem Regime und den *pobladores*, den Bewohnern städtischer Elendsviertel; alle staatlichen Leistungen gelangten über sie zu den *pobladores*. Zwischen ihren Beamten und den *pobladores* entstanden in der Folge typische Strukturen des bürokratischen Klientelismus. Innerhalb dieser Beziehung nahmen die *pobladores* die Rolle der Klienten, die Beamten der DPJ diejenige der Patrons ein. Die interne Organisation der Slums erfolgte autonom und ohne institutionelle Verankerung. Spontan aus dem Kreis der *pobladores* hervorgegangene Verhandlungsführer spielten eine wichtige Rolle als Broker (Dietz, 1977). Das Regime stellte somit in erster Linie über die Beschleunigung und Umgestaltung administrativer Verfahren eine Beziehung zu den *pueblos jóvenes* her; eine Massenmobilisierung über politische Kanäle fand in dieser Phase nicht statt.

ii) *Inkorporierung über SINAMOS*: In der ersten Hälfte des Jahres 1971 spitzten sich politische und soziale Konflikte in einer für das Regime gefährlich erscheinenden Weise zu; im Mai fand mit der Besetzung von Pamplona eine der grössten Landinvasionen durch Slumbewohner statt. Um diese Entwicklung zu kontrollieren und wenn möglich in eine Mobilisierung zugunsten des Regimes umzulenken, wurde kurz darauf SINAMOS (*Sistema Nacional del Apoyo a la Movilización Social*) gegründet. Mit dieser Organisation, die an die Stelle von ONDEPJOV trat, stellte das Regime die Beziehung zu den *pueblos jóvenes* auf eine neue, politische (im Gegensatz zur vorherigen bürokratischen) Grundlage. Die lokale Organisation der Bewohner sollte nun von oben herab über SINAMOS strukturiert und in den Dienst des Regimes gestellt werden. Obwohl SINAMOS auch in anderen Bereichen aktiv war, bildete die Mobilisierung der Bevölkerung in den *pueblos jóvenes* seine wichtigste Aufgabe. Dies zeigt sich darin, dass neben zehn Regionalbüros im ganzen Land für die *pueblos jóvenes* ein spezielles

Büro eingerichtet wurde, und dass der Militärkommandant von Lima diesem und nicht dem regionalen Büro vorstand (Collier, 1976, 107 f.).

Ziel von SINAMOS war, die lockere Beziehung zwischen der DPJ, autonomen lokalen Brokern und den *pueblos jóvenes* zu straffen und unter die Kontrolle des Staats zu bringen. SINAMOS verwaltete alle für die *pueblos jóvenes* vorgesehenen Ressourcen und Dienstleistungen und übernahm damit die Rolle eines institutionellen Brokers. Um in den Genuss staatlicher Leistungen zu gelangen, mussten sich die Siedlungen nach Vorgabe von SINAMOS in ein engmaschiges, hierarchisches Repräsentationssystem eingliedern lassen. Auf der untersten Hierarchiestufe rangierten die Haushalte, die sich in Blöcke, Quartiere, Sektoren etc. zu organisieren hatten; an der Spitze stand ein Exekutivkomitee, das als staatlich anerkannter Vertreter eines *pueblo jóven* fungierte und in direkter Beziehung zum SINAMOS-Büro stand. In diesem mehrstufigen korporatistischen System der Interessenrepräsentation war einerseits die gesamte Bevölkerung integriert, doch umfassten andererseits die einzelnen Gremien auf den verschiedenen Hierarchiestufen nie mehr als 50 Vertreter, wodurch die Möglichkeit einer horizontalen Mobilisierung an der Basis begrenzt wurde (Stepan, 1978, 170–174).

Diesen Mobilisierungs- und Inkorporierungsversuchen war unterschiedlicher Erfolg beschieden. In Siedlungen, die zuvor keine oder nur eine geringe autonome Interessenartikulation kannten, waren sie relativ erfolgreich. Hingegen leisteten die meist älteren Siedlungen, die über lokal gewachsene Formen der Interessenvertretung verfügten, häufig Widerstand gegenüber den staatlichen Kooptationsstragien (Dietz, 1977, 437). Der Erfolg der korporatistischen Herrschaftsstrategie hing somit eng von der Existenz eines noch unstrukturierten politischen Raums ab.

e) Das zwiespältige Verhältnis zum nationalen und internationalen Kapital: Distributive und inkorporierende Politiken (und damit das korporatistische Projekt insgesamt) konnten letztlich nur nach Massgabe einer Vertiefung der wirtschaftlichen Entwicklung erfolgen. Letztere wurde vor allem über einen auf importsubstituierende Industrialisierung ausgerichteten nationalkapitalistischen Entwicklungspfad gesucht (Thorp/Bertram, 1978, 301–318; FitzGerald, 1979; Weeks, 1985). Diese Ausrichtung des Regimes prägte sein Verhältnis zum einheimischen und ausländischen Unternehmertum (Hunt, 1975; Heymach, 1979; Becker, 1983; Ferner, 1983; Stallings, 1983). Die Beziehung war insofern zwiespältig, als das Regime den Kapitalinteressen zwar grundsätzlich wohlgesinnt gegenüberstand, gleichzeitig aber wirtschaftspolitische Ziele formulierte, die denjenigen der Unternehmer teilweise widersprachen. Hierzu gehörten neben der importsubstituierenden Industrialisierung auch die Ober-

hoheit des Staates über die natürlichen Ressourcen des Landes sowie – zum Zweck des bereits diskutierten Interessenausgleichs mit der Arbeiterschaft – eine starke Position des Staates im Produktionssektor.

Das Hauptanliegen der staatlichen Interventionen im Industriesektor bestand in der Mobilisierung finanzieller Ressourcen und in der Umlenkung vorhandenen Kapitals in den wachstumsorientierten industriellen Sektor. An diesem Ziel orientierte sich auch die Nationalisierungspolitik des Regimes: Wenig neue Investitionen tätigende ausländische Unternehmen, die vor allem Gewinne aus früheren Anlagen repatriierten, wurden verstaatlicht, um den Ressourcenabfluss ins Ausland zu unterbinden. Umgekehrt erhielten dynamische, wachstumsorientierte Unternehmen mit moderner Technologie, die das staatliche Monopol im Rohstoffsektor nicht bedrohten, vom Regime eine Vorzugsbehandlung.

Auch die Beziehung des Regimes zur einheimischen Unternehmerschaft gestaltete sich widersprüchlich und war über die Zeit hinweg einem erheblichen Wandel unterworfen. In den ersten Jahren (1968–70) war die Beziehung zwischen dem Nationalen Industriellenverband (SNI) und dem Regime ziemlich harmonisch. Dies ist darauf zurückzuführen, dass die SNI während dieser Zeit von einer Gruppe moderner, dynamischer und teilweise exportorientierten Grossunternehmen dominiert wurde, die von den grosszügigen Subventionen für den Import und den Export von Industriegütern profitierte. Gleichzeitig bestanden informelle Beziehungen der Unternehmerschaft zum Machtzentrum des Regimes. 1971 übernahmen die Interessenvertreter der mit arbeitsintensiven Technologien produzierenden Kleinbetriebe die Kontrolle über die SNI. Teilweise wegen der in diese Zeit fallenden Einführung der betrieblichen Mitbestimmung (CI ab 1970/71), die besonders die kleineren und mittleren Betriebe traf, kam es zu einer offenen Konfrontation zwischen der SNI und dem Regime, die Ende 1972 im Entzug der staatlichen Anerkennung der SNI als nationaler Interessenvertretung aller Industrieller gipfelte. Während sich die dominante Faktion der kleinen und mittleren Industriellen neu in der SI (*Sociedad de Industrias*) organisierte, formierte sich das regimefreundliche Segment der Grossunternehmer in einer eigenen Institution (ADEX, *Asociación de Exportadores*; 1973). Während die SI ihre Konfrontationsstrategie fortsetzte, suchten die um ADEX gruppierte Faktion und die Regierung einen wechselseitigen Dialog zu institutionalisieren. Durch die Interpenetration von modernem Unternehmertum und staatlichen Verwaltungsspitzen (Manager gelangten auf Spitzenpositionen im expandierenden Staatssektor, während Offiziere leitende Stellen in der Privatwirtschaft erhielten) wurden zudem die bereits bestehenden informellen Beziehungen vertieft (Ferner, 1983; Basurco Valverde, 1985, 211–217).

Im Bereich des Verhältnisses zur Unternehmerschaft geriet somit das Projekt eines breiten Herrschaftspakts unter korporatistischen Vorzeichen in beträchtliche Widersprüche – die gleichzeitige Integration dieser sozialen Gruppe und der Arbeiterschaft in die das Regime konstituierende Allianz erwies sich als unmöglich. Die Politik des Staats nahm deshalb gegenüber Teilen des Unternehmertums Formen des ausschliessenden Korporatismus an (Abschaffung eines einheitlichen Repräsentationsorgans 1972). Nur die von der importsubstituierenden Industrialisierungspolitik begünstigte Gruppe von Grossunternehmern und Managern war ins Regime integriert, doch waren diese Beziehungen stark informeller Natur.

5. Gründe für das Scheitern des korporatistischen Herrschaftsmodells

Um 1975 war das „Peruanische Experiment" gescheitert, war das Regime am Ende. Dies ist daraus ersichtlich, dass in diesem Jahr die Pressereform, die über die Verstaatlichung und Zuweisung der einzelnen Erzeugnisse zu vom Regime sanktionierten Interessenverbänden eine eigentliche korporatistische Öffentlichkeit zu schaffen suchte, teilweise rückgängig gemacht wurde (Booth, 1983, 167 f.), und dass gleichzeitig die embryonale Mobilisierungsmaschine des Regimes, SINAMOS, restrukturiert und redimensioniert wurde. Dass der seit 1973 schwer kranke Velasco in einem unblutigen Putsch durch General Morales Bermúdez ersetzt wurde, ist unter diesen Umständen nur ein äusseres Zeichen. Im folgenden besprechen wir die vier wichtigsten strukturellen Gründe für den Zerfall des Regimes von Velasco.

a) Mangelnde Mobilisierung: Das früher diskutierte idealtypische Drei-Phasen-Modell eines sich auf korporatistische Methoden der Herrschaftssicherung stützenden Regimes sieht die Anfangsperiode als Zeit der stark populistisch gefärbten Massenmobilisierung. Eine solche Phase fehlte im Fall des Regimes von Velasco weitgehend. An der für die Initiierung einer korporatistischen Herrschaftsstrategie grundlegenden Autonomie des Staats fehlte es nicht (Stepan, 1978, 303; Cleaves/Scurrah, 1980, 67–95). Die Autonomie wurde jedoch nicht zur Mobilisierung genutzt, sondern vielmehr zum Erlass distributiver Massnahmen, auf deren Basis ab ca. 1971/2 Inkorporierungsversuche unternommen wurden. SINAMOS, das nationale „Mobilisierungssystem", wurde dagegen zu spät gegründet (1971) und funktionierte kaum als Mobilisierungsmaschine.

Erfolgreichere Regimes, die sich auf die Unterschichten stützten und vom Militär geprägt wurden, folgten auf eine desartikulierte Periode (Cárdenas in Mexiko 1934–40, Perón in Argentinien 1943/6–55). In diesen Fällen war das Militär in das politische Geschehen involviert gewesen, hatte in engem Kon-

takt zu politischen Massenpotentialen gestanden und hatte dadurch Gelegenheit zur Erlernung von Mobilisierungsstrategien erhalten. Die in der Literatur wiederholt konstatierte politische Unbedarftheit der peruanischen Militärs dürfte im Fehlen dieser Konstellation in der Zeit nach Odría seinen Grund haben; dasselbe gilt für die Tatsache, dass in Peru 1968 die Armee lange nicht das Ansehen der mexikanischen Revolutionsarmee und dadurch weniger symbolische Ressourcen zu ihrer Verfügung hatte (vgl. Stepan, 1978, 304). Der historisch bedingten geringen Kapazität des Militärs zur politischen Mobilisierung steht die Besetzung relevanter politischer Räume durch vorhandene Strukturen der Interessenrepräsentation, v. a. im Bereich des Gewerkschaftswesens gegenüber. Sie engte den Handlungsspielraum zur Erschliessung neuer Massenpotentiale entschieden ein.

b) Inkorporierung ohne "linkage": Wie erwähnt setzte ab 1971/2 die zweite Phase des idealtypischen Verlaufsmodells – die Inkorporierung über korporatistische Organisationen – ein. Diese Institutionen funktionierten jedoch nur beschränkt als Foren der Interessenartikulation und dienten vorab als Kanäle der staatlichen Penetration. So blieb auch das „Mobilisierungssystem" SINAMOS vom Staat abhängig und entwickelte sich nicht zu einer politischen Partei mit autonomer personeller sowie ideologischer Basis (Stepan, 1978, 314 f.). Ausserhalb der städtischen Slums war es daher politisch weitgehend bedeutungslos. Aufgrund des Fehlens institutionalisierter Kanäle der Interessenartikulation liess sich jedoch mit den vorgängigen distributiven Massnahmen keine stabile Unterstützung von Massenpotentialen aufbauen (vgl. Stepan, 1978, 303 f.); die relevanten sozialen Gruppen sahen sich oft gegen ihren Willen einem nur schwer beeinflussbaren Zugriff eines autonomen Staats ausgesetzt.

Unter diesen Umständen hing der Erfolg der staatlichen Inkorporierungsstrategie stark von der Fähigkeit der einzelnen Gruppen, ihre autonomen Strukturen der Interessenartikulation zu wahren, ab. Am besten gelang die Inkorporierung wie erwähnt im Bereich der städtischen Slums, in denen 1968 nur schwache und informelle Strukturen der Interessenartikulation (Patronage) bestanden. Bei der Bauernschaft, unter der sich schwache Ansätze zur gewerkschaftlichen Organisation fanden, liessen sich immerhin noch korporatistische Strukturen aufbauen, doch war ihre praktische Bedeutung bereits gering. Unter der Arbeiterschaft führte der Aufbau einer staatlichen Gewerkschaftszentrale zu einer Verschärfung der Konkurrenz zwischen verschiedenen Interessenorganisationen, und der institutionelle Ausbau im betrieblichen Bereich (CI, CONACI) verschaffte ihnen gleichzeitig Foren zu einer weitgehend autonomen Interessenartikulation. Anstelle der Inkorporierung und der Dämpfung des Konfliktniveaus wurde somit genau das Gegenteil erreicht, d. h. eine Verstärkung klassenbasierter Mobilisierung und eine Erhöhung des Konfliktniveaus.

Das politische System (in Termini von Figur 1) erfuhr eine Differenzierung: Die Mechanismen der Interessenartikulation und -aggregation lösten sich teilweise von den Strukturen der Herrschaftssicherung. Am ausgeprägtesten scheiterte die Inkorporierung beim Industrieunternehmertum, der sozial stärksten Gruppe der potentiellen Allianz: Die staatliche Politik ihr gegenüber war eher durch Bemühungen zur Fraktionierung als durch Inkorporierung geprägt.

c) *Die Wirtschaftskrise*: Es ist bekannt, dass Peru seit etwa 1974 in eine bis heute andauernde Wirtschaftskrise geriet; das nationalkapitalistische Entwicklungsmodell des Regimes muss somit als gescheitert bezeichnet werden. Während die günstige Konjunktur bis ca. 1972 distributive Massnahmen erleichterte, führte die Verschlechterung der Wirtschaftslage zu einer drastischen Einschränkung des Manövrierraums. Dass auf Unterschichten gestützte Regimes besonders anfällig für wirtschaftliche Wechsellagen sind, wird auch durch eine vergleichende Analyse belegt: Regimes dieses Typs kommen in der Regel in Perioden starken Exportwachstums an die Macht, die weiten Spielraum für Reformpolitiken gewähren, während ihre Endphase durch extrem niedrige Wachstumsraten gekennzeichnet ist (Pfister/Suter, 1989, 38).

Wieweit das wirtschaftliche Scheitern des Regimes mit den oben diskutierten Problemen seiner strukturellen Entfaltung zusammenhängt, ist schwer zu beurteilen. Unbestreitbar waren externe Faktoren von beträchtlicher Bedeutung (Ausbleiben der Thunfischschwärme und Verschlechterung der Terms of Trade ab 1973/4; Cline, 1981, 303 f.). In einem unbestimmbaren Ausmass spielten aber auch wirtschaftspolitische „Fehler" eine beträchtliche Rolle; über ihre Diagnose bestehen jedoch beträchtliche Meinungsunterschiede. Cline (1981, 298–301, 316 f.) erkennt als wichtigsten Krisenfaktor einen Nachfrageüberhang, der durch eine Anspruchsinflation im politischen Bereich verursacht worden sei. Ein zweiter Diskussionsstrang argumentiert dagegen mit den Grundwidersprüchen einer Politik der Importsubstitution (FitzGerald, 1976: 69 f.; Schydlowski/Wicht, 1983, 105 f., 110–115): In einer Situation wenig wachsender Exporte von Primärgütern müsse der hohe Devisenbedarf des importsubstituierenden Industriesektors notgedrungen zu Zahlungsbilanzschwierigkeiten führen. Durch ineffiziente Regierungsarbeit, die zum Teil das Gegenteil der anvisierten Ziele erreichte, sei die Lage noch verschlimmert worden.

Mindestens teilweise lassen sich diese Faktoren auf die oben diskutierten Probleme des politischen Regimes zurückführen. Die ab 1973 erkennbare Anspruchsinflation lässt sich direkt mit dem Scheitern der Inkorporierungsphase und der Verstärkung autonomer Mobilisierungspotentiale in Verbindung bringen. Die Ineffizienz der Regierungsarbeit hing teilweise mit den Widersprüchen zwischen technokratischer und (nicht unbedingt qualifizierter) militäri-

scher Regierungsführung, m. a. W. mit dem Scheitern beim Aufbau einer institutionellen Absicherung der Regierungsarbeit zusammen (Cleaves/Scurrah, 1980, 83–86). Soweit die importsubstituierende Industrialisierung an die Grenzen des engen Binnenmarkts stiess, lässt sich schliesslich auf die erwähnten politischen Gründe für den nur teilweisen Erfolg der Agrarreform verweisen. Die Wirtschaftskrise war somit wohl nur zum Teil ein externes Moment beim Zerfall des Regimes (so Stepan, 1978, 297–299); zusätzlich stellt sie einen weiteren Aspekt der Schwierigkeiten des Regimes bei der Entfaltung eines korporatistischen Herrschaftsmodells dar.

d) Der Zerfall des programmatischen Konsensus: Das Scheitern der Inkorporierungsphase und der gleichzeitige Anstieg des Konfliktniveaus führten ab 1973 – wegen des Fehlens funktionierender Institutionen von Interessenakkumulation – auch zu einer Zunahme der Artikulation von Interessengegensätzen im Offizierskorps (North, 1983, 266). Der um interne Entwicklung zentrierte programmatische Konsens zerfiel zusehends. Das institutionelle Interesse am Weiterbestehen eines homogenen Offizierskorps führte daraufhin in den Jahren 1974–76 zur Formulierung eines neuen programmatischen Konsenses, der eine wesentlich geringere Rolle des Militärs in der Politik vorsah. Zur Kontrolle der überbordenden Anspruchsinflation sah dieses „liberale" Modell (Cleaves/Scurrah, 1980, 25, 91 f.) die Desartikulation der entstandenen autonomen Mobilisierungspotentiale vor. Da dies einer Zerstörung der unter Velasco herrschenden Allianzstruktur gleichkam, ist gemäss unserer Terminologie spätestens ab 1976 von einem Regimewandel zu sprechen.

6. Die Hinterlassenschaft: Politische Desartikulation

Den Zeitabschnitt zwischen der Absetzung Velascos bis mindestens zur Wahl von García (1985) interpretieren wir als desartikulierte Periode, wobei vor 1980 auch Elemente eines desartikulierten Regimes zu verzeichnen sind. Wir behaupten somit, dass trotz des institutionellen Wandels des politischen Systems – 1978–80 fand ein Übergang zu formal-demokratischen Strukturen statt – die politische Kräftekonstellation grundsätzlich konstant blieb (ähnlich Abugattas, 1987). Damit sind folgende Merkmale gemeint: Einmal war die politische Macht auf eine kleine, nur wenig stabile Allianz abgestützt (zuerst das Militär, dann eine schmale zivile Politiker- und Technokratengruppe), die gleichzeitig starken internationalen Einflüssen unterworfen war (insbesondere des IMF). Sodann wurde eine liberale Wirtschafts- und Sozialpolitik im Sinn eines Desengagements des Staats aus Institutionen zur Strukturierung von Interessenartikulation und -akkumulation betrieben; insofern lässt sich von

einem „liberalen Herrschaftsmodell" sprechen (Cleaves/Scurrah, 1980, 25, 91 f.; allgemein Heintz/Hischier, 1983, 107 f.). Als Kehrseite dazu verlangte die Aufrechterhaltung der politischen Stabilität ein beträchtliches Repressionsniveau. Schliesslich lässt sich tendenziell eine Abfolge von einer Phase aktiver Desartikulation von Massenpotentialen durch das Regime zwecks Gewinnung der für eine liberale Politik benötigten Autonomie (v. a. 1976–8) zu einer mehr oder wenig stabilen Phase geringer politischer Artikulation erkennen.

a) Politische Desartikulation unter Morales Bermúdez (1975–80): Oben wurde gezeigt, dass unter Velasco aufgebaute Institutionen der korporatistischen Interessenrepräsentation zunehmend zu Foren einer autonomen Interessenartikulation wurden. Institutionen zur Austragung der sich daraus ergebenden politischen Konflikte fehlten, so dass die Regierung um 1975 von allen Seiten unter Druck geriet. Die von der Regierung Morales Bermúdes in dieser Situation gewählte Strategie bestand in der Entdifferenzierung des politischen Systems, der Desartikulation politischer Potentiale. Unter Velasco geförderte Organisationen der Interessenrepräsentation wurden systematisch zurückgebunden wenn nicht gar bekämpft: Der Bauernverband wurde, nachdem einzelne Führer verhaftet und exiliert worden waren, umstrukturiert und 1978 aufgelöst; dasselbe geschah mit SINAMOS (Cleaves/Scurrah, 1980, 185–7). Auch die organisierte Arbeiterschaft geriet ab 1976, als der radikale Flügel innerhalb der Armeeführung endgültig entmachtet war, in Gegensatz zum Regime. Die Erosion der politischen und sozialen Basis verstärkte sich noch, nachdem sich die Regierung ab 1976 u. a. als Folge externen Drucks zur Einleitung von Stabilisierungsmassnahmen gezwungen sah, um damit die tiefe Wirtschafts- und Finanzkrise zu überwinden (Cline, 1981, 305–10; Stallings, 1983). Die Arbeiterbewegung unter der Führung der kommunistischen Gewerkschaften und der vormals vom Regime aufgebauten CTRP, setzte die Regierung von Morales Bermúdez unter starken Druck, der mit drei erfolgreichen landesweiten Generalstreiks zwischen Juli 1977 und Mai 1978 (den ersten seit 1919!) einen Höhepunkt erreichte. Das Regime reagierte zunächst mit dem Versuch, die oppositionellen Kräfte zu demobilisieren, indem es deren Artikulation und Organisation zu behindern suchte. Dazu gehörte eine Verstärkung der Pressezensur, die faktische Aufhebung der bürgerlichen Rechte durch die Verhängung eines vierzehnmonatigen Notrechtes und einer neunmonatigen nächtlichen Ausgangssperre in der Hauptstadt, die Unterdrückung von Streikaktivitäten sowie die Inhaftierung und Exilierung von Gewerkschaftsführern. Darüber hinaus wurden die unter Velasco eingeführten Formen betrieblicher Mitbestimmung der Arbeiterschaft massiv abgebaut. So wurden ab Mitte 1976 die *propiedad social*-Programme sistiert, während die kollektiven Partizipationsformen der *comunidad industrial* modifiziert und in individuelle Beteiligungen

umgewandelt wurden. Dies schwächte den Einfluss der Arbeiterschaft auf die Unternehmensführung entscheidend, da die individuellen Beteiligungen von ihren Inhabern beliebig weiterveräussert werden konnten (Stephens, 1980, Kap. 7).

Aufgrund der in dieser Entwicklung zum Ausdruck kommenden Zerstörung der institutionellen Beziehungen zwischen dem Staat und potentiellen Allianzpartnern ist die Regierung von Morales Bermúdes nicht als Demobilisierungsphase in der Evolution eines sich auf korporatistische Herrschaftsmethoden stützenden Regimes anzusehen, sondern als radikaler Regimewandel. Gleichzeitig stellt sich jedoch die Frage, weshalb sich aus dieser Situation kein Regime bürokratisch-autoritären Zuschnitts, d. h. ein eigentliches desartikuliertes Regime entwickelte. Drei sich ergänzende Erklärungen können hierfür gegeben werden: Erstens fehlte nach der Erfahrung unter Velasco im Militärapparat die Perspektive einer aktiven politischen Rolle; wie erwähnt legte die Situation ein professionelles Selbstverständnis mit niedrigem politischem Profil nahe. Zweitens hatte sich das Militär durch das Scheitern des korporatistischen Experiments als Allianzpartner weitgehend diskreditiert; die Allianz zwischen Militär, zivilen Technokraten sowie einheimischen und internationalen Kapitalinteressen, die im Fall von Brasilien in den 1960er und Chile in den frühen 1970er Jahren eine wichtige Rolle spielten, konnte so nicht entstehen. Schliesslich blockierten sich die bestehenden politischen Potentiale nicht dermassen, dass sich ein desartikuliertes Regime mit seiner schmalen sozialen Basis hätte entfalten können (Stephens, 1983, 84–87; allgemein Stepan, 1978, Kap. 3). Sichtbar wird dies darin, dass die Desartikulierungspolitik der Regierung eine breite Solidarisierung der verschiedenen politischen Kräfte gegen das Regime auslöste, was die Isolierung der Militärs von allen zivilen Segmenten der Gesellschaft zur Folge hatte. Um einen geordneten Rückzug der Militärs zu gewährleisten, sah sich Morales Bermúdez deshalb ab Mitte 1977 gezwungen, einen Redemokratisierungsprozess einzuleiten (Abugattas, 1987, 130–138).

Die Wahlen zur verfassungsgebenden Versammlung von 1978 brachten im Vergleich zur Zeit vor 1968 eine grundlegende Veränderung der politischen Kräfteverhältnisse an den Tag: Die APRA erzielte 35%, und fünf verschiedene kommunistische, trotzkistische und maoistische Parteien versammelten insgesamt 33% der Stimmen auf sich; in den Wahlen von 1962 hatte die Linke noch lediglich 4% der Stimmen erhalten (Stephens, 1980, 237). Mit den neuen linken Parteien entstanden erstmals politische Potentiale, die sich von den bisherigen populistischen Bewegungen (APRA, AP) durch ihren Klassencharakter deutlich absetzten. Die klassenbasierten Linkskräfte waren nicht nur innerhalb der Arbeiterschaft, sondern auch in den städtischen Elendsvierteln und dank der institutionellen Beziehung zum CNA und den kommunistischen

Bauerngewerkschaften im ländlichen Bereich gut verankert (Petras/Havens, 1979). Ihre Herausbildung war direkt durch die Mobilisierungspolitiken des Regimes von Velasco begünstigt worden; auch die sie schwächende Zersplitterung ist jedoch teilweise ein Erbe dieser Epoche.

b) Demokratie ohne politische Artikulation – die zweite Regierung Belaúnde (1980–85): Der demokratisch an die Macht gelangte Belaúnde ergriff zu Beginn seiner Amtszeit einige Massnahmen zur Stärkung des Demokratisierungsprozesses und der autonomen Interessenartikulation, insbesondere durch die Garantie der Pressefreiheit und die Durchführung von Lokalwahlen. Das Weiterbestehen einer desartikulierten Situation unter Belaúnde erweist sich jedoch daraus, dass es ihm nicht gelang, eine tragfähige politische Basis zu finden. Im Kontext der neuen Stärke klassenbasierter Potentiale (Linksparteien, in der Christlichen Volkspartei [PPC] organisierte Unternehmerschaft) war der politische Raum für eine diffuse populistische Bewegung, die Belaúndes AP war, wesentlich kleiner als in den 1960er Jahren. Angesichts der tiefen Wirtschaftskrise und der faktischen Zahlungsunfähigkeit des peruanischen Staates fehlten zudem die Ressourcen zur Finanzierung populistischer Politiken irgendwelcher Art. Schliesslich wurde die Entfaltung der AP als Partei auch durch die Auswirkungen der unter Velasco aufgebauten Struktur des politischen Raums behindert: Im Gegensatz zu Verbänden und Assoziationen waren politische Parteien geschwächt worden. Deshalb verfügten nach dem Ende der Militärherrschaft die verbandsmässig organisierten Interessengruppen über eine stärkere Ausgangsposition als diejenigen, die ihre Interessen ausschliesslich über das Parteiwesen artikulierten. Dies wirkte sich besonders für die AP nachteilig aus, da sie keine institutionellen Beziehungen zum Verbandswesen besass. Demgegenüber waren die APRA und die klassenbasierten Linksparteien in der organisierten Arbeiter- und Bauernschaft sowie in den Basisgruppen der städtischen Elendsviertel verankert, während die PPC über Beziehungen zum lokalen Unternehmertum verfügte.

Die fehlende soziale Verankerung des Regimes zeigt sich augenfällig in der Zusammensetzung des Kabinetts von Belaúnde, das neben Militärs vorwiegend aus Technokraten bestand; insbesondere die Wirtschaftspolitik wurde innerhalb eines kleinen und geschlossenen Technokratenzirkels formuliert. Damit berühren wir einen anderen Aspekt fehlender Artikulation: Der Regierung fehlte jegliche institutionelle Beziehung zu den wichtigen Sozialkräften, die über keine Möglichkeiten verfügten, ihre Vorstellungen und Forderungen ins politische System einzubringen. Durch seine neoliberale Wirtschaftspolitik schuf sich Belaúnde nicht nur Opposition aus den Kreisen der organisierten Arbeiterschaft und der städtischen Unterschichten, die den Grossteil der

Anpassungskosten zu tragen hatten, sondern entfremdete sich auch zunehmend von der lokalen Unternehmerschaft (Abugattas, 1987, 138–141).

Zum desartikulierten Charakter der zweiten Regierungszeit Belaúndes trug schliesslich bei, dass sie nicht in der Lage war, das Militär zu kontrollieren. Über die von ihnen mitgestaltete Verfassung sicherten sich die Militärs vor ihrem Rückzug in die Kasernen eine weitgehende Autonomie in allen internen militärischen Angelegenheiten. Entsprechend betrachtete das Militär auch die Niederschlagung der Guerillabewegung des *sendero luminoso*, die mit ihren Aktivitäten erstmals just nach dem Amtsantritt von Belaúnde in Erscheinung trat, als primär interne Angelegenheit, in der es der politischen Führung gegenüber nicht verantwortlich sei. Präsident Belaúnde stellte mehrere Provinzen und Departemente unter Ausnahmerecht, wodurch die Armeeführung weitreichende Befugnisse erhielt. Ohne politische Kontrolle und ohne Sanktionierung allfälliger Übergriffe auf die Zivilbevölkerung bediente sich das Militär repressiver Methoden (willkürliche Verhaftungen, Zwangsumsiedlungen, Folterungen, Ermordungen und Massaker), die entsprechend mit massivsten Beschneidungen der bürgerlichen Menschen- und Freiheitsrechten verbunden waren.

7. Schlussbemerkung

Das Hauptanliegen dieser Studie ist die Illustration eines Ansatzes zur politischen Soziologie der Dritten Welt, der das Schwergewicht auf die einer Regierung zugrundeliegende Machtallianz (das politische Regime) und Korrelate in anderen Bereichen des politischen Systems legt. Die Ergründung der systematischen Natur dieser Korrelate und der Abfolge verschiedener Regimes erscheinen vor diesem Hintergrund als zentrale Forschungsfragen.

Das Beispiel Perus ist für eine solche Perspektive insofern ergiebig, als es – neben der reichen Literatur – bereits im kurzen Zeitraum zwischen den 1950er und den 1980er Jahren eine Abfolge verschiedenster Regimetypen mit jeweils charakteristischen Allianzen relevanter politischer Potentiale aufweist. Es sind dies ein auf Exportinteressen basiertes Regime (1948–62), ein mittelschichtspopulistisches Regime (1963–68), ein populistisches Regime, das die Unterschichten zu integrieren suchte (1968–75) sowie eine desartikulierte Periode (1975–85). Jedes dieser Regimes weist eine spezifische Entwicklungsdynamik auf, die sich aus seinen Korrelaten in anderen Bereichen des politischen Systems ergeben. Im auf Exportinteressen fussenden Regime findet sich ein Übergang von einer „Entwicklungsdiktatur", die vorab die staatliche,

rechtliche und politische Infrastruktur für die Aktivitäten der Exportbourgeoisie schafft, zu einer durch informelle „Club"-Strukturen geprägten elitistischen Demokratie. Das auf Unterschichten gestützte populistische Regimes lässt sich mit Hilfe der idealtypischen Sequenz von Mobilisierung, Inkorporierung und Demobilisierung von Massenpotentialen in einer korporatistischen Struktur beschreiben. In der desartikulierten Periode ist schliesslich eine Abfolge von aktiver Desartikulation zu einer formalen Demokratie ohne politische Artikulation zu beobachten. Diese Verlaufsstrukturen einzelner Regimes sind insofern systematischer Natur, als sie sich auch in anderen Ländern insbesondere Lateinamerikas finden. Auch unterscheiden sie sich von der Oszillation zwischen Selbstprivilegierung und Entwicklungsförderung, wie sie Elsenhans (1981) für die vorwiegend durch die Alleinherrschaft von Staatsklassen geprägten Länder Afrikas und Südasiens festgestellt hat.

Die politische Entwicklung Perus zwischen den 1950er und 1980er Jahren insgesamt ist durch eine Differenzierung und nachfolgende Entdifferenzierung des politischen Systems geprägt. Die populistischen Kampagnen Belaúndes nach 1956 belegen eine Expansion des politischen Raums mit geringen organisationellen Mitteln. Das korporatistische Herrschaftsmodell Velascos war dann von einer starken Penetration staatlicher Institutionen begleitet, die gleichzeitig die Entstehung von Foren autonomer Interessenartikulation begünstigte. Vorab weil Institutionen zur Verarbeitung der daraus entstehenden politischen Konflikte fehlten, setzte mit der Regierung von Morales Bermúdes eine umgekehrte Bewegung zur politischen Desartikulation ein.

Die Gründe für diese Entwicklung und die damit verbundene spezifische Abfolge politischer Regimes liegen mindestens teilweise in politik-endogenen Faktoren. Zunächst ist auf die mangelnde Stabilität des Regimes der Exportbourgeoisie zu verweisen. Die exportorientierten Branchen der 1950er Jahre berührten das Hinterland der Sierra kaum und führten damit zu keiner Vergrösserung der Ressourcen, die politischen Patrons zur Manipulation klientelistischer Netze zur Verfügung standen; die Art der Exportorientierung trug nicht zur Ausweitung der politischen Basis der traditionellen Elite bei. Die wirtschaftlichen Probleme der breiten Landbevölkerung konnten dadurch zum Gegenstand populistischer Mobilisierungsanstrengungen gemacht werden, wobei die geringe Institutionalisierung des politischen Raums die Machterlangung durch ein vor allem auf das Charisma Belaúnde setzendes, liberales populistisches Regime förderte. Erst die durch das liberale Umfeld ermöglichte Konkurrenz verschiedener politischer Gruppierungen um politische Potentiale ausserhalb der Elite eröffnete die Perspektive für ein Regime, das verschiedene Unterschichtsgruppen durch korporatistische Strategien zu integrieren suchte. Der relative Misserfolg des Militärregimes von Velasco wurde hier durch die

in der Professionsgeschichte begründete Unfähigkeit des Militärs zur Massenmobilisierung sowie mit der Besetzung relevanter Massenpotentiale (v. a. im Bereich der Gewerkschaftsbewegung) durch in früheren populistischen Phasen entstandene Organisationen erklärt. Als Mittel der korporatistischen Einbindung gedachte Institutionen entwickelten sich dadurch zu Foren einer unabhängigen Interessenartikulation. Wie erwähnt begünstigten die daraus hervorgehenden Konflikte den Übergang zu einem auf politische Desartikulation ausgerichteten Regime. Insgesamt lässt somit das Beispiel Perus die – komparativ weiter zu erhärtende – These zu, dass systematische Sequenzen politischer Regimes existieren, die mit für die jeweiligen Regimetypen charakteristischen strukturellen Widersprüchen erklärt werden können.

LITERATURVERZEICHNIS

ABUGATTAS Luis A. (1987), "Populism and After: The Peruvian Experience", in MALLOY James/SELIGSON Mitchell A., Hrsg., Authoritarians and Democrats, University of Pittsburgh Press, Pittsburgh, 121–143.

APTER David E. (1965), The Politics of Modernization, University Press, Chicago.

BARTU Friedenmann (1979), Die Agrargesellschaften – Sociedad Agricola de Interés Social (AIS) – als Träger der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in den Anden Perus, Rüegger, Diessenhofen.

BASURCO Valverde Gerardo Félix (1985), Herrschaftsordnung und Industrialisierungsprozess in Peru, Boscolo & Mohr, Karlsruhe.

BECKER David G. (1983), The New Bourgeoisie and the Limits of Dependency: Mining, Class, and Power in "Revolutionary" Peru, Princeton University Press, Princeton.

BOOTH David (1983), "The Reform of the Press: Myths and Realities", in BOOTH/SORJ (1983), 141–184.

BOOTH David/SORJ Bernardo, Hrsg. (1983), Military Reformism and Social Classes: The Peruvian Experience 1968–1980, Macmillan, London.

BOURQUE Susan C. /PALMER David Scott (1975), "Transforming the Rural Sector: Government Policy and Peasant Response", in LOWENTHAL (1975), 179–219.

BOURRICAUD François (1967), Poder y Sociedad en el Perú Contemporáneo, Editorial SUR, Buenos Aires.

CARAVEDO MOLINARI Baltazar (1974), Conflictos interburgueses durante el Ochenio de Odría 1948–1956, Publicaciones Previas No. 6, Centro de Investigaciones Sociales, Económicas, Politicas y Antropológicas, Pontifica Universidad Católica del Perú, Lima.

CLEAVES Peter S./SCURRAH Martin J. (1980), Agriculture, Bureaucracy, and Military Government in Peru, Cornell University Press, Ithaka/London.

CLINE William R. (1981), "Economic Stabilization in Peru, 1975–78", in CLINE William R./ WEINTRAUB Sidney, Hrsg., Economic Stabilization in Developing Countries, Brookings Institution, Washington, 297–334.

COLLIER David (1976), Squatters and Oligarchs: Authoritarian Rule and Policy Change in Peru, Johns Hopkins University Press, Baltimore.

COLLIER David, Hrsg. (1979), The New Authoritarianism in Latin America, Princeton University Press, Princeton, N. J.

COTLER Julio (1970), "The Mechanics of Internal Domination and Social Change in Peru", in HOROWITZ Irving L. Hrsg., Masses in Latin America, Oxford University Press, New York, 407–444.

COTLER Julio (1975), "The New Mode of Political Domination in Peru", in LOWENTHAL (1975), 44–78.

COTLER Julio/PORTOCARRERO, Felipe (1969), "Peru: Peasant Organizations", in LANDSBERGER Henry A., Hrsg., Latin American Peasant Movements, Cornell University Press, Ithaca und London, 297–322.

DIETZ Henry A. (1977), "Bureaucratic Demand-Making and Clientelistic Participation in Peru", in MALLOY James M., Hrsg., Authoritarianism and Corporatism in Latin America, University of Pittsburgh Press, Pittsburgh, 413–458.

ELSENHANS Hartmut (1981), Abhängiger Kapitalismus oder bürokratische Entwicklungsgesellschaft: Versuch über den Staat in der Dritten Welt, Campus, Frankfurt.

ELSENHANS Hartmut (1985), „Der periphere Staat: Zum Stand der entwicklungstheoretischen Diskussion" in NUSCHELER Franz, Hrsg., Dritte Welt-Forschung, PVS Sonderheft 16, Westdeutscher Verlag, Opladen, 135–156.

EVERS Tilman (1977), Bürgerliche Herrschaft in der Dritten Welt: Zur Theorie des Staates in ökonomisch unterentwickelten Gesellschaftsformtionen, Europäische Verlagsanstalt, Köln.

FERNER Anthony (1983), "The Industrialists and the Peruvian Development Model", in BOOTH/SORJ (1983), 40–71.

FITZGERALD E. V. K. (1976), "Peru: The Political Economy of an Intermediate Regime", Journal of Latin American Studies, 8, 53–71.

FITZGERALD E. V. K. (1979), The Political Economy of Peru 1956–78: Economic Development and the Restrucutring of Capital, Cambridge University Press, Cambridge.

GERMANI Gino (1978), Authoritarism, Fascism, and National Populism, Transaction Books, New Brunswick.

GOLDBERG Bernd (1983), 50 Jahre Partito Aprista Peruano (PAP) 1930–80: Eine sozioökonomische Analyse zur Erklärung der Politik Perus, Breitenbach, Saarbrücken/Fort Lauderdale.

GORMAN Stephen M. (Hrsg.) (1982), Post-Revolutionary Peru: The Politics of Transformation, Westview, Boulder, CO.

HAWORTH Nigel (1983), "Conflict or Incorporation: the Peruvian Working Class 1968–79", in BOOTH/SORJ (1983), 94–116.

HANISCH Rolf/TETZLAFF Rainer, Hrsg. (1981), Staat und Entwicklung: Studien zum Verhältnis von Herrschaft und Gesellschaft in Entwicklungsländern, Campus, Frankfurt.

HEIN Wolfgang/SIMONIS, Georg (1976), „Entwicklungspolitik, Staatsfunktionen und Klassenauseinandersetzungen im peripheren Kapitalismus", in SCHMIDT Alfred, Hrsg., Strategien gegen Unterentwicklung: Zwischen Weltmarkt und Eigenständigkeit, Campus, Frankfurt/New York, 216–249.

HEINTZ Peter (1969), Ein soziologisches Paradigma der Entwicklung, mit besonderer Berücksichtigung Lateinamerikas, Ferdinand Enke, Stuttgart.

HEINTZ Peter/HISCHIER, Guido (1983), „Abnehmende Endogenität der nationalen Entwicklung und zunehmende Polarisierung politischer Regimes von Entwicklungsländern hinsichtlich ihrer Intergration in die Weltwirtschaft", in SPÄTH Lothar/DRÄGER Heinrich, Hrsg., Arbeitslosigkeit als Schicksal? Beschäftigungsprobleme in der Dritten Welt (Edition Dräger-Stiftung), Bonn Aktuell, Stuttgart, 99–136.

HEYMACH Dieter (1979), Der Peruanische Weg: Zur Bedeutung der "Empresas de Propiedad Social" im Rahmen der militärischen Entwicklungskonzeption (1968–1975), Haag und Herchen, Frankfurt a. M.

HISCHIER Guido (1987), Politische Regimes in Entwicklungsländern: Eine international vergleichende Typologie, Campus, Frankfurt a. M.

HUNT Shane (1975), "Direct Foreign Investment in Peru: New Rules for an Old Game", in LOWENTHAL (1975), 302–349.

JAQUETTE Jane S./LOWENTHAL Abraham F. (1987), "The Peruvian Experiment in Retrospect", World Politics, 39, 280–296.

KALECKI Michal (1972), The Last Phase in the Transformation of Capitalism, Monthly Review Press, New York.

KLAREN Peter F. (1973), Modernization, Dislocation, and Aprismo: Origins of the Peruvian Aprista Party, 1870–1932, University of Texas Press, Austin, Texas.

KNIGHT Peter T. (1975), "New Forms of Economic Organization in Peru: Toward Workers' Self-Management", in LOWENTHAL (1975), 350–401.

KUCZYNSKI Pedro-Pablo (1977), Peruvian Democracy under Economic Stress: An Account of the Belaúnde Administration, Princeton University Press, Princeton.

LAWSON Kay, Hrsg. (1980), Political Parties and Linkage: A Comparative Perspective, Yale University Press, New Haven.

LOWENTHAL Abraham F., Hrsg. (1975), The Peruvian Experiment: Continuity and Change under Military Rule, Princeton University Press, Princeton, NJ.

MANSILLA H. C. F. (1977), Der südamerikanische Reformismus: Nationalistische Modernisierungsversuche in Argentinien, Bolivien und Peru, Schindele, Rheinstetten.

McCLINTOCK Cynthia (1981), Peasant Cooperatives and Political Change in Peru, Princeton University Press, Princeton.

McCLINTOCK Cynthia/LOWENTHAL Abraham F., Hrsg. (1983), The Peruvian Experiment Reconsidered, Princeton University Press, Princeton.

NORTH, Liisa L. (1983), "Ideological Orientations of Peru's Military Rulers", in McCLINTOCK/LOWENTHAL (1983), 245–274.

PALACIOS Marcos (1983), "Social Property in the Political Project of the Military Regime", in BOOTH/SORJ (1983), 117–140.

PETRAS James/HAVENS A. Eugene (1979), "Peru: Economic Crises and Class Confrontation", Monthly Review, 30, 25–41.

PFISTER Ulrich/SUTER Christian (1989), "Comparing Political Regimes of the Third World: Types and Sequences", unpubl. Beitrag für die Annual Convention of the International Studies Association, London, 28. März bis 1. April 1989.

PHILIP George (1978), The Rise and Fall of the Peruvian Military Radicals 1968–1976, Athlone, London.

QUIJANO Aníbal (1973), „Imperialismus und Staatskapitalismus: Der Fall Peru", Leviathan, 1, 455–488.

QUIJANO Aníbal (1975), "La Segunda Fase de la Revolución Peruana y la Lucha de Clases", Sociedad y Política, 5, 4–19.

SCHMITTER Philippe C. (1974), "Still the Century of Corporatism?", in PIKE Frederick P./STRITCH Thomas, Hrsg., The New Corporatism: Social-Political Structures in the Iberian World, University of Notre Dame Press, Notre Dame/London, 85–131.

SCHYDLOWSKI Daniel M. /WICHT Juan (1983), "The Anatomy of an Economic Failure", in McCLINTOCK/LOWENTHAL (1983), 94–143.

SCOTT James. C. (1972), "Patron-Client Politics and Political Change in Southeast Asia", American Political Science Review, 65, 91–114.

SCURRAH Martin J./ESTEVES Guadalupe (1982), "The Condition of Organized Labor", in GORMAN (1982), 101–134.

SIMONIS Georg (1981), „Staat und politische Integration im peripheren Kapitalismus", in HANISCH Rolf/TETZLAFF Rainer, Hrsg., Staat und Entwicklung: Studien zum Verhältnis von Herrschaft und Gesellschaft in Entwicklungsländern, Campus, Frankfurt, 111–143.

STALLINGS Barbara (1983), "International Capitalism and the Peruvian Military Government", in McCLINTOCK/LOWENTHAL (1983), 145–180.

STEIN Steve (1980), Populism in Peru: The Emergence of the Masses and the Politics of Social Control in Peru, University of Wisconsin Press, Madison, Wisconsin.

STEPAN Alfred (1973), "The New Professionalism of Internal Warfare and Military Role Expansion", in DERS., Hrsg., Authoritarian Brazil: Origins, Policies and Future, Yale University Press, New Haven, 46–63.

STEPAN Alfred (1978), State and Society: Peru in Comparative Perspective, Princeton University Press, Princeton, N. J.

STEPHENS Evelyne Huber (1980), The Politics of Workers' Participation: The Peruvian Approach in Comparative Perspective, Academic Press, New York.

STEPHENS Evelyne Huber (1983), "The Peruvian Military Government, Labor Mobilization, and the Political Strength of the Left", Latin American Research Review 18/2, 85–93.

SUTER Christian/PFISTER Ulrich (1989), "Global Debt Cycles and the Role of Political Regimes", in RAPKIN David/AVERY William, Hrsg., Markets, Politics, and Change in the Global Political Economy, Lynne Reinner, Boulder, CO, 17–55.

THORP Rosmary/BERTRAM, Geoffrey (1978), Peru 1890–1977: Growth and Policy in an Open Economy, Macmillan, London.

VILLANUEVA Victor (1982), "Peru's New Professionalism: The Failure of the Technocratic Approach", in GORMAN (1982), 157–178.

WEEKS John (1985), Limits to Capitalist Development: The Industrialization of Peru, 1950–1980, Westview, Boulder, CO.

Schweiz.Z.Soziol./Rev.suisse sociol., 2 (1991) 375–406

KONFESSION UND POLITIK IN DER SCHWEIZ

Zum „konfessionellen Faktor" bei der Entwicklung stabiler Parteisympathien und bei den Eidg. Volksabstimmungen vom 9. Juni 1985[1]

Peter Voll
Schweizerisches Pastoralsoziologisches Institut,
Gallusstrasse 24, 9000 St. Gallen

Dass die konfessionelle Konfliktlinie in der Geschichte des schweizerischen Bundestaates zumindest zeitweilig eine wichtige Rolle gespielt hat, gehört zum historischen Gemeingut. Bis in die jüngste Zeit hinein ist denn auch die Konfessionszugehörigkeit zu den Parametern der Zauberformel gezählt worden. Und auch in der Öffentlichkeit gilt darüberhinaus die Christlichdemokratische Volkspartei (CVP) trotz des überkonfessionellen Etiketts nach wie vor als die Partei des politischen Katholizismus. Die vorliegende Untersuchung gilt der Frage, ob und inwieweit die Konfessionszugehörigkeit tatsächlich noch das politische Verhalten der Schweizerinnen und Schweizer bestimmt. Zum theoretischen Ausgangspunkt der folgenden Überlegungen wird dabei eine Theorie vertikaler subgesellschaftlicher Integration genommen. Diese sogenannte „Versäulungstheorie" ist v. a. entwickelt worden, um der besonderen Lage eines Teils der katholischen Bevölkerung im Rahmen einiger nationalgesellschaftlicher Entwicklungen in Westeuropa Rechnung zu tragen. Ein kurzes Exposé dieser Theorie (1) soll zur Präzisierung der Frage dienen, welche dann (2) an die Daten zweier Umfragen herangetragen wird.

1 Der vorliegende Aufsatz ist im Rahmen des Nationalen Forschungsprogramms 21: „Kulturelle Vielfalt und nationale Identität" entstanden (Projekt 4.014.0.86.21: „Konfessionelle Pluralität, diffuse Religiosität, kulturelle Identität in der Schweiz"; Leitung: Roland J. Campiche und Alfred Dubach) und stellt die überarbeitete und erweiterte Fassung eines Referats dar, das gemeinsam mit Michael Krüggeler an der 20. Konferenz für Religionssoziologie (CISR) vom August 1989 in Helsinki vorgetragen worden ist. Ich danke Michael Krüggeler für die gemeinsamen Diskussionen zum Thema und für die Erlaubnis, Teile des gemeinsam geschriebenen Textes hier zu verwenden. Dank schulde ich ausserdem Claude Longchamp vom Forschungszentrum für schweizerische Politik der Universität Bern für die Möglichkeit zur Benützung des VOX-Archivs sowie Christoph Glaus vom Rechenzentrum der Hochschule St. Gallen für technische Unterstützung bei der Konvertierung der Daten der VOX-Umfrage vom Mai 1985.

1. Die katholische Säule

1.1 Das allgemeine Konzept

Das Konzept der „verzuiling" („Versäulung") wurde zuerst zur Analyse der niederländischen Gesellschaft entwickelt. Vergleichbare Gesellschaftsstrukturen zeigen sich aber auch in anderen westeuropäischen Staaten, insbesondere in Belgien, Österreich, der Schweiz und Deutschland. Unter dem Gesichtspunkt der Konfession findet das Konzept seine Anwendung sowohl in konfessionell homogenen wie heterogenen Gesellschaften. Es bezeichnet „eine gesellschaftliche Struktur, in der mehrere, voneinander unterscheidbare Einheiten bestehen, die religiös oder ideologisch begründet und tendenziell autark sind" (Righart, 1986, 17; Übers. d. Verf.). Dementsprechend meint „Versäulung" den Prozess der Herausbildung dieser Struktur. Im Hintergrund dieser Definition steht die Umschreibung von Rokkan: „Verzuiling" (als Resultat gefasst: „Versäultheit") als das Ausmass der Verschränkung von cleavage-spezifischen Organisationen mit Partei-Organisationen für die Mobilisierung von Wählern (Rokkan, 1977).

Damit sind die interne Struktur und die konstitutiven Elemente zur Herausbildung dauerhafter Milieus angesprochen: Zum einen sind die Mitglieder durch eine gemeinsame Weltanschauung – durch Wertvorstellungen, Normen und Weltsichten – untereinander verbunden (Subkultur) und zum anderen durch ein geschlossenes Netzwerk eigenständiger sozialer Organisationen (Substruktur) (Altermatt, 1980, 147). Standes- und funktionsspezifische Organisationen gruppieren sich um die ökonomische Grundlage des Milieus und sichern die Sozialisation und alltagsweltliche soziale Abstützung der milieuspezifischen Identität. Politische Parteien bilden dann so etwas wie die organisierte politische Spitze der verschiedenen Milieus.

Die Fragestellung nach Religion und Politik bezieht sich in diesem Zusammenhang zunächst auf eine konfessionelle Determination politischen Verhaltens durch die konfessionell bestimmten Milieus. Politisches Verhalten und politische Orientierung werden in der versäulten Gesellschaft bestimmt durch ein hohes Ausmass von Geschlossenheit aufgrund des schichtspezifischen und/oder lebensweltlichen Charakters der Milieus. Die Milieus und die ihnen zugehörigen politischen Parteien spiegeln jeweils historische Konfliktlinien und determinieren als solche das politische Verhalten ihrer Mitglieder. Im Blick auf die Wahlen zeigt sich diese Geschlossenheit in der hohen Stabilität und Konstanz konfessioneller Parteibindung und konfessionellen Wahlverhaltens. Für das Abstimmungsverhalten bedeutet dieser Zusammenhang eine Prägung des Verhaltens gegenüber Sachfragen durch die konfessionelle Zugehörigkeit und Mobilisierung.

1.2 *„Versäulung" in der Schweiz*

Auf der Folie des Versäulungskonzepts ist die Schweiz zunächst mit den Niederlanden vergleichbar: In beiden Ländern hat eine protestantische Mehrheit die Führung bei der Zentralisierung und Staatenbildung gegenüber einer starken katholischen Minorität. Ein wichtiger Unterschied liegt allerdings in der Mehrsprachigkeit. Die Tatsache, dass Konfessions- und Sprachgrenzen in der Schweiz quer zueinander liegen und die konfessionellen Säulen somit in sich kulturell heterogen sind, führt im Vergleich zu Holland zu einer Schwächung der subgesellschaftlichen Geschlossenheit. Darüberhinaus wird eine forcierte nationale Zentralisierung durch die Erfahrung des Sonderbundskriegs verlangsamt (Lipset/Rokkan, 1967, 156). Mehrsprachigkeit und Föderalismus führen zu inneren Widersprüchlichkeiten vor allem innerhalb der katholischen Säule und zu daraus resultierenden unterschiedlichen Koalitionsmöglichkeiten mit säulenfremden Interessen.[2]

Die Mehrsprachigkeit ist ein Merkmal, das die Schweiz mit Belgien teilt, wobei sie sich mit ihrer mehrkonfessionellen Struktur von diesem Land ebenso wie vom konfessionell homogenen Österreich unterscheidet. Ähnlich wie in diesen beiden Ländern wird der stärkste Säulencharakter in der Schweiz von der konservativ-kirchlich-konfessionellen Minderheit, d. h. von den Katholiken entwickelt, während die liberal-protestantische Mehrheitskultur weniger scharfe Konturen und einen geringeren Grad organisationell-struktureller Integration entwickelt.

Konfessionelle Versäulung in der Schweiz meint also in erster Linie die Herausbildung der katholischen Subgesellschaft im Gegenüber zur protestantischen Mehrheitskultur. Verstärkt wird der Säulencharakter der katholischen Subgesellschaft durch die Kongruenz verschiedener Konfliktlinien im 19. Jahrhundert: Hier stehen sich die konservative, föderalistische, katholische Schweiz einerseits und die liberale, reformierte Schweiz, die sich industrialisierte und zu einem einheitlichen Raum zusammenschloss, andererseits gegenüber.

1891 verzeichnet das politische Emanzipationsbestreben der „Katholisch-Konservativen" auf nationaler Ebene einen ersten Erfolg mit dem Einsitz in den Bundesrat. Mit fortschreitender politischer Integration schliesst sich die

2 Zur Heterogenität innerhalb der katholischen Säule vgl. Altermatt (1972). Während Altermatts Darstellung der katholischen Subgesellschaft die These der politischen Emanzipation durch Identitätskonsolidierung im katholischen Ghetto betont, versteht Righart mit seiner „beschermingshypothese" (Righart 1986, 32) die Versäulungsstrategie der katholischen Kirche als bewusste pastorale Strategie insbesondere des niederen Klerus. Unter Einsatz moderner Mittel sollten damit die Katholiken kulturell vor Protestantismus, Modernismus und Indifferentismus und politisch vor Liberalismus und Sozialismus beschützt und abgeschirmt werden.

politische Führung der Katholiken mit den Liberalen zum Bürgerblock zusammen zur Abwehr gegen die Sozialisten. Auf der politischen Konfliktlinie des Klassenkampfes bildet sich in dieser Zeit mit dem sozialistischen Arbeitermilieu eine nicht-konfessionelle Säule in der Schweizerischen Gesellschaft heraus.

Mit der abgeschlossenen politischen Integration der Katholiken in den Schweizerischen Bundesstaat und mit fortschreitender Modernisierung kommt es dann in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zur weitgehenden Auflösung der bisherigen Milieus.

1.3 „Entsäulung" und die Auflösung soziokultureller Milieus

Man kann die versäulten Industriegesellschaften Westeuropas als Gesellschaftsmodelle eingeschränkter Modernität begreifen (Gabriel, 1988): als eine komplexe Mischung aus traditionalen und modernen Elementen. Auf der Grundlage einer weltanschaulichen Semantik vermochten sie Differenzierungslinien quer zum modernen Grundmuster funktionaler Differenzierung – und im Falle der konfessionellen Säulen auch quer zu den Klassen oder Schichten – zu zeichnen. Die darauf aufbauenden sozialkulturellen Milieus vermochten durch ihre Prägung der Alltagskontakte auch unter den Bedingungen wirtschaftlicher Modernisierung die soziale Wirklichkeit ihrer Mitglieder zu strukturieren und nach einem einheitlichen Muster zu deuten. Auf diese Weise konnten Folgekosten der Modernisierung an den Milieugrenzen abgefangen werden.

Nach dem zweiten Weltkrieg geraten besonders die traditionalen Elemente dieser Gesellschaften unter Modernisierungsdruck. In der Schweiz bewirken die erfolgreiche Integration der Katholiken in den Bundesstaat und die ökonomische Modernisierung erhöhte Mobilitätschancen für die kulturell und ökonomisch bislang benachteiligten Katholiken. Individualistische Aufstiegserwartungen treten im ausgebauten Wohlfahrtsstaat an die Stelle kollektiver Orientierungen. Das Entstehen einer gesamtschweizerischen Öffentlichkeit durch die Monopolmedien Radio und Fernsehen und durch die zunehmende Bedeutung der überparteilichen Presse ruft neue, überkonfessionelle Orientierungsmuster und Leitbilder hervor. Die Ausweitung formaler Bildung aufgrund der Bildungsexpansion der 60er Jahre führt zu einem neuen Niveau beruflicher Spezialisierung und zu höheren Ansprüchen reflexiver Legitimierung.

Alles in allem erreicht seither jener soziale Umstrukturierungsprozess die Alltagswelt der Masse der Bevölkerung, der seit Beginn der Neuzeit vorangetrieben wurde: Die Gliederung der Gesellschaft unter dem primären Ge-

sichtspunkt der Funktionen und Aufgaben, und nicht unter demjenigen der hierarchischen Stellung ihrer Mitglieder. In der Folge lösen sich die konfessionellen Gegensätze auf und die Milieugrenzen werden fliessend.[3] Für unser Thema stellt sich damit die Frage, ob politische Orientierung und politisches Verhalten heute noch von den Mobilisierungskräften der konfessionellen Milieus bestimmt werden. Vorsichtiger und als Frage formuliert: Lässt sich eine Determinierung der politischen Orientierung durch die ehemals so dominante konfessionelle Segmentierung der Schweizerischen Gesellschaft gewissermassen unter der sozialen Oberfläche noch nachweisen?

2. Forschungsfragen und empirische Befunde

Das politische System der Schweiz ist durch das Nebeneinander von zwei Kanälen der institutionellen politischen Willensbildung gekennzeichnet, welche nur teilweise nach denselben Regeln funktionieren. Die Mechanismen, welche zu individuellen Entscheidungen über Sachfragen führen, decken sich nicht notwendigerweise mit denjenigen, welche das Wahlverhalten als Entscheidung über Personen und Programme beeinflussen. Die damit verbundene Entlastung der Parteien von inneren Konflikten führt zum einen zu einer hohen Stabilität des Parteiensystems und der Parteibindung, zum andern aber auch zu einem reduzierten Einfluss der Parteien auf den Ausgang der Abstimmungen, bei denen die Verbände eine grössere Rolle spielen (Hertig, 1984). Wenn das Parteiensystem demnach als „Pol der Konstanz" in der schweizerischen Politik angesehen werden kann, so kann demgegenüber das System der Sachabstimmungen als vergleichsweise dynamisierendes Element, als „Pol des Wandels" (Nef, 1988,2) bezeichnet werden.

Es ist deshalb angezeigt, die Frage nach der Persistenz konfessionsspezifischer politischer Orientierungen bzw. konfessionsspezifischen politischen Verhaltens für beide Kanäle politischer Entscheidungsfindung getrennt zu stellen und dabei nicht von vorneherein identische Resultate zu erwarten. Wenn das Wahlverhalten als konstanter und als gegenüber neuen Entwicklungen träger angesehen werden kann als die Entscheidung über Sachfragen, dann ist vielmehr davon auszugehen, dass die konfessionelle Segmentierung im Bereich der Parteisympathie stärker zum Tragen kommt als es einer allenfalls noch vorhandenen Differenz in sachpolitischen Präferenzen entspricht. Nimmt man an,

3 Unter der Bedingung ökonomischer Prosperität und der damit einhergehenden Immigration ausländischer Arbeitskräfte gelten die Auflösungstendenzen entsprechend auch für das sozialdemokratische Arbeitermilieu.

dass die jüngeren Katholiken ihre politische Sozialisation nicht mehr im politischen Milieu erhalten haben, dann sollte allerdings für beide Bereiche gelten, dass sich jüngere Katholiken gleich welcher Kirchgangshäufigkeit in politischer Hinsicht weniger von nicht-katholischen Mitgliedern derselben Kohorte unterscheiden als dies bei den älteren der Fall ist. Die Angleichung der Konfessionen im Vergleich der Kohorten oder Generationen sowohl bei kirchennahen wie bei kirchendistanzierten Mitgliedern würde dann auf der andern Seite bedeuten, dass statt dessen die Differenzen aufgrund des Grades religiöser Integration (gleich welcher Konfession) prominenter werden. Diesen Hypothesen soll im folgenden anhand von Umfragedaten nachgegangen werden.

2.1 Die Parteisympathie im Vergleich der Generationen

Die in diesem Abschnitt verwendeten Daten zur Parteisympathie stammen aus der Umfrage „Religion und Weltanschauung der Schweizer/-innen".[4] Selbstverständlich sind Versuche wie der vorliegende, aufgrund von Querschnittdaten auf historische Entwicklungen zu schliessen, immer der Gefahr ausgesetzt, Kohorten- und Lebenszykluseffekte miteinander zu vermengen. Auf dem Hintergrund der eben skizzierten Theorie ist das Problem insofern allerdings von geringerer Bedeutung, als die sogenannte „Entsäulung" ebenso wie seinerzeit die „Versäulung" im wesentlichen nur die katholische Geschichte betrifft. Ihre Auswirkungen sollten deshalb in konfessionell unterschiedlichen intergenerationellen Differenzen sichtbar werden: Sofern angenommen werden kann, dass Lebenszyklus- ebenso wie Zeiteffekte Protestanten und Katholiken gleichermassen betreffen, sollten Unterschiede im Verhältnis zwischen den Kohorten (die im folgenden vereinfachend auf zwei Generationen reduziert werden) auf Unterschiede in der historischen Entwicklung zurückgeführt werden können. Spezifischer formuliert lässt die Theorie folgendes erwarten:

(1) „Entsäulung" als spezifisch katholischer Prozess wird sich zunächst einmal darin spiegeln, dass die Altersgruppen auf katholischer Seite grössere Unterschiede im Kirchgangsverhalten aufweisen als reformierterseits;

(2) Soweit der Kirchgang und die damit einhergehende Kirchenbindung als das Herzstück der katholischen „Säule" betrachtet werden können, kann ein Rück-

4 Die Umfrage wurde im Rahmen des vom Schweizerischen Nationalfonds unterstützten Forschungsprojektes „Konfessionelle Pluralität, diffuse Religiosität, kulturelle Identität in der Schweiz" durchgeführt und umfasst unter Einschluss regionaler Überrepräsentationen insgesamt 1873 standardisierte mündliche Interviews. Regionale Schichtung sowie lokale Verzerrungen aufgrund von Abweichungen vom Stichprobenplan sind mittels Gewichtung auf eine gesamtschweizerisch repräsentative Stichprobe von 1500 Einheiten korrigiert worden (vgl. dazu ausführlicher Dubach/Campiche, 1992).

gang des Kirchenbesuchs nicht ohne Auswirkungen auf die übrigen substrukturellen und subkulturellen Bereiche bleiben. In seiner Auswertung eines Surveys von 1972 hat Kerr gezeigt, wie stark sich die Kirchenbindung der Katholiken auch in eine Beziehung zur Christlich-demokratischen Volkspartei (CVP) als der Partei des politischen Katholizismus umsetzt (Kerr, 1983, 91, vgl. auch Lijphart, 1980). Er hat für die Zukunft einen Rückgang der Wählerschaft dieser Partei vorausgesagt in dem Masse, in dem die kirchliche Sozialisation bzw. der Kirchgang nachwachsender Wählerschichten zurückgeht. Wenn diese Vermutung zutrifft, dann sollte die Anhängerschaft der CVP im Vergleich mit den andern Parteien einen Altersüberhang parallel zu demjenigen der Kirchgänger gegenüber den Nichtkirchgänger aufweisen.

(3) Falls dem so ist, stellt sich die weitere Frage, ob ein Rückgang der CVP-Sympathie unter den jüngeren Wahlberechtigten eine Folge der Änderung im Kirchgangsverhalten ist, oder ob sich zusätzlich die Verschränkung zwischen den Cleavage-spezifischen (gesellschaftlichen) und den politischen (Partei-) Organisationen gelockert hat. Metaphorisch ausgedrückt: Ist die katholische Säule (bloss) kleiner geworden, oder ist sie in einzelne Teile zerfallen? Ersteres wäre der Fall, wenn sich die jüngeren Kirchgänger unter den Katholiken in Bezug auf die CVP-Präferenz wie die älteren verhielten. Letzteres müsste angenommen werden, wenn sich auch innerhalb des Segments der kirchlich hoch identifizierten jungen Katholiken der Anteil derjenigen erhöht hätte, welche für andere Parteien optieren, keine feste Bindung oder auch gar kein politisches Interesse mehr aufweisen würden.

Tabelle 1 enthält eine Aufschlüsselung der Parteisympathie entlang der drei Dimensionen Alter, (Herkunfts-)Konfession[5] und Kirchgang. Um einen Überblick über die darin vorhandenen Zusammenhänge zu geben, ist nach dem Prinzip des schrittweisen Abbaus log-linearer Effekte ein Modell angepasst worden, welches das Zustandekommen der Tabelle nach dem Kriterium einer Irrtumswahrscheinlichkeit von 5% (bezogen auf jeden einzelnen Test für das gesamte Modell wie die einzelnen Effekte) möglichst sparsam erklären soll (vgl. Hamerle/Tutz, 1984, 544 ff; Gilbert, 1981). Das Verfahren ist insofern nicht unproblematisch, als die Zellbesetzungen für die Gruppen der protestantischen

5 Die Variable kontrastiert aktuelle Mitglieder der katholischen Kirche sowie Konfessionslose mit katholischer Vergangenheit (Katholische Eltern und/oder Austritt aus der katholischen Kirche deklariert) den Angehörigen aller übrigen Konfessionen sowie den Konfessionslosen ohne katholische Herkunft. Dabei ist zu beachten, dass ein recht grosser Teil der Kirchgänger unter den „Nicht-Katholiken" evangelischen Freikirchen oder andern Religionsgemeinschaften angehört. Eine Beschränkung auf landeskirchliche Protestanten hätte jedoch nur geringe Änderungen (v. a. eine leichte Erhöhung des Anteils bürgerlicher Sympathisanten auf Kosten der Unpolitischen) zur Folge.

sowie der jungen katholischen Kirchgänger sehr klein sind, was die Sensibilität der Tests über Gebühr erhöht.[6]

Das ausgewählte Modell (Modell 3) enthält zwei Interaktionseffekte [AKS], [KSP] sowie, neben den hierarchisch niedrigeren, eine weitere Assoziation [AP] (siehe Tabelle 1).

Der erste Interaktionseffekt [AKS] kann direkt mit der ersten Erwartung in Verbindung gebracht werden: Inhaltlich bedeutet er, dass der Zusammenhang zwischen Alter und Kirchgangsverhalten konfessionsabhängig ist, was in der Tabelle darin sichtbar wird, dass auf reformierter Seite kaum eine Differenz zwischen den Altersgruppen feststellbar ist,[7] während der Unterschied zwischen den Altersgruppen katholischerseits markant ist (13% regelmässige Kirchgänger bei den Jüngeren, 39% bei den Älteren). Der oft mit Säkularisierung gleichgesetzte Rückgang des regelmässigen Kirchgangs in den letzten 30 Jahren dürfte demnach vor allem ein katholisches Phänomen sein.

Der zweite Interaktionsffekt ist deutlich schwächer ausgeprägt, so dass er die inferenzstatistische „5%-Hürde" nur knapp überspringt. Dies, obwohl er die kaum bestreitbare Tatsache zum Ausdruck bringt, dass der Zusammenhang zwischen Parteisympathie und Kirchgang konfessionsabhängig ist: Nur katholische Kirchgänger sind mit relativ grosser Wahrscheinlichkeit CVP-Sympathisanten, während reformierte Kirchgänger überdurchschnittlich häufig entweder die aus der methodistischen Tradition stammende Evangelische Volkspartei (EVP) bevorzugen oder gar kein politisches Interesse aufweisen.

Die Assoziation [AP] schliesslich weist nicht nur darauf hin, dass die älteren Wahlberechtigten unter den Sympathisanten der bürgerlichen Parteien wie auch der CVP (bei dieser wie erwartet am meisten) überrepräsentiert sind. In ihr spiegelt sich auch die allgemeine Abschwächung genereller und stabiler Parteisympathien, die gegenwärtig in den meisten westeuropäischen Ländern

6 Eine Vergrösserung der Zellen durch Dichotomisierung bei monatlichem Kirchgang wäre zwar vielleicht statistisch, nicht aber inhaltlich sinnvoll, weil unter den klassischen katholischen (nicht aber nach reformierten) Kriterien Monatskirchgänger kaum mehr als hoch integriert zu qualifizieren wären. Durch eine solche Änderung des Schnitts ergäbe sich im übrigen ein anderes Modell, in welchem die Interaktion [AKS] knapp unter die 5%-Grenze fallen würde – ein Hinweis nicht nur auf die Indikator- und Skalenabhängigkeit der gefundenen Zusammenhänge, sondern auch auf die qualitative Differenz innerhalb einer scheinbar rein quantitativen Skala.

7 Dies hängt natürlich auch damit zusammen, dass der regelmässige Sonntagskirchgang eine primär katholische Tradition hat. Aber auch wenn sie aufgrund der vollen achtstufigen Kirchgangsskala gebildet werden, sind die Korrelationen zwischen Kirchgang und Alter bei den Reformierten deutlich niedriger. Dieses Ergebnis wird auch dadurch bestätigt, dass die durchschnittlichen Differenzen zwischen dem angegebenen eigenen Kirchgang und demjenigen der Eltern (von den Befragten rückwärts geschätzt) bei den Katholiken deutlich höher sind.

wie auch in den USA beobachtet werden kann (Flanagan/Dalton, 1984). Träger dieses Wandels sind insbesondere die besser ausgebildeten Mitglieder der seit den sechziger Jahren neu in die Politik eingetretenen „Neuen Klasse", welche sich aus den Berufen der öffentlichen Dienste in den medizinischen, pädagogischen und sozialkulturellen Sektoren rekrutieren. An die Stelle stabiler und generalisierter Parteisympathien tritt bei ihnen eine stark themenbezogene Unterstützungsbereitschaft sowie eine Verschiebung in Richtung auf nichtinstitutionelle und unkonventionelle politische Aktivitäten (Kriesi, 1989). In der Schweiz hat sich dieser Umorientierungsprozess bis jetzt vor allem innerhalb der Wählerschaft der Sozialdemokratischen Partei (SP) vollzogen, welche unter den Regierungsparteien den grössten Anteil von themenbezogenen Wechselwählern aufweist. Gegenpol bildet die CVP mit dem grössten Anteil von Stammwählern (Longchamp, 1988).

Zur Reproduktion der Daten nicht benötigt wird hingegen die 4-Weg-Interaktion [AKSP], welche darauf hinweisen würde, dass der Zusammenhang von Konfession, Kirchgang und Parteisympathie durch das Alter bzw. die Kohorten-Zugehörigkeit modifiziert wird. Eine solche Interaktion wäre gleichbedeutend mit dem oben zur Diskussion gestellten Säulenzerfalls-Modell, wonach die katholische Subkultur und ihr politischer Arm nicht nur aufgrund des Ausbleibens junger katholischer Kirchgänger kleiner, sondern auch von innen her aufgesprengt wird, weil die jungen Kirchgänger andere politische Präferenzen aufweisen. Das Vorhandensein einer Assoziation zwischen Alter und Parteipräferenz [AP] neben der Interaktion [AKS] auch bei einer blossen Unterscheidung zwischen CVP-Sympathisanten und Anhängern anderer Parteien ist allerdings Beleg dafür, dass die unterschiedlichen Anteile der CVP-Sympathien in den zwei Kohorten nicht nur eine Folge des Rückgangs der Kirchgangshäufigkeit sein können.

Auch ein zweiter Blick auf einige Partialtabellen zeigt, dass die Vorstellung eines Zerfalls der katholischen Säule nicht völlig aus der Luft gegriffen ist:

- Bei den jungen katholischen Kirchgängern weisen bloss noch 31% – gegenüber 48% in der älteren Kohorte – stabile CVP-Sympathien auf. Entsprechend schwächt sich der Zusammenhang zwischen Konfession und Parteisympathie unter den Kirchgängern der jüngeren Generation ab, und ganz generell scheinen sich jüngere Katholiken den reformierten Kirchgängern wie Nicht-Kirchgängern ihrer Generation anzunähern.
- Dennoch gleichen junge katholische Kirchgänger hinsichtlich ihrer Parteisympathien stärker der Generation ihrer Eltern als den kirchennahen Reformierten der gleichen Generation, was sich darin ausdrückt, dass das Mass für den Zusammenhang zwischen Parteipräferenz und Alter innerhalb einer

Tabelle 1

Parteisympathie der Schweizerbürger/-innen nach Konfession, Sonntagskirchgang und Alter (Jahrgang) in Prozent

	Parteisympathie und Jahrgang																	
	CVP				Bürgerliche				Linke				andere				ohne feste Sympathie				ohne polit. Interesse				n (=100%)			
	46+		-45		46+		-45		46+		-45		46+		-45		46+		-45		46+		-45		46+		-45	
Katholiken																												
jeden Sonntag	31		48		11		8		4		6		11		2		16		19		27		16		45		110	
weniger	8		15		11		16		12		12		10		4		29		27		30		27		304		172	
total	11		28		11		13		11		10		10		3		28		24		30		23		349		282	
alle Altersgruppen	18				12				11				7				26				26				631			
Nicht-Katholiken																												
jeden Sonntag	3		3		15		15		0		6		21		29*		15		18		46		29		39		34	
weniger	1		2		14		31		16		12		13		10		26		22		29		24		342		289	
total	2		2		14		29		14		12		14		10		25		23		31		25		381		304	
alle Altersgruppen	2				21				13				12				24				28				685			
alle Konfessionen	6		15		13		21		13		11		12		7		26		23		30		24		730		586	
alle Altersgruppen	10				16				12				10				25				27				1316			

* Darin inbegriffen die Evangelische Volkspartei (EVP): Jahrgang 1946 und jünger: 21%; 1945 und älter: 26%

(Fortsetzung Tabelle 1)

Schrittweiser Abbau (hierarchischer) log-linearer Modelle

Modell					G^2	df	p	bedingte Teststatistik: Kontrastmodell	$d(G^2)$	d(df)	p
1)	[AKS]	[AKP]	[ASP]	[KSP]	4.69	5	.455				
2)	[AKS]	[ASP]	[KSP]		9.02	10	.530	1	4.33	5	>.500
3)	[AKS]		[KSP]	[AP]	16.96	15	.321	2	7.94	5	>.100
4a)	[AKS]		[KSP]		54.48	20	.000	3	37.52	5	<.001
4b)	[AKS]		[KP] [SP] [AP]		28.73	20	.093	3	11.77	5	<.050
4c)			[KSP] [AK] [AS] [AP]		27.22	16	.039	3	10.26	1	<.005
4d)			[KSP] [AS] [AP]		30.42	17	.023	3	13.46	2	<.005

wobei bedeutet:

A (Alter): Jahrgang 1945 und ältere vs. 1946 und später geborene;

K (Konfession): aktuelle Mitglieder der katholischen Kirche und Konfessionslose mit katholischer Herkunft vs. Angehörige anderer Konfessionen sowie Konfessionslose anderer Herkunft;

S (Kirchgang): Jeden Sonntag und häufiger vs. alle andern

P (Parteisympathie): in der Bundesversammlung vertretene Parteien (1987-1991):
- CVP: Christlich-demokratische Volkspartei (inkl.CSP);
- Bürgerliche: Freisinnig-demokratischePartei (FDP), Schweizerische Volkspartei (SVP), Liberale Partei der Schweiz, (LPS);
- Linke: Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SPS), PdA/POCH/Grün-Alternative;
- andere: alle andern Parteien (LDU, EVP, SD/NA, AP, GP)

Datenbasis: „Religion und Weltanschauung der Schweizer/-innen", gemeindegewichtete Schweizerbürger/-innen

Konfessions- und Kirchgangskombination jeweils kleiner ist als für den Zusammenhang mit der Konfessionszugehörigkeit innerhalb einer Alters- und Kirchgangsgruppe, wobei die Gruppe der jungen Nichtkirchgänger hier die bezeichnende Ausnahme bildet.[8]

Hinsichtlich der Parteisympathie ist die konfessionelle Differenz somit zwar schwächer geworden, aber bei weitem noch nicht hinter der Differenz zwischen kirchlich-religiös Integrierten und Ungebundenen zurückgetreten. Zudem scheint es hinsichtlich der Parteisympathie zumindest vorläufig eher zu einer Entpolitisierung der Kirchenbindung zu kommen als zu einer Verschiebung von konfessionellen zu religiösen Gegensätzen. Es wird im folgenden hinsichtlich des Abstimmungsverhaltens – dem andern, dem Wandel stärker unterworfenen Kanal der politischen Entscheidungsfindung – zu untersuchen sein, ob sich die Transformation der konfessionellen in eine religiöse Konfliktlinie bestätigen lässt.

2.2 *Konfessionelle und religiöse Unterschiede im Spiegel der Abstimmung vom 9. Juni 1985*

Angesichts der Entstehungsgeschichte des schweizerischen Bundesstaates erstaunt es nicht, dass für die Zeit bis 1918 die konfessionelle Zusammensetzung der Bevölkerung den besten Prädiktor für den lokalen Ausgang einer nationalen Abstimmung abgibt (Nef, 1988). Nach der Jahrhundertwende jedoch ist der Gegensatz zwischen Reformierten und Katholiken als dominierende Konfliktlinie durch den Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit abgelöst worden.

Das letzte Thema, das sich vom sachlichen Gehalt her offen als konfessionelles Thema darbot, betraf denn auch ein Überbleibsel aus der Zeit des Kulturkampfes: die Aufhebung der konfessionellen Ausnahmeartikel (1973), welche die Tätigkeit der Jesuiten einschränkten und die Gründung neuer Klöster verboten. Auch hier ist es wenig überraschend, wenn eine ökologische Analyse das Resultat der Abstimmung mit grosser Genauigkeit als eine lineare

---

8 Die entsprechenden Koeffizienten (Cramers V):

– für den Zusammenhang zwischen Konfession und Parteisympathie:

Kirchgänger	Jahrgang 45 und älter:	.536
	Jahrgang 46 und jünger:	.422
Nicht-Kirchgänger	Jahrgang 45 und älter:	.279
	Jahrgang 46 und jünger:	.170

– für den Zusammenhang zwischen Alter und Parteisympathie:

Kirchgänger	katholisch:	.263
	nicht-katholisch	.242
Nicht-Kirchgänger	katholisch:	.162
	nicht-katholisch	.209

Funktion der konfessionellen Zusammensetzung der Bevölkerung beschreiben kann (der Protestanten-Anteil vermag 94% der Varianz auf Kantonsebene zu erklären, vgl. Wyss-Conti, 1973). Eher erstaunlich ist es, dass sich in 5½ reformierten Kantonen zum Teil beträchtliche Nein-Mehrheiten gefunden haben, was dafür spricht, dass die alte konfessionelle Konfliktlinie latent weiterbesteht. In diesem Licht dürfte es dann allerdings ebenso erstaunlich sein, dass in einer Umfrage im Jahr vor dieser Abstimmung sich auch bei den Protestanten keine Mehrheit finden liess, die sich für die Beibehaltung dieser Artikel ausgesprochen hätte. Die Autoren der Umfrage schliessen daraus, dass sich insbesondere die Gegner einer Aufhebung an der Abstimmung beteiligt hätten, während sich die meisten andern Protestanten durch die Vorlage nicht betroffen gefühlt hätten (Sidjanski et al., 1975, 116 f.).

Im folgenden interessiert uns allerdings mehr die Frage, inwieweit die Konfessionszugehörigkeit da auf das politische Verhalten durchschlägt, wo sich eine Politisierung über die konfessionelle Konfliktlinie nicht von selbst ergibt. In seiner Analyse der Konfliktdimensionen, von denen das System der schweizerischen Abstimmungsdemokratie vor allem geprägt ist, macht R. Nef (1988) für die Zeit nach 1970 zwei Hauptthemen aus: eine wertbezogene Auseinandersetzung zwischen Traditionalismus und Modernismus und eine strukturbezogene zwischen Föderalismus und Zentralismus. Der erste Konflikt ist vor allem vom Gegensatz zwischen den hoch tertiarisierten und den übrigen Gebieten geprägt, der zweite vom Gegensatz zwischen den Sprachgruppen. Zusätzlich sind in dieser Auseinandersetzung aber auch (schwache) Differenzen sichtbar, welche mit den konfessionellen Unterschieden koinzidieren.

Seit 1977 führt das Forschungszentrum für schweizerische Politik der Universität Bern in Zusammenarbeit mit dem GfS-Forschungsinstitut in Zürich regelmässig nach eidgenössischen Urnengängen die sogenannten VOX-Umfragen durch, bei denen das Abstimmungs- und Wahlverhalten sowie dessen Motive erforscht werden. Überblickt man die Vorlagen der Jahre 1977 bis 1985, für welche sich auf bivariater Ebene ein signifikanter Zusammenhang des Verhaltens der Urnenänger mit der Konfessionszugehörigkeit (Reformierte vs. Katholiken) ergeben hat,[9] so erhält man den Eindruck, dass es zwei verschiedene Themenbereiche sind, welche zu konfessionsspezifischem Abstimmungsverhalten führen: Neben zwei konträren Vorlagen zur Regelung des

9 Im beobachteten Zeitraum erfassten die VOX-Umfragen eine Stichprobe von jeweils rund 700 nach einem kombinierten Random/Quota-Verfahren ausgewählten Schweizerbürger/-innen mit Wohnsitz in der deutschen oder französischen Schweiz. Da die Antworten der Nichtstimmenden wegen ihrer Fiktivität für Social-desirability-Effekte (Verzerrung in Richtung des tatsächlichen Abstimmungsausgangs) weit offen sein dürften, werden bei den Angaben über das Abstimmungsverhalten stets nur die (selbstdeklarierten) Urnengänger berücksichtigt.

Schwangerschaftsabbruchs stehen v. a. solche, welche die Neuordnung der Bundesfinanzen und damit die Auseinandersetzung um Föderalismus oder Zentralismus betreffen. Tatsächlich ordnet die von Nef (1988) vorgenommene Faktorenanalyse der Abstimmungsresultate auf Bezirksebene mit Ausnahme des Ausländergesetzes, der Jura- und der Schwangerschaftsabbruchvorlagen alle betroffenen Vorlagen der Dimension „struktureller Föderalismus/Zentralismus" zu (Milchwirtschaft, Gurtenobligatorium, Finanzvorlagen).[10] Mit Ausnahme des Gurtenobligatoriums handelt es sich bei den Vorlagen dieser Dimension durchwegs um solche, welche relativ wenig umstritten waren, so dass wenig artikulierte und ausformulierte Entscheidmotive zum Tragen kommen konnten.

Auf Aggregat- wie auf Individualebene am deutlichsten wird der konfessionelle Gegensatz aber dort, wo die katholische Kirche ihre Auseinandersetzung mit der Moderne auch am konzentriertesten führt: In der Frage des Schwangerschaftsabbruchs. Im Kern geht es hier darum, ob moralische Entscheidung vom einzelnen gefällt oder aber kollektiv geregelt werden sollen. Diese Opposition zwischen einer individualistischen und einer gemeinschaftlichen Orientierung wird häufig auch als der zentrale Aspekt des konfessionellen Gegensatzes und damit als Erklärung für die Unterschiede im politischen Verhalten von Katholiken und Reformierten betrachtet.

Die Umfrage zum Abstimmungssonntag vom 9. Juni 1985 enthält mit „Recht auf Leben" und dem Paket zur Bundesfinanzreform Vorlagen aus beiden Bereichen. Eine Sekundäranalyse ihrer Resultate bietet sich deshalb zur Beantwortung der Frage an, ob tatsächlich von einer konfessionellen Determination des Abstimmungsverhaltens gesprochen werden kann. Mit Bezug auf die Initiative „Recht auf Leben" wird dabei die im theoretischen Teil aufgeworfene Hypothese einer religiösen Konfliktlinie[11] weiter zu verfolgen sein. Hinsichtlich der Finanzvorlagen wird es vor allem darum gehen, die Frage zu klären, ob sich der schwache Zusammenhang mit der Konfessionszugehörigkeit nicht im Sinne einer Scheinkorrelation der Vermittlung durch eine oder mehrere weitere Variable verdankt.

---

10 Nefs Bezeichnung für die andere hier aufgeführte Themengruppe: „institutioneller Föderalismus/Zentralismus" ist allerdings weniger glücklich, wenn man bedenkt, dass darunter alle jene Vorlagen fallen, welche primär entlang der konfessionellen Zusammensetzung der Regionen polarisiert sind, also nicht nur die Auseinandersetzung um individuelle oder staatliche Regelung moralischer Fragen, sondern ebenso auch die Aufhebung der Ausnahmeartikel und die Gründung des Kantons Jura. Im zweiten Fall dürfte wohl eher direkt die Tatsache eine Rolle gespielt haben, dass der heutige Kanton Jura ein Gebiet katholischer Tradition ist, während der Kanton Bern wie der Südjura mehrheitlich reformiert ist.

11 Diese Hypothese wird im übrigen auch im VOX-Kommentar vertreten (VOX 1985a).

2.2.1 *Die Teilnahme am Urnengang*

Es kann davon ausgegangen werden, dass ca. 25–30% der Schweizer Stimmberechtigten an jedem, gut 20% an kaum einem eidgenössischen Urnengang teilnehmen. Die restlichen rund 50% entscheiden über eine Teilnahme von Fall zu Fall und d. h. meist: auf Grund des Abstimmungsgegenstandes. Als Hauptfaktoren für einen positiven Entscheid gelten die subjektive Betroffenheit und eine geringe Schwierigkeit, zu einem klaren Urteil über die Vorlage zu gelangen. Daneben spielen natürlich auch Erwartungen über den Ausgang eine Rolle (Longchamp, 1990).

Im Falle des hier untersuchten Abstimmungssonntags war mit 35.0% eine etwa durchschnittliche Beteiligung zu verzeichnen. Dies bedeutet, dass die zusätzliche Mobilisierung durch die vorgelegten Themen schwach war. Aufgrund der amtlichen Ergebnisse kann überdies angenommen werden, dass am ehesten die Volksinitiative „Recht auf Leben" eine gewisse Wirkung entfaltet hat. Jedenfalls weist die hohe Zahl leer eingelegter Stimmzettel bei den Finanzvorlagen auf Schwierigkeiten bei der Meinungsbildung hin.

Die zu diesem Sonntag gehörige VOX-Umfrage ergibt allerdings mit 53.5% einen weit höheren Anteil Befragter, welche eine Teilnahme am Urnengang angeben. Es muss dahingestellt bleiben, ob diese Differenz die Folge eines zufällig oder systematisch verzerrten Samples oder aber der sozialen Erwünschtheit einer Teilnahme ist (bekanntlich pflegen Befragte ihre Antworten im Sinne geltender Normen etwas zu schönen). Eine Untersuchung der Gründe für eine (Nicht-)Teilnahme wird dadurch zwar nicht verunmöglicht; immerhin ist aber mit einer relativ grossen Fehlervarianz zu rechnen.

Im Rahmen des Themas interessiert auch hier wiederum primär die Rolle von Konfession und (kirchlicher) Religion, und zwar sowohl was den direkten wie auch den indirekten Einfluss auf die Teilnahmeentscheidung angeht. Die Frage muss demnach sein, ob sich ein Einfluss von Religion und Konfession, wie er aus den bivariaten Statistiken (vgl. VOX, 1985a) hervorgeht, auch bei Kontrolle derjenigen Variablen nachweisen lässt, welche im allgemeinen für Determinanten des Teilnahmeverhaltens gehalten werden:

- *Alter*: eine überdurchschnittliche Teilnahme der älteren Generation ist immer wieder nachgewiesen worden; wie im Falle der Parteisympathie wird unterschieden zwischen Befragten, welche 1946 und später und solchen, welche früher geboren wurden[12] (Codierung: 1946 u. später: 1; früher: 0);

12 D. h. zwischen jenen, welche zum Zeitpunkt der Befragung 40 Jahre und älter waren und den jüngeren.

- *Geschlecht:* im allgemeinen kann eine geringere Beteiligung der Frauen ausgemacht werden. Erstmals in der Geschichte der VOX-Analysen und wohl der schweizerischen Abstimmungsgeschichte überhaupt ist bei der vorliegenden Befragung ihre Beteiligung gleich gross wie diejenige der Männer (VOX, 1985b). Dies könnte darauf hinweisen, dass sich die Frauen stärker als die Männer von der Volksinitiative betroffen fühlten (Codierung: Frauen: 1; Männer: 0);
- *Bildung und Beruf* sind ebenfalls immer wieder mit signifikanten Unterschieden im Teilnahmeverhalten verbunden: Gebildete, höher Gestellte und Landwirte nehmen im allgemeinen überdurchschnittlich häufig teil. Um den Prädiktorensatz nicht noch mehr aufzublähen, wird im folgenden allerdings nur die formale Bildung berücksichtigt (Codierung: Mittelschule, Seminar, Technikum, Hochschule: 1; übrige: 0);
- *Sprachregion:* die Romandie zeichnet sich im allgemeinen gegenüber der Deutschschweiz durch eine geringere Stimmbeteiligung aus (Codierung: Romandie: 1; Deutschschweiz: 0);
- *Parteisympathie*: Bürger mit stabiler Parteisympathie sind im allgemeinen politisch stärker integriert und interessiert, was sich in einer häufigeren Beteiligung niederschlägt. Im vorliegenden Fall interessiert vor allem die Frage, ob sich die Sympathisanten von CVP und EVP von andern Kirchgängern ihrer Konfession unterscheiden. Dies würde bedeuten, dass die zusätzliche Mobilisierung (auch) über die politische, und nicht (nur) über die korporativen, cleavage-spezifischen Organisationen (im Sinne Rokkans, vgl. oben) gelaufen wäre (Dummy-Codierung: Religiöse Parteien: CVP, EVP; Bürgerliche: FDP, SVP, LPS; andere Parteien; ohne stabile Parteisympathie (Grundkategorie));
- *Berufstätigkeit* kann als allgemeiner Faktor gesellschaftlicher Integration gelten; im Blick auf Kirchgang hat sie jedoch eher umgekehrte Wirkung: Hier sind die nicht Berufstätigen überdurchschnittlich häufig vertreten (Codierung: Berufstätige: 1; übrige: 0);

Die Effekte von Religion und Konfession werden wie bei der Analyse der Parteisympathie operationalisiert:

- *Konfession:* Katholiken (Codierung: 1) werden den Reformierten, den Mitgliedern anderer Religionsgemeinschaften sowie den Konfessionslosen (Codierung: alle 0) kontrastiert (im Unterschied zu Tabelle 1 ist im folgenden jeweils von der aktuellen Konfession die Rede);

- *Religiosität* wird am Kirchgang gemessen, wobei wiederum regelmässige Sonntagskirchgänger (15.8% aller Befragten, 22.2% aller Urnengänger; Codierung: 1) den andern (Codierung: 0) gegenübergestellt werden.
- *Konfessionsspezifische Religiosität:* Die Hypothese, wonach die Mobilisierung entlang einer konfessionellen (und nicht einer religiösen) Konfliktlinie erfolgt sei, kann zweierlei bedeuten: zum einen, dass sich Katholiken unabhängig von ihrer Kirchenbindung anders verhalten als Reformierte, was auf einen von der Kirche nicht oder nur sehr langfristig beeinflussbaren (Rest-)Bestand konfessioneller Kultur hinweisen würde; zum andern jedoch kann damit gemeint sein, dass sich katholische Kirchgänger anders verhalten als reformierte. Zur Überprüfung der Hypothese in ihrer zweiten Variante wird eine Interaktionsvariable (Kirchgang * Konfession) gebildet.

Im Unterschied zur vorangehenden Frage nach dem Zusammenhang von Konfession, Kirchgang und Parteisympathie kann die Frage nach den Determinanten der Teilnahme als einseitige Fragestellung gelten: es muss nicht angenommen werden, dass die punktuelle Teilnahme an einer Abstimmung das Kirchgangsverhalten beeinflusst. Da die abhängigen Variablen (oder zumindest die Mehrheit der im folgenden untersuchten Zielvariablen) nominalskaliert sind, wird für die Schätzung der Effekte der Ansatz der logistischen Regression verwendet (vgl. Fox, 1984, 302 ff).[13]

Entsprechend den einleitenden Bemerkungen ist auf Seiten der abhängigen Variablen zwischen der generellen Teilnahmedisposition einerseits und der themenspezifischen Mobilisierung andererseits zu unterscheiden. Dadurch ergibt sich ein Satz von 6 endogenen Variablen, die in einer einem System rekursiver Gleichungen analogen Weise miteinander verbunden werden:

- (1) *allgemeine Teilnahmehäufigkeit:* Unterschieden wird zwischen jenen Befragten, welche angeben, an mindestens 9 von 10 Abstimmungen teilzunehmen (38.7%, Codierung: 1) und den denjenigen, welche seltener oder nie partizipieren (0);
- (2,3) *spezifische subjektive Betroffenheit* durch die Vorlagen: Sie kann als Ausgangspunkt der themenspezifischen Mobilisierung gelten, insofern sie das Interesse am Gegenstand wie am Ausgang der Abstimmung weckt. Die Antworten auf einer 10-stufigen Skala wurden für „Recht auf Leben" einer-

13 Wegen der ausgeglichenen Verteilung der dichotomen Zielvariablen „Teilnahme" würde in diesem Abschnitt die Verwendung des linearen Regressions-Ansatzes nach der Methode der kleinsten Quadrate zu weitgehend identischen Resultaten führen (vgl. Knoke 1975). Im Blick auf die folgenden Abschnitte über das Abstimmungsverhalten wird jedoch auch hier der Ansatz für kategoriale abhängige Variable verwendet.

seits und die erste der drei Finanzvorlagen andererseits beim Median dichotomisiert (Codierung: 1: hohe; 0: niedrige Betroffenheit); es wird angenommen, dass neben den Kontrollvariablen auch die allgemeine Teilnahmedisposition (-Häufigkeit) die Wahrnehmung der spezifischen subjektiven Betroffenheit beeinflusst;

- (4,5) *Schwierigkeiten bei der Beurteilung* der Vorlagen: Eine klare Meinung zur Vorlage ist Voraussetzung für ein Interesse am Ausgang der Abstimmung und damit für die themenspezifische Teilnahme: Sie dürfte sowohl von der allgemeinen politischen Kompetenz, welche bei stets Teilnehmenden in der Selbstwahrnehmung höher sein dürfte, als auch von der subjektiven Betroffenheit durch das jeweilige Thema abhängig sein (Codierung: 1: Beurteilung eher schwierig; 0: eher leicht, wiederum je für „Recht auf Leben" und die erste Finanzvorlage);
- (6) *Teilnahme am Urnengang*: Für ihn wird eine Beeinflussung durch das allgemeine Teilnahmeverhalten sowie durch die für jeden Gegenstand getrennten Kanäle „subjektive Betroffenheit" – „Schwierigkeiten bei der Beurteilung" angenommen (Codierung: 1: hat nach eigenen Aussagen teilgenommen; 0: hat nicht teilgenommen).

Tabelle 2 enthält die Ergebnisse der Parameterschätzungen für das vollständige Modell.

Zunächst einmal wird dabei die geringe themenspezifische Stimmbeteiligung bestätigt: Die Variable „allgemeine Teilnahme" weist den bei weitem grössten Effekt auf (Spalte 1). Überraschenderweise scheint gerade die Betroffenheit durch „Recht auf Leben" nicht direkt oder zusätzlich mobilisierend gewirkt zu haben. Auch ein indirekter Effekt ist unwahrscheinlich, wenn man bedenkt, dass die Betroffenheit die Schwierigkeiten bei der Entscheidungsfindung offenbar nicht wesentlich reduziert hat, und dass diese wiederum nur von geringer Bedeutung für die Teilnahme gewesen sind. Direkt positiv korreliert mit der Teilnahme sind dagegen sowohl hohe Betroffenheit wie geringe Schwierigkeit bei der Meinungsbildung im Falle der Finanzvorlagen. Dies bedeutet, dass potentiell zu „Recht auf Leben" Stellung Nehmende durch die Unschlüssigkeit in Bezug auf die Finanzvorlagen vom Urnengang eher abgehalten worden sind.

Die Ergebnisse für die intervenierenden Variablen weisen aber nicht nur darauf hin, dass den Konzepten der Betroffenheit und der Entscheidungsschwierigkeit im vorliegenden Fall eine bloss sehr geringe Relevanz bei der Erklärung der Teilnahme zukommt: Diese beiden Faktoren sind auch ihrerseits nur zu einem kleinen Teil von den exogenen Variablen abhängig (kleines G^2 in

Tabelle 2

Teilnahme an der Volksabstimmung vom 9. Juni 1985: Determinanten und intervenierende Faktoren

	Logit-Regressions-Koeffizienten (b)					
	Teil-nahme	Recht auf Leben		Finanzvorlagen		allgemeine Teilnahme
		Schwie-rigkeit	Betrof-fenheit	Schwie-rigkeit	Betrof-fenheit	
Konstante	-2.29 (.34)	.40 (.24)	-1.06 (.24*)	.75 (.26*)	-.72 (.24*)	-.33 (.23)
Recht auf Leben						
Schwierigkeit	-.53 (.23*)					
Betroffenheit	-.27 (.23)	-.34 (.17)				
Finanzvorlage						
Schwierigkeit	-.82 (.24*)					
Betroffenheit	.67 (.23*)			-1.26 (.18*)		
allg. Teilnahme	2.59 (.24*)	-.18 (.18)	.37 (.17*)	-.56 (.18*)	.55 (.17*)	
Konfession	-.51 (.24*)	-.09 (.20)	-.05 (.20)	.29 (.22)	.04 (.20)	-.64 (.21*)
Kirchgang	1.06 (.52*)	-.00 (.42)	-.06 (.43)	-.12 (.45)	.31 (.41)	-.20 (.41)
*Kirchgang*Konfession*	.93 (.63)	-.13 (.51)	-.12 (.52)	.27 (.54)	.01 (.49)	1.05 (.50*)
Parteisympathie						
CVP/EVP	.21 (.36)	-.75 (.29*)	1.18 (.28*)	-.83 (.29*)	.31 (.27)	.74 (.28*)
Bürgerliche	-.10 (.28)	-.71 (.23*)	.52 (.22*)	-.51 (.24*)	.38 (.22)	.52 (.23*)
andere	.37 (.27)	-.67 (.23*)	1.16 (.22*)	.30 (.24)	.43 (.22*)	.64 (.22*)

(Fortsetzung der Tabelle auf der nächsten Seite)

(Fortsetzung der Tabelle 2)

Geschlecht	.40	-.12	.50	.66	-.03	-.03
	(.22)	(.17)	(.17*)	(.18*)	(.17)	(.17)
Alter	.22	-.11	.02	.13	-.16	-.46
	(.22)	(.18)	(.18)	(.20)	(.18)	(.19*)
Bildung	.63	-.86	.76	-.44	.48	.52
	(.29*)	(.25*)	(.22*)	(.23)	(.22*)	(.22*)
Berufstätigkeit	.58	.03	.05	.10	.11	-.28
	(.22*)	(.18)	(.18)	(.19)	(.18)	(.18)
Wohnort Romandie	-.74	.33	-.33	.48	-.35	-.30
	(.25*)	(.20)	(.20)	(.22*)	(.20)	(.21)
G^2	308.66	57.16	74.99	132.75	35.67	55.36
df	16	13	12	13	12	11

In Klammern ist der Standardschätzfehler aufgeführt. * $p \leq .05$

Datenbasis: VOX II-1985 (n=673)

den Spalten 2–5). Diejenigen Einflüsse, die auszumachen sind, sind jedoch Indiz dafür, dass – mit Ausnahme des Geschlechts – dieselben Faktoren bestimmend sind, welche auch die allgemeine Teilnahmebereitschaft beeinflussen (stabile Parteisympathie und Bildung). Subjektive Betroffenheit scheint demnach weniger Ursache der Beteiligung zu sein als Bestandteil eines generalisierten politischen Interesses.

Neben den regelmässigen Abstimmungsteilnehmern sind es vor allem die Kirchgänger, welche zusätzlich zur Urne gegangen sind (positiver Effekt für Kirchgang). Auf Grund der vorliegenden Ergebnisse kann angenommen werden, dass sich Kirchgänger und Nicht-Kirchgänger beider Konfessionen kaum voneinander unterscheiden. Einem kleinen negativen Konfessionseffekt (geringere Teilnahme der Katholiken) steht ein nicht signifikanter positiver Interaktionseffekt (leicht höhere Teilnahme der katholischen im Vergleich zu den andern Kirchgängern) gegenüber. Wie ein (hier aus Platzgründen nicht wiedergegebener) Modelltest zeigen würde, fällt überdies der Konfessionseffekt unter die Signifikanzgrenze ($p > .05$), sobald die Interaktion aus der Gleichung entfernt wird. Dass die Parteizugehörigkeit (auch nicht diejenige zu einer der christlichen Parteien CVP oder EVP) keinen direkten zusätzlichen Einfluss auf die Teilnahme ausgeübt hat, weist darauf hin, dass die Mobilisierung, soweit sie mit Blick auf die Volksinitiative erfolgt ist, direkt von den Kirchen oder mit ihnen affiliierten religiösen Organisationen ausgegangen und nicht über die mit ihnen verbundenen politischen Parteien erfolgt ist. Die entgegen-

gesetzte Vermutung des VOX-Kommentars (VOX 1985a, 7) muss deshalb zurückgewiesen werden.

Unter den Kontrollvariablen scheinen vor allem die Bildung und die Sprachregion von Bedeutung zu sein. Eine nach Kontrolle des Kirchgangs über das übliche Mass hinausgehende Stimmbeteiligung weisen auch die Berufstätigen auf, während eine zusätzliche Mobilisierung der Frauen zwar tendenzmässig aufscheint, aber geringer gewesen zu sein scheint als das Thema „Schwangerschaftsabbruch" hätte erwarten lassen.

Als wichtigster Faktor ist die allgemeine Teilnahmebereitschaft mit den hier verwendeten Variablen nur zu einem relativ kleinen Teil erklärbar. Mit Blick auf den vorangehenden Abschnitt über Parteisympathie seien dennoch zwei Bemerkungen angefügt:

- Wie dort zeigt sich auch hier ein relativ deutlicher Alterseffekt: Jüngere Bürger gehen vermehrt selektiv (oder gar nicht mehr) zur Urne, so wie sie ihre Parteisympathie nicht mehr generalisieren, sondern themenabhängig machen;
- Die Beziehungen zwischen Religion, Konfession und politischer Integration sind einigermassen verschlungen: Einem negativen Haupteffekt der Konfession, d. h. einer geringeren allgemeinen Teilnahme der Katholiken, steht ein stärkerer positiver Interaktionseffekt gegenüber. Dies lässt sich so interpretieren, dass regelmässige katholische Kirchgänger auch häufiger als reformierte Kirchgänger regelmässig an Abstimmungen teilnehmen, dass jedoch Katholiken mit unregelmässigem Kirchgang stärker als Reformierte zur Stimmabstinenz neigen. Damit bestätigt sich der Eindruck aus Tabelle 1, dass regelmässiger Kirchgang primär katholischerseits Ausdruck eines traditionellen Modus der Sozialintegration ist, währenddem er reformierterseits als Minderheitsphänomen auch zu einem „Rückzug von der Welt" führen kann.

2.2.2 *Religiöse Polarisierung beim „Recht auf Leben"*

Als Reaktion auf die knappe Verwerfung der Volksinitiative „für eine Fristenlösung" von 1977 bildete sich ein Initiativkomitee, welches das Recht auf Leben vom Moment der Zeugung an bis zum „natürlichen Tod" in der Verfassung verankert wissen wollte. Im Vordergrund der Diskussion stand denn auch stets der Schwangerschaftsabbruch, trotz der weiten Formulierung, welche u. a. auch gegen die Todesstrafe sowie gegen Euthanasie, In-vitro-Fertilisation und Gen-Manipulation zielte. Insbesondere sollte mit dem neuen Verfassungs-

artikel der faktischen (sowie auch der zeitweise erwogenen rechtlichen) föderalistischen Lösung – einer mit grossen kantonalen Unterschieden praktizierten medizinischen oder sozialen Indikation auf der Grundlage des gegenwärtigen Rechts – begegnet werden. Mit Ausnahme von 6 1/2 traditionell katholischen Kantonen (Sonderbundskantone ohne Luzern, Zug und Freiburg, zuzüglich Appenzell Innerrhoden und Jura) fand die Initiative jedoch überall ablehnende Mehrheiten und blieb mit gesamtschweizerisch 31% Ja-Stimmen chancenlos.

Wie gesagt kann das Hauptthema von „Recht auf Leben" als das zentrale Thema der Auseinandersetzung gelten, welche die katholischen Kirche mit der Moderne, der modernen Gesellschaft und ihrem Staat führt. Dies und die Abstimmungsergebnisse legen es nahe, einen konfessionellen Graben zu vermuten. Zunächst scheint auch die bivariate Verteilung der Umfrageergebnisse dafür zu sprechen: Unter den Urnengängern finden sich bei den Katholiken 47%, bei den Evangelisch-reformierten aber bloss 14% Ja-Stimmende.

Die im theoretischen Teil vertretene These einer religiösen Konfliktlinie lässt dagegen erwarten, dass sich Katholiken und Protestanten bei gleichem Kirchgang in ihrem Abstimmungsverhalten nicht unterscheiden. Zur Überprüfung der Hypothese wird wie bei der Analyse des Teilnahmeverhaltens ein logistisches Regressionsmodell anzupassen versucht, das weiteren möglichen Einflussfaktoren Rechnung trägt (Tabelle 3). Das umfassende Modell (1) enthält neben Kirchgang und Konfession:

- das Alter, insofern die jüngere Generation als individualistischer gilt;
- Bildungsgrad und Geschlecht, die sich beide als Faktoren einer grösseren Betroffenheit durch das Thema erwiesen haben;
- Interaktionseffekte mit der Konfession für alle vier Faktoren. Damit sollen konfessionell unterschiedliche Auswirkungen von Bildung und Alter (in denen sich die Auflösung der katholischen Säule spiegelt) sowie der Frauenrolle, welche in der katholischen Kirche stärker betont wird, berücksichtigt werden. Schliesslich sollte sich ein konfessionell-kirchlicher Gegensatz vor allem darin zeigen, dass sich katholische Kirchgänger stärker von Nichtkirchgängern unterscheiden als vergleichbar reformierte.

Ein Vergleich der relativen Güte der Anpassung der verschiedenen Modelle anhand der Log-Likelihood bzw. des Verhältnisses zwischen den Log-Likelihoods der Modelle (Log-Likelihood-Ratio: G^2) zeigt indessen, dass einzig Kirchgang und Konfession signifikante Effekte aufweisen. Zusätzlich ergibt

Tabelle 3
Recht auf Leben: Zustimmung versus Ablehnung

Likelihood für ausgewählte Modelle, Likelihood-Ratio-Tests und Koeffizienten des ausgewählten Modells

Modell	Prädiktoren	df	L
0	-(Konstante)	1	-202.38
1	K+S+A+B+G+K*S+K*A+K*B+K*G	10	-133.25
2	K+S+A+B+G+K*S	7	-133.72
3	K+S+A+B+G	6	-136.55
4	K+S+K*S	4	-136.56
5	K+K*S	3	-159.27
6	S+K*S	3	-140.78

Kontrast	Effekte	df	G^2
1-0	(alle)	9	138.27**
1-2	K*A+K*B+K*G	3	.95
2-3	K*S	1	5.65*
2-4	A+B+G	3	5.68
4-5	S	1	45.43**
4-6	K	1	8.44**

Koeffizienten von Modell 4

	b	s.e.
Konstante:	-2.36	.25
Konfession (K)	1.12	.38
Sonntagskirchgang (S)	3.90	.68
Konfession * Kirchgang	-1.45	.80

A: Alter
B: Bildung
G: Geschlecht(Frau)

* $p < .05$
** $p < .01$

VOX II-1985, Urnengänger/-innen, ohne Stimmenthaltung; n=346

sich ein schwacher Interaktionseffekt zwischen Konfession und Kirchgang:[14] Katholische Kirchgänger unterscheiden sich etwas weniger von Nicht-Kirchgängern (der gleichen Konfession) als reformierte. Ein Vergleich der

14 Die Signifikanz der Interaktion beruht vor allem auf Suppressionseffekten von Bildung, Alter und Geschlecht, wie ein Blick auf das Verhältnis von Koeffizient und Standardfehler zeigt:

Koeffizienten zeigt, dass der Unterschied zwischen Kirchgängern und Nichtkirchgängern jeder Konfession – und damit die religiöse Konfliktlinie – weitaus am bedeutungsvollsten ist.

Wegen der Einfachheit des gewählten Modells ist das hier verwendete Verfahren allerdings eher unnötiger Tand: Auch ein einfacher Vergleich getrennter Kreuztabellen für Kirchgänger und Nicht-Kirchgänger hätte dasselbe Resultat erbracht: Unter den wenigen regelmässigen nicht-katholischen Sonntagskirchgängern (n=19, bzw. 9% aller Nicht-Katholischen Urnengänger) ist der Anteil an Ja-Stimmenden im wesentlichen gleich gross (74%) wie bei den katholischen (77%). Ein leichter Unterschied zwischen den Konfessionen ist hingegen bei denjenigen festzustellen, die weniger häufig oder nie zur Kirche gehen (9% Ja bei den Reformierten und den Angehörigen anderer Konfessionen, 22% Ja bei Katholiken). Der Unterschied zwischen den Konfessionen, wie er bei einer bivariaten Betrachtung aufscheint (14% Ja bei den Reformierten, 44% bei den Katholiken), ist jedoch vor allem darin begründet, dass Katholiken (vorläufig noch, wie die oben gefundenen konfessionsspezifischen Altersdifferenzen im Kirchgang vermuten lassen) viel häufiger regelmässig zur Kirche gehen als Reformierte.

So oder so ergibt sich, dass die konfessionelle Differenz in dieser Frage im Vergleich zur kirchengebundenen Religiosität beinahe bedeutungslos ist. Und auf keinen Fall kann von einem Konflikt zwischen verschiedenen kirchlich-konfessionellen Religiositäten (im Gegensatz zu einem allgemeinen Unterschied konfessioneller Kulturen) oder Ethiken gesprochen werden. Vielleicht kann man daran die Vermutung anschliessen, dass es weniger die spezifische konfessionelle Doktrin als organisationelle Elemente einer Kirche (die Dichte der Interaktion, die Möglichkeiten der Mitglieder, sich durch Kontakte mit Aussenstehenden der Kontrolle durch die Organisation zu entziehen usw.) sind, welche darüber entscheiden, bis zu welchem Grad ethisch-moralische Entscheidungen dem einzelnen überlassen werden. Was zunächst als ideologischer Unterschied in Bezug auf eine ethische Frage erscheint, wäre dann einerseits eine Folge unterschiedlicher Strukturen und andererseits ein Effekt unterschiedlicher Doktrinen und Verfahren, mit denen sich Mitglieder an die Organisation binden, d. h. Strukturen bilden oder aufrechterhalten lassen.

Werden die drei zusätzlichen, für sich insignifikanten Effekte entfernt, so steigt der Fehler auf mehr als die Hälfte des Koeffizienten an. Der Interaktionsparameter könnte damit auch aus dem gewählten Modell (4), nicht aber aus dem zu seiner Auswahl führenden Modell 2, entfernt werden.

2.2.3 *Katholischer Föderalismus?*

Im Gefolge der Versuche zur Sanierung der Bundesfinanzen nach den grossen Defiziten der 70er Jahre kam es zwischen 1977 und 1985 beinahe jedes Jahr zu einer Abstimmung über Reformen der Finanzordnung. Die letzte Abstimmung dieser Reihe betraf am hier untersuchten Sonntag die Überführung zweier bereits 1980 für 5 Jahre ergriffenen Massnahmen in definitives Recht:

- Durch die Aufhebung der Kantonsanteile an den Stempelabgaben auf Wertpapieren sollten dem Bund, der diese Steuer einzog, damals jährlich mehr als 200 Mio. Franken erhalten bleiben, welche vorher an die Kantone weitergeleitet worden waren;
- Ähnlich sollten die Kantone aus den Steuern auf Spirituosen nur noch einen Beitrag (total 10% des gesamten Reinertrags) erhalten, der zur Bekämpfung von Alkoholismus und Suchtmittelmissbrauch bestimmt war.

Durch diese Änderungen sollten insgesamt rund 400 Mio. Franken, knapp 2% der gesamten Einnahmen des Bundes, von den Kantonen auf den Bund umverteilt werden, was indirekt die Balance zwischen Zentralgewalt und Kantonen und damit die föderalistische Ordnung tangierte.

Die dritte Vorlage schliesslich betraf die Aufhebung der Unterstützung für die Selbstversorgung mit Brotgetreide. Vom Wegfall dieser Bagatellsubvention (insgesamt ca. 2.4 Mio. Franken) wurde eine kleine Einkommenseinbusse v. a. der Bauern in den Berggebieten sowie ein Rückgang des Klientenkreises der Kundenmühlen erwartet. Von den drei Finanzvorlagen des Abstimmungswochenendes war diese die umstrittenste, wie der Nein-Anteil von 42,9% zeigt. Die Vorlage von 1985 hatte mit derjenigen von 1980, bei der es um die Subventionierung von Brotgetreide gegenüber den Konsumenten ging, ausser dem Titel nicht viel gemein. Da sich hier für 1985 auf bivariater Ebene keine konfessionelle Differenz ergeben hat (vgl. Anhang), wird im folgenden nicht weiter darauf eingegangen.

Für die zwei weitgehend identischen Vorlagen (vorläufige und definitive Umverteilung von Stempel- und Alkoholabgaben) zeigen die VOX-Befragungen eine beachtliche Konstanz hinsichtlich des konfessionellen Unterschiedes im Abstimmungsverhalten. Katholiken lehnen häufiger ab, während die andern leicht grössere Anteile sowohl von Ja- wie von leeren Stimmen aufweisen. Dieses Zusammentreffen macht es ziemlich unwahrscheinlich, dass die konfessionelle Differenz auf einem stichprobenbedingten Zufall beruht. Zum Schluss soll deshalb untersucht werden, ob die Unterschiede erhalten bleiben, wenn die Einflüsse anderer Faktoren kontrolliert werden. Die Frage lautet also, ob ein genuin „konfessioneller Faktor" am Werk ist, oder ob die Differenzen im

Abstimmungsverhalten mit Differenzen in der sozio-ökonomischen Stellung, der Parteiaffiliation oder der regionalen Verteilung der Katholiken zusammenhängen.

Zur Kontrolle der ersten Gruppe von Einflussfaktoren wird neben Alter, Bildung und Berufstätigkeit auch die berufliche Stellung des Haushaltungsvorstandes berücksichtigt, die auf bivariatem Niveau mit der Stellungnahme zu den ersten beiden Vorlagen verbunden ist. Der Einfluss der Parteisympathie wird mit Dummy-Variablen für Sympathisanten der CVP, der (übrigen) Bürgerlichen und der andern Parteien (Grundkategorie: ohne feste Sympathie) erfasst, wobei EVP-Anhänger diesmal wegen der andern Problemstellung der Gruppe der „andern" zugeteilt werden. Die Kontrolle regionaler und lokaler Einflüsse stösst zunächst einmal auf die Schwierigkeit, dass das Verhalten der Befragten weitgehend nur mit Merkmalen des Wohnkantons verknüpft werden kann,[15] was wegen der inneren Uneinheitlichkeit des Kantons zu einigen Unschärfen führen muss. Neben den in der Befragung verwendeten Variablen „Siedlungsart" (Stadt und Agglomeration vs. Land) und „Sprachregion" (Romandie vs. Deutschschweiz) wurde deshalb auf eine historische Kategorisierung zurückgegriffen: Die Einteilung der Kantone aus der Optik des politischen Katholizismus aufgrund ihrer Position im Sonderbundskrieg bzw. zu Beginn des Bundesstaates (vgl. Altermatt, 1972, 30 f.) in:

- politisch katholische Kantone (Sonderbundskantone zuzüglich Appenzell-Innerrhoden und Jura);
- paritätische Kantone (konfessionell gemischt oder katholische Mehrheit, aber liberale Führung wie in Solothurn);
- Diasporagebiete (reformierte Mehrheit oder Elite (Genf)).

Mit dieser Variable bzw. dem zugehörigen Set von Dummyvariablen sollte es möglich sein, regionale Unterschiede, welche auf einer Kombination von konfessioneller Kultur und ökonomischer Struktur beruhen, von überregionalen, im engen Sinne konfessionellen Einflüssen auf das Individualverhalten zu abzugrenzen.

Im Unterschied zu „Recht auf Leben" sind die Leerstimmen-Anteile bei den Finanzvorlagen ziemlich hoch, was wohl zum Teil auch mit der geringen Bekanntheit ihres Inhalts zusammenhängt (VOX, 1985a). Es ist deshalb angezeigt, den Einfluss der Konfession auf die Wahl zwischen allen drei möglichen Verhaltensweisen bei einem Urnengang zu verfolgen. Nachstehend wird dies in der Weise getan, dass zunächst die Wahl zwischen einer positiven und allen

15 Eine Verknüpfung der Personendaten mit Angaben über die Wohngemeinde kam für das Befragungsinstitut aus Datenschutzgründen nicht in Frage.

anderen Stellungnahmen betrachtet wird und anschliessend die Entscheidung zwischen einer negativen und der Alternative „Leer einlegen" (zum Aufbau dieses „Nested Design" vgl. Fox, 1984, 313 f.; zur Gruppe der Unentschiedenen wurden auch die Antwortverweigerungen auf die Frage nach dem Urnenentscheid gezählt (k. A.)). Tabelle 4 enthält die Resultate des Modellvergleichs sowie die Logit-Regressionskoeffizienten für Modell (5), das neben den Kontrollvariablen die Konfession berücksichtigt.

Wie die Modelltests zeigen, kann der Parteisympathie bei keiner der drei Vorlagen eine entscheidender Einfluss auf den individuellen Entscheid zugeschrieben werden. Das verwundert insofern nicht, als sich die Parolen der grossen Parteien nicht unterschieden haben. Als ebensowenig signifikant erweisen sich der Kirchgang sowie dessen Interaktion mit Konfession. Diese Effekte werden deshalb bei der Schätzung der Regressionsparameter ausgeschlossen. Inhaltlich bedeutet die Absenz von Partei- und Kirchgangseffekten, dass ein etwaiger konfessioneller Einfluss über andere als organisationelle Wege vermittelt sein muss.

Bei der Interpretation der Ergebnisse ist im übrigen zu bedenken, dass die grosse Zahl der eingeführten Kontrollvariablen die Koeffizienten instabil zu machen droht, und dass angesichts der hohen Anzahl Freiheitsgrade die Gleichungen für die Unterscheidung zwischen Nein-Stimmenden und Leer-Einlegenden nicht mehr signifikant sind. Dennoch zeigt sich im Vergleich der Modelle (3–4), dass mindestens im Blick auf die Stempelabgabe ein Einfluss der Konfession angenommen werden muss, um das Zustandekommen der unterschiedlichen Verteilung auf die Antwort-Kategorien zu erklären:[16] Die Zugehörigkeit zur katholischen Konfession erhöht die Wahrscheinlichkeit einer Nein-Stimme gegenüber einer Stimmenthaltung, wie der entsprechende Koeffizient in Tabelle 4c zeigt. Nicht signifikant von der Konfession beeinflusst wird demgegenüber die im Design vorgeordnete Wahl einer positiven Stellungnahme zur Vorlage (gegenüber den andern beiden Verhaltensweisen).

Etwas anders sieht es hinsichtlich der Alkoholabgabe aus: Hier reduziert sich der Einfluss der Konfession bei Kontrolle der Parteisympathie auf ein Mass, das innerhalb des Bereichs des Zufälligen liegt. Wird hingegen der seinerseits nicht sichtbare Effekt der Parteisympathie ausgeschaltet (Kontrast der Modelle 5 und 6), so reduziert sich bei einem Weglassen der Konfession die Voraussagequalität (gemessen an der Differenz der Likelihood bzw. G^2) in einem signifikanten, überzufälligen Mass.

16 Genaugenommen lautet die Schlussfolgerung natürlich nur, dass entweder die Konfession oder ein anderes, mit ihr verbundenes, aber hier nicht aufgeführtes Merkmal mit einer hohen Wahrscheinlichkeit (95% bzw. 99%) für die Differenzen verantwortlich gemacht werden kann.

Tabelle 4

Finanzvorlagen: Determinanten des Abstimmungsverhaltens

a) Log-Likelihood für Modelle mit und ohne Konfessions-, Kirchgangs- und Parteieffekt

Modell		df	Stempelabgabe ja	Stempelabgabe nein	Alkoholabgabe ja	Alkoholabgabe nein
0	Konstante	1	-240.74	-99.76	-237.72	-94.67
1	KV+PS+K+S+K*S	20	-216.02	-88.42	-211.91	-83.68
2	KV+PS+K+S	19	-216.09	-88.94	-212.14	-84.07
3	KV+PS+K	18	-216.14	-90.53	-212.14	-85.61
4	KV+PS	17	-216.88	-93.18	-212.75	-86.79
5	KV+K	15	-216.72	-90.72	-213.81	-86.31
6	KV	14	-218.17	-93.90	-215.70	-88.52

b) Likelihood-Ratio-Tests

Kontrast	Effekte	Stempelabgabe ja df	Stempelabgabe ja G^2	Stempelabgabe nein G^2	Total df	Total G^2	Alkoholabgabe ja df	Alkoholabgabe ja G^2	Alkoholabgabe nein G^2	Total df	Total G^2
1-0	(alle)	19	49.45**	22.67	38	72.12**	19	51.61**	21.97	38	73.58**
1-2	K*S	1	.15	1.03	2	1.18	1	.46	.77	2	1.23
2-3	S	1	.09	3.20	2	3.29	1	.00	3.08	2	3.08
3-4	K	1	1.48	5.28*	2	6.76*	1	1.21	2.37	2	3.58
3-5	PS	3	1.17	.36	6	1.53	3	3.34	1.42	6	4.76
3-6	K+PS	4	4.07	6.73	8	10.08	4	7.12	5.83	8	12.95
5-6	K(ohne PS)	1	2.90	6.37*	2	9.27**	1	3.78	4.41*	2	8.19*

K	Konfession (katholisch)
S	regelmässiger Sonntagskirchgang
PS	Parteisympathie (CVP / Bürgerliche / andere (inkl.Linke) / ohne stabile Sympathie)
KV	Kontrollvariable (Alter, Geschlecht, Bildung, Beruf, Berufstätigkeit, Wohnort)
ja	ja vs. (nein+leer+k.A.)
nein	nein vs. (leer+k.A.)
*	$p < .05$
**	$p < .01$

c) Logit-Regressions-Koeffizienten b (nach Modell 5)

	Stempelabgabe				Alkoholabgabe			
	ja		nein		ja		nein	
Konstante	.77	(.60)	.45	(.98)	.55	(.60)	.48	(.99)
Konfession	-.47	(.28)	1.13	(.46*)	-.54	(.28)	.92	(.45*)
Alter	-.58	(.26*)	.24	(.41)	-.68	(.27*)	.38	(.42)
Geschlecht	-.15	(.25)	-.76	(.42)	.08	(.25)	-.95	(.42*)
Bildung	1.34	(.34*)	-.36	(.62)	1.46	(.35*)	-.85	(.66)
Beruf								
Selbständige und Leitende	-.46	(.55)	-.28	(.94)	-.26	(.55)	-.39	(.96)
mittlere Angestellte	.37	(.56)	-.79	(.97)	.47	(.56)	-.96	(.99)
untere Angestellte	-.80	(.56)	.26	(.90)	-.81	(.56)	-.16	(.92)
Arbeiter	-.02	(.61)	.21	(1.05)	.23	(.61)	-.52	(1.05)
Landwirte	-.38	(.71)	-.38	(1.10)	.50	(.72)	-.35	(1.23)
Berufstätigkeit	.05	(.26)	-.08	(.40)	.05	(.27)	-.04	(.41)
Wohnort								
kath.Stammlande	.15	(.38)	-.93	(.59)	.14	(.39)	-.90	(.59)
Paritätskantone	-.04	(.31)	-.17	(.55)	.11	(.32)	.11	(.55)
Stadt	.11	(.26)	-.28	(.42)	.09	(.27)	-.21	(.43)
Romandie	-.38	(.34)	.39	(.51)	-.12	(.34)	.69	(.51)

In Klammern ist der Standardschätzfehler aufgeführt. * $p \leq .05$

Datenbasis: VOX II-1985, Urnengänger/-innen (n=357)

Die blosse Feststellung, dass der „konfessionelle Faktor" auch bei einem – wenn überhaupt, dann – völlig anders politisierten Thema kein bloss scheinbarer sein muss, ist natürlich unbefriedigend. Für den Moment allerdings stehen wohl keine Hypothesen zur Verfügung, welche den Sachverhalt weiter erklären könnten. Vielleicht liesse sich immerhin vermuten, dass in einer Sache, die inhaltlich vielen unklar und deshalb schwer rational zu entscheiden war, traditionelle föderalistische oder anti-zentralstaatliche Gefühle bei den Katholiken eine Rolle gespielt haben könnten. Statt sich der Stimme zu enthalten, hätten sie sich solcher traditionellen Gefühle wegen dann häufiger für ein Nein entschieden. Eine solche Vermutung würde allerdings voraussetzen, dass Föderalismus und Zentralismus als grundlegende politische Orientierungen in der Schweiz ebenso (oder noch stärker) sozialisiert und vorwiegend familial

tradiert würden, wie im europäischen Kontext links-rechts-Orientierungen (Jennings, 1984).

3. Zusammenfassung

Der Versuch, konfessionelle Einflüsse auf das politische Verhalten auszumachen, hat zu uneinheitlichen Resultaten geführt. In der Frage des Schwangerschaftsabbruches („Recht auf Leben"), die am ehesten als konfessionell polarisiert gilt, konnte ein allgemeiner „religiöser Faktor" nachgewiesen werden, so dass sich konfessionelle Differenzen als Differenzen unterschiedlicher Kirchenbindung von Protestanten und Katholiken ergaben. Dies entspricht weitgehend den Erwartungen, welche aufgrund der theoretischen Überlegungen zum Zerfall der katholischen „Säule" oder Sondergesellschaft angestellt worden sind. Als Reste dieser Säule konnten die weiterbestehenden Sympathien der Katholiken zur CVP als der (Nachfolgerin der) politischen Organisation der katholischen Sondergesellschaft interpretiert werden. Es konnten Hinweise dafür gefunden werden, dass sich auch innerhalb des Kerns des kirchlichen Katholizismus die Verbindung mit dem politischen Katholizismus lockert, insofern als die jüngere Generation der Kirchgänger weniger klar CVP-orientiert ist. Dennoch heben sich katholische Kirchgänger in ihren parteipolitischen Orientierungen nach wie vor deutlich von Kirchgängern anderer Konfessionen wie auch von Kirchendistanzierten ab. Eher überraschend schliesslich der dritte Befund, dass sich der Einfluss konfessioneller Zugehörigkeit auf das Abstimmungsverhalten in einer finanzpolitischen, konfessionell scheinbar völlig neutralen Angelegenheit zumindest in einem Fall als resistent gegenüber Versuchen erwies, die Differenzen zwischen Katholiken und Nichtkatholiken mit Hilfe von Differenzen hinsichtlich sozio-ökonomischer und regionaler Variablen oder der Parteiaffiliation zu erklären. Was sich schon bei der Parteisympathie angedeutet hat, könnte damit hinsichtlich des Abstimmungsverhaltens seine Bestätigung finden: Dass grundlegende politische Orientierungen so langlebig sind, dass sie ihre strukturellen Voraussetzungen überleben.

4. Anhang

Finanzvorlagen 1980 und 1985: das Abstimmungsverhalten von Katholiken und Nicht-Katholiken im Vergleich

1980	Stempelabgabe				Alkoholabgabe				Brotgetreide-subvention				n (=100%)
	ja	nein	leer	k.A.	ja	nein	leer	k.A.	ja	nein	leer	k.A.	
Nicht-Katholiken	74	14	13	0	76	12	13	0	63	28	8	0	303
Katholiken	68	22	11	0	69	20	10	1	59	38	3	1	199
Total	71	17	12	0	73	15	12	0	61	32	6	0	502

Datenbasis: VOX II-80, Urnengänger/-innen

1985	Stempelabgabe				Alkoholabgabe				Brotgetreide-subvention				n (=100%)
	ja	nein	leer	k.A.	ja	nein	leer	k.A.	ja	nein	leer	k.A.	
Nicht-Katholiken	64	16	13	7	66	14	13	7	54	28	12	6	229
Katholiken	54	28	8	10	55	24	10	11	55	28	8	10	145
Total	60	21	11	8	62	18	12	9	55	28	10	7	374

Datenbasis: VOX II-85, Urnengänger/-innen

LITERATURVERZEICHNIS

ALTERMATT Urs (1972), Der Weg der Schweizer Katholiken ins Ghetto. Die Entstehungsgeschichte der nationalen Volksorganisationen im Schweizer Katholizismus 1848-1919, Benziger, Zürich.

ALTERMATT Urs (1980), Katholische Subgesellschaft. Thesen zum Konzept der „Katholischen Subgesellschaft" am Beispiel des Schweizer Katholizismus, in Karl Gabriel/Franz-Xaver Kaufmann, Hg., Zur Soziologie des Katholizismus, Grünewald, Mainz 1980, 145–165.

DUBACH Alfred/CAMPICHE Roland J., Hg., (1992), Jede/R ein Sonderfall? Religion in der Schweiz. Ergebnisse einer Umfrage. NZN-Buchverlag, Zürich (in Vorbereitung).

FLANAGAN Scott.C./DALTON Russel J., (1984), Parties under Stress: Realignment and Dealignment in Advanced Industrial Societies, West European Politics 7, 7–23.

FOX John (1984), Linear Statistical Models and Related Methods. With Applications to Social Research, Wiley, New York.

GABRIEL K. (1988), Lebenswelten unter den Bedingungen entfalteter Modernität. Soziologische Anmerkungen zur gesellschaftlichen Situation von christlichem Glauben und Kirche, Pastoraltheologische Information 8, 93–96.

GILBERT G. Nigel (1981), Modelling Society. An Introduction to Loglinear Analysis for Social Researchers, Allen & Unwin, London.

HAMERLE Alfred/TUTZ Gerhard (1984), Zusammenhangsanalysen in mehrdimensionalen Kontingenztabellen – das loglineare Modell, in Ludwig Fahrmeir/Alfred Hamerle, Hg., Multivariate statistische Verfahren, de Gruyter, Berlin, 473–574.

HERTIG Hans-Peter (1984), Volksabstimmungen, in KLÖTI Ulrich, Hg., Handbuch politisches System der Schweiz, Bd. 2, Strukturen und Prozesse, Haupt, Bern, 247–277.

JENNINGS M. Kent (1984), The Intergenerational Transfer of Political Ideologies in Eight Western Nations, European Journal of Political Research, 12, 261–276.

KERR Henry H. (1983), Swiss Electoral Politics, in Howard R. Penniman, Ed., Switzerland at the Polls. The National Elections of 1979, American Enterprise Institute for Public Policy Research, Washington and London, 60–103.

KNOKE David (1975), A Comparison of Log-linear and Regression Models for Systems of Dichotomous Variables, Sociological Methods & Research, 3, 416–434.

KRIESI Hanspeter (1989), New Social Movements and the New Class in the Netherlands, American Journal of Sociology, 95, 1078–1116.

LIJPHART Arend (1980), Language, Religion, Class and Party Choice: Belgium, Canada, Switzerland and Southafrica Compared, in ROSE Richard, Ed., Electoral Participation. A Comparative Analysis, Beverly Hills, London, 283–327.

LIPSET Seymour Martin/ROKKAN Stein (1967), Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments, in Seymour Martin Lipset, Consensus and Conflict, Essays in Political Sociology, New Brunswick and Oxford, 1985, 113–185.

LONGCHAMP Claude (1988), Analyse der Nationalratswahlen 1987, VOX, 33, Zürich, Bern.

LONGCHAMP, Claude (1990), Analyse der eidgenössischen Abstimmung vom 26. November 1989, VOX, 38, Zürich, Bern.

NEF Rolf (1988), Wahl und Plebiszit – politische Kultur zwischen Beharrung und Anpassung, Ms., Soziologisches Institut der Universität Zürich.

RIGHART Hans (1986), De katholieke zuil in Europa. Een vergelijkend onderzoek naar het ontstaan van verzuiling onder katholieken in Oostenrijk, Zwitserland, Belgie en Nederland, Boom, Amsterdam.

ROKKAN Stein (1977), Towards a generalized Concept of 'verzuiling': A preliminary note, in Political Studies, 25, 563–570.

SIDJANSKI, Dusan et al. (1975), Les Suisses et la politique. Enquête sur les attitudes d'électeurs suisses, Lang, Bern, Frankfurt.

VOX (1985a), Analyse der eidgenössischen Abstimmung vom 9. Juni 1985, VOX, 26, Zürich.

VOX (1985b), Analyse der eidgenössischen Abstimmung vom 22. September 1985, VOX 27, Zürich, Bern.

WYSS-CONTI, Marc (1973), Un aspet de la résistance au changement en Suisse: L'affaire des Jésuites, Ms., (Spreitenbach).

Schweiz.Z.Soziol./Rev.suisse sociol., 2 (1991) 407–413

BUCHBESPRECHUNGEN
RECENSIONS CRITIQUES

Übergangsrituale einer auto-mobilen Gesellschaft
Katharina Steffen 1990: Suhrkamp, Frankfurt

Beat Sottas

Institut für Soziologie, Universität Bern

„Die aussergewöhnlich soziale Funktion der halb öffentlichen, halb privaten Personenbeförderung im Taxi beflügelt die allgemeine Phantasie auf merkwürdige Weise; sie umgibt die Benützer mit einem Hauch von Exklusivität." (S. 42), schreibt Katharina Steffen in einem Exkurs zur städtischen Teilkultur des Taxigewerbes, „der Habitus des Gefahrenwerdens, die Haltung des Müssiggängers, der sich zurücklehnt, während andere für ihn auf die Pedale drücken, hat etwas Distinguiertes und Vornehmeres als das Selberfahren" (S. 44). Um es gleich vorwegzunehmen: Katharina Steffen will mit ihrer „kulturanthropologischen Skizze" keine Fallstudie und auch keine Biographie von Taxifahrerinnen aus Zürich und Frankfurt vorlegen. Obschon der Titel „Übergangsrituale einer auto-mobilen Gesellschaft" anfängliche Irritationen hervorrufen mag, trifft er doch die von der Autorin gewählte Annäherung ganz akkurat. Nach einer längeren Durststrecke mit Situationsschilderungen und Fahrtprotokollen in der ersten Hälfte des Buches zeichnet sich immer deutlicher ab, in welcher Art und Weise die Autorin das aus traditionalen Kulturen bekannte Konzept der Übergangsriten (Arnold van Gennep, 1909) am Beispiel von nächtlichen Taxifahrten auf soziale Räume in unserer eigenen, modernen Gesellschaft überträgt.

In der Einleitung skizziert Katharina Steffen die Eigenschaften der verschiedenen Objekte, welche den betrachteten Ausschnitt aus der städtisch-modernen Wirklichkeit wesentlich prägen. Dazu gehört in erster Linie die auto-mobile Gesellschaft mit ihrem notorischen Zeitdruck und dem Befriedigen des Bedürfnisses nach mobilen Statussymbolen, denn „das Automobil ist, sobald es fährt, ein Mittler und Vermittler zwischen verschiedenen Sphären, verschiedenen Tätigkeiten, Rollen und Zeiten, ein Ding der Zwischenzeiten und Zwischenräume, die Umkleidekabine unserer Seelen und Persönlichkeiten." (S. 14 f.) – auch der geschlechtsspezifischen Persönlichkeiten. Das Automobil,

welches auch im Erkenntnisprozess als Vehikel dient, kommt damit hier jedenfalls stärker zum Zuge als die theoretische Aufarbeitung von möglichen Übergangsritualen. Die Einleitung ist diesbezüglich überhaupt gar kurz geraten, denn Wesentliches für das Verstehen des gewählten Ansatzes wird nur kurz gestreift. An dieser Stelle ist die Studie tatsächlich nur eine Skizze – das Angedeutete mag zwar für Ethnologen dechiffrierbar sein, aber vorauszusetzen, das Wissen um die van Gennepsche Konzeption von Übergangsritualen sei wissenschaftliches Allgemeingut, zielt an weiten Leserkreisen vorbei. Es wäre nun aber ungerecht, der Autorin zu unterstellen, dass sie wenig geklärte Konzepte verwende – die Klärung lässt bloss auf sich warten. Das theoretische Kernstück, auf das sich auch der Titel des Buches bezieht, wird dem Leser nämlich erst im Anschluss an das Protokoll der Fahrt III (Seiten 221–233) erschlossen. Im letzten Teil der Einführung wird das veränderte Verhältnis zwischen den Geschlechtern und mithin eine neue Weiblichkeit als eigentlicher Forschungsgegenstand vorgestellt. Wie die Autorin ankündigt, verläuft der Weg dahin allerdings keineswegs „geradlinig linear", sondern es ist „eher ein vielfach verästelter Weg, eher eine zirkuläre oder spiralenförmige Bewegung. Es wird ziemlich lange dauern, bis sich auf dem Grund des Tellers wieder so etwas wie die Linien eines zusammenhängenden Bildes abzeichnen werden" (S. 28). In dieser lose gefügten, mosaikartigen Annäherung liegt meines Erachtens eines der Hauptprobleme des Buches von Katharina Steffen – der Leser wird zu wenig geführt, so dass viele durchaus erklärende Elemente assoziativ nebeneinander stehen. Bei der Lektüre gerät dann der Leser gelegentlich auf jenen Spiralbahnen ins Trudeln, in welche die Autorin die lineare Sequenzierung van Genneps transformiert (Abbildungen S. 321 f.). Der rote Faden bleibt zwar alleweil erahnbar, doch wird der anspruchsvolle Argumentationszusammenhang nicht mit der nötigen Stringenz herausgearbeitet.

Das Taxigewerbe und seine Klientel

In einem Exkurs zum Taxigewerbe und zur Tradition dieser städtischen Teilkultur gibt die Autorin in Kapitel I, 3 (S. 40–52) einen Überblick über die historische Entwicklung und die gesellschaftlichen Bezüge. Dieser dient vor allem dazu, die Branche in einer städtischen und auch männlich dominierten Umgebung anzusiedeln. Ausserdem wird dargelegt, warum das Taxigewerbe an urbane Lebens- und Arbeitsverhältnisse gebunden ist. Der Bedarf ergibt sich nämlich aus einem Abhängigkeitsdreieck von zunehmender Distanz, steigendem Anonymitätsgrad und steigender Zahl von Fremden vor Ort. Die soziologische Zusammensetzung der Klientel widerspricht dagegen eher den Erwartungen: Nach den zitierten Untersuchungen entspricht sie statusmässig

zwar in etwa „einem Querschnitt durch die Bevölkerung, wobei in den letzten Jahren tagsüber vor allem die Zahl der Angestellten zugenommen zu haben scheint, und unter ihnen vor allem die der weiblichen Erwerbstätigen. Demgegenüber ist die sogenannte Grundschicht nachts präsenter als am Tag. So kommen Arbeiter ausschliesslich nachts, nur ausserhalb ihrer Berufstätigkeit, nur während ihrer Freizeit dazu, sich die Vorteile territorialer Mobilität zunutzen machen zu können" (S. 44). Taxifahren wird in dieser Kategorie gemäss dem Vorurteil gemeinhin mit Luxus assoziiert. Es sind indessen nicht die soziologischen Merkmale, welche das Interesse der Autorin wecken – die Klientel der Taxifahrer hat besonders im Fall der von Katharina Steffen untersuchten nächtlichen Fahrgäste momentane, situationsbedingte Zustände, indem sie zeitweilig oder permanent von einer gesellschaftlich definierten Normalität abweichen.

Identitätsstiftender Rahmen und kulturelle Grenze

Nach Massgabe einer „lebensgeschichtlichen Methodik" (S. 26) wird in den vier Teilen des Buches jeweils ein anderer Aspekt des Handlungsfeldes und der Identität der neun vorgestellten professionellen Nachtfahrerinnen erschlossen. Vier Frauen stammen als „Profikutscher" aus einem handwerklich-proletarischen Milieu, drei andere haben langjährige formale Ausbildungen hinter sich, stehen der Alternativ-Szene nahe und betrachten ihre gegenwärtige Tätigkeit als vorübergehenden Job. Auch wenn die anderen beiden irgendwo dazwischen anzusiedeln sind, bildet das „neue Leben" einen allen Biographien gemeinsamen Topos. Zur Frage, warum denn ausgerechnet diese Kategorie von Informantinnen ein adäquater Forschungsgegenstand zur Klärung ihrer Fragestellung ist, gibt uns die Autorin folgende Hinweise: Sie geht grundsätzlich davon aus, dass soziale Wirklichkeit in fortlaufenden Interpretationsvorgängen von sich abwickelnden Handlungen und Ereignissen hervorgebracht wird, und dass die in diesen Prozessen von den Handelnden auf methodische, systematische und rationale Weise angewandten Klassifikationen und Typisierungen ihrerseits als Theorie organisiert sind. „So gesehen ist Taxifahren eine Form ‚alltagspraktischen Handelns', nicht nur in bezug auf die Berufsvertreter, sondern auch in bezug auf ihre Klientel: Beide produzieren ‚spontan', ‚natürlich' und ‚selbstverständlich' jene Art von kommunikativer Realität, um die es uns hier geht" (S. 26). Im Verlauf der Begegnungen laufen daher auf der Ebene der Selbstverständlichkeiten Prozesse und Handlungsmuster ab, welche Rückschlüsse auf die gängigen Rollenstereotype sowie auf die Strategien zur Bewältigung von Inkonsistenzen und zur Wiederherstellung von eindeutigen Identitäten zulassen.

Die Strasse ist zweifellos der öffentliche Raum par excellence – vor allem auch deshalb, weil er die Territorialität der Geschlechter in der Industriegesellschaft zusehends verwischt und aufhebt. Die metropolitane Nacht ist nun aber gerade eine jener Domänen, die erklärtermassen dem männlichen Geschlecht offenstehen. Nach Einbruch der Dunkelheit forciert der urbane Raum nämlich wieder die Herstellung einer maskulin dominierten Ordnung der Geschlechter. In diesem Kontext irritiert das Zusammentreffen mit einer weiblichen Fahrerin oder wird gar als Grenzüberschreitung empfunden. Die beiden zwangsläufig auftauchenden Fragen nach der Angst und nach dem Mann weisen in diesem ohnehin spannungsvollen und zumeist auch sinnlich geladenen Raum darauf hin, dass der wechselhafte Prozess des Erkennens und Erkanntwerdens (die Autorin schlägt diese kulturanthropologische Definition von Identität vor) nicht mehr mit einfachen Rückbezügen auf klare Situationsdefinitionen und geschlechtsspezifische settings zu bewältigen ist. Der Forschungsprozess im Sinne einer dokumentarischen Interpretation des nächtlichen Fahrens und Handelns war daher gewiss geeignet, diesen „spontanen" und „natürlichen" Verhaltenserwartungen und -partituren bezüglich der Geschlechterbeziehungen, der geschlechtsspezifischen Sphären, der (weiblichen) Identität und der zeitgenössischen Lebenswelt nachzuspüren. Soziale und kulturelle Strukturen offenbaren sich ja vor allem dann, wenn sie Irritationen hervorrufen oder gänzlich zerbrechen. Die Irritationen und Krisen lenken die Aufmerksamkeit auf das Gewohnheitsmässige, das Vorhersehbare, das Erwartete und in diesem Sinne auch auf die eingespielten Verhaltenspartituren.

Nicht zu vergessen ist allerdings auch, dass sich die Passagiere nachts in einem emotionalen, physischen und situativen Ausnahmezustand befinden; die Betrunkenen sind dabei bloss Extreme eines breitgefächerten Spektrums. Die klar definierte Zielsetzung, nämlich ein effizienter Personentransport von A nach B ist in diesem Kontext meist kein vorrangiges Anliegen und der Kunde vergisst oder verdrängt das idealtypische Handlungsschema. Die Anbieterin der Dienstleistung trachtet dies in der Regel aufzuheben, indem sie präzise Anweisungen erteilt und gleich zu Beginn eine hierarchische Weisungsstruktur etabliert. Dieses unscharfe Handlungsmuster lässt sich durchaus als Übergang verstehen und interpretieren, denn der Umgang der Geschlechter miteinander und die Identität der Fahrerinnen bedürfen einer Klärung. Die Sozialisation der Chauffeure mit dem Hineinwachsen in eine berufsspezifische, subkulturelle Tradition leistet dabei entscheidende Hilfestellungen. Die Integration – Taxifahrer sind je nach Referenzgruppe und Szene in Cliquen organisiert – wirkt dem unter professionellen Nachtfahrern verbreiteten Bewusstsein der eigenen Isolation und Exponiertheit entgegen. Allesamt sind sie eine Art Aussteiger und Aussenseiter in ihrem eigenen Milieu, die der gegenseitigen Hilfeleistung

in Notfällen verpflichtet sind: Solidarität ist „eines der wenigen wirksamen und deshalb geradezu lebenswichtigen Verteidigungsmittel" (S. 169). Dank der teilnehmenden Beobachtung erhält der Leser gerade diesbezüglich einfühlsame und intensive Stimmungsbilder vermittelt. Die Trennlinie zwischen der glitzernden metropolitanen Nacht mit ihrer Reizfülle und den menschlichen Schicksalen wird jedenfalls überzeugend herausgearbeitet. Mindestes für die Taxifahrerinnen wird auf diese Weise die nächtliche Dienstleisterei als identitätsstiftender Rahmen mitsamt den spezifischen Abhängigkeiten und Vorteilen stimmig dargestellt. An diesem Punkt wird allerdings auch deutlich, dass eher die veränderten Beziehungen zwischen den Geschlechtern (und mithin die neue Weiblichkeit) thematisiert werden als die Passagerituale. Die Veränderung handlungsrelevanter Geschlechterrollen (auch als Befreiung und Loslösung von gesellschaftlich definierten Erwartungen und Zuschreibungen) ist jedoch durch die Auswahl dieser Informantinnen schon in atypischer Weise vorstrukturiert, denn für die befragten Frauen ist ihr „neues Leben" bereits Wirklichkeit oder doch in greifbare Nähe gerückt.

Übergangsrituale

Übergangsrituale – das hätte Katharina Steffen in der Einleitung gewiss erwähnen müssen – bedingen ein zeitliches Kontinuum, feste Strukturen und vorhersehbare Übergänge zu genau definierten Zeitpunkten, denn der Kontinuitätsbeweis liegt genau in der Rekonstruktion (mythologisch) legitimierter Zustände und Abfolgen von Ereignissen. Übergänge und Übergangssituationen werden dann ritualisiert, wenn deren Vollzug für den Einzelnen oder für die Gruppe mit Irritationen, Orientierungsschwierigkeiten oder Gefahren verbunden sind. Im Ritual wird etwas in standardisierter, symbolischer Form „wiederholt", thematisiert, durch die Symbolik „überprägnant" hervorgehoben, betont, verdichtet und vergegenständlicht, nachvollzogen und nachvollziehbar gemacht – zum Beispiel ein raumzeitlicher Übergang (S. 226). Die Definition dessen, was als Ritual verstanden werden darf, ist gewiss umstritten, denn der Sprachgebrauch hat längst schon von den ethnologischen, d. h. sakralen oder magischen *rites de passage* nach dem van Gennepschen Klassifikationsmodell Abschied genommen. Geblieben ist das Verständnis von problematischen Übergängen, die durch eine Phasenabfolge gesichert werden: Eindeutig voneinander abgrenzbar folgen eine präliminäre, eine liminäre und eine postliminäre Phase. Im klassischen Verständnis haben Übergangrituale einen bestimmten Platz in einer festgefügten sozialen Ordnung – beim Gedanken an Taxifahren spielt aber eher das Zufällige, das Neukonstituieren und Neuinterpretieren eines sozialen und kulturellen settings. In einer automobilen Gesellschaft, in der gerade das

Flüchtige des Augenblicks charakteristisch geworden ist, dominieren die raschen und abrupten Unterbrechungen und „Wechsel von Zeiten, Orten, Personen und Befindlichkeiten" (S. 21). Aus diesem Grunde ist kaum nachvollziehbar, warum der Theoriekern mit den hilfreichen Querverweisen erst nach der Diskussion der prä- und postliminalen Phase der Taxifahrten eingeführt wird.

Die Frage, auf welche Weise diese Taxifahrerinnen ihre nächtlichen Grenzüberschreitungen in ein ihnen vormals verschlossenes Territorium bewerkstelligen, wird von der Autorin mit Hilfe der klassischen Phasenabfolge angegangen. Der metaphorische Vergleich mit Charon, der als Fährmann über den Styx „gewissermassen die Personifikation einer ritualisierten räumlichen Passage" (S. 19) ist, ist dabei eine hilfreiche Analogie, die sich in der Rollenkonfiguration wiederfindet. Die Sequenzierung im Sinne einer Phasen-Dreiteilung (Ausgangsort A, Weg B, Bestimmungsort C) ist auf einer deskriptiven Ebene sicher angemessen, weil der Gesprächsverlauf vor allem in der „offenen", strukturell wenig vorbestimmten Phase B, in der kein „business at hand" (S. 37) ist, sich zur individuellen Ausgestaltung eignet. Die Autorin versucht aber gerade zu zeigen, dass auch diese Zeitspanne der Ungewissheit nach bestimmten Mustern abläuft. Anzumerken bleibt jedoch, dass die vorgestellten Taxifahrerinnen ebensowenig wie ihre männlichen Kollegen als einzige ungestraft die sozialen Räume wechseln können; ihr berufliches Rollenhandeln und die Erfahrung und die Solidarität der über Funk verbundenen Kollegen verleiht ihnen zwar Gewissheit und Zuversicht, doch Krisenerfahrungen und auch die Konfrontation mit Gewalt und Tod sind omnipräsent.

Eine umfassende und dichte Auseinandersetzung erfolgt in der zweiten Hälfte des Buches. Sobald die Autorin das (ihr wohl vertrautere) Feld der aufgelösten stereotypen Weiblichkeitsbilder mit vielfältigen Passagen im beruflichen Handeln der Nachtfahrerinnen verknüpft, wird die „kulturanthropologische Skizze" den in sie gesetzten Erwartungen eher gerecht. Hier erst wird jenseits der Stimmungsbilder glaubhaft dargestellt, dass die Nacht „die Zeit der Metamorphosen und des Transitorischen" ist (S. 194). Im Lichterschein der Grossstadt herrscht zwar keine Dunkelheit - und dennoch ist es die stimulierende und enthemmende Wirkung der Nacht in Verbindung mit der Anonymität und der gleichzeitig aussergewöhnlichen Nähe in dieser „kaum erleuchteten Kapsel" (S. 201), welche die Transitphase B strukturiert. Das Bedürfnis nach emotionaler Kommunikation mündet nicht nur in das beliebte Spiel des sich gegenseitig Identifizierens, oft bedarf es gar keiner Aufforderung, um die Zunge der Einsteigenden zu lösen: „Kaum sitzen sie im Wagen, fangen sie an zu erzählen... Sie ziehen den Vorhang zu ihren innersten Kammern auf oder zum Garten der Lüste, noch ehe sie darum gebeten werden" (S. 201).

Die Autorin ist explizit bemüht, ihre Konzeption der Übergangsrituale nicht in die Nähe des Sakralen, Unantastbaren zu rücken. Bemerkenswert ist allerdings, dass die damit angesprochenen metaphysischen Bezüge festgefügter, kulturell geprägter symbolischer Muster mitsamt ihrer Phasenhaftigkeit sich im profan-alltäglichen Umgang in ähnlicher Weise wiederfinden. Entlang der beiden gedanklichen Leitlinien, nämlich der Definition weiblicher Identität und der ritualisierten Aufteilung der nächtlichen Grenzsituation, zeigt Katharina Steffen auf, dass Übergangsrituale wahrscheinlich eine typisch menschliche Verhaltensform sind, sich mit Grenzerfahrungen auseinanderzusetzen. In der metropolitanen Nacht spüren alle betrachteten Akteure, dass die undeutlich gewordenen Grenzräume in der Kultur der Moderne nur zu bewältigen sind, wenn die Handlungsspielräume mittels ritualisierter settings strukturiert werden können. Ob diese in höchstem Masse hilfreiche sozialpsychologische Krücke nun allerdings „mit der um eine ausgezogene Linie schwingende Spirale" (S. 322) angemessen dargestellt wird, bleibt fraglich.

Die Handlungsstrategien der Nachtfahrerinnen und der Klienten eröffnen gewiss einen interessanten Zugang zu kritischen und deshalb ritualisierten Übergängen im Alltag. In der Analyse hält sich die Autorin dabei an die Gesetzmässigkeit der räumlichen und zeitlichen Phasenabfolge. Ihr Interesse konzentriert sich dabei vor allem auf jenen offenen Mittelabschnitt, in dem kein „business at hand" ist, also auf die Zeit zwischen dem Fahrtbeginn mit Zielangabe und dem Ende mit der Bezahlung. Die Aufarbeitung ist indessen trickreicher als das Inhaltsverzeichnis vermuten lässt. Katharina Steffen hat nämlich eine Montagetechnik gewählt, welche die Gespräche, die Kommentare und die theoretischen Exkurse wechselseitig zueinander in Beziehung setzt. Das mehrschichtige Analysekonstrukt mit eingeschobenen, sorgfältig und solide konstruierten Theoriebezügen lässt die Lektüre allerdings über weite Strekken zu einem mühsamen Unterfangen werden; es fehlt der rote Faden, der die problematische Identität und die Ritualität der Handlungsweisen sowohl seitens der Nachtfahrerinnen als auch seitens der Klienten immer wieder auf den Punkt bringt. Die formal wenig konsistente Darstellungsweise beeinträchtigt meines Erachtens auch die Aussage an zentraler Stelle: Die mosaikhafte Abfolge führt dazu, dass sich der Leser je nach Vorliebe mit den Stimmungsbildern, den Biographien oder den Theoriekernen eingehender auseinandersetzt – und darüber dann auch die integrale Fragestellung vergisst.

ZUSAMMENFASSUNGEN

Umweltbewusstsein, ökonomische Anreize und Umweltverhalten Empirische Befunde aus der Berner und Münchner Umweltbefragung

Andreas Diekmann und Peter Preisendörfer

In welchem Ausmass wird das Umweltverhalten in alltäglichen Situationen durch das Umweltbewusstsein, das Umweltwissen, die allgemeine Betroffenheit im Hinblick auf Umweltbelastungen sowie ökonomische Anreize beeinflusst? Anhand von Umfragedaten aus der Region Bern und der Stadt München wird mit multivariaten Verfahren die Stärke der Effekte dieser mutmasslichen Einflussgrössen sowie weiterer sozialdemographischer Merkmale auf das selbstberichtete Umweltverhalten geschätzt. Ergänzend werden Ergebnisse aus einem Feldexperiment berichtet, das die „direkte" Beobachtung umweltgerechten Verhaltens (Ablehnung oder Zustimmung gegenüber der Bestellung eines Kataloges mit umweltschädlichen Produkten) ermöglichte. Es zeigt sich, dass das Umweltbewusstsein sowohl mit dem selbstberichteten als auch mit dem aktuell beobachtbaren Umweltverhalten signifikant positiv korreliert ist. Darüber hinaus belegen die Befunde die Wirkung ökonomischer Anreize auf das Umweltverhalten. Bezüglich der Verhaltenskomponente „Sparen von Heizenergie" ist das Umweltverhalten sogar ausschliesslich anreizorientiert. Zu vermuten ist, dass das Umweltbewusstsein insbesondere in denjenigen Alltagssituationen eine Rolle spielt, in denen das umweltgerechte Handeln mit relativ geringen Kosten und Aufwendungen verbunden ist.

„Dealignment" oder neue Integrationsbereitschaft? Aktuelle Entwicklungstendenzen im Anhängerbestand schweizerischer Kommunalparteien

Hans Geser

Bei einer umfassenden Untersuchung schweizerischer Lokalparteien hat sich überraschenderweise gezeigt, dass sich der Umfang aktiver Parteianhängerschaften momentan eher in einer Expansions- als in einer Schrumpfungsphase befindet. Hauptursache ist der nach wie vor anhaltende „primäre politische Mobilisierungsprozess" bei den Frauen, von dem alle Parteien des ideologischen Spektrums (insbesondere aber linkere und „grünere") Parteien profitie-

ren. Umgekehrt haben sich die Männer stärker den mehr rechtsstehenden und dem grünen Ideengut ablehnend gegenüberstehenden Parteien zugewandt – und dabei insbesondere der SVP zu einem beachtlichen Aufschwung verholfen.

Im Vergleich zu den Männern wenden sich die Frauen auch stärker jenen Parteien zu, die ein „politisches" Verständnis ihrer Rolle aufrechterhalten, innerhalb der Gemeinde eine besonders rege Aktivität entfalten und die lokale Ebene mit der überlokalen Parteipolitik verbinden. Parteien mit einem expliziten „Aktionsprogramm" wirken – vor allem wenn sie politisch rechts stehen – auf beide Geschlechter überdurchschnittlich attraktiv.

Insgesamt entsteht der Eindruck, dass die meisten Parteien (mit Ausnahme der linksextremen Gruppierungen) trotz Erosionstendenzen bei den periphereren Anhängergruppen über stabile bis expandierende Kernbestände von Aktivmitgliedern verfügen, und dass entgegen anderslautenden Trendmeldungen keine Abwanderung zu kleinen und/oder monothematischen Gruppierungen besteht.

Zur Entwicklungsdynamik in den sozialistischen bzw. postsozialistischen Ländern

Jakob Juchler

In der aktuellen Diskussion über die dramatischen Veränderungen in den postsozialistischen Ländern dominieren spezialisierte Analysen, vor allem ökonomischer Art. Im folgenden Artikel wird eine ungewohnte Perspektive angewandt, die von einem generellen formationellen Bezugsrahmen ausgeht und bis zur empirischen Analyse beispielhafter Prozesse gesellschaftlichen Wandels vorstösst.

Die aktuellen Reformprozesse werden als Lösungsversuche interpretiert, aus einer fundamentalen Formationskrise herauszufinden, die von grossen wirtschaftlichen, politischen und ideologischen Widersprüchen geprägt ist. Dabei werden vier mögliche Grundstrategien unterschieden. Nach einer Analyse der wichtigsten Ausgangsbedingungen werden die aktuellen Transformationsprozesse anhand einer Typologie erfasst, die es erlaubt, die verschiedenen Länder fünf Typen zuzuordnen. Deren Widersprüche und Entwicklungspotentiale werden untersucht, wobei die westlich orientierten Reformversuche im Vordergrund stehen. Besondere Beachtung wird dem Beispiel Polens zuteil, das bis jetzt den radikalsten neoliberal orientierten Kurs gesteuert hat, wobei auf ein reichhaltiges Datenmaterial aus sozialwissenschaftlichen Untersuchungen zurückgegriffen wird.

Kriminalpolitik und überbelegte Gefängnisse

André Kuhn

In der Kriminalpolitik haben sich zwei sich entgegenstehende grosse Strömungen herauskristallisiert, die davon ausgehen, dass das heutige Strafsystem nicht mehr zufriedenstellend ist. Auf der einen Seite möchte man gewisse Straftaten schärfer bestraft wissen, auf der anderen Seite schlägt man, da die Gefängnisstrafen für überflüssig oder sogar schädlich gehalten werden, die Erweiterung des Strafaufschubes und die Aufhebung kurzer Freiheitsstrafen vor. Es erscheint naheliegend, dass ein strengeres Strafensystem die Situation der überfüllten Gefängnisse verschlimmern würde. Der Autor dieses Artikels möchte aufzeigen, dass, entgegen jeder Erwartung, dasselbe aus den gegenteiligen Massnahmen resultieren könnte.

Der Mythos der technologischen Revolution und die postmoderne Ernüchterung

Gilbert Larochelle

Der Zerfall der Gewissheiten gehört zu den unbestrittenen wissenschaftlichen Hauptpunkten unserer Zeit und trägt zur Aktualisierung der Idee der sozialen Komplexität in der heutigen soziologischen Reflexion bei. Der dadurch entstehende Umweltrelativismus und Ernüchterung lassen jedoch gewisse Sphären der menschlichen Aktivität unangetastet: Die ständigen technologischen Veränderungen über den Mythos ihrer „Revolution" scheinen eine neue ontologische Ordnung bezüglich der grossen metaphysischen Fragen der vorangegangenen Jahrhunderte zu bieten. Indem sie die intellektuellen Emergenzbedingungen des Begriffes der „technologischen Revolution" in der modernen Welt nachzeichnet, will diese Reflexion untersuchen, wie sich dessen Verknüpfung mit den Formen der charakteristischen sozialen Bindungen vollzogen, wenn nicht sogar als gerechtfertigt erwiesen hat. Indem sie ferner Kritik übt an dieser Symmetrie zwischen dem Sozialen und dem Technischen, zeigt sie schliesslich, dass die derzeitige Ernüchterung in bezug auf die sozialen Schilderungen – gewohnte Feststellung der Denker der Postmoderne – noch Raum lässt für die Erhaltung einer verdinglichenden Darstellung der „technologischen Revolutionen". Angesichts der Auflösung der Normen und Bezugspunkte stellt die Betrachtung des alleinigen Kriteriums der Performativität eine der letzten Formen des erklärenden Monismus und des konsekutiven Reduktionismus dar, deren Technologien heute das Ziel sind.

Politische Regimes und Staatsentwicklung in der Dritten Welt: Peru seit den 1950er Jahren

Ulrich Pfister und Christian Suter

Die politische Soziologie zur Dritten Welt leidet an einer Diskrepanz zwischen einem überwiegend auf die Erörterung allgemeiner Konzepte beschränkten theoretischen Diskurs und fragmentierten, wenig theoriegeleiteten Einzelfallstudien. Die vorliegende Studie versucht in der Literatur häufig hypostasierte allgemeine Konzepte (wie Staatsklasse, Korporatismus, Klientelismus, etc.) zueinander in Beziehung zu bringen und auf dieser Grundlage ein einfaches Konzept des politischen Systems zu entwerfen. Die zentrale Dimension des politischen Systems bildet das politische Regime, definiert als formelle oder informelle Allianz zwischen den verschiedenen sozialen Gruppen, Klassen und Fraktionen bzw. ihrer organisierten Interessen. Im weiteren wird zwischen verschiedenen Regimetypen und ihren charakteristischen Korrelaten im Bereich des restlichen politischen Systems unterschieden. Zur Illustration der theoretischen Argumente benützt der Beitrag die reiche Literatur zur politischen Entwicklung Perus zwischen 1950 und 1985. Anhand des empirischen Materials lässt sich eine Abfolge unterschiedlicher Regimes festellen, wobei die verschiedenen Regimetypen durch je spezifische Dynamiken der politischen Prozesse gekennzeichnet sind.

Konfession und Politik in der Schweiz
Zum „konfessionellen Faktor" bei der Entwicklung stabiler Parteisympathien und bei den Eidg. Volksabstimmungen vom 9. Juni 1985

Peter Voll

Die Theorie sondergesellschaftlicher Versäulung nimmt für die Schweiz eine Auflösung des katholischen Milieus mit dem Modernisierungsschub der 60er Jahre an. Davon ausgehend werden im folgenden anhand von zwei Umfragen die konfessionellen Unterschiede in der Parteisympathie und im Abstimmungsverhalten untersucht. Den Erwartungen entsprechend werden sowohl eine Lockerung der Bindung der jüngeren Katholiken an die CVP als der Partei des politischen Katholizismus als auch eine religiöse statt einer konfessionellen Polarisierung hinsichtlich der Frage des Schwangerschaftsabbruchs gefunden. Die Unmöglichkeit, konfessionelle Unterschiede hinsichtlich eines finanzpolitischen Themas wegzuerklären, weist allerdings darauf hin, dass politische Traditionen auch auf Individualebene eine erstaunliche Langlebigkeit aufweisen könnten.

RESUMÉS

Conscience du respect de l'environnement, incitations économiques et comportements écologiques

Andreas Diekmann und Peter Preisendörfer

Dans quelle mesure les comportements écologiques dans les situations de la vie quotidienne sont-ils influencés par la prise de conscience de l'environnement, les connaissances de l'environnement, l'émotion générale en ce qui concerne les pollutions que subit l'environnement et par les incitations économiques? A la lumière de données obtenues avec des sondages réalisés dans la region de Berne et dans la ville de Munich, on évalue, à l'aide de procédures à multivariantes, la portée des effets de ces paramètres d'influence présumés ainsi que d'autres caractéristiques issues de la démographie sociale sur le comportement écologique personnel décrit par chacune des personnes interrogées. Pour compléter, on publie les résultats d'une expérience sur le terrain qui a permis l'observation «directe» d'un comportement respectueux de l'environnement (refus ou acceptation de commander un catalogue de produits nuisibles à l'environnement). Il s'est avéré que la conscience de l'environnement présente une significative corrélation positive tant avec le comportement écologique personnel décrit ci-dessus qu'avec celui que l'on a pu observer récemment. En outre, les resultats confirment l'action des incitations économiques sur un comportement écologique. En ce qui concerne la composante de comportement «économies d'énergie pour le chauffage», le comportement écologique est même conditionné exclusivement par les incitations. Il est permis de supposer que la prise de conscience de l'environnement joue en particulier un rôle dans les situations de la vie quotidienne à l'occasion desquelles une action respectueuse de l'environnement est possible à des coûts et pour des efforts relativement réduits.

«Désalignement» ou nouvelle volonté à s'intégrer? Nouvelles tendances concernant les sympathisants des partis en activité dans les communes suisses

Hans Geser

Contrairement aux attentes, les résultats d'une étude étendue montrent que le nombre de partisans actifs des partis politiques est en hausse dans les communes

suisses. La raison principale est la continuation de la «mobilisation politique primaire» des femmes. Tous les partis, en particulier ceux de tendance progressiste et «écologique», ont tiré profit de ce processus. A relever cependant que les hommes étaient plus nombreux à se tourner vers les partis de tendance extrême droite et anti-écologique. Leur mouvement a contribué à l'essor remarquable de l'UDC.

Par rapport aux hommes, les femmes sont plus attirées par les partis qui font preuve d'une ouverture politique envers les questions féminines, qui se montrent actifs dans la commune et qui s'intéressent en même temps à ce qui se passe au-dessus du niveau local. C'est grâce à un programme d'action explicite que les partis arrivent à «séduire» les citoyens des deux sexes.

Malgré des tendances à l'érosion des partisans à la périphérie, il semble donc que la plupart des partis, à l'exception des groupes d'extrême gauche, continuent à disposer d'un noyau de membres actifs stable ou en expansion. Contrairement aux déclarations récentes, notre étude ne permet de constater aucune tendance au retour aux groupements de taille réduite et/ou à thème unique.

La dynamique de développement dans les pays socialistes ou post-socialistes

Jakob Juchler

La discussion actuelle concernant les changements dans les pays post-socialistes est dominée par des analyses spécialisées, surtout par des analyses économiques. Dans l'article suivant, une perspective inhabituelle est appliquée; elle part d'un cadre de reference formationel général et aboutit à l'analyse empirique de processus exemplaires de changements sociaux.

Les processus de réforme actuels sont interprétés comme des tentatives de résoudre une crise de formation fondamentale, marquée par de grandes contradictions économiques, politiques et idéologiques. On fait la distinction entre quatre stratégies de fond possibles. Après une analyse des conditions de départ les plus importantes, les processus de transformation actuels sont saisis à l'aide d'une typologie qui permet d'attribuer les differents pays à cinq types. Leurs contradictions et leurs potentialités de développement sont examinées, en mettant au premier plan les tentatives de reforme qui s'orientent à des modèles occidentaux. L'example de la Pologne est particulièrement analysé; ce pays a pris l'orientation la plus néo-libérale de tous les pays post-socialistes. L'auteur se base sur un materiel empirique très riche provenant de recherches sociologiques.

La politique criminelle et le surpeuplement carcéral

André Kuhn

Partant de l'idée que le système pénal actuel n'est pas satisfaisant, deux grands courants de politique criminelle s'opposent aujourd'hui. D'une part, on désire accroître la punitivité vis-à-vis de certains délinquants; d'autre part, la prison étant considérée comme inutile, voire nocive, on prône le remplacement de certaines peines privatives de liberté par des peines de substitution, proposant ainsi l'extension du sursis et l'abolition des courtes peines privatives de liberté. S'il paraît clair que l'accroissement de la sévérité des sanctions augmenterait la population carcérale et aggraverait ainsi le surpeuplement carcéral, l'auteur montre que des effets identiques résulteraient, contre toute attente, du second de ces courants de politique criminelle.

Mythe de la révolution technologique et désenchantement postmoderne

Gilbert Larochelle

Le déclin des certitudes figure parmi les principaux acquis scientifiques de notre temps et contribue à mettre à l'ordre du jour l'idée de complexité sociale dans la réflexion sociologique contemporaine. Toutefois, le relativisme ambiant et le désenchantement qu'il inspire laissent encore inentamées certaines sphères de l'activité humaine: les mutations technologiques en cours semblent offrir, à travers le mythe de leur «révolution», un nouvel ordre d'inscription ontologique pour les grandes interrogations métaphysiques des siècles précédents. Retraçant les conditions intellectuelles d'émergence, dans le monde moderne, de la notion de «révolution technologique», cette réflexion propose d'étudier comment s'est effectué, sinon justifié, son arrimage à des formes de liens sociaux caractéristiques. Critiquant ensuite cette symétrie entre le social et le technique, elle conduit à montrer que le désenchantement actuel vis-à-vis des récits sociaux – constat coutumier des penseurs de la postmodernité – laisse encore le champ libre à la perpétuation d'une représentation réificatrice des «révolutions technologiques». Devant l'éclatement des normes et des références, la considération du seul critère de la performativité constitue l'une des dernières formes du monisme interprétatif et du réductionnisme consécutif dont les technologies sont aujourd'hui l'objet.

L'Etat dans le Tiers-Monde: la dynamique des régimes politiques au Pérou

Ulrich Pfister et Christian Suter

La sociologie politique des sociétés du Tiers Monde souffre d'une contradiction entre un discours centré sur des concepts généraux et études consacrées à un cas précis, manquant souvent à une référence théorique. La présente étude cherche à mettre en rapport les catégories souvent trop générales utilisées dans la littérature existante (comme la classe d'état, le corporatisme, le clientelisme etc.) et de développer, sur cette base, un concept simple du système politique. La dimension centrale d'un système politique est formée par le régime politique qui est conçu comme alliance formelle ou informelle entre groupes, classes et factions sociales divers ou de leurs intérêts organisés. La discussion ultérieure suggère une typologie de régimes et de configurations correspondantes du système politique. Pour illustrer ces arguments théoriques l'étude se fonde sur la riche littérature concernant l'évolution politique du Pérou entre ca. 1950 et 1985. Sur cette base, on constate une séquence de régimes de type divers qui se distinguent par des processus politiques caractéristiques.

Confession et politique en Suisse
Le rôle de l'appartenance confessionnelle dans le development des attaches politiques et lors de la votation populaire fédérale du 9 juin 1985

Peter Voll

La théorie de la pilarisation sous-culturelle suppose que le milieu catholique suisse s'est dissous lors de la poussée de modérnisation des années soixante. A partir de cette hypothèse, l'article analyse, à l'appui de deux enquêtes, les différences confessionnelles relatives à la proximité partisane et au comportement de vote. Conformément aux attentes, l'on constate parmi les jeunes catholiques non seulement un relâchement des liens au PDC comme parti du catholicisme politique, mais aussi une polarisation plutôt religieuse que confessionnelle au sujet de l'avortement. Cependant, le fait que l'on n'arrive pas à expliquer des différences confessionnelles concernant la politique fédérale de finances par d'autres variables, montre qu'il y a, au plan individuel, des traditions politiques jouissant d'une étonnante longévité.

SUMMARIES

Environmental Awareness, Economic Incentives and Environmental Behaviour

Andreas Diekmann und Peter Preisendörfer

To what extent is attitude to the environment in everyday situations influenced by environmental awareness, knowledge of the ecology, general dismay regarding environmental loads and by economic incentives? Using questionnaire data from the Bern region and Munich, an estimate is made of the level of the effects of these assumed influencing variables together with other socio-demographic features on the self-reported attitude to the environment. Additionally, results from a field experiment are reported, which permitted "direct" observation of ecologically beneficial behaviour (rejection or approval in respect of the ordering of a catalog with ecologically harmful products). Clearly environmental awareness has a significantly positive correlation both with self-reported and with actually observed environmental behaviour. Furthermore, the findings verify the effect of economic incentives on environmental behaviour. Behaviour is even exclusively incentive oriented regarding the "saving of heating energy" component. The assumption is that ecological awareness plays a special role in those routine situation in which ecologically beneficial behaviour combined with relatively low costs and efforts.

"Dealignment" or a New Readiness to Integrate? Current Development Trends in Numbers of Followers of Swiss Local Parties

Hans Geser

A comprehensive examination of Swiss local parties has surprisingly shown that the extent of active party support is currently in an expansion rather than a shrinking phase. The main cause is the continuing "primary political mobilisation process" with regard to women, from which all parties in the ideological spectrum profit (but principally the further left and "greener" parties). Men on the other hand have turned more to parties on the far right and those opposed to green notions, assisting the SVP in particular to achieve a considerable upswing.

In comparison to the men, women are also turning more to parties which maintain a "political" understanding of their role, which are particularly active within the community and connect the local plane with supralocal levels. Parties with an explicit "action programme" – especially when they are on the political right – exert an above average attraction on both sexes.

The overall impression is that in spite of erosion tendencies, most parties (with the exception of extreme leftist groups) have stable to expanding cores of active adherents, and contrary to reports of opposing trends, there is no migration to small and/or monothematic groups. Environmental Awareness, Economic Incentives and Environmental Attitude

The Dynamic of Development in Socialist or Post-Socialist Countries

Jakob Juchler

In the current discussion about the dramatic changes in the post-socialist countries, specialized analyses are predominant, especially those of the economic type. In the following article an unusual perspective is used, commencing with a general framework and proceeding to the empirical analysis of exemplary processes in societal change.

The present processes of reform are intepreted as attempts to solve the fundamental formation crisis, which is characterized by considerable economic, political and ideological disagreement. Four possible basic strategies are discernible. After an analysis of the most significant initial conditions, the current transformation processes are established by means of a typology, which permits the various countries to be divided into five types. The disagreements and the development potential are examined, whereby the attempts at western-oriented reform remain in the foreground. Particular attention is directed to the case of Poland, which up to now has steered the most radical, neo-liberal oriented course. In this connection, use has been made of the abundant data available from social science research.

Penal Policy and Prison Overcrowding

André Kuhn

Many people would agree that the actual penal system is not satisfactory. This general feeling gave birth to two main trends in the domain of penal policy.

Some people are in favour of increasing inprisonment for some delinquents, whereas others consider imprisonment as useless or even prejudicial and recommend its replacement by other sentences. In this connection, new forms of probation and the removal of short-term imprisonment has for a long time been a central claim of penal reformers. Increasing the severity of sanctions, according to the first trend, would probably increase the prison population and make the problem of prison overcrowding more acute. This paper will show that the second option is likely to produce very similar outcomes, thus providing a new illustration of the ironic consequences of well-intended policies.

Myth of the Technological Revolution and Postmodernist Disenchantment

Gilbert Larochelle

The decline of certitudes figures among the principal scientific acquisitions of our time and contributes to add to the agenda the idea of social complexity in contemporary sociological reflection. However, the surrounding relativism and the disenchantment that it inspires still leave certain spheres of human activity intact: the technological mutations in progress seem to offer, through the myth of their "revolution", a new order of ontological recording for the great metaphysical interrogations of previous centuries. Retracing the intellectual conditions of emergence, in the modern world, of the notion of "technological revolution", this reflection proposes to study how it came about, if not to justify its linkage to caracteristic forms of social relations. After examining this symetry between the social and the technical, it eventually demonstrates that the present disenchantment towards the social narratives – the customary observations of postmodernist thinkers – still leaves the field open to the perpetuation of a reified representation of "technological revolutions". Confronted with the explosion of norms and of references, taking account of the sole criterion of performativity constitutes one of the last forms of interpretative monism and of the consecutive reduction that is applied to technologies today.

The State in the Third World: Dynamic of Political Regimes in Peru

Ulrich Pfister and Christian Suter

The political sociology of Third World countries suffers a discrepancy between a theoretical discourse focused on a discussion of general concepts and fragmented

case studies with only a modest theoretical foundation. The present study attempts to link the different and often too generalized theoretical concepts (such as state class, corporatism, clientelism, etc.), and to outline a simple model of the political system. The central dimension of the political system is the political regime designating the formal or informal pact of dominance between the different relevant social forces, classes, and factions or their organized interests, respectively. A typology of political regimes is developed, each type being defined by a particular alliance between these forces. To illustrate the theoretical arguments the paper examines the political development of Peru from the 1950s to the 1980s. The empirical material derived from the rich literature concerning this time period shows sequences of different types of political regimes, each type being characterized by a specific dynamic of the political process.

Denomination and Politics in Switzerland
Concerning the "denominational factor" in the development of stable party sympathies and having regard to the federal referendum of 9th July 1985

Peter Voll

For Switzerland the special social foundations theory assumes a break-up of the catholic milieu with the compulsion to modernization of the 60s. Investigated here on the basis of this and by means of two questionnaires are the denominational distinctions in party sympathy and voting behaviour. Corresponding to expectations, it discloses both a loosening of the ties of younger catholics to the CVP as the party of political catholicism and a religious instead of a denominational polarization in regard to the abortion question. The impossibility however, to explain away denominational differences with respect to a financial-political theme indicates that on the individual level too, political traditions could have a surprising longevity.

François Höpflinger, Astrid Stuckelberger
Alter und Altersforschung in der Schweiz

Das Dossier beschreibt den aktuellen Stand der Altersforschung in der Schweiz und vermittelt eine fachübergreifende Zusammenstellung der zentralen gerontologischen Forschungsresultate. Zudem werden wichtige neue Forschungsfragen zum Thema Alter aufgezeigt.

Mit einem kommentierten Verzeichnis der wichtigsten gerontologischen Studien, einem umfassenden Literaturverzeichnis sowie einem Autorenregister.

xiv + 267 Seiten, Fr. 38.—, 15.5cm x 22.5 cm, broschiert, ISBN: 3-908239-07-9
Zu beziehen bei: Seismo Verlag, Postfach 8028 Zürich, oder in jeder Buchhandlung.

Thematische Schwerpunkte

Demographische Entwicklungen • Wirtschaftliche und soziale Lage der älteren Bevölkerung • Konzepte und Theorien des individuellen Alterns • Lebenszyklische Übergänge • Entwicklungspsychologie des Alterns • Krankheiten im Alter • Alterspolitik und Formen der Altershilfe • Geriatrische Forschung, Stand und Lücken der Altersforschung

Autoren

François Höpflinger: Privatdozent an der Universität Zürich. Autor verschiedener sozialpolitischer und familiensoziologischer Publikationen. Programmleiter des Nationalen Forschungsprogrammes (NFP 32) Alter.
Astrid Stuckelberger: Psychologin und Gerontologin, Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Centre Interfacultaire de Gérontologie in Genf. Adjunktin beim Nationalen Forschungsprogramm (NFP 32) Alter.

Schweizerische Zeitschrift für Soziologie
Revue suisse de sociologie

Redaktionskomitee / Comité de rédaction

Redaktion / Rédaction

Verwaltung, Abonnemente, Werbung/Administration, abonnements, publicité
Seismo Verlag, Postfach 313, CH-8028 Zürich, Tel. (01) 261 10 94

Abonnementspreise (pro Jahr)/Tarif des abonnements (par an)
Mitglieder der SGS: im Mitgliedsbeitrag inbegriffen
Membres de la SSS: compris dans la cotisation

Einzelpersonen/Personnes physiques/Individuals	FS 105.–
Juristische Personen/Personnes morales/Institutions	FS 125.–
Überseezuschlag/Supplément pour pays hors Europe/Overseas	FS 10.–

© 1992 Schweizerische Gesellschaft für Soziologie
Société suisse de sociologie

Preis des vorliegenden Heftes:
Prix du présent numéro:
Fr. 38.–